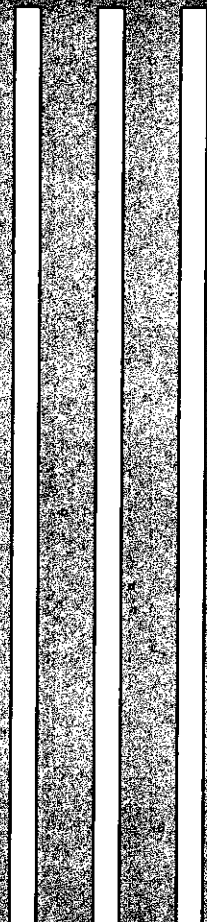




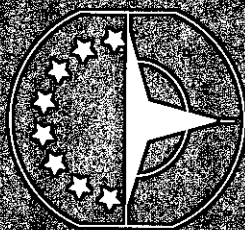
**UNIVERSITY OF BUCHAREST**  
**CENTRE FOR EURO-ATLANTIC STUDIES**

**EURO-ATLANTIC STUDIES**



# **EURO-ATLANTIC STUDIES**

# **13**



**2009**

EDITOR: CONSTANTIN BUȘE  
ASSISTANT EDITOR: CONSTANTIN HLIHOR

EDITORIAL BOARD

- CONSTANTIN BUȘE
- JACQUES THOBIE
- FLORIN CONSTANTINIU
- CONSTANTIN HLIHOR

TECHNICAL EDITORIAL STAFF



*editura universității din bucurești*<sup>®</sup>

Correspondence and subscriptions:

CENTRE FOR EURO-ATLANTIC STUDIES, UNIVERSITY OF BUCHAREST

- Blvd. M. Kogălniceanu, 36-46, 050107 - Bucharest, Romania  
Phone: 4021-307 7307; Fax: 4021-313 1760
- Blvd. Schitu Măgureanu, 1, Phone: 4021-315 4701; Fax: 4021-315 4700  
E-mail: Buse@unibuc.ro

**EURO-ATLANTIC STUDIES** is published by the Centre for Euro-Atlantic Studies, Bucharest. The Centre is an academic body and owes no allegiance to government or to any political agency. It does not hold opinions of its own. The views extended in this magazine are the responsibility of the authors.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced without the written permission of the Editor.

ISSN: 1454-2153

## CONTENTS

1. CARMEN PATRICIA RENETI – <i>Emsser Depesche</i> .....	3
2. STÉPHANIE BURGAUD – <i>1905-1914 : nationalisme et politique. La rupture germano-russe et la fin d'un mythe ?</i> .....	9
3. CONSTANTIN BUŞE – <i>Nicolae Titulescu y las relaciones rumano-iberoamericanas</i> .....	21
4. GH. BUZATU – <i>Petroleum and the World War of 1939-1945 (II)</i> .....	37
5. FLORIN FUGARU – <i>La question macédonienne et les rapports politiques entre la Yougoslavie et la Grèce au lendemain de la deuxième guerre mondiale d'après une documentation française (1944-1947)</i> .....	73
6. ALIN MATEI – <i>The London Conference of Foreign Ministers (September-October 1945) and the Peace Treaties with Germany's Former Allies (I)</i> .....	83
7. ÉMILIA ROBIN HIVERT – <i>La France et l'Europe de l'Est, 1945-1949 : entre méfiance et renouveau</i> .....	103
8. JACQUES THOBIE – <i>La Turquie et le plan Marshall</i> .....	121
9. ROBERT PĂIUŞAN – <i>Maurice Faure et les négociations des Traités de Rome</i> .....	133
10. DUMITRU MAZILU – <i>The Balance of Powers at Global Level</i> .....	137
11. <b>Book Review</b> .....	141



# Emser Depesche

Carmen Patricia Reneti

Die Emser Depesche war ein schriftlicher Bericht über die Verhandlungen zwischen König Wilhelm I. von Preußen und dem französischen Botschafter Vincent Benedetti

## Hintergrund

1868 war der spanische Thron vakant durch den Sturz der Königin Isabel II. Napoleon III. zog es vor, das Haus Bourbon wieder auf den spanischen Thron zu bringen. So konnte er Frankreichs Einfluss in Europa vergrößern. Aber Juan Prim, Ministerpräsident der Übergangsregierung von Spanien, benannte ein Mitglied der Familie Hohenzollern-Sigmaringen als Kandidat, und zwar Leopold I. (1835-1905), der seine Bereitschaft zur Kandidatur am 19. Juni 1870

## Politische Reaktion

Die Nachricht dieser Kandidatur erreichte Madrid und Paris Anfang Juli und wurde von Napoleon III. nicht mit Begeisterung aufgenommen, weil das französische Kabinett durch zwei Prominente dominiert war:

- Ministerpräsident Ollivier befürchtete eine außenpolitische Isolation und einen deutschen diplomatischen Triumph,
- Herzog von Gramont, Außenminister seit Mitte Mai 1870, der sich durch eine strikte antipreußische Linie auszeichnete, dessen Ernennung deutlich zeigte, dass Napoleon von jetzt an die französische Außenpolitik selbständig führen wollte.

Gramont war gegen eine Kandidatur von Hohenzollern auf den spanischen Thron<sup>2</sup>, versuchte aber nicht, durch Diplomatie

in Bad Ems. Bismarcks Veröffentlichung einer modifizierten Version der Emser Depesche diente Frankreich als Vorwand zur Erklärung des Deutsch-französischen Krieges im Sommer 1870.

erklärte. Wilhelm I. von Preußen, das Oberhaupt des Gesamthauses Hohenzollern, erhob keine Einwände gegen diese Wahl, die von der spanischen Cortes auf den 20. Juli festgesetzt wurde. Für das hohenzollerisch regierte Preußen konnte so eine Thronbesteigung nur vorteilhaft sein.<sup>1</sup> Schlawie immer, sah Bismarck die Absetzung des Bourbon-Hauses als eine friedenssichernde Maßnahme und förderte die Kandidatur Leopolds.

Leopolds Entscheidung abzuändern, sondern ging mit scharfen antipreußischen Erklärungen an die Öffentlichkeit. Erstens ließ er in der offiziellen Zeitung „Constitutionnel“ einen antipreußischen Artikel veröffentlichen. Zweitens teilte er den europäischen Hauptstädten die französische Sicht der Dinge mit. Am 6. Juli verlas er eine scharfe Erklärung vor der Chambre Legislative, wonach Frankreich eine solche Entwicklung nicht hinnehme:

*„La France ne tolérerait pas l'établissement du prince de Hohenzollern ni d'aucun prince prussien sur le trône espagnol. Pour empêcher cette éventualité, il [le gouvernement] comptait à la fois sur la sagesse du peuple allemand et sur l'amitié du*

*peuple espagnol. S'il en était autrement, fort de votre appui et de celui de la Nation, nous saurions remplir notre devoir sans hésitation et sans faiblesse.*" [Frankreich würde nicht dulden, dass der Prinz von Hohenzollern oder sonst irgendein preußischer Prinz den spanischen Thron besteigt. Um diesen möglichen Fall zu verhindern, zählt die Regierung zugleich auf die Klugheit des deutschen Volkes und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Sollte es jedoch anders kommen, so wüssten wir kraft Ihrer (der Abgeordneten) Unterstützung und derjenigen der Nation ohne Zögern und ohne Schwäche unsere Pflicht zu tun.]<sup>3</sup>

Diese Erklärung war eine verschleierte Kriegsdrohung, ein Ultimatum. In der Diplomatie versucht man alle friedlichen Mittel, um einen Kompromiss zu erreichen; ein Ultimatum ist der letzte Schritt. Frankreich ging diesen Schritt gleich zu Anfang mit der Folge, dass Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, Leopolds Vater, am 12. Juli im Namen seines Sohnes den Verzicht auf die spanische Königswürde erklärte.

So, wie es formuliert war, hat dieses Ultimatum bei der französischen Öffentlichkeit den Eindruck gemacht, Preußen hätte keine Konzessionen machen müssen. So befand sich die französische Regierung unter Druck, ohne die notwendigen diplomatischen Mittel mit Vernunft nützen zu können. Deswegen versuchte das Kabinett Ollivier Wilhelm I. als Oberhaupt des Hauses

Hohenzollern und König von Preußen ein eindeutiges Bekenntnis abzuverlangen.<sup>4</sup> In dieser Zeit befand sich Wilhelm I. zur Kur in Bad Ems, und Vincent Benedetti, der französische Botschafter in Preußen, war ihm dahin nachgereist. Außenminister Gramont beauftragte Benedetti, von König Wilhelm I. zu verlangen, dass er die Rücknahme von Leopolds Kandidatur ausdrücklich billige und dass er niemals in der Zukunft mit einer Kandidatur von der Hohenzollern-Familie auf den spanischen Thron übereinstimme. Es war Gramont bewusst, dass der hohenzollersche Rückzug für Frankreich wenig wert war, wenn die Hohenzollern sich doch wieder um den spanischen Thron bewerben könnten. Wenn Wilhelm I. eine solche Kandidatur verhinderte, so wäre diese Zusicherung für Frankreich von enormem Wert.

Am Morgen des 13. Juli 1870, als Benedetti versuchte, eine Audienz zu erhalten, war Wilhelm I. über den Rückzug der Hohenzollern nicht informiert; die Nachricht traf im Laufe des Tages ein.<sup>5</sup> Wilhelm I. wurde von Benedettis Forderung sehr irritiert, da er nicht gewillt war, eine Zusage für alle Zukunft zu treffen: eine spätere Entscheidung sollte neue, nicht abschbare Umstände noch in Betracht ziehen können. Eine von Benedetti erneut ersuchte Audienz ließ Wilhelm I. zurückweisen mit der Begründung, dass er, soweit es das Garantieverprechen beträfe, sein letztes Wort gesprochen habe.<sup>6</sup>

### **Emser Depesche, Erste Version**

Bismarcks enger Mitarbeiter, Heinrich Abeken, der den König in Bad Ems begleitete, schrieb am selben Tage Wilhelms Bericht über die Ereignisse und telegraphierte diesen

an den Ministerpräsidenten. Dieser Brief war die eigentliche Emser Depesche<sup>7</sup>, die dann in Bismarcks Version in die Geschichte einging. Er hatte folgenden Wortlaut:

*Seine Majestät der König schreibt mir:*

*„Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, dass ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen.*

*Ich wies ihn zuletzt, etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne.*

Natürlich sagte ich ihm, dass ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, dass mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.“

Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen.

Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, dass er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumuthung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag, beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: dass Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Seine Majestät stellt Eurer Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich, sowohl unsern Gesandten, als in der Presse mitgeteilt werden sollte.“

### Emser Depesche, Zweite Version

Daraufhin kürzte Bismarck das Telegramm stark und schrieb seine Version auf<sup>8</sup>, die nun wie folgt lautete:

Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der Französische Botschafter in Ems an S. Maj. den König noch **die Forderung gestellt**, ihn zu autorisieren, dass er nach Paris telegraphiere, dass S. Maj. der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten.

Seine Maj. der König hat es darauf abgelehnt, den Franz. Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, dass S. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.

### Emser Depesche, Dritte Version

Diese gekürzte Fassung wurde von Bismarck an die Presseagentur Wolff zur Veröffentlichung freigegeben und an die Presseagentur Havas weitergeleitet. Der neue

Text, eigentlich die dritte und die letzte Version der Emser Depesche, erschien am 13. Juli 1870 und spiegelte die genaue Übersetzung des deutschen Textes:

„Après que la renonciation du prince Léopold de Hohenzollern eut été communiquée au gouvernement français par le gouvernement espagnol, l'ambassadeur de France a exigé de nouveau de Sa Majesté l'autorisation de faire connaître à Paris que pour tout l'avenir, Sa Majesté le Roi s'engageait à ne plus donner son autorisation, si les Hohenzollern revenaient sur leur candidature. Là-dessus, Sa Majesté le Roi a refusé de recevoir encore une fois l'ambassadeur et lui a fait dire par l'adjudant de service que Sa Majesté n'avait plus rien à lui communiquer.

D'après d'autres informations en provenance d'Ems, le Roi aurait fait dire à Benedetti qu'il aurait hautement approuvé la renonciation de son cousin au trône d'Espagne et qu'il considèrerait dès lors tout sujet de conflit comme écarté.“<sup>9</sup>

Aus dieser neuen Fassung ging nicht mehr hervor, dass König Wilhelm I. eine Unterredung mit dem französischen Botschafter gehabt und ihm seine Ablehnung erklärt hatte; lediglich die französische

Forderung und die Verweigerung einer weiteren Audienz wurden in knappen Worten berichtet. Diese Meldung konnte leicht den Eindruck erwecken, Benedetti sei in Bad Ems in respektloser Weise aufgetreten, und der

König hätte deswegen weitere diplomatische Kontakte ablehnen müssen.

Bismarck erläuterte Roon und Moltke die neue politische Lage, als er die beiden zum Essen einlud. Er sagte, dass die Veröffentlichung seiner Version „den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen würde“ - Frankreich hätte keine andere Wahl, als zu schlagen und dann als Angreifer dazustehen. Moltke sagte wörtlich: „Wenn ich das noch erlebe, in solchem Kriege unsere Heere zu führen, so mag gleich nachher die alte Karkasse der Teufel holen...“<sup>10</sup>

Die Veröffentlichung der dritten Version der Emser Depesche weckte die von Bismarck einkalkulierte Empörung der französischen Öffentlichkeit. Die Reaktion betraf nur unwesentliche Dinge: Zum Beispiel bemerkte man in einem Artikel, dass „Adjutant“ nicht korrekt als „aide de camp“, sondern wörtlich als „adjuvant“ (Feldwebel) übersetzt worden sei; es handelte sich überhaupt um Fürst Radziwill, Wilhelms Adjutanten. Weiter, „eine Forderung stellen“ war zu scharf mit „exiger“ übersetzt, weil Benedetti förmlich um eine neue Audienz gebeten hätte.<sup>11</sup>

Ferner hatte Havas der Depesche eine letzte Zeile hinzufügen lassen, die in der von Bismarck veröffentlichten gekürzten Form

nicht enthalten war: *“le Roi aurait fait dire à Benedetti qu’il aurait hautement approuvé la renonciation de son cousin au trône d’Espagne et qu’il considérerait dès lors tout sujet de conflit comme écarté.”* Woher wusste der Verfasser dieses Artikels, dass diese Information, die nur einigen Politikern bekannt war, der Wahrheit entsprach? War es ein absichtsvolles oder ein zufälliges Einfügen in die deutsche Originalversion? Mit oder ohne diese Textzuführung zeigt diese Depesche eindeutig, dass der König von Preußen den französischen Botschafter, den offiziellen Vertreter Paris’, und dadurch Frankreich beleidigt hatte. Auf der anderen Seite konnte Bismarcks Darstellung den Eindruck erwecken, dass Preußen die Forderung Frankreichs als unverschämt empfand. In beiden Fällen hätte Frankreich nach den damaligen Ehrenvorstellungen nicht anders als durch Kriegserklärungen antworten können, um sein Gesicht nicht zu verlieren. Die französische Öffentlichkeit hätte auch die Möglichkeit, den diplomatischen Misserfolg still hinzunehmen, aber durch Bismarcks Pressemitteilung war dieser Weg versperrt. Die von Bismarck erhoffte Kriegserklärung Frankreichs an Preußen erfolgte fünf Tage später, am 19. Juli 1870.

## Anhang

### Original der Emser Depesche

[http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub\\_image.cfm?image\\_id=1391](http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_image.cfm?image_id=1391)



Paris den 13. Juli 1870.

Seiner  
Exzellenz  
dem Reichskanzler  
in  
Berlin

Belgien  
Paris den 13. Juli 1870.  
Belgien

Die Königin  
von Belgien  
hat sich  
in  
Brüssel  
verpflichtet  
die  
Belgier  
zu unterstützen  
wenn  
sie  
von  
Frankreich  
angegriffen  
werden  
sollten.  
Dies  
bedeutet  
den  
Bruch  
des  
Neutralitäts-  
vertrages  
von  
1839.

Die Königin  
von Belgien  
hat sich  
in  
Brüssel  
verpflichtet  
die  
Belgier  
zu unterstützen  
wenn  
sie  
von  
Frankreich  
angegriffen  
werden  
sollten.  
Dies  
bedeutet  
den  
Bruch  
des  
Neutralitäts-  
vertrages  
von  
1839.

SP. Bildarchiv des Kaiserlichen  
K. Kulturbesitz

Paris den 14. Juli 1870.  
Frankreich

Die Königin  
von Belgien  
hat sich  
in  
Brüssel  
verpflichtet  
die  
Belgier  
zu unterstützen  
wenn  
sie  
von  
Frankreich  
angegriffen  
werden  
sollten.  
Dies  
bedeutet  
den  
Bruch  
des  
Neutralitäts-  
vertrages  
von  
1839.

SP. Bildarchiv des Kaiserlichen  
K. Kulturbesitz

## 1905-1914 : nationalisme et politique. La rupture germano-russe et la fin d'un mythe ?

Stéphanie Burgaud

Peu après la proclamation du *Reich* allemand à Versailles, le 18 janvier 1871, naît un mythe : celui de la « neutralité bienveillante » russe qui aurait permis à la Prusse, à son roi Guillaume I<sup>er</sup> et surtout à son ministre des Affaires étrangères, Otto von Bismarck, de réaliser l'unification allemande. La Russie du Tsar Alexandre II, neveu de Guillaume I<sup>er</sup>, aurait ainsi contribué de manière décisive aux succès des guerres d'unification allemande des années 1860 en paralysant l'échiquier européen. Nos recherches récentes<sup>1</sup> l'ont montré ; il n'en est rien. La Russie est, au contraire, l'une des puissances européennes qui a tenté, avec le plus de constance, de s'opposer à la politique de puissance de Bismarck, notamment à l'été 1866<sup>2</sup>. Quant au ministre prussien, il n'a jamais fait de l'alliance russe sa priorité stratégique.

Mais lorsqu'il s'agit, après 1871, d'assurer à l'Allemagne la pérennité de sa nouvelle position au cœur de l'Europe, Bismarck joue un rôle essentiel dans la construction du mythe fondateur. Il en partage la paternité avec les autorités tsaristes, qui, par crainte de

l'isolement européen, veulent se rapprocher de Berlin. Et le mythe fonctionne puisque les contemporains se persuadent que l'entente qui lie rapidement Berlin, Vienne et Pétersbourg<sup>3</sup> est le prolongement d'une alliance prusso-russe antérieure, agrandie à l'Autriche-Hongrie. De même ils sont nombreux à considérer que l'alliance franco-russe de 1894 ne pourra résister longtemps au tropisme allemand de la diplomatie tsariste quand ils ne pensent pas qu'elle n'est que le cheval de Troie de Berlin !

La révision de ce mythe est d'importance capitale puisqu'elle doit amener à réinterpréter les relations germano-russes, en terme de continuité et de rupture, jusqu'à la première guerre mondiale voire au-delà. Ce faisant elle interroge naturellement les fondements de la politique extérieure des deux pays et notamment, le rôle du nationalisme.

Le propos est donc ici de montrer l'importance du changement qui s'opère dans les priorités stratégiques et les discours politiques des deux pays après 1905 et son rôle dans le déclenchement du premier conflit mondial.

### Le tournant de 1905

Depuis les années 1890, la base du système tsariste est l'alliance franco-russe. Cela n'exclut pas l'importance de l'Allemagne dans les calculs de Saint-Pétersbourg. D'une part, le but de l'alliance avec Paris est de faire sentir à Berlin les mérites d'une stabilité continentale en la dissuadant d'attaquer (menace d'une guerre sur deux fronts) ; d'autre part, la Neva

cherche bien à faire entrer sa voisine dans cette logique, à créer une *Ligue continentale*, à trois, qui lui permette d'assurer son développement intérieur et son expansion orientale.

Côté allemand, la politique en direction de la Russie est marquée par plus de continuité que de rupture entre 1871 (et même 1863) et 1905. De fait, elle est toujours considérée

## FUBNOTEN

- <sup>1</sup> David Wetzel, *A duel of Giants: Bismarck, Napoleon III and the Origins of the Franco-Prussian War*, University of Wisconsin Press, Madison, Wisconsin, 2001, S. 57-82
- <sup>2</sup> Joseph Becker, Michael Schmid, *Bismarcks Spanische ‚Diversion‘ 1870 und der preußisch-deutsche Reichsgründungskrieg. Quellen zur Vor- und Nachgeschichte der Hohenzollern Kandidatur für den Thron in Madrid (1866-1938)*, 3. Bd. Schöningh, Paderborn, 2003, S. 104-189
- <sup>3</sup> Albert Sorel, *Histoire diplomatique de la guerre franco-allemande*, Paris, 1875, S. 74
- <sup>4</sup> Robert Gerwarth (aus dem Engl. von Klaus Dieter Schmidt), *Der Bismarcks Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler*, Siedler, München, 2007, S. 145
- <sup>5</sup> Sebastian Haffner: *Otto von Bismarck*, Berlin, 2001, S. 141-161
- <sup>6</sup> Lothar Gall, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, Berlin, 2002, S. 83-100
- <sup>7</sup> Bernd Heidenrich, Frank-Lothar Kroll, *Bismarck und die Deutschen*, Berliner Wissenschaftlerververlag, Berlin, 2005, S. 144
- <sup>8</sup> Otto von Bismarck, *Gedanken und Erinnerungen*, Stuttgart: J.G. Cotta Nachfolger, 1898, Bd. 2, S. 121
- <sup>9</sup> Jean-Paul Bled, *Bismarck : De la Prusse à l'Allemagne*, Ed. Alvik, 2005, S. 154
- <sup>10</sup> Otto von Bismarck, *Idem*, p. 127
- <sup>11</sup> Rainer F. Schmidt, *Bismarck. Realpolitik and Revolution*, Hugendubel, München und Kreuzlinger, 2006, S. 189-204

Allgemeine Empfehlung zur Internet-Bibliographie:

<http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/index.cfm?language=german>, **Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern (DGDB)**

<http://www.wikipedia.org>, **The Free Encyclopedia**

<http://geschichteverein-koengen.de/DtGesch.htm>, **Geschichts- und Kulturverein-Köngen**

<http://www.deutsche-kaiserreich.de>, <http://www.deutsche-schutzgebiete.de/dfkrieg.htm>, **Das Kaiserreich – Deutsches Reich 1871-1918**

<http://www.linternaute.com/histoire>, **Histoire : les grandes dates de l'histoire du monde**

comme un *Juniorpartner*. Mais les dirigeants allemands n'abandonnent jamais l'idée de se concilier Pétersbourg une fois posé le dogme de la prééminence de l'alliance autrichienne. Ce sont les circonstances, et non une quelconque tradition, qui dictent ces tentatives de rapprochement constantes entre 1893 et 1905.

Le tournant du siècle est particulièrement révélateur. L'administration allemande fait preuve d'un grand optimisme. Elle s'obstine à juger l'alliance franco-russe non « naturelle » et méconnaît les conséquences de son propre engagement en Asie Mineure à partir de 1899, terres que la Russie considère à l'évidence comme sa chasse gardée ! Le chancelier Bernhard von Bülow (1900-1909) est convaincu que la Russie est toujours gouvernée par la crainte d'une coalition de Crimée et a besoin d'une Allemagne forte. Les dirigeants se persuadent d'avoir obtenu avec succès les résultats suivants : être indispensable à Londres et Pétersbourg ; avoir neutralisé la France ; être sur le point d'obtenir un nouveau partage colonial avec Londres. Et dans ces conditions, il n'est pas question de conclure une alliance avec la Russie. *L'Auswärtiges Amt* n'a nullement pris la mesure des conséquences de la situation au Extrême-Orient et se pense toujours « l'arbitre du monde », comme l'écrit Christian Baechler<sup>4</sup>, jusqu'au printemps 1904. C'est ce qui explique que Berlin ne se sente nullement tenue à la conciliation dans les négociations commerciales avec Pétersbourg en 1903-1904, profitant même de sa défaite face au Japon pour lui imposer un traité très favorable à ses propres intérêts en juillet de l'année suivante.

La guerre russo-japonaise révèle pourtant les limites de cette politique : l'*Entente Cordiale* en avril 1904, les efforts français pour un accord entre Pétersbourg et Londres sur la Chine lui font craindre un isolement sur la scène mondiale. La crise du *Dogger Bank*<sup>5</sup> en octobre achève de l'en convaincre : Guillaume II propose à Nicolas II le 30 octobre 1904 un projet d'alliance « purement défensive et exclusivement dirigée contre l'agresseur ou les agresseurs européens sous la forme d'une campagne d'assurance mutuelle

incendie contre les incendiaires. »<sup>6</sup> Cette première offre d'alliance bilatérale est un tournant.

La réaction russe est à tous égards intéressante : on n'est pas hostile mais on soupçonne Berlin de vouloir surtout séparer Pétersbourg de Paris. D'où la réponse : il faudra d'abord informer les alliés français. Les Allemands persuadés que ces derniers, mis au courant, s'emploieront à faire échouer la combinaison, refusent. Guillaume II y voit un échec personnel et Bülow la preuve que Pétersbourg n'est pas encore assez mûre pour sentir la nécessité d'une alliance !

C'est la clef d'interprétation de la crise de Tanger de 1905.

La politique marocaine du ministre français Delcassé offre à Berlin l'occasion d'enfoncer un coin décisif dans l'alliance franco-russe en prouvant à chacun des deux partenaires la faiblesse de l'autre. Les défaites russes (Port-Arthur en janvier, Moukden en mars) les immobilisent. Bülow et Schlieffen souhaiteraient même un engagement armé contre la France, Guillaume II s'y oppose mais consent à faire valoir ses droits sur le Maroc, à Tanger le 31 mars.

Dans un premier temps, c'est un succès, avec la démission de Delcassé et la convocation d'une conférence internationale à Algésiras. Mais les Allemands veulent davantage. La passivité russe pendant la crise, la défaite de la flotte en mai, les événements révolutionnaires, et surtout la volonté de l'Empereur les y poussent.

Guillaume prend donc l'initiative d'une rencontre avec Nicolas à Björkoe et annonce triomphalement le 24 juillet la signature d'un traité d'alliance défensive. Rapidement il déchant. L'entourage du Tsar, surpris par l'événement, fait pression et Saint-Pétersbourg donne quelques explications en septembre : le nouveau traité ne peut s'entendre que dans le cadre de la fameuse *Ligue Continentale*. C'est un camouflet pour la diplomatie allemande, rapidement suivi par un autre. A la Conférence d'Algésiras (janvier 1906), Pétersbourg et Londres n'y lâchent pas Paris. Berlin n'est soutenue que par l'alliée autrichienne.

En 1907, la formation de la *Triple Entente* entérine l'échec de la politique russe de l'Allemagne et au-delà de sa conception des relations internationales, fondée sur l'idée d'un antagonisme radical entre Londres et Pétersbourg à l'échelle mondiale. Dans les

années qui suivent, les deux puissances s'éloignent et le ton se durcit. Pourquoi ? L'étude de l'évolution que connaît la Russie, après les événements de 1905, semble ici éclairante.

### « Entre le marteau mongol et l'enclume allemande »<sup>7</sup>, nationalisme et politique en Russie

Pour deux raisons essentielles, la révolution de 1905 a des conséquences directes sur les relations germano-russes : le régime est fragilisé et la conduite de la politique extérieure subit l'influence grandissante des différents groupes de pression ; cette fragilisation rend l'alliance germanique et même le maintien de bons rapports avec Berlin, de plus en plus douteux car ils vont à l'encontre de la voix majoritaire dans les cercles du pouvoir.

La crise de confiance du régime est évidemment antérieure aux événements de 1905. Si la politique d'industrialisation rapide poursuivie par Sergueï Witte dans les années 1890, par crainte que son pays ne devienne, à l'image de l'empire chinois ou ottoman, une colonie agricole du monde industriel d'Europe centrale et occidentale<sup>8</sup> est couronnée de succès dans le domaine de l'industrie et des communications, son bilan social et politique est lourd. Le régime se met à dos les propriétaires fonciers et la paysannerie. Parallèlement cette politique fait émerger une classe de prolétaires urbains et de classes moyennes qui se tournent vers le libéralisme. La forte personnalité d'Alexandre III dopait la confiance des dirigeants russes<sup>9</sup> ; elle fait cruellement défaut à la période suivante.

D'autre part, il ne faut pas minorer les changements introduits par la création de la Douma. Certes la constitution d'avril 1906 confirme que le Tsar seul dirige la politique extérieure (art. XII) et détient le pouvoir de déclarer la guerre, négocier et conclure la paix (art. XIII). Néanmoins la Douma, qui possède quelques pouvoirs en matière budgétaire, permet aux classes éduquées de s'exprimer, notamment en politique extérieure. Les ministres des Affaires étrangères, A.P.

Isvolski et S.D. Sazonov, n'ont aucun scrupule à s'appuyer sur ses *leaders* pour travailler « l'opinion ».

Et il faut bien avouer que la prise de parole, dans l'enceinte parlementaire et surtout dans la presse, prend un tour de plus en plus violemment anti-allemand. L'antigermanisme règne naturellement en maître chez les libéraux et les radicaux qui voient dans les « Russes allemands », les piliers de l'autocratie tsariste, et dans le *Second Reich*, l'incarnation du conservatisme autoritaire en Europe. Soutenir l'alliance avec Paris et Londres, c'est espérer qu'elle conduise la Russie sur les mêmes voies parlementaires et libérales ! L'ambassade britannique peut ainsi, en 1914, faire les louanges de la loyauté du libéralisme russe envers la *Triple Entente*.

Mais - c'est une constante depuis les années 1860 - l'antigermanisme concerne plus largement la haute société pétersbourgeoise, sans épargner la famille Romanov. La Tsarine mère d'origine danoise, Dagmar dite Marie Feodorovna (elle meurt en 1928) n'a pas désarmé. Elle protège la politique pro-occidentale d'Isvolski dont le beau-père, le comte Toll, a longtemps été ministre de Russie à Copenhague. De même, le grand-duc Nicolas N. (1856-1929), neveu d'Alexandre II, qui épouse une princesse du Montenegro, est connu pour sa germanophobie.

La spécificité de l'après 1905 est la violence avec laquelle les tenants de l'antigermanisme exposent les fondements de leur opposition : les rivalités économique et politique.

Dans le premier cas, le traité très défavorable à la Russie imposé en 1904 attise le mécontentement des propriétaires fonciers

qui dénoncent les tarifs allemands destinés à protéger leur marché agricole des céréales russes. Les industriels, eux, subissent le poids de l'industrie d'exportation allemande sur le marché intérieur et redoutent sa conquête des marchés d'Asie Mineure et du Nord du Golfe Persique.

Mais la concurrence économique n'est qu'un des visages de la volonté de domination allemande qui partout contrarierait les intérêts russes, à lire la presse. Et on dénonce la politique allemande en direction des Détroits, du Proche-Orient mais aussi celle de l'Autriche dans les Balkans comme l'expression du séculaire « *Drang Nach Osten* » allemand !

A ce titre, il faut observer un changement dans la pensée stratégique russe : l'Allemagne n'est plus seulement celle qui soutient l'Autriche-Hongrie mais elle l'a supplantée comme nouvelle menace, directe, plus dangereuse encore pour les intérêts russes, comme le note le général Kireev en mars 1909.

A la veille de la guerre, cette évolution n'a-t-elle pas figé l'Allemagne dans la posture de l'ennemi irréductible ? On peut le penser à la lecture de Pavel Mitrofanov, un historien de Saint-Petersbourg, qu'Hans Delbrück, le successeur de Treitschke sur la chaire d'Histoire de Berlin et à la tête des *Preußische Jahrbücher*, a convié à s'exprimer dans sa revue en 1914.

Mitrofanov écrit : « La défiance contre les Allemands est en chaque Russe, dans son âme et son verbe, et rarement l'opinion publique a été plus unanime. »<sup>10</sup> L'auteur fait remonter le problème allemand de la Russie à l'époque de Pierre le Grand qui aurait voulu germaniser les Russes et leur faire abdiquer leurs libertés au nom de la constitution d'un Etat policier. Le mot clef est ici « *fremd* » (étranger). Etrangers, les formes de l'Etat, les noms de la bureaucratie, les vêtements, la langue de chancellerie ainsi que les fonctionnaires imposés alors. Nombre d'entre eux, des Allemands, méprisaient les Russes<sup>11</sup>. Heureusement, Catherine II en renversant le prussophile Pierre III, aurait, quoique

allemande de naissance, assis le régime sur « le principe russe » et remplacé les Allemands par des Français<sup>12</sup>. Depuis lors, la Russie se serait ouverte à la langue et à la civilisation française alors que la liste des péchés des Allemands s'allongeait de la guerre de Crimée (*sic* !) au congrès de Berlin à tel point que « la pensée d'une guerre contre l'Allemagne est très populaire »<sup>13</sup>, conclut l'auteur. En se refusant à reconnaître que la possession du Bosphore et des Dardanelles est, pour les Russes, « une nécessité historique, politique et économique », elle devient « un Etat ennemi » (*feindlicher Staat*)<sup>14</sup>.

L'argument économique est aussi convoqué : l'Allemagne a profité de la situation de l'Empire tsariste en 1904/1905 pour s'imposer dans les négociations. Pétersbourg en a été tributaire pendant douze ans mais la Russie de 1914 n'est plus celle de 1904. Elle aurait surmonté ses faiblesses intellectuelles, économiques et militaires veut croire Mitrofanov. Naturellement il est parfaitement loisible à l'historien, tout comme s'y sont essayés nombre de contemporains, qu'ils soient allemands ou russes, de démontrer que la diatribe de Mitrofanov est une reconstruction factice, voire spécieuse. Reprenons les arguments économiques :

- Les doléances concernant le commerce extérieur sont diverses voire contradictoires : les agrariens veulent plus de libre échange ; les industriels plus de protectionnisme douanier !

- Les cercles nationalistes n'ont pas de mal à qualifier l'intensité des relations commerciales entre Pétersbourg et Berlin de « dépendance » alors même que la France est devenue le principal bailleur de fonds. La logique n'est probante que si l'on admet que les rapports sont moins tendus avec des créanciers qu'avec des clients ! C'est à voir donc.

- Les intérêts de la Russie entrent également en conflit avec ceux des autres puissances, notamment l'Angleterre.

- Malgré toutes ces récriminations, l'empire allemand reste de loin le 1er partenaire commercial de l'empire tsariste : 40 à 50% du commerce extérieur russe est réalisé

avec l'Allemagne. Cela alimente la rhétorique de ceux qui pensent qu'en pratique, les deux pays ont intérêt à favoriser leur prospérité réciproque tellement ils sont liés.

Faut-il conclure de ces différentes réflexions que l'opposition à l'Allemagne perd de sa force pourvu que l'on examine un par un ses griefs ? Rien n'est moins sûr. Quelles que soient ses failles logiques, l'antigermanisme est bêt et bien devenu un ciment de tous les mécontentements. D'ailleurs, pour faire oublier les problèmes intérieurs, quoi de mieux qu'en appeler à un ennemi commun, « l'Allemand » ?

On peut alors se demander ce que sont devenus les avocats de l'alliance allemande. Ils sont une minorité de conservateurs à la soutenir dans les débats de la Douma en 1909-1910. Bien représentés au Conseil d'Etat, certains interviennent directement auprès du Tsar Nicolas : les *memoranda* de V. Rosen en 1911, de P. Durnovo en 1914 en témoignent. La valse des ministres considérés comme pro-anglais, A.P. Isvolski et S.D. Sazonov doit-elle être interprétée comme un autre signe de leur influence ? C'est en tout cas la preuve que le pouvoir peine à définir une ligne très claire.

Mais dans ce contexte, les « pro-allemands » ne forment pas un groupe de pression assez uni pour s'opposer aux forces du nationalisme russe et panslave. Certes beaucoup partagent la conviction qu'une alliance avec l'Europe libérale et *a fortiori* une guerre contre l'Allemagne conservatrice conduira à une révolution socialiste en Russie et à la désintégration rapide du système tsariste et de la société russe. Il existe cependant des nuances. V. Rosen plaide pour une monarchie constitutionnelle qui satisfasse les attentes des classes supérieures. Il souhaite donc que la Russie suive la voie de l'Occident et blâme la politique slavophile dans les Balkans qualifiant le panslavisme de « bonne poésie et mauvaise politique »<sup>15</sup>. Pour lui, la Russie a atteint en Europe son extension maximale et ne doit pas se laisser entraîner dans une nouvelle guerre pour satisfaire d'autres intérêts que les siens. Une guerre

contre l'Allemagne serait donc une véritable calamité avec pour seul résultat un effondrement administratif et économique puis une révolution populaire<sup>16</sup>.

Il faut bien avouer que ses positions sur le système monarchiste font de Rosen quelqu'un d'assez atypique dans le groupe pro-allemand. La majorité se retrouve sur la ligne défense du tsarisme et alliance allemande.

Ainsi Petr N. Durnovo, qui contrairement à Rosen, n'est pas un diplomate de carrière mais un homme du système tsariste (chef des forces de police entre 1884 et 1893, ministre de l'Intérieur en 1905), est d'abord mû par la défense de l'autocratie. Dans son *memorandum* de février 1914<sup>17</sup>, il condamne comme Rosen la politique poursuivie depuis 1906 mais suit un raisonnement sensiblement différent. Lui n'est pas opposé à l'alliance franco-russe mais à celle qui lie Pétersbourg à Londres. Etant donné que la rivalité qui divise le continent, c'est celle qui oppose Londres et Berlin sur les mers, Durnovo pense que la Russie n'a aucun intérêt à s'y mêler et tout à les laisser se neutraliser ! Au contraire sa bonne entente avec Londres est le seul germe de conflit possible avec Berlin. Sa conclusion est simple : Pétersbourg doit oeuvrer pour réconcilier Paris et Berlin et les lier dans la Ligue continentale pour garantir la paix. C'est une analyse qui sous-estime évidemment la force de l'antagonisme Paris/Berlin, celle de l'opposition austro-russe dans les Balkans et surtout exagère peut-être la rivalité anglo-allemande. Car elle repose sur l'idée que Berlin a fait le choix planifié d'un développement avant tout maritime or rien n'est moins certain qu'elle ait défini aussi clairement ses priorités stratégiques !

En revanche, l'analyse de l'auteur sur l'entrée en guerre, les forces en présence, la tournure du conflit (guerre longue qui suppose cohésion politique intérieure, stabilité sociale, puissance économique) est assez juste. Et encore une fois l'idée que la guerre contre l'Allemagne entraînera une désintégration sociale, économique et finalement militaire de la Russie est le point d'orgue de la démonstration.

Des deux camps qui s'affrontent autour de l'alliance allemande, les contemporains peinent à pronostiquer un vainqueur et les diplomates en poste sur la Neva pensent généralement que l'alliance franco-russe ne tiendra pas.

Outre la difficulté qu'il y a à prendre en compte l'exacte mesure des événements de 1905 ou de l'impact de la propagande anti-allemande, l'explication ultime se trouve peut-être dans le fait que jusqu'aux derniers moments, le pouvoir semble hésiter entre les voies qui s'offrent à lui. Quel est l'élément décisif ?

La lecture des dépêches des représentants français et anglais montre que les emprunts français ne pèsent pas aussi lourd qu'on pourrait le croire<sup>18</sup>. En revanche, le danger de poursuivre une politique étrangère impopulaire, pour un régime qui serait à la fois isolé et vulnérable, est réel. Pour apaiser l'opinion nationaliste, il faudrait que Berlin fasse de grandes concessions dans l'Empire Ottoman et les Balkans au détriment de ses propres intérêts et ceux de l'allié autrichien ce qui reste fort improbable.

La situation stratégique russe peut se déclinier ainsi entre 1906 et 1914.

Soit elle s'arrime à Paris et Londres en espérant que l'unité de l'Entente dissuadera Berlin d'attaquer.

Soit elle reste indifférente aux avances britanniques et essaie d'attirer Berlin dans

l'alliance continentale tout en encourageant sa rivalité avec Londres sur les mers. Si elles en viennent au conflit, la France y sera entraînée et la Russie devra faire un choix que les pro-allemands envisagent avec horreur. Car en cas de neutralité, elle peut certes espérer sauver sa frontière occidentale et intervenir au bon moment dans le conflit. Mais si Berlin écrase Paris et chasse les Britanniques du continent, Pétersbourg sera, comme naguère en 1811 (ou plus tard en 1940-1941), contrainte de choisir entre se plier à ses volontés ou l'affronter seule.

Les mémoires d'Isvoiski<sup>19</sup> montrent que ce sont précisément les craintes de la Russie de se trouver seule face à une telle hégémonie allemande qui motivent son choix.

Finalement le Tsar choisit de suivre les conseils stratégiques des anti-allemands<sup>20</sup> plutôt que les alarmes des pro-allemands qui pronostiquent l'effondrement intérieur du régime. Suivant Sasonov, convaincu que le peuple russe ne pardonnerait jamais au Tsar de ne pas défendre la Serbie, Nicolas II se convainc que les masses russes le suivront de tout cœur dans une guerre contre l'Allemagne...

Le rôle du nationalisme russe est donc fondamental dans ce choix mais il ne saurait se comprendre hors du contexte général européen et plus encore de l'évolution que connaît l'Allemagne dans ces mêmes années.

### **« La lutte pour la vie des Germains d'Europe (...) contre les Slaves »<sup>21</sup> - nationalisme et politique en Allemagne**

Deux éléments importants caractérisent la politique extérieure allemande. D'abord malgré le double échec de 1907, il n'y a pas de bouleversement notable dans la ligne diplomatique de Berlin, sous la fin de la mandature de Bülow et les débuts de Bethmann-Hollweg (peu versé dans les affaires diplomatiques et assisté à partir de 1910 par le secrétaire d'Etat Kiderlen-Wächter).

Ensuite 1912 constitue un tournant : le rôle attribué à Pétersbourg change : de *Juniorpartner* elle devient l'ennemie<sup>22</sup>. Mieux

encore, la Russie, le danger russe, devient la justification *a posteriori* d'une politique allemande qui peinait à se définir une ligne claire, rationnelle, et transcende à présent ses échecs.

Le rôle que Berlin assigne à Pétersbourg dans son système diplomatique ne change donc d'abord pas, malgré l'échec marocain de 1905-1906. Il est défini par trois éléments fondamentaux de la stratégie allemande. Le premier est la priorité absolue donnée à l'ancrage autrichien qui sous-entend le sacrifice des intérêts russes. Ensuite, Berlin



persiste à vouloir défaire la *Triple Entente* et surtout l'axe Paris-Pétersbourg en montrant à cette dernière la vanité de ses alliances. Pour cela, elle met Pétersbourg en difficulté, sous pression, pour la ramener dans son giron. Enfin, le troisième est l'obsession du rapprochement avec Londres. Et Pétersbourg est instrumentalisée à cette fin.

Ces trois préceptes confèrent donc à la Russie une place peu enviable dans les calculs diplomatiques allemands : partenaire secondaire et volontairement exposé.

L'exemple de la crise bosniaque (1908-1909) est particulièrement éclairant. Il serait erroné d'affirmer que le repli russe sur le continent à partir de 1907 ne donne pas matière à réflexion aux dirigeants allemands. Le rapport que rédige Bülow le 25 juin 1908, après la rencontre d'Edouard VII et Nicolas II à Reval/Tallin, montre qu'il analyse très clairement l'isolement des deux alliées germaniques. Mais cela ne remet pas en cause l'ancrage autrichien, bien au contraire : « Fidélité et cause commune avec l'Autriche-Hongrie, c'est là le principe supérieur de la politique extérieure allemande pour l'avenir. »<sup>23</sup>, écrit-il.

Alors que la « révolution » des Jeunes-Turcs de juillet 1908 rouvre la question d'Orient, il accorde même un blanc-seing à Vienne : « Nous ne pouvons certes pas nous opposer à l'Autriche dans les questions orientales, car elle a des intérêts plus importants et plus immédiats que nous dans les Balkans. »<sup>24</sup> écrit-il le jour de la proclamation de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine par l'Autriche, suivie par celle de l'indépendance bulgare.

Son refus poli à la proposition du ministre russe Isvolski de convoquer une conférence sur la question d'Orient, tout comme son soutien appuyé à Vienne, est motivé par la stratégie déjà énoncée : montrer la mollesse du soutien franco-britannique à Pétersbourg, contrainte d'accepter sans contrepartie l'annexion en mars.

De la même manière, l'accord franco-allemand sur le Maroc conclu l'année suivante (1909) a pour but d'isoler encore plus la Russie, de l'acculer à un rapprochement avec Berlin.

La stratégie d'affaiblissement russe se révélera, à court terme, payante, pour ce qui est en tout cas des relations franco-russes puisque Pétersbourg ne soutient que très mollement Paris dans la crise d'Agadir (1911), lui faisant savoir que cette question n'est pas un *casus belli*, un prétexte pour un rendu donc !

Néanmoins le *satisfecit* que s'accorde Bülow avant sa démission forcée, en juin 1909 à l'issue de la crise bosniaque : « Nous n'avons jamais été aussi respectés et craints dans le monde depuis vingt ans »<sup>25</sup>, s'avère vite erroné. Il repose sur une méconnaissance totale de la situation intérieure russe entraînant une erreur tactique majeure. Car le ressentiment ne s'accumule pas, sur la Neva, contre Paris et Londres mais bien contre Berlin !

Son successeur, Bethmann-Hollweg, et le secrétaire d'Etat Kiderlen-Wächter, n'en prennent pas vraiment la mesure. La fameuse entrevue de Potsdam de novembre 1910 entre Nicolas et Guillaume a moins pour but de calmer le ressentiment né de l'affaire bosniaque que d'utiliser Pétersbourg dans la politique de rapprochement avec Londres, priorité de la politique allemande jusqu'en 1912/1913. Berlin entend jouer sur deux tableaux : montrer à Londres qu'elle a dans son jeu une carte alternative, la Russie, et que cette dernière est prête à trahir.

Kiderlen écrit ainsi à l'ambassadeur à Saint-Pétersbourg : « L'alpha et l'oméga de tout l'accord est pour moi l'assurance russe sur les relations avec l'Angleterre. Elle doit être telle qu'elle ait un effet compromettant pour les Russes le jour où elle parviendra à la connaissance des Anglais. »<sup>26</sup> Quant à Bethmann, il affirme le 27 décembre 1910 : « Je vois dans l'amélioration de nos relations russes avant tout un tremplin pour un accord avec l'Angleterre »<sup>27</sup>.

Naturellement le ministre Sasonov n'est pas dupe. C'est un échec d'autant plus cuisant que Londres soutient activement Paris pendant la seconde crise marocaine<sup>28</sup>. La mission Haldane, du nom du ministre britannique de la Guerre, en visite à Berlin en février 1912, s'achève encore sans succès. Cette année marque incontestablement un tournant dans la

conception que Berlin se fait des rapports germano-russes.

A partir de cette date, l'Allemagne doit subir ou tirer les conséquences de ses choix diplomatiques et politiques.

Ils sont d'abord orientaux. Les principes de non-engagement que Bismarck avait établis dans cette sphère géographique ont vécu. Si Bülow se retranche en 1908 encore derrière l'assurance que l'Allemagne n'y a « que des intérêts économiques »<sup>29</sup>, l'ancien secrétaire d'Etat Marshall, devenu ambassadeur à Constantinople, plaide en décembre 1907 qu'il est indéniable que son pays a, à présent, des « intérêts politiques », « un capital que nous devons protéger »<sup>30</sup> dans l'Empire Ottoman.

Et si la pénétration économique est essentiellement vue comme une manifestation pacifique du nécessaire développement de l'impérialisme allemand, Berlin n'entend pas être exclue d'un partage si dislocation de l'empire il y a.

« L'affaire Liman von Sanders » représente le point d'orgue de cette politique et un signe révélateur de l'antagonisme croissant entre Berlin et Pétersbourg. En 1913, l'envoi à Constantinople de ce général allemand à la tête d'une quarantaine d'officiers, en qualité d'instructeurs, provoque une très grave tension. Le général est non seulement nommé inspecteur général de l'armée turque mais aussi commandant du corps d'armée de Constantinople, une fonction dangereusement stratégique pour le contrôle des Détroits aux yeux des Russes. Côté allemand, le sens de la mission n'est pas contestable. Guillaume enjoint à ses hommes « de gagner la sympathie des soldats turcs et de créer pour moi une armée puissante qui obéissent à mes ordres. (...) Vous êtes en effet les pionniers sur la voie de la partition imminente de la Turquie. »<sup>31</sup>

D'ailleurs, à l'issue de cette crise n'écrit-il pas, en marge d'un rapport du 25 février 1914 : « Les relations russo-prussiennes sont mortes pour toujours !! Nous sommes devenus ennemis. »<sup>32</sup>

Les raisons de cette évolution apparaissent très clairement pourvu que l'on compare la justification en 1890 de l'ancien chancelier Leo

Caprivi (et, derrière lui, le fameux Marshall) pour abandonner le traité de réassurance : « Quelle est la valeur aujourd'hui d'alliances qui ne sont pas fondées sur une communauté d'intérêts ? » avec celle de Marshall en 1907. Non seulement il n'y a pas d'intérêts communs entre les deux puissances mais il semble qu'il y ait des intérêts antagonistes !

D'autre part, l'opposition entre les deux Etats, entre les deux peuples, est au coeur de la mobilisation de l'opinion publique. On assiste à la généralisation des *topoi* négatifs sur le Slave et le Russe, à une violente propagande anti-russe emmenée notamment par les émigrés germano-baltes. Bismarck avait mis en garde contre la construction factice d'une haine qui ne pourrait que devenir réciproque entre les deux peuples et, dès lors, réalité.

Avec le passage d'une politique d'équilibre à une politique impérialiste, l'occasion est trop belle pour le pouvoir d'utiliser la force du nationalisme pour soutenir et justifier sa *Weltpolitik*. Il trouve de puissants relais dans les Ligues, notamment la *Ligue Navale (Flottenverein)*, la *Ligue militaire (Wehrverein)* qui soutiennent le renforcement de l'armée. Les rapports avec la *Ligue pangermaniste (Alldeutscher Verband)* sont moins évidents. Elle reproche souvent à la politique gouvernementale sa frilosité.

En 1912, les caractéristiques de la mobilisation nationaliste sont particulièrement intéressantes : elle dénonce violemment une politique extérieure jugée trop pacifique ; elle prend un tour de plus en plus ouvertement anti-russe.

Ainsi en est-il du livre du général Friedrich von Bernhardi, *L'Allemagne et la prochaine guerre*, marqué par ces deux thèmes : la justification de la guerre comme « nécessité biologique (...) exigence morale (...) facteur indispensable de culture »<sup>33</sup> et ce constat implacable : « Il n'est pas invraisemblable que la question de la puissance se règle à nouveau par les armes entre Germains et Slaves »<sup>34</sup>.

En appelant de ses voeux une guerre sans délai, un ouvrage comme celui de Bernhardi sert également incontestablement la cause des

militaires dans le conflit stratégique qui les oppose au pouvoir civil.

A partir de 1912, on peut, en effet, affirmer que dans la question des rapports entre impératifs diplomatiques et militaires, donc entre pouvoir civil et militaire, le second l'emporte. Car depuis 1909 la stratégie de Bethmann-Hollweg, c'est-à-dire la primauté accordée au rapprochement avec Londres, et les plans de l'Etat-Major, c'est-à-dire l'adoption sans alternative du plan Schlieffen qui prévoit l'invasion de la Belgique, sont incompatibles.

Derrière ce constat se dissimule mal le grave désaccord sur la question de la paix ou de la guerre. Bethmann et l'administration civile ne veulent pas la guerre ; les militaires la jugent inévitable et développent alors une double théorie : celle de la guerre préventive et celle de la supériorité de l'offensive sur la défensive pour éviter que le rapport de forces européen ne devienne défavorable, plaident-ils. Deux exemples sont particulièrement révélateurs pour montrer l'assise du parti militaire et l'influence de ce dernier sur l'Empereur.

Lors de la première crise balkanique (octobre 1912 - mai 1913), Guillaume écarte la suggestion de Kiderlen-Wächter d'une concertation des grandes puissances pour localiser un éventuel conflit, arguant :

« Le conflit viendra de toute façon un jour. Aujourd'hui il est certes inopportun pour la Russie, car elle n'est pas prête militairement. Alors pourquoi le retenir jusqu'à ce que le conflit convienne à la Russie (...). Il vaut mieux qu'il éclate aujourd'hui, car la France, l'Angleterre, la Russie sont dans l'embarras. »<sup>35</sup>

Suite aux rapides victoires de la *Ligue Balkanique* sur la Turquie, la tension monte d'un cran entre Russes, Austro-Hongrois et

leurs alliés réciproques. Le 8 décembre 1912 Guillaume convoque alors une « conférence de crise » des conseillers militaires. L'événement est triplement symbolique. D'abord l'analyse de la situation par l'Empereur montre qu'il est imprégné par la rhétorique pangermaniste :

« La lutte pour la vie que les Germains d'Europe (Autriche, Allemagne) devront mener contre les Slaves (Russie) soutenus par les Romands (Gaule), trouve les Anglo-Saxons du côté des Slaves. Raison : jalousie. Crainte de nous voir devenir trop grands. »<sup>36</sup>

Ensuite, Guillaume n'a pas convié le chancelier et le secrétaire d'Etat aux Affaires étrangères. Et pour finir, le chef d'Etat-Major, Moltke, appuie que la « guerre est inévitable et que le plus tôt sera le mieux »<sup>37</sup>. Certains tel Fritz Fischer en concluent que la décision de la guerre remonte à cette date ; avouons en tout cas, avec Christian Baechler, qu'il s'agit là d'un tournant essentiel<sup>38</sup>.

Le second épisode qui plaide pour le primat du parti militaire est évidemment la mission Liman von Sanders. La négociation avec la Turquie s'est faite sans informer l'*Auswärtiges Amt* ni passer par l'ambassadeur mais sur instructions de Guillaume et par l'attaché militaire.

Dans ces conditions, les efforts de Bethmann, couronnés d'un certain succès, pendant la seconde guerre balkanique (juin - août 1913) perdent peu à peu du terrain face à la certitude qui semble saisir le pays tout entier : la guerre préventive contre la Russie est fatale. Le premier des Allemands ne note-t-il pas le 11 mars 1914 : « Moi, en tant que militaire, je n'ai pas le moindre doute et selon mes informations, la Russie prépare systématiquement la guerre contre nous ; c'est en fonction de cela que je dirige ma politique. »<sup>39</sup> ?

### Conclusion

A bien des égards, la position des dirigeants russes et allemands à la veille de la guerre est semblable. Le pouvoir politique traditionnel est affaibli face à des pouvoirs concurrents (militaire, opinion...). Le pouvoir personnel du souverain notamment dissimule

mal qu'il est le jouet de nouvelles forces qui le dépassent. La puissance montante du nationalisme et ses formes d'expression (presse, ligues etc.) paraissent prendre le relais de la diplomatie traditionnelle dont on peut

douter qu'elle contrôle réellement les forces qu'elle a contribué à exciter.

C'est sans doute le signe que cette dernière a échoué. Et là encore ses objectifs étaient assez proches dans les deux pays : il s'agissait avant tout de vaincre le complexe obsidional en se procurant des alliances qui permettent de s'assurer un développement intérieur et extérieur. Mais le choix allemand de l'ancrage autrichien a rapidement figé Berlin et Pétersbourg dans deux « systèmes » différents et de plus en plus antagonistes.

C'est ce qu'avait voulu éviter Bismarck par sa politique souple d'alliances. Ses successeurs méconnaissent la situation russe. Jusqu'en juillet 1914 Bethmann reste persuadé qu'il obtiendra de sa voisine qu'elle quitte le giron des Occidentaux en lui prouvant la faiblesse de

ses alliances. Il accepte donc de participer à une action contre la Serbie au nom du « risque calculé »... Le pari n'est pas très heureux ! Mais les autorités tsaristes ne le sont pas davantage, elles qui, en dernière instance, ont vu dans la résistance à l'impérialisme allemand la condition de la survie de leur régime.

Si de « non alliées » les deux puissances sont devenues ennemies, le mythe concernant les années 1860, lui, n'est pas mort ; bien au contraire. Il va connaître ses meilleurs jours dans l'Entre-deux-guerres<sup>40</sup> lorsque la jeune URSS et l'Allemagne de Weimar puis nazie voudront vaincre leur isolement en s'inventant un passé commun, puis en rêvant qu'alliées, elles puissent dominer les destinées européennes.

#### NOTES :

<sup>1</sup> « Le rôle de la politique russe de Bismarck dans la voie prussienne vers l'unité allemande 1863-1871. *Die getäuschte Clio ?* », 2 vol., 1251 p., prix Pierre Grappin 2008, à paraître aux Presses Universitaires de Strasbourg, collection : *Les mondes germaniques*, sous le titre : *La politique russe de Bismarck et l'unification allemande. Mythe fondateur et réalités politiques*.

<sup>2</sup> Cf. Burgaud, Stéphanie, « La politique de Gortchakov face à la Prusse à l'été 1866 à la lumière des archives russes », *Revue d'Histoire Diplomatique*, Paris, 2005, vol. 2, pp. 135-149.

<sup>3</sup> L'entente des Trois Empereurs est consacrée en juin 1881.

<sup>4</sup> Cf. Baechler, Christian, *L'Aigle et L'Ours. La politique russe de l'Allemagne de Bismarck à Hitler 1871-1945*, Bern, Peter Lang, 2001, p. 120.

<sup>5</sup> La flotte russe de la Baltique qui se dirige vers l'Extrême-Orient fait feu les 21-22 octobre sur des bateaux de pêche anglais qu'elle prend pour des Japonais. L'opinion britannique se persuade qu'il s'agit d'une manœuvre allemande et Berlin craint des représailles maritimes.

<sup>6</sup> Cf. *Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der diplomatischen Akten des auswärtigen Amtes*. Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte <abrégée GPEK>, vol. XIX, n°6120.

<sup>7</sup> L'expression est empruntée à un article de 1908 du journal russe *Novoe Vremja* qui dénonce le *Drang nach Osten* germanique.

<sup>8</sup> Cf. son rapport sur le sujet à Nicolas II du 22 mars 1899.

<sup>9</sup> A la mort d'Alexandre III (1894), le général Kireev écrit que la Russie n'a jamais été aussi puissante depuis l'époque de Nicolas I<sup>er</sup>. Aucun dirigeant russe ne se risquerait à la même assertion 6 ou 10 ans plus tard !

<sup>10</sup> Delbrück publie également des sorties semblables du prince Koçubej dans le *Correspondant* parisien sous le titre : « Das Problem der Triple-Entente » in *Preußische Jahrbücher*, 1914, vol. 157, pp. 481-513. Et un an plus tard, il fait paraître les deux textes réunis sous le titre : « Die Motive und Ziele der russischen Politik nach zwei Russen ».

<sup>11</sup> Cf. *Preußische Jahrbücher*, vol. 156, p. 387.

<sup>12</sup> *Idem*, p. 388.

<sup>13</sup> *Idem*, p. 391.

<sup>14</sup> *Idem*, p. 394.

<sup>15</sup> Cf. Rosen, *Forty Years of Diplomacy*, Londres, 1922, vol. 2, pp. 74-77.

<sup>16</sup> *Idem*, pp. 89-107.

<sup>17</sup> Il est publié en traduction anglaise in Golder, FA, *Documents on Russian History 1914-1917*. New York, 1927, pp. 3-24.

<sup>18</sup> Cf. Sonntag, J.P. « Tsarist Debts and Russian Foreign Policy », *Slavic Review*, XXVII, 1968, pp. 529-541. Il n'y a guère qu'à la Conférence d'Algésiras que la diplomatie russe a été contrainte d'agir par nécessité et c'était dans la foulée des événements révolutionnaires de 1905-1906.

<sup>19</sup> Cf. Isvolski, A.P., *The memoirs of Alexander Izvolsky*, Londres, nd, p. 83.

<sup>20</sup> Il faut préciser que les diplomates russes étaient notoirement peu au fait de la situation intérieure de l'Empire.

<sup>21</sup> Telle est l'expression employée par l'Empereur Guillaume II en décembre 1912. Cf. GPEK, vol. XXXIX, n°15613 (8/12/1912).

<sup>22</sup> Le terme peut être relevé sous la plume de Guillaume, en marge d'un rapport du 25 février 1914 : « Les relations russo-prussiennes sont mortes pour toujours !! Nous sommes devenus ennemis. », GPEK, vol. XXXIX, n°15841, également cité in Baechler, *op. cit.*, p. 147.

<sup>23</sup> Cf. GPEK, vol. XXV, 2, n°8820 et *idem*, p. 131.

<sup>24</sup> Cf. GPEK, vol. XXXVI, 1, n°89839, 5/10/1908 et *idem*, p. 132.

<sup>25</sup> Cf. GPEK, vol. XXVIII, n°10306, 3/06/1909 et *idem*, p. 133.

<sup>26</sup> Cf. GPEK, vol. XXVII, 2, n°10167 (4/12/1910) et *idem*, p. 135.

<sup>27</sup> Cf. Baechler, *op. cit.*, p. 136.

<sup>28</sup> Sur le sujet, on peut se reporter à la lecture de Jean-Claude Allain, *Agadir 1911, une crise impérialiste en Europe pour la conquête du Maroc*, Paris, 1976.

<sup>29</sup> Cf. GPEK, vol. XXV, 2, n°8820.

<sup>30</sup> Cf. GPEK, vol. XXII, n°7386, 26/12/1907. Cette vision est approuvée par l'Empereur. Cf. Baechler, *op. cit.*, p. 129.

<sup>31</sup> Cf. Fischer, Fritz, *War of Illusions*, Londres, 1975, pp. 334-336.

<sup>32</sup> Cf. GPEK, vol. XXXIX, n°15841.

<sup>33</sup> Cf. Bernhardt, Friedrich von *Deutschland und der nächste Krieg*, Berlin, 1912, préface. Il est traduit en français en 1916.

<sup>34</sup> *Idem*, p. 81.

<sup>35</sup> Cf. GPEK, vol. XXXIII, p. 148, *marginalia* du 1/10/1912.

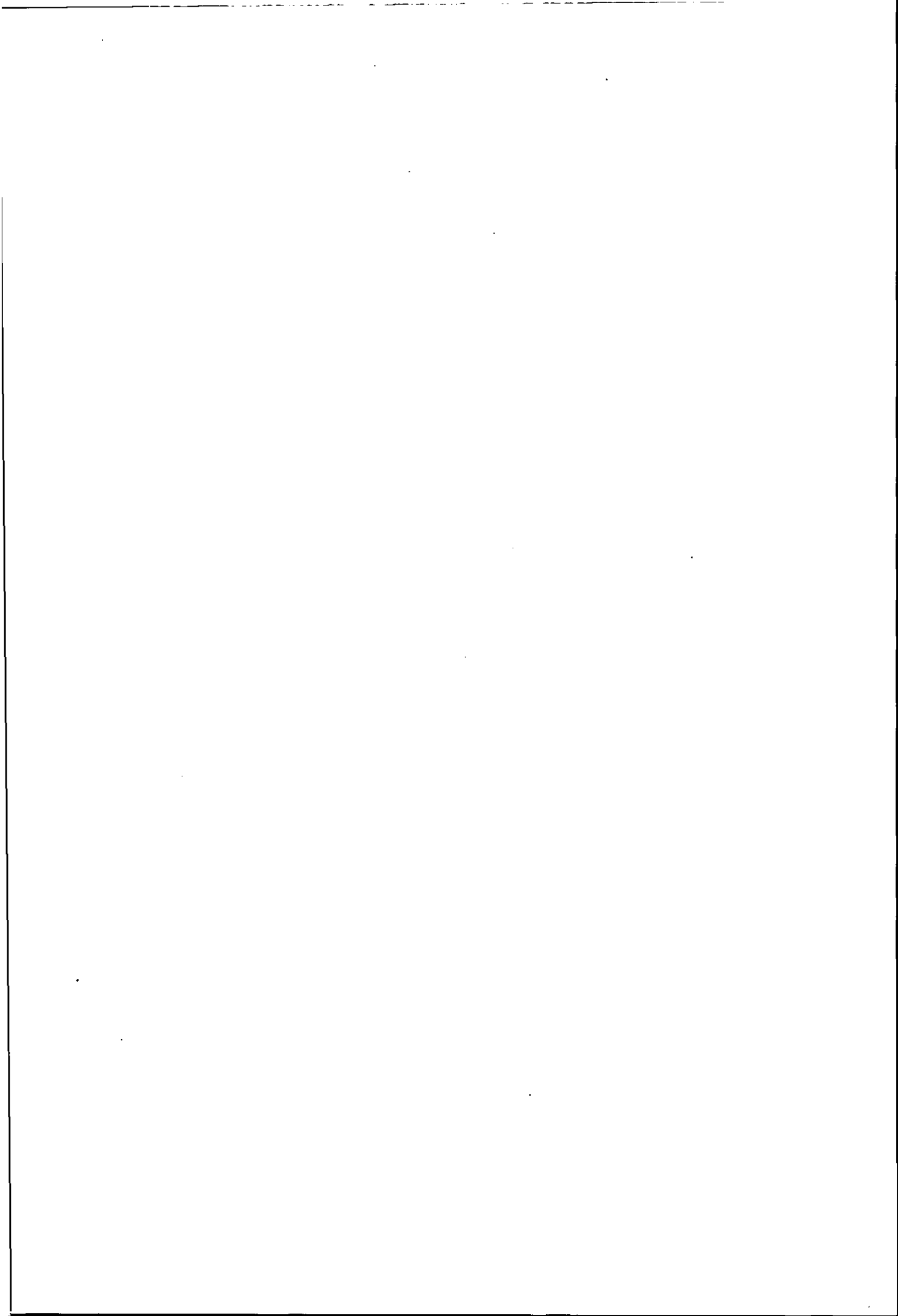
<sup>36</sup> Cf. GPEK, vol. XXXIX, n°15613 (8/12/1912), citée in Baechler, *op. cit.*, p. 142 qui parle de « réaction quasi hystérique » de Guillaume.

<sup>37</sup> *Idem*.

<sup>38</sup> *Op. cit.*, p. 143.

<sup>39</sup> *Idem*, p. 148, note 165.

<sup>40</sup> En témoignent la floraison des thèses concernant notre sujet dans l'historiographie allemande, l'accès des historiens allemands aux archives russes, et la production soviétique, même timide, concernant cette période. Voir Burgaud, « Plädoyer für eine Reise nach Moskau. Eine neue Deutung der Bismarckschen Russlandpolitik (1863-1871) », *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Neue Folge*, Berlin, Duncker & Humblot, 2008, 18 Bd., Heft 1, S. 97-116 et « Déconstruire le mythe fondateur : la politique russe de Bismarck dans la voie prussienne vers l'unité allemande (1863-1871) », *HES (Histoire, économie et société)*, Paris, Armand Colin, 2008, n°3, pp. 95-109.



## Nicolae Titulescu y las relaciones rumano-iberoamericanas

*Constantin Bușe*

**N**icolae Titulescu fue una personalidad política de excepción, una de las grandes figuras de la diplomacia internacional, un ciudadano de mundo. El hombre, sobre el cual, otras grandes personalidades que lo conocieron muy bien, dijeron: "Fue un gran diplomático, uno de los más ilustres del período de entre guerras" (Maxim Litvinov). "Fue, quizás, el mayor diplomático de su tiempo" (A. Frangulis).

Ministro del Exterior entre los años mil novecientos veintisiete-veintiocho y entre los mil novecientos treinta y dos y treinta y seis, ministro de Rumania en Londres en los años mil novecientos veintiocho-mil novecientos treinta y dos, Titulescu logró, mediante su actividad, forjar una nueva etapa de la diplomacia rumana: el paso desde la representación de un estado con intereses limitados a la participación con derechos iguales al lado de las grandes potencias.

Para Rumania, para Titulescu, las exigencias fundamentales de la política exterior lo constituían el respeto y la defensa de la soberanía, de la independencia y la integridad territorial. "Nunca desistiremos-decía Titulescu-del principio de la igualdad de los estados, es decir del derecho soberano de disponer cada uno de nuestra suerte y de no recibir nunca una decisión que nos concierna y nosotros no la consentimos".

En la concepción de Titulescu, el respeto de los tratados constituirá el principio desde el cual se debía partir, para asegurar la paz en la lucha en contra de la revisión del estatuto territorial.

Las alianzas regionales debían ser subordinadas a una organización política internacional cuyo objeto era la salvaguarda de la paz en contra de toda agresión. La Sociedad

de las Naciones tenía la misión de consagrar la legalidad internacional, de sumar los esfuerzos de una comunidad interstatal e interdependiente para el mantenimiento de la paz.

El nombre de Titulescu se une a numerosas acciones y actos destinados a defender la legalidad internacional, para que reine la fuerza del derecho sobre el derecho de la fuerza y esto porque, así como afirmaba el político francés Luis Barthou, "su experiencia y autoridad constituían una fuerza europea".

Como reconocimiento de sus méritos distinguidos, de su posición lucida en el enfoque de los problemas internacionales, Titulescu fue elegido presidente de las sesiones undécima y duodécima de la Asamblea General de la Sociedad de las Naciones, siendo así, el único diplomático que desempeñó dos veces este cargo.

Titulescu hizo fracasar, en gran medida, la creación del Pacto de los Cuatro, aquel directorado de las grandes potencias que debía revisar los tratados de paz.

A Titulescu se le deben la elaboración y aprobación de los convenios para la definición de la agresión, obra "del espíritu de realización de Titulescu, que supo armonizar el arte sutil del diplomático con la ciencia del jurista"; la constitución de la Entente Balcanica, integrada por Rumania, Yugoslavia, Grecia y Turquía que, junto a la Pequeña Entente, persiguieron la aseguración de la seguridad de las fronteras como contribución al mantenimiento y a la consolidación de la paz en Europa.

Una idea fundamental expresada por Titulescu fue la de la indivisibilidad de la paz en la época moderna, cada conflicto pudiendo tener consecuencias mundiales. Por eso Rumania, dentro de sus posibilidades

materiales, intento estrechar y extender sus relaciones diplomáticas, al partir del plano regional para pasar al plano europeo y universal. En este trámite un papel importante lo desempeñaron las afinidades de origen, lengua, cultura, tradiciones.

Países latinos, unidos por estos elementos, inclusive por la figura Imperial de Trajano, nacido en Iberia, Rumania y España establecieron la fin del siglo XIX y en los primeros decenios del siglo XX, relaciones consulares y diplomáticas. El inicio se hizo en enero de mil ochocientos setenta y cinco, cuando Alfonso XII dirigió una carta al soberano de Rumania en la cual le anunciaba su coronación como monarca de España. Así, por esta carta, el rey de España reconocía implícitamente a Rumania como un estado independiente, y a su príncipe como un soberano a pesar de que la plena independencia del Estado rumano no había sido proclamada.

En junio de mil novecientos trece después de ser instituidos consulados en Barcelona, Cadiz, Valencia, Cartagena, Las Palmas, Málaga, Bilbao y San Sebastián, puestos bajo la autoridad de la Legación Rumana de París, fue creada la Legación de Rumania en Madrid, mediante el nombramiento de un ministro plenipotenciario. Esta función hasta mil novecientos veintidos, cuando fue suspendida temporariamente como otras legaciones rumanas, hasta mil novecientos veinte y siete, por motivos financieros.

Los primeros contactos diplomáticos oficiales entre Rumania y los estados latinoamericanos se realizaron el 20 de abril de 1880, cuando mediante las legaciones rumanas de París y Bruselas se notificó a los representantes de Argentina, Chile, Colombia, México, Perú, Uruguay, Venezuela y otras repúblicas latinoamericanas, acreditados en estas dos capitales, el acta de importancia histórica para Rumania-la proclamación de su independencia de estado<sup>1</sup>.

La respuesta de los jefes de los estados de América Latina se hizo en términos sumamente positivos, al expresarse "la satisfacción y la simpatía" concerniente a este acontecimiento y, al mismo tiempo, el deseo y la esperanza del establecimiento entre Rumania

y los estados latinoamericanos de unas "relaciones de buena y cordial amistad"<sup>2</sup>.

Un rasgo peculiar cobró el primer contacto diplomático entre Rumania y Brasil. El otoño del año 1880, el coronel Sergiu Voinescu fue enviado a Río de Janeiro, en calidad de "encargado extraordinario de misión especial" cerca del emperador Pedro II del Brasil<sup>3</sup>. Al preparar esta misión el Ministro rumano del Exterior, Vasile Boerescu, señalaba en su carta del 16 de agosto, dirigida a su homólogo brasileño, que el encargado del gobierno rumano tenía la misión de testimoniar a las autoridades brasileñas "los sentimientos inalterables de simpatía" que los rumanos sienten por Brasil<sup>4</sup>.

El 2 de octubre de 1880, el coronel Sergiu Voinescu fue recibido en audiencia por Pedro II, ocasión en que fue entregada al soberano brasileño la carta por la cual las autoridades de Rumania notificaban la independencia de Rumania<sup>5</sup>. Pedro II manifestó muchas simpatías y particular interés por Rumania, declarando que "el desarrollo del estado rumano es necesario para el equilibrio europeo y ofrece una garantía de progreso y prosperidad en el Oriente"<sup>6</sup>.

El 12 de octubre de 1880, el coronel Sergiu Voinescu fue recibido por segunda vez por Pedro II, que quiso asegurarle que haría todo lo que en su poder sea posible para que "las felices relaciones establecidas entre nuestros países lleguen a ser las más agradables"<sup>7</sup>.

Causas varias hicieron que estos primeros contactos entre Rumania y los países de América Latina no conozcan los años siguientes la ampliación deseada y expresada por ambas partes: la gran distancia entre ellos, las dificultades de tipo financiero, la falta de conocimiento exacto de las posibilidades de cambios económicos etc.

Pero intentos y además éxitos parciales existieron. Así, en diciembre de 1881, se establecieron relaciones consulares entre Rumania y Argentina mediante la creación del primer consulado honorífico rumano en Buenos Aires<sup>8</sup>. A su vez el gobierno argentino estableció su primer consulado honorífico en Bucarest, en 1890, y que en 1906, fue elevado al rango de consulado general<sup>9</sup>.



En junio de 1885, el ministro de Rumania en Bruselas propuso, pero sin conseguir éxito al Ministerio del Exterior de Bucarest, la institucion de un consulado honorífico en Veracruz, Mexico, propuesta reiterada despues, en 1899, 1911 y 1921<sup>10</sup>.

En abril de 1902, el Ministro del Exterior de Venezuela comunico al gobierno rumano la decision de su gobierno de abrir un consulado honorífico en Bucarest, pidiendo a las autoridades rumanas el beneplacito para la persona nominada-el historiador V. A. Urechia. Visto que este ultimo habia fallecido entretanto, la gestion de Caracas se quedo sin resultado<sup>11</sup>. En cambio, en mayo de 1905 un consulado honorífico fue abierto en Bucarest por el gobierno de Bolivia<sup>12</sup>, y en 1911 un consulado del mismo rango fue creado en la capital de Rumania por el gobierno de la Republica de Chile<sup>13</sup>.

En noviembre de 1911, el Ministro del Exterior del Uruguay comunicaba que "en sus deseos de estimular las relaciones comerciales entre la Republica Oriental del Uruguay y el Reino de Rumania el poder ejecutivo dispuso nombrar, a partir de la fecha de 24 de noviembre de 1911, a don Abelardo Rey O'Shanahan como agente commercial en Rumania"<sup>14</sup>.

Al obtenerse el acuerdo del gobierno rumano, en Julio de 1912, el nominado respondio que la sede central de la agencia commercial uruguaya se establecio en Fiume, donde los rumanos interesados en intercambios comerciales con su pais, podian dirigirse directamente, inmediatamente y con plena confianza<sup>15</sup>.

A la vez, entre febrero de 1914 y mayo de 1915, funciono en Bucarest un consulado honorífico del Uruguay<sup>16</sup>.

Tales intento fueron interrumpidos temporariamente por las dificultades causadas por la primera guerra mundial, a pesar de que Rumania y los paises de America Latina se hallaron en el mismo campo durante el conflicto.

La adopcion de la Conferencia por la Paz de Paris, el 28 abril de 1919, del Pacto de la Sociedad de las Naciones tambien significo la

creacion de esta organizacion internacional. El Pacto de la Sociedad de las Naciones cobro fuerza juridica, el 10 de enero de 1920, a la vez con la entrada en vigor del Tratado de Versalles.

El Pacto fue firmado por 44 estados, entre los cuales figuraban Rumania, Bolivia, Brasil, Cuba, Ecuador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama, Peru y Uruguay. Otros 13 estados, que no participaron en la guerra, fueron invitados a firmar el Pacto, y por consiguiente, constituirse en miembros de la Sociedad de las Naciones.

De estos, seis eran latinoamericanos: Argentina, Chile, Colombia, Paraguay, El Salvador, Venezuela<sup>17</sup>.

Por su adhesion a los principios consignados en el Pacto de la Sociedad, los estados latinoamericanos abrigaban la esperanza de que, por este hecho, les seria garantizada la independendencia politica, la soberania y la integridad territorial.

"Al temer a los Estados Unidos de NorteAmerica-afirma el historiador W. H. Kelchner-ellos veian, indudablemente, en la Sociedad de las Naciones el amparo posible contra las injerencias de la republica norteamericana. La Sociedad de las Naciones representaba para el mundo latinoamericano una especie de contrapeso ante la influencia dominadora de los Estados Unidos"<sup>18</sup>.

El presidente Woodrow Wilson, que habia encabezado la comision de redaccion del Pacto, habia conseguido introducirlo pero se interpuso en esto la Doctrina Monroe, por los terminos del articulo 21.

Ante este hecho, el gobierno del presidente Venustiano Carranza de la Republica de Mexico, declaro, la primavera del ano 1919, que "Mexico no ha reconocido y no reconocera la Doctrina Monroe ... a causa de que esta golpea la soberania y la independendencia de Mexico y tiene como objeto poner a las naciones de America bajo una tutela forzada"<sup>19</sup>. Por este motivo, la republica mejicana se quedo mas de un decenio de la Sociedad de las Naciones.

Las comunes aspiraciones y la comun presencia en la actividad de la Sociedad de las Naciones, facilitaron la reanudacion de los

contactos diplomaticos entre Rumania y los estados latinoamericanos con mas vigor e intensidad y con resultados positivos para el ambiente internacional.

Asi, solo en el curso del año 1921, el gobierno rumano dispuso la creacion de consulados honorificos en Brasil, Chile y Argentina<sup>20</sup>, accion que fue continuada con la aparicion de las mismas instituciones en Caracas en Venezuela, el 1 de abril de 1925<sup>21</sup>, en Sao Paulo, en Brasil en 1926, para que en los años 30 esta medida sea extendida para casi todos los otros estados latinoamericanos<sup>22</sup>.

Ocurrio, al mismo tiempo, el fenomeno inverso, de instalacion por varios paises latinoamericanos de servicios consulares en Rumania, accion iniciada despues de la guerra por Brasil que creo un consulado suyo en 1919<sup>23</sup>, seguido por Venezuela en 1922, Peru en 1927 y otros mas en el decenio cuatro<sup>24</sup>.

En esta accion de extension de las relaciones economicas, un momento destacado lo constituyo el nombramiento por el gobierno rumano, en agosto de 1920, de D. M. Popovici como agregado comercial de Rumania para America Latina, con sede en Buenos Aires<sup>25</sup>.

Popovici llevo negociaciones con las autoridades de Rio de Janeiro con objeto de crear un deposito permanente de mercancias brasilenas en Rumania, de obtener un emprestito de un mil millones de lei, para la creacion de la Camara de Comercio rumano-brasilena y la cooperacion de la industria del algodón y del caucho en Rumania como tambien para la organizacion de una linea maritima Brasil-Rumania<sup>26</sup>.

En 1931 ya son registrados dos resultados positivos: la creacion en Bucarest, por particulares, de la sociedad la Oficina Sudamericana, con el fin de mantener y desarrollar las relaciones comerciales rumano-latinoamericanas y la apertura, en septiembre, en Rio de Janeiro de la primera exposicion comercial rumana en America Latina<sup>27</sup>, ocasion en que el Ministro del Exterior brasileno, Azevedo Marques, que la inauguro, declaro, que "Rumania presenta, efectivamente, una importancia en la economia mundial" y "su posicion excepcional en cuanto a la

distribucion de productos en Oriente es del mayor interes"<sup>28</sup>. En diciembre del mismo año un exposicion similar fue organizada en Buenos Aires<sup>29</sup>.

En 1925 fue creada la primera representacion diplomatica latinoamericana en Rumania. En carta dirigida a las autoridades rumanas, el Ministro del Exterior chileno senalaba que, "el gobierno de la Republica, en sus deseos de estrechar vinculos que felizmente nos une", decidio nombrar un encargado de negocios en Bucarest<sup>30</sup>. Se marcaba asi una etapa nueva, superior, en las relaciones de Rumania con America Latina, proceso en que un papel sumamente importante le correspondio a Nicolae Titulescu, el diplomatico y el politico que comprendio con mas rapidez y mas profundamente, como nadie antes, la importancia de los estados latinoamericanos en el concierto internacional.

La comprension por Nicolae Titulescu de la necesidad de la ampliacion de las relaciones exteriores de Rumania, con prioridad con aquellos estados que ponian en la base de su politica los principios de respetar al texto los tratados, la soberania y la independencia, el *statu quo* territorial, partia de una estimacion realista de la situacion internacional compleja de los años del tercer decenio, de la necesidad de la atenuacion de los fracasos o semifracasos de la Sociedad de las Naciones al poner en practica las previsiones del propio estatuto, como tambien del convencimiento de que las grandes potencias por la politica que llevaban comenzaban a ceder ante las fuerzas revisionistas y revanchistas y transgredir sus propias obligaciones para lesionar los intereses de los estados pequenos y medianos. De este modo el fracaso de la accion de concluir un Tratado de Asistencia Mutua en 1923, como tambien el abandono del Protocolo de Ginebra firmado el 2 de octubre de 1924, ambos debiendo ser instrumentos capaces de mantener la paz<sup>31</sup> fueron interpretados por Nicolae Titulescu como intentos de unas grandes potencias, entre las cuales figuraba Gran Bretana, hacia compromisos con el imperialismo alemán y las fuerzas revisionistas y revanchistas<sup>32</sup>.

Luego, el Pacto de garantías renano firmado en Locarno, en octubre de 1925, que especificaba la garantía solo de las fronteras entre Alemania y Bélgica y Alemania y Francia, y no de aquellas entre Alemania y Polonia y Checoslovaquia, los aliados de Rumania, fue considerado con justa razón como "inicio de la política de las potencias occidentales de concesiones a Alemania a la cual le fueron abandonados los estados medios y pequeños del centro, este y sudeste de Europa con el objeto de resolver a cuenta de estos los antagonismos entre ellos"<sup>33</sup>.

A fines del año 1927, Nicolae Titulescu que había colaborado hasta entonces en varias ocasiones dentro de la Sociedad de las Naciones con representantes de los estados latinoamericanos, en calidad de Ministro del Exterior en Rumania, propuso a las autoridades de Bucarest la creación de la primera representación diplomática rumana en América Latina, en Río de Janeiro<sup>34</sup>. El proyecto de ley para la creación de la Legación rumana en Río de Janeiro fue aprobado por los cuerpos legisladores en diciembre de 1927, testimoniándose por eso, como escribió Titulescu "nuestros sentimientos de simpatía y hacer patente nuestros lazos espirituales con la gran República del Brasil"<sup>35</sup>.

Ante este acto del gobierno brasileño respondió que "había recibido con la mejor satisfacción la noticia del gesto lleno de simpatía del gobierno y del parlamento rumano"<sup>36</sup>.

La misma satisfacción fue expresada aun por el presidente brasileño Luis Washington Pereira da Sousa, con la ocasión de la presentación por Caius Brediceanu, de cartas credenciales, el 10 de mayo de 1928, como Enviado extraordinario y Ministro plenipotenciario de Rumania<sup>37</sup>.

La respuesta del gobierno del Brasil de crear a su vez en Bucarest una legación, en 1929, era absolutamente natural, siendo el fin tal como lo definió el Ministro del Exterior brasileño, "de estrechar aun más los vínculos de amistad que felizmente existen ya entre nuestros países"<sup>38</sup>.

También se produjo, en el mismo tiempo, una intensificación de los contactos entre Rumania y Argentina.

Las manifestaciones de independencia de Argentina en el marco de la Unión Panamericana ante la política impuesta por los Estados Unidos de Norte América, el rechazo del derecho que a estos se habían adjudicado por la Doctrina Monroe, contribución importante de los juristas argentinos al enriquecimiento de los principios del derecho internacional, la influencia y el prestigio granjeados por el de intervenir en los asuntos interiores de los estados de América Latina, la Argentina en el marco de las acciones desarrolladas por el grupo ABC (Argentina, Brasil, Chile -C. B.) para la resolución por vía pacífica de los desacuerdos entre las repúblicas americanas y la constitución de este grupo latinoamericano como escudo contra la influencia norteamericana concurrían al hacer de la gran república latinoamericana un importante partner en las relaciones exteriores de Rumania.

La diplomacia rumana registraba con satisfacción cada manifestación por parte de las autoridades o de la opinión pública argentina en favor de la paz, por el respeto de los tratados, de la independencia y la soberanía nacional. Así, dentro de la Conferencia de la Comisión de los Juristas americanos que se celebró en Río de Janeiro, en abril de 1927, el delegado de Argentina, junto a los de las Repúblicas de Haití y Dominicana, criticó severamente la política de los Estados Unidos de intervención en América Latina y en uno de los documentos adoptados pudo inscribirse el principio según el cual "ningún Estado puede intervenir en los asuntos interiores del otro"<sup>39</sup>.

Otra manifestación semejante fue ocasionada por la declaración de 9 de enero de 1928, en Buenos Aires, de la Asociación Argentina para la Sociedad de las Naciones en relación con la guerra llevada por los Estados Unidos en contra del pueblo de Nicaragua.

La declaración pedía la retirada de las tropas norteamericanas de esta república centroamericana y la resolución del conflicto en el marco de la Sociedad de las Naciones-señalaba en la declaración-considera que llegó el momento de plantear esta cuestión ante la Asamblea de la Liga de las Naciones y de la

Conferencia Panamericana, tento para obtenerse la renuncia por parte de los organos oficiales de los Estados Unidos a un privilegio que creen que les esta dado por la Doctrina Monroe en cuanto a las relaciones con los otros estados del continente americano, como para obtenerse la invalidacion en el Pacto de la Liga de la Naciones de la Doctrina Monroe que esta en <sup>40</sup>. La intervencion de la asociacion basada en "razon y justicia", era justificada entre otras por el hecho de que "la Republica de Nicaragua figura entre los estados firmantes fundadores de la Liga de las Naciones y por consiguiente tiene el derecho al auxilio de esta como parte integrante" <sup>41</sup>.

En la sexta Conferencia Panamericana, en La Habana (16 de enero -29 de febrero de 1928) se reinicio el planteamiento de la cuestion de la intervencion, oportunidad en que el delegado de Argentina, Honorio Puyredon, declaro categoricamente: "Toda injerencia, diplomatica o armada, prolongada, permanente o temporaria, constituye un atentado a la independencia de la nacion y no puede ser justificada por cargo u obligacion de defender los intereses de los conciudadanos" <sup>42</sup>.

Gracias a la posicion de algunos paises, como por ejemplo Argentina, esta Conferencia Panamericana adopto la declaracion en contra de la agesion en que la guerra agresiva era similar a un "crimen en contra de la humanidad", cualquier agresion era considerada contraria a la ley, y por la tanto prohibida, las negociaciones seguian siendo la unica via para la resolucion de los litigios <sup>43</sup>.

Tales principios, impuestos por la diplomacia latinoamericana en La Habana, en enero -febrero de 1928, anticiparon con mas de medio ano a los que seran inscritos en el Pacto de Paris (el Pacto Briand-Kellogg-C. B.).

En esta atmosfera propicia, en 1928, el gobierno de Argentina envio a Bucarest a Ernesto di Santo, en calidad de encargado con el estudio y la informacion sobre los medios de establecer vinculos comerciales entre los dos paises <sup>44</sup> y, tambien en este ano, los gobiernos de los dos paises decidieron establecer relaciones diplomaticas. En marzo de 1928, el ministro de Rumania en Rio de

Janciro era acreditado con la misma calidad tambien en Buenos Aires <sup>45</sup>.

Pero el cargo quedo vacante hasta el 5 de abril de 1934, cuando fue designado un nuevo enviado extraordinario y ministro plenipotenciario rumano para Argentina <sup>46</sup>.

El 8 de noviembre 1930, Anton Barcianu, el encargado de negocios de Rumania, en Rio de Janciro, en un cable a Ramon Avellaneda, el consul general de Rumania en Buenos Aires, aseguraba a este ultimo y mediante el a las autoridades argentinas que "el gobierno rumano y Rumania tuvieron y tendran siempre la mas sincera admiracion para Argentina, su pueblo y sus dirigentes "y que a su vez no desean mas que "manifestar estos sentimientos tambien por relaciones diplomaticas en seguida que las circunstancias lo permitieran" <sup>47</sup>.

Como respuesta, en diciembre de 1930, el gobierno de Argentina, "en sus deseos de estrechar los vinculos de amistad y sympatia entre los dos paises, decidio la creacion de una legacion en Bucarest" <sup>48</sup>, de modo que el 24 de abril de 1931, Ricardo Olivera presento las cartas credenciales en calidad de Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de Argentina en Rumania <sup>49</sup>.

Atento a todo lo que concernia a las relaciones entre estados, Nicolae Titulescu observo de cerca los acontecimientos en que estaban empenados los estados de America Latina y aprecio siempre las iniciativas encaminadas a la direccion del respeto de los principios de Derecho Internacional y para el mantenimiento de la paz.

Asi, en junio del 1929, con la ocasion de la firma de un acuerdo entre Peru y Chile en cuanto a la disputa territorial entre estos, Nicolae Titulescu afirmaba en la 55-a sesion del Consejo de la Sociedad de las Naciones: "Todo lo que concierne a America Latina es observado por mi pais con afectuosa simpatia, que nunca se desmintio y que prueba una comunidad de raza y aspiraciones incontestable" <sup>50</sup>.

Testimonio de la estima de Nicolae Titulescu para las contribuciones de los estados de America Latina a la obra general de paz hay numerosos y significativos. Con la

ocasion del ingreso de Mexico en la Sociedad de las Naciones, Titulescu declaraba en septiembre de 1931: "Por esta via hacia la universalidad, la 12-a Asamblea pudo registrar progresos de suma importancia. El ingreso de Mexico, dadas las circunstancias actuales testimonia que, si la crisis de confianza se extendio a todo el mundo, existe a pesar de eso, un dominio donde esa no pudo penetrar: la Sociedad de las Naciones"<sup>51</sup>.

Nicolae Titulescu estaba hermanamente al corriente de las iniciativas valiosas adoptadas por Argentina para la completacion y la consolidacion de las previsiones del Pacto de Paris de agosto de 1928. Asi, el 21 de octubre de 1932, F. C. Nano, el encargado de negocios de Rumania en Washington, comunicaba al Ministro del Exterior, Titulescu: "Argentina empenzo sondeos en las capitales de las otras republicas para conocer si estan listas para adherir a un nuevo tratado para el rechazo de la guerra, cuyo texto fue elaborado por su Ministro del Exterior"<sup>52</sup>. El Ministro del Exterior era Carlos Saavedra Lamas y la elaboracion del texto se habia efectuado desde junio del 1932. "El objeto del Tratado-escibia a continuacion Nano-seria el de reforzar el Pacto Kellogg-Briand y facilitar la adhesion a este pacto de aquellos paises que aun no lo habian firmado"<sup>53</sup>.

La iniciativa de Argentina era como consecuencia de la invitacion dirigida por la Asamblea de la Sociedad de las Naciones de 1928 a todos los estados, "para concluir nuevos acuerdos y reforzar y completar los existentes"<sup>54</sup>.

La politica exterior de Rumania y la prodigiosa actividad de Nicolae Titulescu en este dominio eran conocidas por todas partes.

Su sostenimiento para llevar a cabo iniciativas en conformidad con los principios del Pacto de la Sociedad era, por eso, mas que necesario.

Asi como se senalo en una nota sobre el Pacto sudamericano de prevencion de la guerra, Argentina la iniciadora del Pacto "desea que este llegue a ser universal"<sup>55</sup>.

El Pacto o Tratado de Non Agresion y Conciliacion conocido mas bajo el título de Pacto Contra la Guerra o el Pacto Saavedra Lamas, fue firmado el 10 de octubre de 1933,

en Rio de Janeiro, con ocasion de la visita en Brasil del presidente de Argentina, Augustin Justo.

Junto a Argentina y Brasil, el Pacto fue firmado por Chile, Mexico, Uruguay y Paraguay. Una vez realizado este hecho, Argentina atendio y logro someter a los debates de la septima Conferencia Panamericana de Montevideo, en diciembre de 1933, la cuestion de las injerencias y intervenciones armadas de los Estados Unidos en los paises latinoamericanos y, ademas, obtener la firma del Pacto por la republica nortamericana.

En noviembre de 1933, el ministro de Argentina en Varsovia sondeo al ministro rumano Victor Cadere "en cuanto a la actitud del gobierno rumano"<sup>56</sup>.

El 31 de diciembre de 1933, el ministro de Argentina en Bucarest transmitio al Ministerio Rumano de Exterior, "por orden", el texto del Tratado solicitando la adhesion de Rumania<sup>57</sup>.

El 10 de febrero de 1934, se contesto al ministro de Argentina "que el gobierno rumano expresa su simpatia frente al Pacto y que lo ira a estudiar"<sup>58</sup>.

Diligencias similares por parte de los representantes de Argentina se hicieron cerca de los gobiernos de Praga, Belgrado y Varsovia<sup>59</sup>.

Al mismo tiempo el Pacto fue incluido en el orden del dia de la 78-a sesion del Consejo de la Sociedad de las Naciones, punto 21, de enero de 1934<sup>60</sup>.

Las explicaciones dadas por Carlos Saavedra Lamas, el 10 de octubre de 1933, concerniente al sentido de su iniciativa pesaron mucho en la apreciacion que se formaron las cancillerias diplomaticas en relacion con el Pacto. "El Pacto Antibelico-decia el-suple la falta en America de un instrumento pacifico, sin ser su intencion de alterar o modificar los existentes ya. Se necesitaba una nueva expresion sincera de su vocacion para los procedimientos pacifistas. Algunas huellas aun ensombrecen America. Esperamos que el acto que hoy efectuamos tendra para los beligerantes la significacion de una ultima y hermanal amonestacion (Carlos Saavedra Lamas aludia por estas ultimas palabras, a la guerra en pleno desarrollo entre Bolivia y Paraguay-C. B.)

Para restablecer el equilibrio político, social y económico necesitamos una paz fecunda”<sup>61</sup>.

El 29 de noviembre de 1933, el ministro rumano en Varsovia, Victor Cadere, comunicaba a Nicolae Titulescu que el representante de Argentina, Leillien, “insiste para que esta cuestión sea examinada lo más pronto posible, porque entre 6 y 15 de diciembre tiene lugar la Conferencia Panamericana y una eventual aceptación por parte de los países de la Pequeña Entente, de Polonia etc., tuviera seguramente un amplio eco y aportara un importante auxilio moral a la acción llevada por Argentina para la promoción de este Pacto”<sup>62</sup>.

El 9 de febrero de 1934, Nicolae Titulescu acusaba recibo de la nota verbal de la Legación de Argentina en Rumanía concerniente al Tratado contra la Guerra y declaró que “el gobierno rumano está feliz de poder expresar su plena y profunda simpatía para los fines pacíficos que tiene este Tratado y quiere felicitar calurosamente al gobierno de Argentina para la noble iniciativa que tuvo”<sup>63</sup>.

Más adelante se hacía patente que el gobierno de Rumanía “entiende en someter este acto internacional de tal importancia a un análisis jurídico profundo y se reserva el derecho de transmitir ulteriormente su respuesta al gobierno de Argentina”<sup>64</sup>.

Durante el año 1934, con motivo de varias entrevistas y consultas entre los representantes de la Pequeña Entente y la Entente Balcánica, apenas creada, fue abordada la modalidad de la adhesión de los estados miembros de las dos organizaciones regionales al Pacto Saavedra Lamas.

Así, en la sesión de Ankara de la Entente Balcánica, el 30 de octubre de 1934, en el comunicado oficial concerniente al Pacto se señalaba que “la Entente Balcánica estudiara los medios de adhesión a este tratado respetando a la vez, en forma estricta, los intereses nacionales de los estados miembros”<sup>65</sup>.

La actitud favorable de Rumanía, como de los otros estados de la Pequeña Entente ante el Tratado Contra la Guerra se debía indudablemente al hecho de que los delegados de los estados latinoamericanos, “aunque

tenían indicaciones de no participar en las discusiones sobre el desarme”, cuando se planteó la cuestión de la adhesión a la definición del agresor propuesta por la Unión Soviética, al lado de la Pequeña Entente, “adhirieron ellos también más para no abandonar a su amigo Titulescu”<sup>66</sup>.

En relación con la cuestión de la adhesión de los estados de la Pequeña Entente y de la Entente Balcánica, se mantuvo una rica correspondencia especialmente entre Nicolae Titulescu y Carlos Saavedra Lamas.

El 6 de noviembre de 1934, Titulescu respondía a Saavedra Lamas agradeciendo el telegrama que esto último le había enviado asegurándole que “el estudio de nuestra fórmula de adhesión no durará mucho tiempo y así, una vez más Argentina y Rumanía habrán servido la causa de la paz”<sup>67</sup>.

En la misma fecha, el encargado de negocios en Buenos Aires, Alexandru Buzdugan, comunicaba a Titulescu que en su entrevista con Carlos Saavedra Lamas, el Ministro del Exterior de Argentina “volvió a expresar sus deseos de ver firmado el Pacto de No Agresión Panamericano por los estados de la Pequeña Entente”<sup>68</sup>. A la cual, el ministro rumano respondió que, en conformidad con “las instrucciones de Su Excelencia, dadas en mayo pasada en Ginebra, le conteste que la mayor atención está concedida por Su Excelencia al estudio de este pacto en relación con los tratados que nos unen a nuestros aliados”<sup>69</sup>.

Durante la entrevista, Saavedra Lamas explicó al diplomático rumano que por el Pacto Contra la Guerra quiso crear “el marco entre los estados de América del Sur y los estados europeos”<sup>70</sup>, lo que, por otra parte, lo deseaba y Titulescu. Argumentando en continuación a favor del Pacto, el Ministro del Exterior de Argentina dijo que “teniendo la firma de los Estados Unidos, adhiriéndose Argentina, actualmente y al Pacto Briand-Kellogg” veía, en la firma de su Tratado por los países de la Pequeña Entente “un comienzo de acción para crear un frente antirrevisionista sudamericano junto al de Europa”<sup>71</sup>.

En su respuesta de 9 de noviembre de 1934, Savel Radulescu precisaba que la adhesión “según todas las probabilidades

podrá ser concedida<sup>72</sup>, porque en aquel momento Nicolae Titulescu procuraba encontrar "tanto para la Pequeña Entente, como para la Entente Balcanica, la fórmula mas adecuada para la protección de nuestros intereses nacionales"<sup>73</sup>.

A mediados de diciembre de 1934, Nicolae Titulescu, en una telegrama enviado al Ministerio del Exterior de Bucarest, mostrando que tanto la Pequeña Entente como la Entente Balcanica, "decidiendo ya desde mucho su adhesión al Tratado de Río de Janeiro Contra la Guerra"<sup>74</sup>, anunciaba a la vez que había sido encargado por los representantes de los países aliados de las dos alianzas de formular los términos de la adhesión. "En consecuencia- senalaba- dirigi al embajador de Argentina en Roma una nota en que en calidad de presidente de la Pequeña Entente, por una parte he concedido nuestra adhesión al Tratado de Río de Janeiro y por otra parte he formulado nuestras reservas"<sup>75</sup>. Estas reservas Titulescu las resumía al deseo de los estados de la Pequeña Entente de mantenimiento en vigor, "sin el menor cambio, de los compromisos anteriores, con el Pacto de la Sociedad de las Naciones, los tratados de alianza, lo mismo por la imposibilidad para nosotros de reconocer los litigios territoriales..."<sup>76</sup>.

Al concluir el telegrama, Titulescu precisaba que "la Entente Balcanica hara también una nota idéntica"<sup>77</sup>. Se observa que las reservas o las condiciones puestas por Nicolae Titulescu para la adhesión al Pacto Saavedra Lamas eran tan justificadas como necesarias y no contradecían de ningún modo los principios del respectivo documento.

En 18 de diciembre de 1934, José María Cantillo, el embajador de Argentina en Roma, acusaba recibo de la nota de Titulescu<sup>78</sup>, y el 12 de mayo de 1935, el Ministro del Exterior rumano someta a la firma, al rey Carol II, "las cartas de ratificación de la adhesión"<sup>79</sup> al Tratado Saavedra Lamas.

La amistad establecida entre los dos eminentes diplomáticos, Nicolae Titulescu y Carlos Saavedra Lamas, contribuyó más al acercamiento de las posiciones de Rumania y Argentina en particular, y de Rumania y América Latina, en general.

En un informe de 13 de abril de 1935, presentado por Alexandru Buzdugan a Nicolae Titulescu, el encargado de negocios de Rumania en Buenos Aires relataba sobre una "larga entrevista" con Carlos Saavedra Lamas. Este último le declaró "que está listo para iniciar las negociaciones para concluir con Rumania un tratado de comercio y una convención consular"<sup>80</sup>.

Durante la entrevista, Alexandru Buzdugan y Carlos Saavedra Lamas discutieron sobre los principales aspectos de los acontecimientos internacionales al orden del día en Europa. Así, en cuanto a las acciones de Alemania de violación de las cláusulas militares del Tratado de Versalles (la introducción del servicio militar obligatorio el 7 de marzo de 1935-C. B.), el Ministro del Exterior de Argentina declaró: "Puede comunicarse al señor Titulescu, de modo confidencial para el conocimiento de Su Excelencia, que nuestro gobierno está decidido a considerar la cuestión desde el punto de vista estrictamente jurídico pues Alemania no tenía el derecho de romper de modo unilateral las cláusulas militares del Tratado de Versalles.

Por consiguiente, Argentina votará la resolución que ira a proponer al Consejo de la Liga de las Naciones, tendiendo a constatar el incumplimiento por Alemania de las obligaciones asumidas"<sup>81</sup>.

Alexandru Buzdugan escribía que "la atmósfera que se desprende de esta larga conversación es de las más favorables para las relaciones rumano-argentinas"<sup>82</sup>, hecho explicado "por la firma por el señor ministro Titulescu del Pacto Antibelico Sudamericano"<sup>83</sup>. El ministro rumano concluía su relato al afirmar que "la adhesión de Rumania a este Tratado produjo en Argentina la mejor impresión"<sup>84</sup>. El mismo Alexandru Buzdugan informaba a Titulescu, algunos días más tarde, sobre lo que había declarado a la prensa sudamericana en relación con Rumania y de la Pequeña Entente al Pacto Contra la Guerra.

Entre otras, después de destacar los méritos del Ministro del Exterior de Rumania en realización de esta obra, Buzdugan afirmó ante los periodistas latinoamericanos

acreditados en Buenos Aires que "la adhesión de la Pequeña Entente prueba al mismo tiempo que su actividad sobrepasa el marco europeo y se allega a todas las iniciativas para asegurar la paz en el mundo"<sup>85</sup>.

Al mismo tiempo, había declarado el encargado de negocios de Rumania, "especialmente para Argentina, la acción de la Pequeña Entente adquiere el doble sentido del homenaje rendido a una obra por la paz y a un deseo de estrechar cada vez más los lazos de amistad y colaboración entre los cuatro países"<sup>86</sup>.

En una carta de 12 de junio de 1935, dirigida a Carlos Saavedra Lamas, que había asumido la tarea de dirigir las negociaciones para el cese del conflicto entre Bolivia y Paraguay, Titulescu saludaba "con mucha alegría la noticia de un entendimiento en la cuestión del Chaco", reafirmando con esta ocasión que "todo lo que toca a América Latina en mi país se considera como que tocarse a sus propios intereses"<sup>87</sup>. Nicolae Titulescu consideraba necesario expresar sus palabras elogiosas para el gran diplomático argentino por todo lo que este había hecho y estaba haciendo al servicio de las buenas relaciones entre estados, la defensa y el reforzamiento de la paz.

Saavedra Lamas, decía Nicolae Titulescu, demostró ser "un gran hombre de estado y un diplomático remarcable", cualidades que le permitieron colocar a Argentina "en la primera fila de las trincheras de la paz"<sup>88</sup>.

Sumamente significativas para la colaboración rumano-argentina, para las relaciones entre Nicolae Titulescu y Carlos Saavedra Lamas son las informaciones que nos proporciona el ministro rumano en Buenos Aires. Así durante una entrevista con el jefe de la diplomacia argentina el 24 de julio de 1935, este último le aseguró que además del tratado comercial, su gobierno estaba dispuesto a firmar con Rumania una convención consular, una de extradición y otra de arbitraje<sup>89</sup>.

Con la misma ocasión—escribe Alexandru Buzdugan—el señor Saavedra Lamas, cerca del cual me enorgullezco de tener una situación excepcional, me declaró firmemente que

siempre que vaya a plantearse en Ginebra alguna cuestión de nuestro interés (de Rumania-C. B.) como por ejemplo la revisión de los tratados, Su Excelencia estará al lado de nosotros con la seguridad de tener permanentemente juntos a Argentina, a México y a Chile"<sup>90</sup>.

Para Saavedra Lamas, la política seguida por el jefe del régimen fascista italiano, Benito Mussolini, era nefasta para el prestigio del organismo de Ginebra y declaraba categóricamente que "está decidido en el caso en que se planteara ante el Consejo de la Sociedad de las Naciones la cuestión de conceder a Italia un mandato sobre Abisinia, de votar en contra, porque considera este procedimiento extremadamente peligroso para la existencia de los estados pequeños, como también una violación flagrante de las disposiciones de acta fundamental de la Sociedad de las Naciones"<sup>91</sup>.

Con la certidumbre de tener a su lado, en tal acción, países como México, Chile, España y Portugal, Saavedra Lamas quería, a pesar de eso, precisar que "aunque se quedara solo no cambiaría su actitud"<sup>92</sup>.

Al mismo tiempo, el gran diplomático le pidió a Buzdugan de telegrafiar a Titulescu "en cuanto a su opinión sobre esta cuestión añadiendo que en el caso en que los estados pequeños no tomaran en Ginebra una actitud decidida, la Sociedad de las Naciones no podrá ayudarles de ningún modo cuando lo necesitaran"<sup>93</sup>, lo que, por lo demás, ocurrió.

"Le pido insistentemente al señor Titulescu—añadía Saavedra Lamas—de contestar mediante Su Excelencia que opinión tiene sobre la cuestión de Abisinia en relación con la Sociedad de las Naciones y si una actitud decidida de los estados de América del Sur y de Inglaterra no sería en condiciones de moderar la actitud insensata de Mussolini"<sup>94</sup>.

Deseaba saber confidencialmente cuál sería la posición en la misma cuestión de Francia, de la Pequeña Entente y de la Entente Balcánica<sup>95</sup>.

Al agradecer al Ministro del Exterior de Argentina "toda la atención concedida al país rumano", el diplomático rumano le declaró que "nosotros seríamos felices de verle en Ginebra para testimoniarle el interés que le



dedicamos con motivo de su candidatura a la presidencia de la Sociedad de las Naciones"<sup>96</sup>.

Cuando, en septiembre de 1935, se planteó la cuestión de la candidatura de Rumania para el Consejo de la Sociedad de las Naciones, después de la intervención del gobierno rumano cerca del ministro de Argentina en Bucarest con el fin de obtener el sufragio de su país, Carlos Saavedra Lamas comunicaba a Nicolae Titulescu que "con todo el placer, esta noche misma (7/8 septiembre de 1935-C. B.) transmitirá instrucciones al representante de Argentina en Ginebra para sostenernos calurosamente"<sup>97</sup>.

Si la actitud de Nicolae Titulescu y Carlos Saavedra Lamas fue igual frente a la política agresiva promovida por el régimen mussoliniano antes del 3 de octubre de 1935, era tanto más natural que los dos diplomáticos manifestaran la misma actitud decidida de condena a la agresión fascista en contra de Abisinia, miembro de la Sociedad de las Naciones. "La actitud y las ideas del señor Saavedra Lamas, relataba el ministro rumano en Buenos Aires, fueron cumplidas fielmente por el actual presidente de la Asamblea de Ginebra, el señor Ruiz Guinazu, que recibió instrucciones formales en el sentido de la aplicación con estrictez de las disposiciones del Pacto en lo que concierne al agresor"<sup>98</sup>.

El encargado de negocios de Rumania percibía con justa razón el estado de espíritu de la opinión pública argentina y concluía que "se desprende en contra de Italia una atmósfera hostil y un sentimiento de inquietud a causa de que las sanciones de la Sociedad de las Naciones no tendrán ningún efecto práctico porque son insuficientemente sostenidas por Francia que teme no ver otra vez Italia al lado de Alemania"<sup>99</sup>.

Lo que era verdadero, y las sospechas que las señalaba fueron confirmadas.

Como las organizaciones de tipo fascista lo mismo que una parte de los latifundistas y los ganaderos de Argentina se declararon hostiles ante las sanciones en contra de Italia al atacar violentamente al gobierno, al representante de esta en Ginebra, Guinazu tuvo que presentar algunas reservas de su país en cuanto a las sanciones.

La manera en que lo hizo desagradó a Saavedra Lamas, razón por la cual pidió con insistencia la intervención de Nicolae Titulescu para "aconsejar" y "ayudar" a Guinazu<sup>100</sup>.

Además, comunicaba Alexandru Buzdugan, Saavedra Lamas le transmitió a su representante en Ginebra "instrucciones telegráficas para entrar en contacto con Titulescu y escuchar sus sugerencias"<sup>101</sup>.

La concordancia de opiniones entre Nicolae Titulescu y Carlos Saavedra Lamas, las posiciones próximas, a veces idénticas, de Rumania y muchas repúblicas latinoamericanas fueron magistralmente presentadas por el gran diplomático rumano en la entrevista con los periodistas latinoamericanos en Bucarest, el año 1935. Al dirigirse a estos, Titulescu decía: "Sean bienvenidos bajo el cielo rumano que, más que todo, es suyo, porque almas rumanas se lanzaron hacia él con los mismos ideales atrevidos, con las mismas esperanzas generadoras de esfuerzos desprendidos, con las mismas suplicas por la paz y para el buen entendimiento entre las naciones, con mismos gritos de sufrimientos en contra de la injusticia, al igual que aquellos que hacen de la historia de América Latina un título de orgullo para la raza y un capítulo de gloria para la humanidad"<sup>102</sup>.

Las distancias geográficas que separan a los rumanos de los latinoamericanos no son más "que una ilusión vana" porque, afirmaba Titulescu, "basta que nos volvamos a encontrar una día, cara a cara, en Ginebra, para que todos los obstáculos naturales se desplomen al momento y que brote luminosa la sola realidad que tiene valor para nosotros: la poderosa unidad psicológica que nosotros formamos"<sup>103</sup>.

El acercamiento rumano-latinoamericano se manifestó y se consolidó a través de los 15 años de colaboración intensa y continua en el marco bajo los auspicios ginebrinos, lo que añade Titulescu "me dan el derecho de afirmar que esta unidad se desarrolló tal que hoy llegó a ser indisoluble y total"<sup>104</sup>. Argumentos? "Abren las actas de la Sociedad de las Naciones. Son numerosas. Unos se quejan que son demasadamente numerosas. Desafío de

encontrarse solo una en que Rumania y los estados de America Latina no hubieran votado igual. Y esto sin consulta previa"<sup>105</sup>.

Nicolae Titulescu mencionaba, además, en relación con la modalidad de existir de una Sociedad de las Naciones en que reine la colaboración y el respeto entre miembros, las palabras del gran diplomático francés Aristide Briand: "Aun existiría una posibilidad de formar una Sociedad de las Naciones solo con los estados de America del Sur y con usted (Nicolae Titulescu-C. B.). Vayan siempre juntos!"<sup>106</sup>.

En el mismo discurso pronunciado ante los representantes de la prensa de America Latina, Nicolae Titulescu, hacía patente que "precisamente para estimar tal como se debe esta comunidad de sentimientos y de concepciones", el gobierno rumano (a su instancia, evidentemente-C. B.) "había considerado que una representación diplomática permanente se impone por lo menos en algunos de los países de America Latina. Solo la falta de nuestras posibilidades explica por que no podemos hacer lo mismo en todos los estados de America tal como lo desearíamos"<sup>107</sup>.

Titulescu anunciaba pero, que se decidió, a pesar de eso, "la creación de tres nuevas legaciones de Rumania en America Latina lo que hace que el total de estas instituciones diplomáticas rumanas monte a cinco"<sup>108</sup>.

"Este esfuerzo-subrayaba Titulescu-hecho en estos tiempos difíciles que pasamos es el testimonio más fuerte de la afección que conservamos para nuestros hermanos latinos de allende el mar"<sup>109</sup>.

La correspondencia diplomática que tuvimos a disposición revela no solo el acercamiento y la convergencia de los puntos de vista de la diplomacia rumana y argentina, sino también el deseo y la voluntad expresa de los brillantes representantes-Titulescu y Saavedra Lamas-de emprender, en común, todo lo que fuera necesario y útil para el respeto de los principios de Derecho Internacional, de los tratados, de la paz.

El mismo Alexandru Buzdugan, en un telegrama a Titulescu, el 14 de mayo de 1936, al relatar sobre "una larga conversación con el

señor Saavedra Lamas" sostenía que el ministro argentino "estaba muy mal impresionado por la situación crítica creada en la Liga de las Naciones como consecuencia del conflicto italo-abisinio"<sup>110</sup>, siendo convencido de que "el desplome del prestigio de aquel organismo causara probablemente la salida de los estados latinoamericanos de Ginebra si no se tomaran medidas de urgencia"<sup>111</sup>.

Saavedra Lamas subrayaba la necesidad de que la Sociedad de las Naciones "recobre toda su fuerza"<sup>112</sup>.

Para eso, porque le incumbía a Argentina, también el quería mediante la representación de esta en Ginebra, hacer una declaración a la cual se adhieren todos los estados sudamericanos, y que tenga por objeto "el no reconocimiento de las adquisiciones territoriales hechas por violencia"<sup>113</sup>.

En relación con tal iniciativa, tan atrevida como necesaria, el señor Saavedra Lamas considera que Su Excelencia es la más indicada persona para darle un consejo valioso...y le hace un caluroso ruego de contestar a las siguientes cuestiones: a) Si cree que una política como la antes mencionada sería oportuna y serviría los intereses de la Liga de las Naciones; b) Si ella no provocaría la salida de Italia de la Liga de las Naciones; c) Si hay alguna posibilidad de ser apoyada por Inglaterra, Francia y los otros miembros del Consejo de la Sociedad de las Naciones<sup>114</sup>. Por otra parte, Saavedra Lamas hacía apelación al sosten de Nicolae Titulescu para que un representante de Argentina pueda obtener un lugar en la Corte Permanente de Justicia de La Haya<sup>115</sup>, acontecimiento que en caso de producirse ejercitase una influencia positiva sobre el estado de espíritu y la actitud de algunos estados latinoamericanos que estaban por abandonar la Sociedad de las Naciones<sup>116</sup>.

Y como esta cosa no era por nada deseable, Saavedra Lamas "le ruega con mucha insistencia de sostener la candidatura de Argentina, tanto en el nombre de Rumania, como cerca de la Pequeña Entente y la Unión Balcanica"<sup>117</sup>.

El 10 de junio de 1936, Nicolae Titulescu pedía a la Legación de Rumania en Buenos

Aires comunicar a Carlos Saavedra Lamas "de modo absolutamente confidencial" que a consecuencia de las conversaciones de los tres jefes de estados de la Pequeña Entente, esta organizacion "no tomara la iniciativa de la anulacion de las sanciones y se conformara con la actitud de Francia e Inglaterra"<sup>118</sup>, pero "en caso de divergencia, del modo mas secreto, le comunico que la Pequeña Entente seguira a Inglaterra"<sup>119</sup>.

Por otra parte anadia Titulescu, la Pequeña Entente "tomo la decision de no reconocer la anexion de Abisinia, y queda fiel al principio de que ningun adquisicion de territorio por fuerza no sea reconocida"<sup>120</sup>. Al final de su telegrama, Titulescu rogaba a Saavedra Lamas guardar estas informaciones de modo totalmente confidencial", y al mismo tiempo de considerar un gesto "de comunicarselas con anticipacion, como expresion de la mas alta estima que tiene para su caracter y su gran papel internacional"<sup>121</sup>.

Dos dias mas tarde, Alexandru Buzdugan comunicaba a Titulescu: "Si Su Excelencia en cuya razon y habilidad el senor Saavedra Lamas me declaro que tiene una inmensa confianza, entreveria otra formula palpable para el exito de las dos cuestiones propuestas para resolucion por Argentina en Ginebra, esta listo de observar su consejo continuando de modo permanente la mas estrecha colaboracion en la politica internacional"<sup>122</sup>. Instrucciones en este sentido fueron dadas al embajador de Argentina en Ginebra, J. M. Cantillo, con la especificacion "de tener permanente contacto con Su Excelencia"<sup>123</sup>.

Palabras de caluroso y sincero aprecio para Argentina y su Ministro del Exterior pronuncio Nicolae Titulescu, el 16 de junio de 1936, en la recepcion que se celebro en Rumania con ocasion de la visita del ministro de Argentina, el doctor Ricardo Olivera. Asi, al subrayar la importancia del reingreso de Argentina entre los miembros de la Sociedad de las Naciones, en septiembre de 1933, senalaba que "nuestro gozo de volver a verlos en Ginebra no se mezcla sino el pesar de haber quedado tanto tiempo faltos de la colaboracion que se confirmo ser tan preciosa"<sup>124</sup>.

Al expresar sus propios pensamientos, pero tambien los sentimientos de su Ministro del Exterior Carlos Saavedra Lamas, Ricardo Olivera, a su vez, en su discurso de respuestas caracterizaba a Titulescu como "el hombre admirable que con el mas universal entendimiento sirve la causa nacional como nadie lo hizo antes y lo hara despues, porque el se identifica con la causa de todas las naciones que segun nuestro ideal como tambien el vuestro, quieren, sin eludir alguna responsabilidad, hacer reinar entre los hombres anhelosos de justicia "la paz en derecho"<sup>125</sup>.

Las ultimas manifestaciones de simpatia y consideracion por parte de Nicolae Titulescu en su calidad de Ministro del Exterior de Rumania para con Carlos Saavedra Lamas, fueron en julio y agosto de 1936. Asi, el 26 de julio, en un telegrama dirigido a la legacion por una posible visita de Carlos Saavedra Lamas en Rumania, respondia que lo recibiria "con sumo placer"<sup>126</sup>.

El 21 de agosto de 1936, Nicolae Titulescu se declaraba de acuerdo con el sostenimiento de la eleccion de Carlos Saavedra Lamas como presidente de la Asamblea de la Sociedad de las Naciones para la sesion 1936/1937<sup>127</sup>.

Entretanto, como fruto de la colaboracion rumano-argentina el 14 de agosto de 1936, se firmo en Buenos Aires, el Tratado de Comercio y Navigacion entre Rumania y Argentina, acontecimiento importante y significativo, al mismo tiempo, teniendo en cuenta que otros paises, entre los cuales Polonia, Checoslovaquia, Yugoslavia, llevaban negociaciones con el mismo fin pero sin conseguir ningun resultado<sup>128</sup>.

El balance de las relaciones de Rumania con los paises de America Latina, especialmente con Argentina, fue sumamente fructuoso, sobre todo en lo que respecta a la politica exterior tanto bajo el aspecto bilateral, "como principalmente bajo el de las relaciones internacionales en conjunto".

Desafortunadamente, despues de partir Nicolae Titulescu de la direccion del Ministerio de Asuntos Exteriores, a medida que se deterioraba la situacion internacional,

de la ampliación de las acciones agresivas y revisionistas, de la claudicación ante estas tendencias de las grandes potencias se produjeron modificaciones también en las relaciones de Rumania y los países de América Latina. Estas relaciones ya no registraron la misma intensidad, y después del desencadenamiento del nuevo conflicto mundial, la colocación por un período de Rumania y de los países latinoamericanos en posiciones diferentes llevaron a la interrupción temporal de sus vínculos.

El apego para la letra de las negociaciones, el deseo manifiesto de aportar

sa contribución a la defensa de la paz, la fe inquebrantable en el derecho santo de los estados sin distinción de su dimensión a la independencia y al desarrollo independiente, en el reino del derecho en las relaciones internacionales etc., se constituyeron en principios queridos y nobles, afirmados vigorosamente en varias circunstancias por los representantes prestigiosos de las diplomacias rumana y argentina en el período entre las dos guerras mundiales, revelando una vez más la vocación de Rumania y de América Latina por la paz, para el respeto mutuo, el buen entendimiento, la cooperación, la igualdad.

#### NOTES:

<sup>1</sup> Virgil Candea, Constantin Turcu, *Rumania y America Latina*, Ed. Politca, Bucarest, 1970, p. 42

<sup>2</sup> *Ibidem*; Nicolae Turturea, *Buenos Aires*, en *Representaciones diplomaticas de Rumania*, vol. II, Ed. Politica, Bucarest, 1971, p. 234; Gheorghe P. Burlacu, *Colombia*, en *op. cit.*, vol. III, Ed. Politica, Bucarest, 1972, p. 162; Idem, *Peru*, en *op. cit.*, p. 462

<sup>3</sup> Constantin I. Turcu, *Rio de Janeiro*, en *op. cit.*, vol. II, p. 216

<sup>4</sup> *Ibidem*, p. 217

<sup>5</sup> *Ibidem*

<sup>6</sup> *Ibidem*, p. 218

<sup>7</sup> *Ibidem*, p. 219

<sup>8</sup> Nicolae Turturea, en *op. cit.*, p. 235

<sup>9</sup> *Ibidem*

<sup>10</sup> George G. Potra, *Mexico*, en *op. cit.* vol. p. 304

<sup>11</sup> Constantin I. Turcu, *Venezuela*, en *op. cit.* vpl. III. p. 550

<sup>12</sup> Constantin Bucur, *Bolivia*, en *op. cit.*, vol. III. p. 87

<sup>13</sup> Nicolae Turturea, *Santiago de Chile*, en *op. cit.*, vol. III, p. 295

<sup>14</sup> Idem, *Montevideo*, en *op. cit.*, vol. II. p. 312

<sup>15</sup> *Ibidem*

<sup>16</sup> *Ibidem*

<sup>17</sup> *Ibidem*

<sup>18</sup> Alexandru Vianu, Zorin Zamfir, Constantin Buse, *Relaciones internacionales en actas y documentos*, vol. I, 1917-1939, Ed. Didactica y Pedagogica, Bucarest, 1974, pp. 16-25

<sup>19</sup> W. H. Kelchner, *Latin-American Relations With the League of Nations*, Philadelphia, 1930, pp. 13-14

<sup>20</sup> Constantin Buse, *De las relaciones interamericanas entre 1918-1939*, en *Relaciones Internacionales en el periodo entre las guerras*, Ed. Politica, Bucarest, 1980, p. 292

<sup>21</sup> Virgil Candea, Constantin Turcu, *op. cit.*, p. 49

<sup>22</sup> *Ibidem*

<sup>23</sup> *Ibidem*, pp. 50-52

<sup>24</sup> Constantin I. Turcu, *Rio de Janeiro*, en *op. cit.*, vol. II, p. 220

<sup>25</sup> Virgil Candea, Constantin Turcu, *op. cit.*, pp. 53-54

<sup>26</sup> Constantin I. Turcu, *Rio de Janeiro*, en *op. cit.*, pp. 220-221

<sup>27</sup> *Ibidem*, p. 221

<sup>28</sup> *Ibidem*

<sup>29</sup> *Ibidem*, p. 222

<sup>30</sup> Nicolae Turturea, *Buenos Aires*, en *op. cit.*, p. 236

<sup>31</sup> Idem, *Santiago de Chile*, en *op. cit.*, p. 296

<sup>32</sup> Gheorghe Zaharia, *Consideraciones sobre la Politica Exterior de Rumania (1919-1929)*, en *Problemas de la Politica Exterior de Rumania*, Ed. Militar, Bucarest, 1971, p. 21

- <sup>32</sup> Gheorghe Matei, *Rumania y algunos problemas del desarme y de la definicion del agresor (1932-1933)*, en *Problemas de la Politica Exterior de Rumania*, pp. 58-60
- <sup>33</sup> Gheorghe Zaharia, *op. cit.*, pp. 21-22
- <sup>34</sup> Constantin I. Turcu, *Rio de Janeiro*, en *op. cit.*, p. 225
- <sup>35</sup> *Ibidem*
- <sup>36</sup> *Ibidem*
- <sup>37</sup> *Ibidem*, p. 226
- <sup>38</sup> *Ibidem*, 227
- <sup>39</sup> Constantin Buse, *op. cit.*, p. 292
- <sup>40</sup> Arch. M. A. E., Fondo 71/Argentina, vol. 1, 1927-1944, hoja 10
- <sup>41</sup> *Ibidem*
- <sup>42</sup> Constantin Buse, *op. cit.*, p. 294
- <sup>43</sup> Ionel Closca, Constantin Mihaila, *La Organizacion de los Estados Americanos. De los principios a la realidad*, Ed. Política, Bucarest, 1974, pp. 65-66
- <sup>44</sup> Nicolae Turturea, *Buenos Aires*, en *op. cit.*, p. 236
- <sup>45</sup> *Ibidem*, pp. 237-238
- <sup>46</sup> *Ibidem*, p. 238
- <sup>47</sup> Arch. M. A. E., Fondo 71/Argentina, vol. 3, 1922-1944, El Parte Telegrafico, 1592, de 8 de noviembre de 1930, hoja 11
- <sup>48</sup> Nicolae Turturea, *Buenos Aires*, en *op. cit.*, p. 238
- <sup>49</sup> *Ibidem*
- <sup>50</sup> Nicolae Titulescu, *Documentos Diplomaticos*, Ed. Política, Bucarest, 1967, p. 309
- <sup>51</sup> George G. Potra, *Mexico*, en *op. cit.*, pp. 305-306
- <sup>52</sup> Arch. M. A. E., Fondo 71/1920-1944, Legajos Especiales, vol. 2, 1932-1934, El Parte Telegrafico 4942/P-3, de 21 de octubre de 1932, hoja 1
- <sup>53</sup> *Ibidem*
- <sup>54</sup> *Ibidem*
- <sup>55</sup> *Ibidem*, hoja 107
- <sup>56</sup> *Ibidem*
- <sup>57</sup> *Ibidem*
- <sup>58</sup> *Ibidem*
- <sup>59</sup> *Ibidem*, hoja 108
- <sup>60</sup> *Ibidem*
- <sup>61</sup> *Idem*, Fondo 71/Argentina, vol. 4, 1920-1944, Relato 1604, de 20 de octubre de 1933, hoja 80
- <sup>62</sup> *Idem*, Fondo 71/Legajos Especiales, vol. 2, 1932-1934,, El Parte Telegrafico 5195, anejo 2, de 29 noviembre de 1933, hoja 176
- <sup>63</sup> *Ibidem*, vol. 3, 1934-1939, Nota verbal de 9 de febrero de 1934, hoja 1
- <sup>64</sup> *Ibidem*
- <sup>65</sup> Eliza Campus, *La Entente Balcanica*. Ed. de Academia. Bucarest, 1972, p. 150
- <sup>66</sup> Ion M. Oprea, *Nicolae Titulescu*, Ed. Científica, Bucarest, 1966, p. 207
- <sup>67</sup> Arch. M. A. E., Fondo 71/1920-1944, Legajos Especiales, vol. 3, 1934-1939, hoja 116
- <sup>68</sup> *Ibidem*, El Telegrama 208, de 6 de noviembre de 1934, hoja 109
- <sup>69</sup> *Ibidem*
- <sup>70</sup> *Ibidem*
- <sup>71</sup> *Ibidem*
- <sup>72</sup> *Ibidem*, hoja 712
- <sup>73</sup> *Ibidem*
- <sup>74</sup> *Ibidem*, El Telegrama 1285, de 14 de diciembre de 1934, hoja 126
- <sup>75</sup> *Ibidem*
- <sup>76</sup> *Ibidem*
- <sup>77</sup> *Ibidem*
- <sup>78</sup> *Ibidem*, El Parte Telegrafico 333, de 18 de diciembre de 1934, del embajador de Argentina en Roma a Nicolae Titulescu, hojas 134-135
- <sup>79</sup> *Ibidem*, hojas 156-157
- <sup>80</sup> *Idem*, Fondo 71/Argentina, vol. 4, 1920-1944, Relato 662, de 13 de abril de 1935, hoja 107
- <sup>81</sup> *Ibidem*, vol. 1, 1927-1944, hoja 28
- <sup>82</sup> *Ibidem*, hoja 30
- <sup>83</sup> *Ibidem*

- <sup>84</sup> *Ibidem*
- <sup>85</sup> Idem, Fondo 71/1929, Legajos Especiales, vol. 3, 1934-1939, El Parte Telegrafico 711, de 23 de abril de 1935, hoja 173
- <sup>86</sup> *Ibidem*
- <sup>87</sup> Nicolae Titulescu, *op. cit.*, p. 652
- <sup>88</sup> *Ibidem*
- <sup>89</sup> *Ibidem*
- <sup>90</sup> Arch. M. A. E., Fondo 71/Argentina, vol. 4, 1920-1944, El Telegrama 1335, de 20 de julio de 1935, hoja 108
- <sup>91</sup> *Ibidem*
- <sup>92</sup> *Ibidem*, hoja 109
- <sup>93</sup> *Ibidem*
- <sup>94</sup> *Ibidem*
- <sup>95</sup> *Ibidem*, hoja 110
- <sup>96</sup> *Ibidem*, hoja 111
- <sup>97</sup> *Ibidem*, vol. 1, 1927-1944, El Telegrama 1685, de 7 de septiembre de 1935, de Alexandru Buzdugan a Nicolae Titulescu, hoja 42
- <sup>98</sup> *Ibidem*, El Parte Telegrafico, de 12 de octubre de 1935, hojas 47-48
- <sup>99</sup> *Ibidem*, hoja 48
- <sup>100</sup> *Ibidem*, El Telegrama 1857, de 16 de octubre de 1935, hoja 53
- <sup>101</sup> *Ibidem*
- <sup>102</sup> Nicolae Titulescu, *Discursos*, Ed. Cientifica, Bucarest, 1967, p. 467
- <sup>103</sup> *Ibidem*
- <sup>104</sup> *Ibidem*
- <sup>105</sup> *Ibidem*
- <sup>106</sup> *Ibidem*, p. 468
- <sup>107</sup> *Ibidem*
- <sup>108</sup> *Ibidem*
- <sup>109</sup> *Ibidem*
- <sup>110</sup> Arch. M. A. E., Fondo 71/Argentina, vol. 4, 1920-1944, El Telegrama 824, de 14 de mayo de 1936, hoja 115
- <sup>111</sup> *Ibidem*
- <sup>112</sup> *Ibidem*
- <sup>113</sup> *Ibidem*
- <sup>114</sup> *Ibidem*
- <sup>115</sup> *Ibidem*
- <sup>116</sup> *Ibidem*
- <sup>117</sup> *Ibidem*
- <sup>118</sup> *Ibidem*, El Telegrama de Titulescu de 10 junio de 1936 a la Legacion de Rumania en Buenos Aires, hoja 120
- <sup>119</sup> *Ibidem*
- <sup>120</sup> *Ibidem*
- <sup>121</sup> *Ibidem*
- <sup>122</sup> *Ibidem*, vol. 1, 1927-1944, El Telegrama 1026, de 12 de junio de 1936, hojas 424-425
- <sup>123</sup> *Ibidem*, hoja 425
- <sup>124</sup> Nicolae Titulescu, *Discursos*, p. 493
- <sup>125</sup> Arch. M. A. E., Fondo/Argentina, vol. 4, 1920-1944, hoja 127
- <sup>126</sup> *Ibidem*, El Telegrama 191, de 26 de julio de 1936 de Montreux, enviado por Titulescu a la Legacion de Rumania en Argentina, hoja 133
- <sup>127</sup> *Ibidem*, El Telegrama 326, de 21 de agosto de 1936, de Niza, hoja 135
- <sup>128</sup> *Ibidem*, El Parte Telegrafico, de 2 de septiembre de 1936, de Alexandru Buzdugan a Victor Antonescu, hojas 137-138

## Petroleum and the World War of 1939-1945

### (II)

Gh. Buzatu

#### B. Germany's temporary triumph

Under General Ion Antonescu's regime, Marshal beginning with August 1941,<sup>1</sup> the government formed first in collaboration with the Iron Guard (September 1940 – January 1941), and then the preponderantly military one ensured the sui generis integration of Romania in the system of the states of the Axis Berlin-Rome-Tokyo.<sup>2</sup> For almost four years, until August 23, 1944, Romania maintained its statute of satellite, not occupied country<sup>3</sup> of the Powers of the Fascist Axis, next to which it participated to the hostilities in 1914-1944, for the liberation of Bessarabia, Northern Bukovina, the Herța Region, and the cyots in the area of the Danube Mouths and, equally, for the destruction of the Communist danger.<sup>4</sup> On the Eastern Front, Romania's war, which broke out simultaneously with that of Germany and its allies on June 22, 1941, was fought in parallel,<sup>5</sup> the hostilities being initially engaged against the U.S.S.R., and then the state of belligerence extended to the rest of the United Nations, first of all to Great Britain (1941)<sup>6</sup> and the United States (1942).

In the context of Romania's integration in the system of the Axis, the arrival of the German military mission – also followed, in order to appease the susceptibility of “duke” B. Mussolini,<sup>7</sup> by an Italian aviation group<sup>8</sup> – had a special significance. Requested as early as July 2, 1940 by King Carol II from Wilhelm Fabricius,<sup>9</sup> General Ion Antonescu, newly installed as head of the government, resumed the solicitation, insisting in the same sense, on September 7, 1940, during a meeting with the German air military attaché in Bucharest,

Colonel A. Gerstenberg.<sup>10</sup> Also, on September 13, 1940, receiving the Ministers of Germany and Italy in Bucharest, Wilhelm Fabricius<sup>11</sup> and, respectively, O. Ghigi, Ion Antonescu requested the assistance of Romania's “guarantors” in defending the petroliferous area from the danger of “possible [enemy/British] air attacks.”<sup>12</sup> Consequently,<sup>13</sup> on September 15-17, 1940, General Kurt von Tippelskirch, the future famous military historian of the world war of 1939-1940, arrived in Bucharest, where he was received by Antonescu himself.<sup>14</sup> It was agreed that the main stationing area for the mission would be the petroliferous one, more precisely within the perimeter Bucharest – Ploiești – Buzău – Brașov.<sup>15</sup> Later, as a result of the discussions held in Bucharest, von Tippelskirch wrote a report,<sup>16</sup> on the basis of which, on September 19, 1940, Berlin decided to send a military mission to Romania. The next day, General W. Keitel, the head of the *O.K.W.*, signed the directive that specified the assignments of the German Military Mission.<sup>17</sup> It is interesting that, among the “real assignments” of the Mission of the land forces, which were not supposed to be divulged neither to Bucharest nor to its own troops, the main ones were “the defending of the petroliferous region from the attack of a third power, as well as from destruction,” and then the instruction of the Romanian army or the preparation of the mobilization of the German and Romanian forces in case of a war “imposed” by the U.S.S.R.<sup>18</sup> For the German Air Mission, the role of the *Luftwaffe* was also specified, which was “first of all to protect the Romanian oil fields.”<sup>19</sup> On September 30,

1940, Berlin informed Bucharest that it had accepted to send the Mission and, at the beginning of October 1940, the Reich informed Rome<sup>20</sup> and Moscow.<sup>21</sup> Finally, on October 7, the Ministry of Propaganda in Bucharest broadcast the communiqué that announced the arrival of the Mission, which sent its first detachment on October 12, on the same day when Berlin announced this fact officially.<sup>22</sup> At the same time, the Presidency of the Council of Ministers announced – through communiqué no. 125 – that the first echelon of the Mission had arrived that day in Bucharest;<sup>23</sup> it was pointed out that, while the Mission was crossing Transylvania, “the population enthusiastically welcomed the glorious representatives of the German army.”<sup>24</sup> On October 14, 1940, at the Military Circle in Bucharest, Ion Antonescu was present and made a speech at the banquet held in honor of the German Military Mission.<sup>25</sup> The head of the Land Military Mission was General Erik Hansen, and of the Air Mission – General Wilhelm Spicdel. After the war, in 1953 or in 1956, answering some questionnaires of the Institute of Contemporary History in Munich, Hermann Neubacher and the Reserve General Erik Hansen specified that the essential purpose of their missions in Romania was oil related.<sup>26</sup>

Even before the departure of the Mission,<sup>27</sup> the political-diplomatic and military circles and the press in Great Britain and the United States considered that the fact was equal with the occupation of Romania by the forces of the Third Reich. Thus, for instance, on October 4, 1940, the newspaper *The Christian Science Monitor* considered that Romania had already been placed under the direct control of the Nazis.<sup>28</sup> The North-American press was intensely preoccupied with the “entrance” of the German troops in Romania. It was mentioned that in Vienna Germany had committed to guarantee Romania’s frontiers, and the action proper aimed directly at defending the petroliferous regions which represented a great interest for the Third Reich.<sup>29</sup> The prestigious daily paper *The New York Times*, after having informed its readers on September 18, 1940 about Ion

Antonescu’s request for a German military mission, at the beginning of October, 1940 gave priority to news about the arrival of the troops and some experts.<sup>30</sup> *The Washington Post* from October 8, 1940 did not limit everything to the Romanian petroleum purposes, but discovered in the plans of the Reich intentions that were “yet unclear”, arguing: “... If Romania needs protection, it is not against Great Britain, but rather against Russia and maybe Romania’s occupation (sic!) had the purpose of intimidating Moscow. Therefore, the important question is what will Russia do. If it accepts the newly created situation, it means that it consents to the establishing on its Balkan flank of a force that might constitute in the future a real danger for its security. A consequence of the latest German move in the south-east could be – the newspaper predicted – the acceleration of the friendship between Russia and England.”<sup>31</sup> The famous newspaper *The New York Times* from October 15, 1940 predicted, moreover, the engaging of Romania in Germany’s orbit for the future German-Russian war, in which Antonescu had been reserved an “important role”.<sup>32</sup> The events that took place in Romania in September-October 1940 were carefully followed in London.<sup>33</sup> It was considered, for the moment, that it was difficult to predict “Romania’s future”,<sup>34</sup> one certainty being the support given by Hitler to Antonescu, out of the Reich’s interest to maintain peace in the south-east to thus ensure its petroleum and raw materials.<sup>35</sup> Later it was considered that Antonescu’s alliance with Germany and Italy had been necessary as a guarantee that the ambitions of the U.S.S.R. in South-Eastern Europe would be stopped.<sup>36</sup> General Antonescu admitted the economic cooperation with the Third Reich, and the spectrum of the German occupation had become unavoidable;<sup>37</sup> according to some information, the German military penetration had already “begun”, and the petroliferous areas could not be avoided.<sup>38</sup> The leader of the National Peasant Party, Iuliu Maniu, addressing the leader of the Romanian state personally, pointed out that the “instructors” within the German Military Mission were



announcing the occupation of the country,<sup>39</sup> and on May 20, 1941, C.I.C. Brătianu, the head of the National Liberal Party, in a message to Ion Antonescu, simply said: "we are under German occupation."<sup>40</sup> Numerous historians would later consider that the arrival of the German Military Mission coincided with the beginning of Romania's occupation by the Third Reich.<sup>41</sup> Other studies gave nuances to the issue of Romania's statute in the years of World War II, showing that there was no question of an occupation, but of the installation of German domination in Romania, its placing among Berlin's satellite states, a regime that remained in force until August 23, 1944, which was something completely different.<sup>42</sup> Anyway, at that time, in September-October 1940, the receiving of the German Military Mission in Bucharest complicated Romania's relations with the Western Powers,<sup>43</sup> especially with Great Britain.<sup>44</sup> Both the British government,<sup>45</sup> as well as the American one<sup>46</sup> declared that they did not recognize the validity of the Vienna Dictate in the issue of Transylvania. On November 20, 1940, R.A. Butler, Undersecretary of State of the Foreign Office, declared in the House of Commons that the British government no longer viewed the Romanian government "as having full control of its own country or of its foreign policy."<sup>47</sup> Having in view the evolution of the Romanian-German relations, during the same time the British government gave permission to Sir Reginald Hoare, the British Minister in Bucharest, to work, at his discretion, on breaking the relations with Romania.<sup>48</sup> On the other hand, Washington decided to block the Romanian goods in the U.S.A.<sup>49</sup> At the same time, signals were being registered from Ankara about the position of Turkey, which considered that Romania had "totally" lost its independence.<sup>50</sup> Prior to the suspension of the official relations between Bucharest and London (February 1941 and December 1941)<sup>51</sup> and Washington (December 1941 and June 1942),<sup>52</sup> a *National Romanian Committee* was constituted in Great Britain on November 29, 1940, led by the Romanian Minister in London, V.V. Tilea,<sup>53</sup> who, precipitated,

hurried to communicate the press the news about the resignation in block of all the people in his Legation, as a sign of protest against the "political assassination" practiced in Bucharest.<sup>54</sup> In the meantime, Romania had announced its firm orientation towards the fascist Axis, established on November 23, 1940 through the signing of the protocol of adhering to the Tripartite Pact.<sup>55</sup> General Ion Antonescu, for instance, declared for the Italian newspaper *La Stampa* from September 25, 1940: "I will go with the Axis, because our political and economic interests coincide, because for our security there is no possibility to separate ourselves from Italy and Germany and because Romania does not fall into the Anglo-French economic sphere."<sup>56</sup> The government of the U.S.S.R., considering the excellent relations with Germany at that time, initially had no objections towards the arrival of the German Military Mission.<sup>57</sup> But Joachim von Ribbentrop sent the German Embassy a special telegram about informing his Soviet counterpart V.M. Molotov about sending the Mission to Romania. We extract the following passage from the telegram: only at the request of the Romanian government and "considering our interest in maintaining the peace and order in the Balkans and to protect our interests regarding petroleum and cereals against any attempt of trouble from England, we declared ourselves willing to answer the Romanian invitation. As the Soviet Union is aware, we have a vital interest towards these territories (author's bold), which we could not leave to be put in peril by the British [...] Considering our friendly relations, we wanted to communicate this to the Soviet government..."<sup>58</sup> V.M. Molotov, was, indeed, officially contacted by W. von Tappelskirch, the counselor of the German Embassy in Moscow.<sup>59</sup> It is well known in what manner, in November 1940, Adolph Hitler "explained" to V.M. Molotov, who was in Berlin, the interest of Germany and Italy regarding Romanian petroleum.<sup>60</sup> In a telegram from October 10, 1940, Joachim von Ribbentrop had written that it had been "the great interest of Germany and Italy" to send the Mission in Romania in order to ensure the

undisturbed oil production and to prevent the sabotage attempts from England.<sup>61</sup> Also, Karl Ritter, the Ambassador at the German Ministry of Foreign Affairs, transmitted by telephone on October 10, 1940 to Minister W. Fabricius instructions regarding the final form of the communiqué about sending the Military Mission to Romania; also, measures needed to be taken at the Ministry of Foreign Affairs in Bucharest for the instruction in a certain sense of the Romanian representations abroad: "most importantly, the action needs to acquire a new anti-British note and in no case an anti-Russian one."<sup>62</sup> On the same day, a directive signed by Hitler<sup>63</sup> established the purposes, functioning and organization of the German Military Mission in Romania.<sup>64</sup> On October 22, 1940, a *protocol* was signed, which established the statute of the German troops in Romania.<sup>65</sup> Mention should be made that, in November 1940, with the occasion of his first visit to Berlin, General Antonescu met with Field Marshal Wilhelm Heitel, the head of the *O.K.W.*, both of them agreeing that, besides the forces of the Mission, the Reich should also send to Romania an armored division.<sup>66</sup>

Both before and especially after the outbreak of the War in the East, the Romanian and German authorities gave a maximum of attention to fortifying the oil, within which Ploiești had become a veritable *nervum rerum*.<sup>67</sup> A fundamental German document like *The Journal of the High Command of the Wehrmacht* (*Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht*), published after the war by a group of historians,<sup>68</sup> offers the most conclusive data about the strategic importance of petroleum in the military actions of the Third Reich in the years 1940-1945.<sup>69</sup> It is understandable why Hitler made special preparations, as early as the winter of 194-1941, for the fortification of the areas in Romania considered neuralgic: Ploiești, the perimeter Constanța-the Cernavodă Bridge and the port of Giurgiu.<sup>70</sup> In 1941 and 1942, during the frequent meetings of the German and Romanian leaders, the petroleum question was never neglected. In this period, after having entered the planetary war, the United States gradually assumed the role not only of political

and military leader, but also of coordinator and executor of the ample operations against the *Axis* in the world, with the exception of the Soviet-German front.<sup>71</sup> Consequently, Romania was engaged with land forces far inside the U.S.S.R, and at home it had to withstand in 1942-1944 the assaults of the Allied aviation (especially the American one). Received by Adolph Hitler and Joachim von Ribbentrop in September 1942, at Jitomir and Vinnița, Mihai Antonescu, the Romanian Minister for Foreign Affairs, found the right opportunity to point out the "contribution" of his country to the cause of the Axis, from a military, political-diplomatic, and economic point of view. As the meeting took place in the period of the notorious successes of the German forces, the visitor did not hesitate to present to the Führer a book with a flattering dedication: "The man on whom depends the honor of a century, the peace of Europe and the justice of my Country."<sup>72</sup> At the same time, Mihai Antonescu did not conceal from his German counterpart that, at the Bend of the Don and in the region of Stalingrad, the winter combat disposition of the Romanian troops was "one of the most dangerous."<sup>73</sup> Regarding the contribution to the common cause, the Romanian diplomat considered relevant the deliveries of liquid fuel. Compared to the armament promised by Germany to Romania, "I pointed out, he dictated, having returned to Bucharest, that [...] we delivered petroleum in extremely large quantities (author's bold) exceeding 6 700 000 tons for the Axis and [of these] 5 500 000 tons for Germany..."<sup>74</sup> On September 23, 1942, in Vinnița, being received by Adolph Hitler, Mihai Antonescu insisted on the "most dangerous" situation in which the Romanian troops in the Stalingrad region were. He received from the Führer numerous assurances and promises, including that – probably the only one carried out – "he will send fighter planes for our defense and will establish a network from the Bulgarian Black Sea coast to our coast and [for the defense of the region] of Ploiești with this purpose."<sup>75</sup> After the America air attack from June 12, 1942 against Ploiești and Constanța, which was rather a warning,<sup>76</sup> the Romanian and German military

authorities<sup>77</sup> strengthened the defense of the Ploiești-Valea Prahovei area.<sup>78</sup> According to the available data, in the years 1943-1944 the Brigade 5 of the Romanian Army (regiments 7 and 9) and Division 5 of the German Army (regiments 180 and 202) which totaled 82 batteries, including 14 projecting batteries and 15 Würzburg stations for tracking enemy aircraft, plus air squadrons, hydrogen filled war balloons, "Nebeltopf" fog generators, and an ambush and alarm Service.<sup>79</sup> General Kuderna, commander of Division 5, coordinated all the troops in the area; in fact, the great "Protector" was General Alfred Gesternberg,<sup>80</sup> the Air Military Attaché in Bucharest, who, under the circumstances of the collapse of Antonescu's regime on August 23, 1944, assumed the command of the German forces found in Romania at the time.<sup>81</sup> A few days after the famous Allied air raid of August 1, 1943 against Ploiești, the Nazi semi-official organ *Völkischer Beobachter*, pointing out that Romanian petroleum represented "a raw material of military importance", gave assurances that Romania would defend "by

every means" this "great resource", in cooperation with its "German comrades."<sup>82</sup> Ploiești became this way a central point of the so-called Adolph Hitler's fortress of Europe, the best defended, but also the most targeted by the enemy (the forces of the United Nations)<sup>83</sup> and, consequently, the most vulnerable. The British Premier Winston Churchill himself considered that, within Europe's Fortress (Festung Europa), the "tap root of the German power"<sup>84</sup> was in the Ploiești petroliferous area.<sup>85</sup> We extract the following lines about the Ploiești fortress from an already familiar work: "Hitler endowed it with a powerful anti-aircraft defense: 40 buried batteries, each of them provided with six 88 cannon, plus lighter batteries, hundreds of machine guns, 'Messerschmidt' 109 squadron patrols, totaling 52 airplanes, and on the neighboring airdromes, another 60 fighter planes. THE ENTIRE ENSEMBLE FORMED 'FESTUNG PLOIEȘTI', 'THE PETROLEUM FORTRESS' - THE GREATEST CONCENTRATION OF FIRE IN THE ENTIRE EUROPE!" (Horia Brestoiu's bold).<sup>86</sup>

### C. Petroleum and politics in time of war

The evolution of the hostilities from the stage of European to planetary conflict, in 1941, determined the re-sizing of the coordinates of the general petroleum question. A rich literature published in the period pointed out the situation that had supervened. L. Mrazec, member of the Romanian Academy, was one most authorized voices in this issue. He pronounced himself numerous times. Thus, prefacing a specialized work, L. Mrazec opined: "None of the natural energy generators caused such a live interest from an economic and political point of view as petroleum;"<sup>87</sup> "difficult and ruthless battles" were being fought for petroleum - he observed - in those days of the year 1940.<sup>88</sup> Publishing in the same year a paper work written at the beginning of the previous war from 1914-1918, L. Mrazec pointed out that he had taken in consideration the circumstances of the war in process.<sup>89</sup> Also,

for Ioan Basgan, the author of the work prefaced by L. Mrazec, petroleum had imposed itself as "a wonderful means to dominate space and conquer nature."<sup>90</sup> In 1942, we find the same specialist as a speaker of the petroleum law from July 1942, on which occasion he insisted on the protection of the national and smaller capital. He came to an agreement with Ion Antonescu that the interests in matters of oil needed to be kept in view, but, at the same time, he had to consider the Marshal's insistences for the increase of the liquid fuel production. In this context, the Marshal had declared firmly: "... I have the duty to correct a situation without compromising victory."<sup>91</sup> The role of raw materials, primarily of petroleum, in the war appeared to the specialists as being self evident. Ștefan Chicoș wrote that, without liquid fuel, "a modern war, with aviation,

tanks, and other motorized vehicles would be literally impossible (author's bold).<sup>92</sup>

An accepted and recommended principle was that of the necessity of the state's intervention in promoting a firm policy of energy.<sup>93</sup> The same issues regarding the role of the state and of the national and foreign capital or of the legislation in the matter came to the attention of the well known professor Gh.N. Leon, the author of 'an impressive volume of studies.<sup>94</sup> At the same time, in the semi-official collection *La Roumanie et la Guerre*, Gh.N. Leon published a special study on the nationalization of economic life.<sup>95</sup> Resuming a contribution from 1932, Leon considered the national capital to be "the one that comes into being within the territorial limits of the state and that works for capitalizing the national labor and resources," as opposed from the international capital which, "regardless of the country where in came into being, is considered without a country, because it always goes where it is best remunerated, even if in the foreign country it works against the general interests of the country it came from."<sup>96</sup> It is not difficult to assume that the author, involved in the elaboration of the 1937 mining law, insisted on a national petroleum policy.<sup>97</sup> During the war years, when Romania's policy was oriented towards the Axis, Leon recommended the application of a radical economic policy.<sup>98</sup> We notice that only the economic aspect of the issue was raised for discussion, the author declaring himself for a complete Romanianization of the national economy (capital, personnel, etc.), an area in which he considered that important results had been obtained in the period between 1940-1941, as for instance the creation on May 3, 1941 of a *National Center of Romanianization*.<sup>99</sup> Mention should be made that, in the same year, Mihail Manoilescu also dealt with the aspects of the technique of Romanianization, in his famous synthesis, *Rostul și destinul burgheziei românești* (The Role and the Destiny of Romanian Bourgeoisie).<sup>100</sup> The great economist and professor considered that Romanianization was no longer done with money (capital), but

with people,<sup>101</sup> and, as far as putting it into practice, he excluded the empirical methods, insisting on legal and general methods of expropriation of the Jewish industrial and commercial properties.<sup>102</sup> As we have seen, Mihail Manoilescu was not the only one who dealt with the question mentioned above, which received a lot of attention in that period.<sup>103</sup> Categorically, we do not believe, as it has been recently claimed,<sup>104</sup> that Mihail Manoilescu's attitude relative to the Romanianization of economy in 1942 can be compared to Hitler's plan regarding the "final solution" of the Jewish issue or, more recently, with the horrible crimes committed in Bosnia or Rwanda (!?).<sup>105</sup>

In an epoch dominated by -isms, all of them involved in a planetary and total war (fascism, communism, capitalism), it was natural - we believe - for national and nationalistic tendencies to manifest themselves, some of them formulated to the extreme. One of the authors explained "the dangers presented by the foreign capital and the interference of other countries in the internal and external policy of our country."<sup>106</sup> But the author proved himself to be too deeply anchored in the issues of his time: he rejected unconditionally the collaboration of the Anglo-French-American capital, but accepted the cooperation of the German capital, which, supposedly, was done under "different circumstances" (?).<sup>107</sup> Around the same time, the question of the Romanianization of the economy as well as its concrete results and the anticipated prospects were also investigated, from a historical or contemporary point of view.<sup>108</sup> Constant Georgescu explained that the doctrine of economic nationalism began from the premise that "each nation constitutes an autonomous economic entity, in other words that each nation forms an independent economic organism, with specific interests."<sup>109</sup> Economic nationalism implied the state's intervention, the goal being the ensuring of the domination of the natives in the economy.<sup>110</sup> Distinguishing several stages in the affirmation of economic nationalism in Romania,<sup>111</sup> Constant Georgescu discovered that the last one was that of the culminating

realizations, with results "de jure and de facto."<sup>112</sup> Fully confident in Marshal Antonescu, the author did not have any doubts regarding the success: "the Romanians can aspire to the complete control of the economic life in Romania."<sup>113</sup> Economic nationalism found a competent interpreter in Ion Veverca,<sup>114</sup> who wrote: "Today, beyond all the doctrinarian formulations, economic nationalism has become the fruit of history. The circumstances of the economic and political development of the country, as well as the tendencies of evolution of modern economy with the dissolving of the world economy and the autarchic battle impose it in the economic policy in its integral form: *no longer being able to remain only a school of ideas, it became a national imperative* (Veverca's italics)."<sup>115</sup> More moderate and diverse, and closer to reality, Mihail Manoilescu discovered that the bourgeoisie's nationalism had been at that moment exceeded by the totalitarian one,<sup>116</sup> situation in which the bourgeoisie<sup>117</sup> was no longer a purpose and nationalism was no longer a means but, vice versa, nationalism had become "the supreme purpose, and the bourgeoisie one of the means through which the former achieves its ideals (author's bold)."<sup>118</sup>

While the world war was in full progress, the specialists tackled the issue of raw materials and sources of energy – among which petroleum was of utmost importance<sup>119</sup> – in the context of the events.<sup>120</sup> Their importance for that stage of civilization was indisputable.<sup>121</sup> Referring directly to the contemporary facts and processes, the authors under discussion were of the opinion that raw materials were not only important sources of richness, but, "through their unequal distribution on the surface of the earth, they are also the main

cause of wars (author's bold)."<sup>122</sup> Therefore, the justification of the war of the fascist Axis against the United Nations was not strange.<sup>123</sup> Axente Sever Banciu argued his demonstrations with this declaration of Mussolini from 1940 about the real causes of the war: "it is the battle of the poor nations, but rich in manpower, against the exploiters who savagely hold the monopoly over all the resources and over all the gold of the earth (author's bold)."<sup>124</sup> On a different occasion, Banciu observed that the war was fought "for ruling the world,"<sup>125</sup> all the great powers (Great Britain, the United States, Germany, Italy, Japan, the U.S.S.R., France, China)<sup>126</sup> being involved, since they all had "expansionist interests, either from a political or from an economic or doctrinarian point of view and, therefore, are imperialistic."<sup>127</sup> It is known that the famous historian Gh.I. Brătianu was preoccupied with the petroleum question. Black gold and its derivatives conferred the specialized Romanian industry a truly international importance, whence the inclusion of the liquid fuel among the cursed resources.<sup>128</sup> The aspects of the petroleum question were not neglected, naturally, by the collaborators of the solid *Enciclopedia României* (The Encyclopedia of Romania) (Carol II edition).<sup>129</sup> During the same years, *Cursul de economie politică* (The Course of Political Economy) by Virgil Madgearu was published.<sup>130</sup> An important place was reserved for the translation of best-sellers.<sup>131</sup>

The debates on the theme of the liquid fuel policy of the Romanian state under the circumstances of the general and total war had to find their expression in the legislation of the period, especially in the petroleum law of July 17, 1942.

#### D. The Petroleum Law of July 1942

In the previous chapter we presented the advantages and disadvantages of the 1937 mining law. We know that the approaching, the outbreak, and the extension of the conflagration of 1939-1945 precipitated the discussions for the modification of the

respective law, having in view the elaboration of a new text that would place especially the oil resources in a situation as close as possible to the role occupied in the modern war.<sup>132</sup> In September 1939, that is when, after Hitler's attack against Poland, the state of war was

established between Great Britain and France on the one hand, and Germany on the other hand, in Bucharest there began the discussions for the revision of the 1937 mining law.<sup>133</sup> The war, aggravating the problems, rushed the works of the committee that was already working within the Ministry of National Economy, whose head was engineer I. Bujoiu, on a draft of the mining law, in consultation with the "Association of the Oil Industrialists in Romania".<sup>134</sup> The committee within the Ministry of National Economy worked intensely in 1939-1940,<sup>135</sup> as well as after the regime changes from September 1940 and January 1941.<sup>136</sup> During this period, as we have previously shown, the law from March 24, 1937 suffered formal or content modifications, of certain articles (2, 7, 11, 21, 38, 45, 60, 67, 69, 71, 76, 106, 113, 118, 136, 139, 145-147, 151, 153, 158, 171-173, 175, 181, 184-185, 187, 190, 196, 200, 206-207, 230, 243, 260, 301, and 308).<sup>137</sup> Other modifications were brought later on (article

144, etc.).<sup>138</sup> New proposals and solutions were put forward regarding the mining regime and the capitalization of the petroliferous subsoil of the Romanian state.<sup>139</sup> In full war, on July 10, 1941, David Preda, General Secretary of the Ministry of National Economy, meeting with the representatives of the main oil companies affiliated to the "Association of the Petroleum Industrialists in Romania," shared with them the "topical" desiderata in the field:

- the increase of the production in the exploitation fields;
- the preparation of a new regime of petroleum.<sup>140</sup>

These objectives preoccupied the members of the committee that functioned, as usual, within the Ministry of National Economy in 1941-1942.<sup>141</sup> The decision factors were seriously alarmed by the fact that, according to statistics, the oil production after 1939 had proven unsatisfactory in relation to Romania's war needs:

1939.....	6 240 000 tons
1940.....	5 810 000 tons
1941.....	5 495 000 tons
1942.....	5 648 140 tons <sup>142</sup>

On the other hand, with different occasions, the political and military leaders of the Third Reich and their representatives in Bucharest (Minister Manfred von Killinger, Hermann Neubacher, Carl Clodius, etc.) intervened systematically for the adoption of certain firm measures which, determining the increase of the oil production, ensured increased deliveries of oil products to the Nazi Reich.<sup>143</sup> It was the case, which we shall bring up again, of Reichsmarshal Hermann Göring, who, receiving Mihai Antonescu, the Romanian Minister for Foreign Affairs and the Vice-President of Marshal Antonescu's cabinet, on November 26, 1941 in Berlin, asked him, "for the common interest of the continuation of the war [in the East], to increase the production of Romanian petroleum to the highest level possible, through all the conceivable means."<sup>144</sup> Acting

according to a disposition from the highest Berlin circles, Minister Carl Clodius, assistant director of the Department of Political Economy within the Ministry of Foreign Affairs, of the Nazi Reich, a personage we will meet again often in the following pages, wrote to Mihai Antonescu on January 17, 1942. The subject was a routine one at the time: the satisfaction of Germany's ever increasing demands for oil products. And, finally, Clodius insisted that the Romanian high official ask the government: "To make certain that the new mining law, whose coming into effect, in the German opinion, is an essential condition for the increase of the production of Romanian petroleum, is published as soon as possible this time."<sup>145</sup>

However, the preparations for the elaboration and promulgation of the new law,

which was going to be exclusively a petroleum law, were prolonged until the summer of 1942.<sup>146</sup> According to Aurică Simion, "Antonescu gave indications to his subordinates to prepare a new *Law of petroleum*, whose provisions should reduce the sphere of action of the foreign monopolies and favor, in turn, the expansion of the Romanian capital in the oil industry."<sup>147</sup> The British historian Maurice Pearton is of the opinion that the petroleum law and the exposition of reasons, elaborated by Ion. C. Marinescu, the Minister of National Economy, had a nationalist character, strange compared to the previous regulations in the field made in Romania.<sup>148</sup> The petroleum law was promulgated through decree law no. 2 017, published in *Monitorul Oficial* no. 164 from July 17, 1942.<sup>149</sup>

The petroleum law<sup>150</sup> – as we have seen<sup>151</sup> – indisputably favored the companies with Romanian capital (article 96 – the granting of the right of exploitation on the exploitable mining properties). Under title XI (various dispositions), chapter IV was entitled as follows: *Encouraging the companies with Romanian capital* (article 269). We quote paragraph I from the following article: "*In order to stimulate the participation of the Romanian capital to the oil exploitations and to encourage the grouping of the existing companies with Romanian capital, the State grants the existing companies or those that might be founded, which will have a minimum capital of 400 000 000 in nominal shares, owned in a proportion of 75% by Romanian natives – natural persons or joint-stock companies, having 75% stock or social shares*

*held by Romanian natives, natural persons – and whose president, board of directors, executive committee, and censor committee will be composed of Romanian natives, in the same proportion,*" a series of advantages (the reduction of taxes, the reduction of the dues to the state, the exemption from stamp duty on the dividend, tax exemption up to 500 000 000 *lei*, credits in cash, exemptions from the 0.5% tax on the new shares).<sup>152</sup> We return to Aurică Simion, who considered that, although such provisions of the petroleum law from July 17, 1942 "hindered the penetration of the German capital in the Romanian economy"; they could not, however, completely stop their expansion.<sup>153</sup> Some companies (*Creditul Minier, Petrolul Românesc*, etc.) obtained advantages under the regime of the law, but the assertion that, under the same circumstances, the German monopolies would have succeeded "in controlling rigorously the Romanian oil industry" is unfounded.<sup>154</sup> On the other hand, Maurice Pearton was preoccupied with the "rivalry" that opposed the German manifestations from the authority of the Romanian state during the war years.<sup>155</sup> With regard to the 1942 law, the German officials were dissatisfied rather with the technical possibilities offered than with the discriminating provisions for the foreign capital; Germany's actions aimed essentially at possibilities to increase the oil production by any means.<sup>156</sup> In fact, Romania's evolution in the world war marked the determining condition for which the results of the petroleum law from July 17, 1942 were in general fruitless.

During the war years, the oil production of Romania registered the following figures:

Years	Source <sup>157</sup>	Source <sup>158</sup>
1939	-	6 240 000 tons
1940	5 810 000 tons	5 815 000 tons
1941	5 453 179 tons	5 577 000 tons
1942	5 665 367 tons	5 665 000 tons
1943	5 273 432 tons	5 330 000 tons
1944	3 525 000 tons	3 525 000 tons
1945	4 640 000 tons <sup>159</sup>	4 640 000 tons

As we can see, the differences are insignificant. For the same period, the relation between the internal and external consumption evolved as follows (in thousand tons):<sup>160</sup>

Years	Total	Internal consumption	Export	Export % of the total
1939	5 965	1 785	4 178	70.0
1940	5 356	1 862	3 495	65.2
1941	5 946	1 811	4 135	69.5
1942	5 492	2 097	3 395	61.8
1943	5 184	2 007	3 177	61.3
1944	3 227	1 108	2 119	65.7
1945	4 616	1 444	3 172	68.7

During the war years as well, the large oil company had a major contribution in the production of crude oil:<sup>161</sup>

Company	% in 1942	% in 1943
Astra Română	30.93	31.69
Concordia	11.66	12.32
Romanian-American	10.89	10.48
Steaua Română	10.24	10.14
Unirea	9.27	9.32
Colombia	7.63	7.84
Creditul Minier	4.73	5.01
Prahova	4.32	4.16
IRDP	2.13	2.42

The most interesting figures are, undoubtedly, those regarding the deliveries of Romanian oil products to Germany in the war years (in tons):

Years	Germany <sup>162</sup>	Germany and the German army on the fronts <sup>163</sup>	Protectorate <sup>164</sup>
1939	1 258 000	1 272 000	284 000
1940	1 196 000	1 177 000	127 800
1941	2 314 000	2 963 000	210 700
1942	1 497 000	2 192 000	110 400
1943	1 214 000	2 496 000	66 700
1944	591 000	1 043 000	35 900 <sup>165</sup>

For historians, an interesting study is that per years and per months (1935-1944) of Romania's oil deliveries to Germany, situation for which we refer the reader to the solid

monograph of Andreas Hillgruber regarding the Romanian-German relations between 1938 and 1944.<sup>166</sup>

### E. The petroleum question in the evolution of the Romanian-German relations

Just as the military, territorial, political and diplomatic aspects or those regarding the caducity of the Vienna arbitrage, the

*financial-economic issues* were constantly on the agenda of the Romanian-German relations between 1940 and 1944, especially



since Germany was at all times greatly interested in the Romanian cereals and petroleum, which were absolutely necessary for the continuation of the war effort. It is not an exaggeration to assess that, beginning with September 1940 until August 23 1944, the issue of Romanian petroleum was on the agenda of the relations between Bucharest and Berlin, affecting them. Moreover, we can state without out reticence that, in the period we are referring to, the Romanian-German relations, the contacts at the level of Hitler and Antonescu were marked – as was the world war in general – by the odor of petroleum.<sup>167</sup>

First we shall mention that, as soon as he took over the leadership of the Romanian state, on September 6, 1940, General Ion Antonescu considered it necessary, on that "historical day", to address a message to Adolph Hitler, transmitting him the Romanian nation's "declaration of faith" in the Führer and in the German people, as well as its trust in the "security of the present and the hope of the future."<sup>168</sup> In the following weeks, through intense political-diplomatic contacts,<sup>169</sup> preparations were made for Antonescu's visit to Berlin and Romania's adhering to the Tripartite Pact. Before the meeting Antonescu and Hitler on November 22, 1940, which preceded the next day's official adhering of Romania to the camp of the Berlin-Rome-Tokyo Axis, the leader of the Romanian state had a long conversation with Joachim von Ribbentrop, the leader of the Nazi diplomacy.<sup>170</sup> Before the departure for Berlin, Antonescu and the Legionary Minister for Foreign Affairs M. Sturdza were received by Mussolini and Ciano in Rome.<sup>171</sup> The General had found a first occasion to condemn the Vienna dictate, right before those who had imposed it. Von Ribbentrop, naturally, found out about it from Count Ciano, "with surprise and regret", as he personally declared to the General.<sup>172</sup> This was the reason for which, before taking Antonescu to see Hitler, he considered it necessary to explain him the conditions in which Germany and Italy had imposed the "Vienna verdict."<sup>173</sup> The German diplomat could only justify what had happened, specifying even that "a great favor"

... had been done to Romania.<sup>174</sup> The context had been prepared to emphasize the roles of the Reich's interventions in the conflict that had opposed Hungary to Romania in August 1940; admitting without reticence that for Berlin it had been essential to prevent a conflict in the Balkans, in which the U.S.S.R. would have prepared to intervene. And the war had to be avoided for a very good reason, about which Hungary had been warned categorically, namely: "because of the threat [in case of war] oil fields in Romania."<sup>175</sup> Ion Antonescu recognized the importance of the political, military, and economic issues that existed between Bucharest and Berlin,<sup>176</sup> but he specified that he was not dealing with them as a politician or a diplomat, but as a soldier.<sup>177</sup> On the same day, also as a soldier, the Romanian General discussed with Hitler.<sup>178</sup> The latter believed in a "close cooperation" between Germany and Romania,<sup>179</sup> and his guest insisted, soliciting political and economic assistance.<sup>180</sup> At that stage of the discussions, Antonescu declared that he was willing, by adhering to the Tripartite Pact, "to fight, weapon in hand, together with the Powers of the Axis for the victory of civilization."<sup>181</sup> Towards the end of the discussion, the Führer returned to the economic issues, declaring that Germany was "very much interested in the Balkans", where it did not want only to export its merchandise, but also to become "a great buyer", namely – raw materials.<sup>182</sup> That was also the reason for which he did not want the extension of the hostilities in the south-east of the continent.<sup>183</sup> Hitler proposed long-term commercial treaties (10-20 years) with Romania, and as part of them the Reich would take over the surplus of Romanian products (among them first of all, of course, the oil products), at fixed prices established for several years.<sup>184</sup> As we can see, Hitler reiterated the spirit of bilateral treaties and conventions that had taken place between Bucharest and Berlin in those last years, but, at the same time, relying on the "affinity" between the two regimes,<sup>185</sup> he traced the limits of the outline of the future agreements, in essence of the economic agreement of December 4, 1940.<sup>186</sup> In relation to the

availability towards dialog manifested by Antonescu, Hitler admitted that "the Vienna verdict" of August 30, 1940 had not represented "an ideal solution".<sup>187</sup> The issues of the Romanian-German economic collaboration were discussed thoroughly, on November 23, 1940, in a new conversation with Joachim von Ribbentrop,<sup>188</sup> assisted by the Ambassador with economic tasks Carl Clodius. No less interesting was the meeting with the Field Marshal Wilhelm Keitel.<sup>189</sup> Before leaving Berlin, on November 23, 1940, Antonescu was again received by Hitler. The General synthesized the results of his official discussions with the Reich, including the economic and financial agreement.<sup>190</sup> It was a new opportunity for the General to assure the Führer that Romania was ready "to fight for its rights"; and the host guaranteed that the Reich "will support, in all respects, its ally, both politically as well as economically."<sup>191</sup> Upon his return to Bucharest, Antonescu made a declaration to the press at the train station, on November 25, 1940: "When I left, I assured you that I would return with the trust of the German people. I can assure you today that I am returning with the trust of the Führer and the German people. Romania will go towards victory. Romania will have its rights. Long live Romania!"<sup>192</sup> Also, Antonescu presented in the meeting of the cabinet from November 26, 1940 the results of the negotiations in Berlin.<sup>193</sup> The internal evolutions predominated at that government meeting, but, with reference to the success registered in Berlin, the Premier specified the advantages obtained from an economic stand point: the establishing of a ten year collaboration plan, for which the negotiations, with the participation of Clodius, had already begun at Predeal and Bucharest; the obtaining of credits for the development of agriculture, the railway system, the irrigation system, and the food industry; at Hitler personal insistence, the reduction of the interest on credits from 6% to 3.5%.<sup>194</sup> The German historian Andreas Hillgruber investigated the recording of the top-level German-Romanian conversations from November 1940 and noted that Ion Antonescu made a very good

impression on Adolph Hitler.<sup>195</sup> Gheroghe Barbul, who accompanied the General, recorded the declaration that Hitler made at the end of the negotiations: "In the future, my external policy regarding Romania or its interests will be based on the close friendship through which I wish to connect myself to you [...] I count on you, you count on me."<sup>196</sup> Another important witness to the conversations from November 1940 was Mihail Sturdza, the Minister for Foreign Affairs.<sup>197</sup> Despite the fact that, warned in time by Ribbentrop, the General kept the attention of the Führer for two hours with a severe attack against the Vienna dictate, it was mentioned that he obtained a certain decree of recognition from Hitler.<sup>198</sup> But, encouraged by his initial success, Antonescu always resumed the issue in his meetings with Hitler. "... Antonescu – writes Hillgruber – never gave up the idea of a revision of the Vienna Arbitrage... (Hillgruber's italics)."<sup>199</sup> However, as far as the economic issues, noticed the same author, "Antonescu, as a soldier, was very insecure and suspicious. Only in matters of oil, which he judged from a military stand point and not from an economic stand point, was he more open. His dispositions, however, were only partially respected by his subordinates. Usually he was very careful and tried to stop any German interference."<sup>200</sup>

Andreas Hillgruber and Aurică Simion studied the contents and the significance of the Romanian-German economic agreement signed on December 4, 1940 in Berlin by C. Greceanu, the Minister of Romania in Germany, and V. Dimitriuc, Under-Secretary of State of the Ministry of National Economy for petroleum questions, on the one hand, and Carl Clodius, on the other hand.<sup>201</sup> The document, consisting of eight points, named *protocol*, established for ten years the framework of the economic cooperation between Berlin and Bucharest, regulating the receiving of credits from Germany and the quantum of the interest, and – separately, per articles – it set the conditions for each area (agriculture and forestry, industry, communication lines and means of

transportation, the banking and credit system, commercial relations, etc.). One of the most important articles (#7) established fixed prices for the products delivered by Romania (first of all, cereals and petroleum) and, moreover, assured Berlin that the Romanian market would constitute a "positive outlet" for Germany during the war.<sup>202</sup> The agreement was signed at a moment when the German offensive for the strengthening of its positions in Romania had already begun – concomitantly in metallurgy, shipyards, commercial companies (*Malaxa, Reșița, Metrom, Cugir, Șantierele Navale Galați, Astra, Hunedoara, Agromex, Dunarex*, etc.)<sup>203</sup> – in the oil industry or marked a signal that encouraged the respective action.<sup>204</sup> Berlin was concerned, first of all, with the acquisition, partially or integrally, of the shares of the companies belonging to the citizens/firms in the occupied states (Czechoslovakia, Holland, Belgium, France),<sup>205</sup> among which were *Petrol Block* (which also had interests in *IRDP*), *Concordia, Colombia*,<sup>206</sup> *Astra Română*,<sup>207</sup> *Foraky, Steaua Română, Explora*, etc.<sup>208</sup> The only company that made an exception to a certain extent was the *Romanian-American*; in 1940-1941, it was under the "protection" of a special commissary of the Minister of National Economy, and beginning with October 1941 the German

tutelage was consolidated,<sup>209</sup> as, at a superior level, an agreement had been realized between *Standard Oil Co.* and *I. G. Farbenindustrie* to mutually watch over the protection of their interests in the two belligerent camps.<sup>210</sup> After the economic agreement from December 1940, the German offensive in the petroleum industry intensified, especially through the creation, on March 27, 1941, of the transnational company *Kontinentale Öl A.G.*<sup>211</sup> Germany's efforts, recorded in numerous other specialized works,<sup>212</sup> are considered to have been crowned by the agreement between *Kontinentale Öl A.G.* and *Astra Română* from May 1941, which, in Andreas Hillgruber's opinion, "sealed the penetration of the German capital in the Romanian oil industry, where it gained an important position, if not even a dominant one (author's italics)."<sup>213</sup> There is no need to specify that, during the war years in the East (1914-1944), things did not stagnate, the situation of the German companies and interests in the oil industry were constantly being consolidated,<sup>214</sup> as was the German control.<sup>215</sup>

Without being able to delimit exactly the nature of the capital invested in the oil industry in the war period, we shall appeal to the data communicated in 1945 by *Monitorul Petrolului Român* for the respective year.<sup>216</sup>

Origin of the capital	Total (million lei)
Romanian	3 840.9
American	1 728.0
Belgian	480.7
British	3 161.7
Swiss	170.1
French	1 495.9
Italian	533.5
Dutch	228.9
U.S.S.R.	1 759.9
Other capital	647.0
TOTAL	14 046.5

As we can see, the Romanian and the British capital had the supremacy, being succeeded by the soviet capital, namely by the one that, through the decree law published in *Monitorul Oficial* on July 19, 1945, was taken from the German origin and transferred to the

U.S.S.R.<sup>217</sup> This way, indirectly, we are able to establish the percentage of the German capital, certainly considering not only those transferred to the Soviet occupier of Romania, but also the proportions that in 1940-1944 were held in the British-Dutch, French or Belgian spheres.

General Ion Antonescu returned to Germany, to Obersalzberg, on January 14, 1941, for decisive negotiations with Hitler and von Ribbentrop with a view to and on the eve of the confrontation with the Legionaries on January 21-23, 1941.<sup>218</sup> We benefit from two minutes of their meeting: one of Hitler's translator, Paul Otto Schmidt,<sup>219</sup> and the other one of the collaborators of the Romanian premier.<sup>220</sup> Only the German version offers details about the fact the Antonescu referred to the danger of British attacks on the Romanian petroliferous regions and the crude oil reserves stored in the port of Constanța.<sup>221</sup> The Romanian guest pointed out in the context that his country was had the power to use "all the means it possesses" in order to contribute in the future to the victory of the Powers of the Axis.<sup>222</sup> The meeting had a major role in convincing Hitler to support Antonescu in the looming conflict with the Legionaries.<sup>223</sup> Antonescu consolidated the position he gained. Having arrived to Bucharest, he sent the Führer a memorandum that synthesized the issues debated on January 14, 1940 and which, moreover, constituted a plan for the future.<sup>224</sup> Romania's key-position in the German combat disposition in the south-east of the continent and its affiliation to the camp of the Axis were indisputable and unconditional. "Romania represents today for Germany - we read in the memorandum - a strategic center and a base for the political supremacy over Eastern and South-Eastern Europe [...] If necessary, Romania is ready to take military actions on the side of Germany [...] In case Russia attacks, Romania wishes to participate to the military operation with all its forces."<sup>225</sup> Romania's eventual preparations involved several areas of activity: the military, the economic, the diplomatic, and the political areas.<sup>226</sup> The chapter of the memorandum relative to the economic area could not have ignored the petroleum question: "As a country with industrial potential, Romania's economy is supplementary to Germany's economy; thus, the German industry has the possibility to easily establish the center for the industrial production and the selling of the products in the entire area. Being in the possession of the

nearest oil resources and forming a strategic center among the Mediterranean, the Balkans, the Straits, and Russia, in the future Romania will continue to have the same importance as today regarding the security of Germany in the sector of Eastern Europe (author's bold)."<sup>227</sup>

In the first part of the year 1941, in the context of Germany's preparations for the operation "Barbarossa" against the U.S.S.R. of June 22, the petroleum question was the most often attacked issue as part of the contacts between Berlin and Bucharest: on February 6, 1941, with the occasion of the meeting between the new German Minister to Romania, Manfred von Killinger, with the head of the Second Office of the General Staff of the Romanian Army;<sup>228</sup> on June 11, 1941,<sup>229</sup> at the meeting of General Ion Antonescu with the military and diplomatic leaders of the Reich, headed by Hitler in Munich;<sup>230</sup> the memorandum presented to the Führer in Munich and dated June 11, 1941,<sup>231</sup> containing assurances regarding the consolidation of German-Romanian industrial collaboration, framework in which Romania could become "a supply center for the entire European region", with its raw materials and cheap labor.<sup>232</sup> Also, during the preparation of the military operation in the East, on May 23, 1941, Hitler's Headquarters designated General Ritter von Schobert as supreme commander of the German armed forces in Romania and established his attributions, including the subordination of the German Military Mission of Erik Hansen, whose main role was to "secure the petroliferous region."<sup>233</sup> In March 1941, Antonescu was received by Hermann Göring,<sup>234</sup> at the "Belvedere" Palace in Vienna.<sup>235</sup> At the Reichsmarshal's request, the discussions were concentrated only on the petroleum issue: the supply of the Reich and the Wehrmacht, Germany's resources (the only ones: Romania and Russia),<sup>236</sup> the place and role of Romania in the supply of the Reich for the moment and in the future, the increase of the oil production and the discovery of new reserves,<sup>237</sup> the possibility of enemy air raids (British and Soviet!) against the Ploiești petroliferous region.<sup>238</sup>

Only a few days before the anti-Soviet aggression, Adolph Hitler, according to those convened in Munich, addressed Ion Antonescu in order to inform him of "the final decision" taken with respect to the moment of the attack. It was June 18, 1941<sup>239</sup> and the Führer signed one of the most eloquent documents in the war period, in which he recognized the essential role of the Romanian petroleum in the leading and development of the hostilities. From the point of view of the O.K.W., the German forces in Romania (the 11<sup>th</sup> Army and the Land, Navy, and Air Mission) together with the Romanian Armies (2<sup>nd</sup> and 3<sup>rd</sup>) formed the group of the Allied forces, under the general command of Ion Antonescu, and for that the Führer established the initial mission in the war, which consisted in:

"1. Defending the Romanian territory against the invasion of the Russian forces.

Along this line, special attention should be given to the defense against the air raids, against the actions of the paratroopers, and the sabotage actions in the petroliferous area, **VITAL FOR THE COMMON LEADING OF THE WAR**, against the port of Constanța and against the bridge across the Danube."<sup>240</sup>

The intention was to create some bridge heads east of the Prut and, then, to begin to offensive. Under such circumstances, the mission of the Romanian air military forces was multiple, but first of all there was "the question of ensuring the security of Romania **AND ESPECIALLY OF THE PETROLIFEROUS REGION**" (author's bold).<sup>241</sup>

The evolution of the military, political-diplomatic, and financial-economic events and processes until August 23, 1944, when Romania deserted from the fascist *Axis*, integrally confirmed the opinion included in Hitler's message from June 18, 1941.<sup>242</sup> **THE QUESTION OF ROMANIAN PETROLEUM WAS AND REMAINED VITAL FOR THE NAZI REICH ENGAGED IN A GENERAL AND TOTAL WAR.**

During the campaign in the East, the petroleum question – as we have already mentioned – was constantly on the agenda of the Romanian-German relations.<sup>243</sup> On July

27, 1941, after the liberation of Bessarabia and Northern Bukovina, Hitler asked Antonescu to cooperate at a military level with the German troops, across the Dniester and in the area of the Bug. The war would decide "the fate of Europe for centuries."<sup>244</sup> Ion Antonescu, convinced that he was serving "not only the Romanian nation and the Romanian populations across the Dniester, but also the commandment of civilization and the need to consciously fight for the building of Europe's new fate", decided immediately to assure the Führer, through the letter from July 31, 1941, that he would continue the fight "till the end" next to the Nazi Reich.<sup>245</sup>

Under the new circumstances, Berlin and Bucharest<sup>246</sup> reached important agreements.<sup>247</sup> It is not by accident that all the known Romanian documents register the fact that all the bilateral agreements were advantageous for Germany.<sup>248</sup> The Romanian officials, most often Mihai Antonescu, the Minister of Foreign Affairs after June 29, 1941, negotiated intensely with Berlin's delegates, in the petroleum questions especially with Manfred von Killinger, Hermann Neubacher, Carl Clodius, General Georg Thomas from the O.K.W., and others.<sup>249</sup> What did the Reich's delegates ask for? It is not difficult to imagine: first of all for PETROLEUM! On November 10, 1941, for example, von Killinger, speaking in the name of Field Marshal W. Keitel, asked that Romania respect the economic agreements and, this way, "make the sacrifices of a close collaborator of Germany", these pretensions determining the reply of the leader of Romanian diplomacy, namely that Marshal Antonescu had engaged in war, but he intended "to defend the rights of Romania as well."<sup>250</sup> Around the same time, on November 19, 1941, von Killinger, organizing a press conference at the Legation with German journalists, did not conceal the fact that: "We need many things, especially petroleum."<sup>251</sup> At the end of November 1941, Mihai Antonescu, in order to sign Romania's adhering to the Anti-Comintern Pact,<sup>252</sup> traveled to Berlin, where he was received separately by Hermann Göring,<sup>253</sup> Joachim von Ribbentrop,<sup>254</sup> Adolph Hitler,<sup>255</sup> and

Joseph Goebbels.<sup>256</sup> The reader suspects, of course, that the terms that some of the most used terms in the meetings were: Führer, Marshal, war, sacrifices, economic agreements, and, among them – petroleum. Mihai Antonescu, for instance, told the Minister for the Reich Propaganda: “I assume that I am not telling you anything new [...] when I insist especially on our contribution in petroleum, cereals, and cattle, since the beginning of the war, in September 1939, until today...”<sup>257</sup> To Joachim von Ribbentrop, the Romanian diplomat imputed the solution of the 1940 Vienna dictate, when Germany intervened in order to reserve for itself the Romanian oil and to protect its strategic position;<sup>258</sup> however, the war, the expenses of the German Military Mission in Romania, and, especially, the inequity of the commercial exchanges with the Reich had caused a serious economic and financial situation, the country being threatened with inflation and disorder; the only solution was for the Reich to immediately deliver gold and foreign currency for the Romanian imports.<sup>259</sup> Mihai Antonescu’s commentaries succeeded von Ribbentrop’s statements, who appreciated Romania’s military contribution to the anti-Soviet war, but then asked Bucharest to supply Germany with “petroleum, black oil, and cereals, in order [for the Reich] to be able to continue the war.”<sup>260</sup> As for Adolph Hitler, appreciating the fanatical leader that was Marshal Antonescu,<sup>261</sup> pointed out that, on the Eastern Front, “the Romanian people made sacrifices not only of an economic nature, but blood sacrifices as well (author’s bold).”<sup>262</sup> That was also the reason for which the Führer agreed that Romania, in the East, should receive “limitless rights and powers; take as much as you want”<sup>263</sup> – he urged. It is known, however, that Bucharest was not going to accept such a thing.<sup>264</sup> There is no doubt however that Mihai Antonescu proved as eloquent as possible in front of Hermann Göring, whom he told about the sacrifices of the Romanian army and about the rich supplies with oil;<sup>265</sup> the continuation of the exports required gold and foreign currency for financing; the reserves were threatened with

exhaustion, and, in case of victory, Mihai Antonescu risked to observe that Germany would reserve for Romania advantageous conditions in the petroliferous regions in... Russia.<sup>266</sup> The Reichsmarshal did not refrain from making promises (gold, foreign currency, oil pipe lines, etc.), being loquacious even in the question of north-western Transylvania occupied by Horthy: “Have faith and patience.”<sup>267</sup> But, certainly, Hermann Göring pleaded the best in the petroleum question. From the beginning, the Reichsmarshal observed – as we deduce from the German minute of the meeting – that the issue had gained “an unexpected importance.”<sup>268</sup> Noting, with good reason, that Hitler’s Germany and Antonescu’s Romania “can together win or lose the war,” the Reichsmarshal declared ruthlessly: “Immediately after the blood of its soldiers, the most important contribution that Romania can bring to the common cause is therefore PETROLEUM.”<sup>269</sup>

Thus, Hitler, as well as Ribbentrop and Göring<sup>270</sup> insisted on the exceptional importance of the Romanian resources and deliveries of oil for the continuation of Germany’s war efforts. They were joined by Field Marshal Keitel, who addressed Bucharest many times with requests for petroleum,<sup>271</sup> as for instance on October 29, 1942,<sup>272</sup> when he personally telegraphed Marshal Antonescu in these grave and pressing terms: “In the name of the Führer, I appeal to Your Excellency and solicit Your personal intervention for the extreme acceleration of the deliveries of black oil, necessary for fighting the war in the Mediterranean, to the Italian naval forces. The situation in Africa is extremely precarious due to the lack of supplies. [...] With comradely respect, I remain devotedly Yours.”<sup>273</sup> At a different level, Manfred von Killinger, the German Minister in Bucharest, was no more reticent; on the contrary. In his note regarding his conversation with the Nazi diplomat from January 23, 1942, Mihai Antonescu recorded: “[Manfred von Killinger] came to intervene for the increasing of the petroleum and black oil quantities at export [to Germany]. He

showed me that our export has been very weak lately."<sup>274</sup> On January 5, 1942, von Killinger and Neubacher had informed the Ministry of Foreign Affairs in Berlin about the

situation of the Romanian exports of oil products for the month of December 1941. Of a total of 287 196 tons, the destinations of the exports were established as follows:

142 297 tons.....	The Reich 29
524 tons.....	The Wehrmacht
15 171 tons.....	The Protectorate of Czechia and Moravia
4 951 tons.....	Slovakia
14 219 tons.....	Switzerland (through Germany)
206 162 tons.....	total for Germany
70 098 tons.....	Italy
7 119 tons.....	Bulgaria
2 417 tons.....	Greece
1 400 tons.....	Serbia <sup>275</sup>

Manfred von Killinger and Hermann Neubacher often discussed with Marshal Antonescu the file of the German-Romanian economic exchanges, the first place being occupied, at the beginning of 1942, by the petroleum question.<sup>276</sup> In August 1943, Joachim von Ribbentrop sent several telegrams to Berlin to Hermann Neubacher, asking him to personally discuss with Marshal Antonescu the issues of increasing the oil deliveries at export, the reconstruction of the refineries in the Ploiești area after the Allied bombings, etc., considering the "decisive" importance of liquid fuel for fighting the war.<sup>277</sup>

A new message, probably the most significant one in the entire history of the war, came from Berlin to Bucharest on December 29, 1941: the Führer informed Marshal Antonescu about the level of leadership of the land forces after the first failures in Russia, inviting him to participate with new units to the offensive in the East, planned for the spring of 1942.<sup>280</sup> In the final part of the Führer's letter there was a paragraph that, possibly, explained the reason for the sending of the document:

"Finally, I ask You one more time, Marshal, to do everything possible to place at the disposal of our common war THE THING WITH WHICH ROMANIA CAN CONTRIBUTE THE MOST: PETROLEUM AND GASOLINE."<sup>281</sup>

Bucharest often received messages from the Romanian negotiators in Berlin, who had become exasperated with the amplitude of the German pretensions and the brutality of the pressures exerted. Thus, on January 14, 1942, through the Romanian Legation in Berlin, N. Rămeriță communicated from the capital of the Reich that the economic and financial discussions (including in the question of petroleum) had been "drastic", so that "we could consider ourselves close to the point of interrupting the negotiations at this time."<sup>278</sup> In the development of the ever more advanced military operations on the territory of the U.S.S.R., in the last months of the year 1941 Hitler communicated to Antonescu that their reason consisted, among others, also in the liquidation of the Soviet air bases that could threaten the Ploiești petroliferous area.<sup>279</sup>

From the reply from January 5, 1942 we can only conclude that Marshal Antonescu was pleased with the Führer's intention and reaffirmed, once again, his decision to fight in the German camp for the destruction of the "communist Slavism."<sup>282</sup> Answering directly to the Führer's solicitations, the Marshal stimulated the export of 33 380 tons of gasoline and oil derivatives besides the engagements, dictating similar measures regarding cereals. A concrete engagement was timely: "The greatest effort will be made for the future, reducing the consumption [of oil products] and replacing it with coals."<sup>283</sup>

The engagements made by the Marshal most often represented the façade of the

profound financial-economic and commercial contradictions that undermined the Romanian-German "collaboration". That was why interventions on both parts were necessary, and the differences that would occur were settled in the sessions of the Government Committees. On January 17, 1942, the eleventh session of the Government Committees led to the signing of a protocol that settled the differences between Berlin and Bucharest resulted from the methods of payment for the deliveries of war materials.<sup>284</sup> From the studies performed in Bucharest it results that, after the closing of the protocol as well, Romania's clearing account in Berlin reached the sum of 600 million marks, of which the Romanian state was able to capitalize a maximum of 200 million marks.<sup>285</sup>

On February 11, 1942, Marshal Antonescu went to Adolph Hitler's Headquarters in Rastenburg – Eastern Prussia (*Wolfsschanze – The Wolfe's Lair*), where he had two meetings totaling four hours with the Führer.<sup>286</sup> It was an opportunity for the examination of the military and political-diplomatic events at an international scale, a context in which Antonescu asserted firmly: "We will not accept [as] final the Vienna arbitrage."<sup>287</sup> Both the German and the Romanian minutes attest to the fact that, although the military-strategic aspects predominated, the economic issues were not neglected. It is easy to imagine that the delivery of Romanian oil products to the countries of the Axis were on first place: 3.9 million tons of a production of 5.3 million tons.<sup>288</sup> On February 12, 1942, Antonescu met separately with Joachim von Ribbentrop, the center of the discussion being the petroleum question.<sup>289</sup> The memorandum<sup>290</sup> presented by Ion Antonescu to A. Hitler, dated February 11, 1942,<sup>291</sup> was of great importance. As it was to be expected, the Marshal renewed his assurances regarding Romania's adhesion to Germany's future cause, which should not lead to the neglecting of the previous contributions, which the signatory of the document categorized in 11 areas (military-strategic, financial and alimentary sacrifices, the preparation and sending of forces to the front, the beginning of the anti-Soviet

aggression, etc.<sup>292</sup> Especially points *g-h-i-j* of the memorandum presented the situation of the war expenses and the deliveries of Romanian merchandise to Germany in the previous period:

"G. [Romania] made financial sacrifices of 200 billion *lei* for the preparation and support of this war;

H. It placed 2 672 000 tons of petroleum at Germany's disposal, giving it the last reserves of its aviation's gasoline and imposing the most drastic privations to its population.

The production stretched to the exhaustion of the reserves and the Romanian black oil had a decisive role in supporting the war and the action in the Mediterranean;

I. It gave 88.6% of its entire foreign trade to Germany, thus reaching a true export monopoly in Germany's favor;

J. It gave cereals, animals, and export contingents that represent 31.6 billion *lei*."<sup>293</sup>

1942 was the year of the great summer offensive of the German and Allied troops (Romanian, Hungarian, etc.) in the south-east of the U.S.S.R., in the directions of Stalingrad and the Caucasus.<sup>294</sup> The preparation of the offensive launched on June 28, 1942 (operation Blau-Braunschweig),<sup>295</sup> involved a series of actions concertized at military and political-diplomatic levels in Bucharest.<sup>296</sup> Naturally, the economic sector was not neglected, as it was an area in which the concern for the ensuring of the oil resources necessary for the war predominated.<sup>297</sup> Under those circumstances, Hitler, Keitel and von Ribbentrop intervened. Answering a letter dated May 6, 1942 from Hermann Göring, Ion Antonescu gave new assurances that Romania would export "without any circumspection" the oil products in the direction of the Reich, and that would be done by sacrificing the internal consumption.<sup>298</sup> The Marshal was pleased that Herman Göring appreciated Romania's war efforts in flattering terms, which, in compensation, wrung the assurances of the Leader of the Romanian State in the sense that "we shall continue with increased efforts until total victory is obtained."<sup>299</sup> In September 1942, at the height of the offensive



of the troops of the Axis towards Stalingrad or in North Africa, Marshal Antonescu assured Field Marshal W. Keitel regarding the efforts made to ensure the oil products necessary to Germany and Italy, where Romania had delivered over 6.4 million tons in the years 194-1942.<sup>300</sup> The acceptance of certain German conditions and the assurances given did not manage, however, as far as Marshal Ion Antonescu was concerned, to hide the strong Romanian-German conflicts of interests, first of all at an economic level. Addressing C.I.C. Brătianu, the leader of the National Liberal Party, on October 29, 1942, the Marshal observed: "You accuse me of starving the country and depriving it of fuel while I give Germany cereals and black oil in exchange for armament, although you know very well that I cannot give anything else and I cannot bring the armament in any other way."<sup>301</sup>

The failure of proportions of the Axis's forces at Stalingrad and in the Caucasus in the winter of 1942-1943, resulted in the catastrophe of the Romanian 3<sup>rd</sup> and 4<sup>th</sup> Armies,<sup>302</sup> caused serious political-diplomatic and military tensions between Bucharest and Berlin.<sup>303</sup> Marshal Antonescu personally addressed Adolph Hitler,<sup>304</sup> as well as Field Marshal Erich von Manstein, the commander of the armies of the Axis west of Stalingrad (the Group of the "B" Armies).<sup>305</sup>

A new round of Antonescu-Hitler negotiations took place also at Wolfsschanze on January 10-12, 1943, under the pressure of the military events on the Eastern Front and after the temporary escape of Horia Sima from the concentration camp at Berkenbruck.<sup>306</sup> Despite all this, the economic and financial aspects were not ignored. The Marshal was accompanied by Mihai Antonescu and Generals Gh. Dobre and Ilie Ștefleă, the Minister of National Economy and, respectively, the Romanian Chief of Staff. Mihai Antonescu, the Minister for Foreign Affairs and the Vice-President of the Council of Ministers, informed his cabinet colleagues about the visit to the German Headquarters on January 10-12, 1943.<sup>307</sup> On the basis of the Romanian-German credit conventions of

January 17 and August 17, 1942, Mihai Antonescu obtained, after negotiations with Carl Clodius and Joachim von Ribbentrop, the signing of a new payment protocol.<sup>308</sup> The advantages obtained by the Romanian side were explainable on the basis of the previous deliveries of oil products, which Germany had not managed to "cover" with armament deliveries in equal quantities and at an equal value. The unbalance that occurred, Mihai Antonescu specified in the Government meeting, threatened a serious inflation, which could determine the collapse of the economic system of Romania, which was not the intention nor in the interest of the Third Reich.<sup>309</sup> We must mention here that the Romanian-German economic and financial negotiations were held on the basis of a memorandum dated January 9, 1942, addressed by Ion Antonescu to Adolph Hitler, but drawn up by Mihai Antonescu and presented also by him to Joachim von Ribbentrop and Carl Clodius.<sup>310</sup> The document, as it results from the preamble, was intended to treat all the issues, present and future, regarding the common war against Bolshevism.<sup>311</sup> It mentioned that, fighting the war alongside Germany, Romania freed "the lands occupied unjustly through Soviet aggression,"<sup>312</sup> a remarkable fact, obtained however through the "exhaustion" of its military capacity.<sup>313</sup> Germany's support of Romania became very important and Bucharest was trying to avoid the situation of "humiliation upon peace and in the future reorganization of the continent."<sup>314</sup> The Marshal, however, had complete trust in the Führer's "honest word" and, in that spirit, the second compartment of the memorandum<sup>315</sup> insisted on the Romanian sacrifices in the world conflict: losses of men, armament, the respecting of the economic agreements with Germany, presenting in this sense in detail the alarming role and the conditions of the Romanian oil industry.<sup>316</sup> During the good-bye visit paid by Ion Antonescu and his collaborators to Adolph Hitler, the Führer, after having studied the memorandum,<sup>317</sup> eulogized the German-Romanian collaboration, including the economic part; it

was – Mihai Antonescu stated at the cabinet meeting – at the time when Romania's economic effort was talked about at such a level, "accompanying the recognition with the gratitude."<sup>318</sup>

The historian Aurică Simion commented the results convened at Wolfsschanze in January 1943 as follows: "Despite the agreements signed and the engagements mutually assumed, the disagreements between the Romanian and the German governments continued to be strongly manifest in the next period, because each interpreted and intended to apply the agreements in their own way. After the signing of the Protocol of January 11, 1943, deliberations took place in Berlin between the German and the Romanian experts for the establishing of the necessary measures in a first stage, with a view to obtaining the 4 million tons of oil solicited by the government of the Reich. As it results from a letter addressed to the Reichsmarshal Hermann Göring by one of the German negotiators, in these meetings it became clear that 'the Romanian government only reluctantly begins taking measures to fulfill the promises made to the Führer by Antonescu'..."<sup>319</sup>

The continuation of the general hostilities and the ever greater difficulties of the Axis determined Berlin to constantly make representations to Bucharest, insisting that Romania should intensify its efforts at all levels, including economically (in the area of petroleum, which interests us here). A few examples should be given. On March 30, 1943, Mihai Antonescu received the famous "ambassador of petroleum" Hermann Neubacher at the Presidency of the Council of Ministers, accompanied by several German councillors. The Germans had come, Antonescu related in the note of the conversation, to ask again for money for the Land and Air Missions in Romania, but especially "to formulate new requests for petroleum, asking that we should give them from the oil reserves of the aviation and the army."<sup>320</sup> We reproduce the answer of the Romanian official: "I told Minister Neubacher that this becomes impossible, especially under

the threat of the bombing of the refineries, which would completely paralyze our oil production and, with it, not only the activity of the companies tied to liquid fuel, but also our national defense."<sup>321</sup>

The next Hitler-Antonescu round of negotiations from April 12-13, 1943 took place at the moment when, after the failures of proportions of the Axis at Stalingrad and the Caucasus, Romania intensified its secret measures for the possible abandonment of the German camp.<sup>322</sup> Mihai Antonescu became involved, and Berlin obtained positive proof in this sense.<sup>323</sup> Thus, when Marshal Antonescu and his suite arrived at the Klessheim Castle (Salzburg), they found Hitler extremely furious. Gh. Barbul remembers: "... We found Hitler raging. He was shouting that he was betrayed. The Marshal could see with his own eyes what one of Hitler's temper tantrums was like."<sup>324</sup> As a result, the discussions gravitated around the "case" of Mihai Antonescu,<sup>325</sup> the Marshal taking the latter's side.<sup>326</sup> It was not in vain because, in consequence, Mihai Antonescu was going to be kept by the Marshal in the structure of his government.<sup>327</sup> As for the petroleum question, it was not ignored with the occasion of the Klessheim round either. On the contrary, it was debated with priority, on April 13, 1943, during the Antonescu-von Ribbentrop meeting.<sup>328</sup>

In the following period, the petroleum question was often a topical issue in the evolution of the relations between Berlin and Bucharest. First of all, Marshal Antonescu addressed Hitler repeatedly.<sup>329</sup>

Previous to the new Romanian-German economic and financial protocol from July 17, 1943,<sup>330</sup> ample negotiations took place in Berlin,<sup>331</sup> and Carl Clodius returned to Bucharest. On July 15, 1943, he was received by Mihai Antonescu and the Romanian competent Ministers.<sup>332</sup> They discussed the payments of the deliveries made to Germany (half for the orders of war material) effected through the credit conventions from January 27 and August 17, 1942 after the signing of the protocol from January 11, 1943,<sup>333</sup> and Clodius inquired

about the defense of Romanian petroleum – “a national issue.”<sup>334</sup> Mihai Antonescu did not spare his guest: “You cannot compare Germany’s efforts with those of Romania. The oil companies export almost the entirety of the export (sic!) to Germany’s profit; we have established exceptional prices to give you petroleum, we are exhausting our oil resources for the war and you are saying the Romania is not making enough efforts and is not giving enough for the war. Have other countries done anything similar, Mr. Clodius? What number did the oil export reach [during the war years]? *Minister Engineer Stavri Chiholu*: 10 million tons. *Professor Mihai Antonescu, vice-president of the Council of Ministers*: We have given these tons for the war. Do they not exist?...<sup>335</sup> As the head of Romanian Diplomacy, Mihai Antonescu – in a strictly-confidential document from July 30, 1943 – sent the Romanian Minister in Berlin, General Ion Gheorghe, ample considerations of the recently closed negotiations with Clodius;<sup>336</sup> he explained that, as opposed to the “honest contribution” of Marshal Antonescu, the German delegates, headed by Clodius, behaved inadequately.<sup>337</sup> “Germany – Mihai Antonescu was convinced – often makes the mistake of mistaking the loyalty of honorable people with reservation or hostility and taking hypocrisy and simulated devotion for an act on which they can count;” Romania “had given” to the war over 11 million tons of petroleum, especially its territory, and had sent its forces “to the accursed land of Russia alongside the German troops”; and that was why the reaction and behavior of the German delegates offended him.<sup>338</sup> Mihai Antonescu met Carl Clodius again on October 21, 1943,<sup>339</sup> maintaining the same tone towards his guest, to whom he declared that Romania would help Germany with exports of petroleum and cereals, but was asking that, for that, Berlin should punish Romania by throwing it in the arms of inflation.<sup>340</sup> An undated document from the time attests that, between 1939 and 1942, the Romanian oil exports were destined to Germany in a proportion of 75%, at prices that registered minimum fluctuations (27-45%), in relation to

those of the main raw materials (platinum, zinc, etc.) imported from Germany (85-193%).<sup>341</sup>

In 1943-1944, the economic aspects (and, in the context, if not primarily, the petroleum question) persisted on the agenda of each of the last Hitler-Antonescu meetings.<sup>342</sup> In this interlude,<sup>343</sup> on December 15, 1943, a message was sent by Adolph Hitler to Ion Antonescu, which clearly reminds of Gerooges Clemanceau’s famous cablegram from December 15, 1917 to the president of the United States regarding the absolute necessity for liquid fuel in the war, as well as for the blood of the soldiers,<sup>344</sup> namely:

“... MARSHAL, BECAUSE THE WAR IN THE EAST IS VERY HARSH AND VERY DIFFICULT, LET US RECOGNIZE WHAT AWAITS ALL OF US IF WE DO NOT WIN THIS FIGHT. THAT IS WHY IT MUST BE WON! BUT THAT IS POSSIBLE ONLY IF WE RENOUNCE ANY POINT OF VIEW THAT DIVERTS OUR ATTENTION AND DEDICATE OURSELVES TO ONE SINGLE IDEA: WHAT CAN STRENGTHEN OUR FORCE AND WHAT CAN BE OF HELP TO OUR SOLDIERS? *EACH TON OF OIL THAT WILL BE SAVED IN ROMANIA WILL REPRESENT A SUPPORT FOR THE WAR FOUGHT BY GERMANY. THEREFORE FOR OUR COMMON FUTURE. BECAUSE IT DOES NOT GO TO GERMANY TO BE WASTED THERE, BUT PUTS OUR TANK DIVISIONS IN MOTION, OUR FORTIFYING SERVICES, THUS USING THE BATTLE FRONT* (author’s italic and bold).”<sup>345</sup>

Any commentary is, obviously, unnecessary!

Until the last moment of Romania’s defection from the camp of the Axis, the economic agreements with Germany and their application were under the attention of the leaders in Bucharest.<sup>346</sup>

We shall mention, however, that in the interrogation given in Moscow to Marshal Ion Antonescu by the representatives of the NKVD in April 4, 1946, he declared among other things that:<sup>347</sup> “In the period of Germany’s and Romania’s war against the Soviet Union, the

oil extracted by Romania was transported mainly to Germany and partially to Italy, Turkey, and Bulgaria. In total, 4 400 000 tons of petroleum were extracted annually in Romania in this period, of which 3 000 000 tons were sent to Germany. The entire oil industry of Romania was in the hands of the British, American, Dutch, Belgian, and French companies. This way, it was the British and the American oil-producers that were ensuring Germany's petroleum." And in continuation: "The deliveries of Romanian oil to Germany were done in conformity with the economic convention signed before I came to power. In November 1940, at my first meeting with Hitler, a new economic convention was concluded between us, according to which the Germans delivered to Romania 'Messerschmidt-109' airplanes, tanks, tractors, anti-aircraft and anti-tank artillery, machine guns and other weapons, receiving from Romania – petroleum, gasoline, and bread. Besides that, in the spring of 1941, at the meeting in Vienna with Goering I convened with him verbally that Romania should try to increase the oil deliveries and in exchange it would receive petroleum equipment from the Germans. This convention had a general character and later it was developed and concretized through negotiations..."<sup>348</sup>

After the fall of Antonescu's regime,<sup>349</sup> during and after the "trial" of the cabinet of Marshal Antonescu from May 1946, the opinion was accredited that all the 1940-1944 governments had no other role than the enslaving of Romania to the Nazi Reich, under all aspects (ideological, political-diplomatic, economic, military, etc.). Such a reality, contradicted by the specialized studies,<sup>350</sup> was however amply expounded in the Bill of Indictment presented in the opening of the sessions of the "People's Court" in Bucharest on May 6, 1946, several compartments being significantly entitled: "the treason" and "disaster" of the country, the "plunder" policy promoted exclusively to the advantage of Hitler's Germany, etc.<sup>351</sup> The document included such considerations: "... Hitler needed maintenance for his troops,

destined to attack the Balkans and then the Soviet Union, and Antonescu's servants gave it to him in abundance; he needed the Romanian oil (author's italics) and had it until the exhaustion of our resources of wealth;<sup>352</sup> he wanted our cereals and had them until the starvation of the population; he wanted the slave work of the Romanian hands; he wanted complete control of the Romanian industry and commerce; he wanted control over the entire economic sector, and all these were placed at his disposal by the Antonescu government."<sup>353</sup> Also, Alexandru Voitinovici, the head judge of the "People's Court", questioned Ion Antonescu: "With regard to the economic servitude, after the arrival of the Germans [in Romania, October 1940], what was your role in this economic servitude?..."<sup>354</sup> The answer of the main accused, very short, was as precise as possible: "The economic servitude was done by my predecessors and I found a given situation. And this situation we tried to meliorate."<sup>355</sup> Marshal Antonescu repeated in *The Last Word*: "... I did not premeditate and plan the receiving of the German fifth column on the territory of the country [...] With regard to the servitude of the country's wealth, I am being unjustly accused of this. Had you allowed me, I would have shown you the economic laws, I would have shown you what good coverage the currency had [...] I saved the foreign capital, the telephones and the matches. I did not have laws of vassalage towards Germany, but of equality..."<sup>356</sup> However, at the end, the sentencing of Antonescu's ministers and, especially, Antonescu's sending before the firing squad were done on the basis of their pleading guilty of the "country's disaster", of "crimes against humanity", and of "war crimes".<sup>357</sup> In the special case of Ion Antonescu, it was recorded that – at military and political-economic levels – he enslaved "unscrupulously and ruthlessly the country and its wealth to Hitler and his clique. Thus, immediately after coming to power, Ion Antonescu and his ministers did nothing else but work for the interests and purposes of Hitler's Germany."<sup>358</sup> The studies of historians, and we are referring to those

who had the possibility to study integrally the files of the "trial of the great national treason", proved the groundlessness of such accusations.<sup>359</sup> In fact, during the "trial", the accused themselves claimed the inconsistency of the accusations,<sup>360</sup> and, in 1948, Mircea Vulcãnescu, in *The Last Word* pronounced before the Court of Appeal in Bucharest, demonstrated systematically the absurdity of the theories about the "plundering" of the country for the profit of the Hitlerites between 1940 and 1944 or about its political and economic "subjugation" to the Reich. He dedicated a separate chapter to the economic and financial agreements and protocols from March 23, 1939, December 4, 1940, January 1942, January 1943, and February 1944.<sup>361</sup> According to Mircea Vulcãnescu, the agreements and protocols signed with Berlin's delegates were realized on the basis of the principles imposed and consistently followed by Marshal Antonescu, namely:<sup>362</sup>

"1. Nothing will be exported to Germany before having reserved the necessary quantities for the internal consumption and before having reserved the export quantities necessary to cover the imports necessary for the country, which it cannot procure from Germany;

2. The exchanges will be done in a balanced manner, at fixed prices; each price increase from one side must be compensated by a corresponding increase on the other side. A momentary exceeding in one sense or the other is admitted, but it must be compensated in the course of the contractual year;

3. For covering the exports, we shall receive merchandise necessary to the market and the investments of the state; agricultural tools, machines, parts, but also rents, movables and redemption of external debts;

4. Petroleum, the material necessary for the war, will be exported in exchange for armament;

5. The net financing effort, made to cover these exchanges, will be covered with gold and free foreign bills."

Relative to the "exhaustion" of Romanian economy by Germany (cereals, petroleum, etc.),<sup>363</sup> Mircea Vulcãnescu revealed

completely different realities that those circulated by the Communist authorities in Bucharest:

"... Romania managed to redeem foreign debts and to obtain at the same time from abroad gold and free foreign currency convertible into approximately 11 carloads of gold (of which 8 and a half from Germany), doubling this way the stock of the National Romanian Bank from 13 to 24 and a half carloads of gold. It is a unique situation, never before met in a country, even victorious, as was the case of England, which was not even able to cover its needs except by ceding the gold and the foreign portfolios, which it possessed in other countries, remaining in debt. Thus, not only that Romania was not impoverished [by Germany], but it was able to constitute, through the reserves accumulated on its territory, an important base for the supply of the Allies in the war fought in the West, after August 23, 1944."<sup>364</sup>

The exactness of the situation presented by Mircea Vulcãnescu was discussed again in the recently published materials, with the occasion of the debates around the issue of the Nazi gold. Based on sources from the National Bank of Romania and of some unpublished documents,<sup>365</sup> it was reconfirmed that, according to the Romanian-German economic and commercial agreements from 1940-1944, besides the military technology received in exchange (mainly) for the exports of cereals and petroleum, Bucharest conditioned and obtained from Berlin the payment in gold of the executed deliveries. Consequently, during the war years, Germany delivered to Romania: 3.4 tons of gold in 1940; 14.3 tons of gold in 1942; 29.9 tons of gold in 1943, and 10.3 tons of gold in 1944; in total, therefore, 58.1 tons of fine gold (in the form of ingots or coins). Therefore, at the moment when Ion Antonescu's regime was overthrown, Romania possessed the greatest reserve of gold in its history: 244.9 tons.<sup>366</sup> At the "trial", in *The Last Word*, Antonescu mentioned that, August 23, 1944, he left in the safes of the National Bank of Romania 49 carloads of gold gathered in time of war, in comparison with

the previous peace time, credited only with 16 carloads of gold.<sup>367</sup>

Numerous Romanian and foreign historians have insisted on the difficulties suffered by the economic relations during the war years.<sup>368</sup> On the other hand however, the

conditions are no longer valid for taking literally the official and semi-official propagandistic materials elaborated and published after August 23, 1944 relative to the subjugation of the Romanian economy by the Third Reich under Antonescu's regime.<sup>369</sup>

#### NOTES:

<sup>1</sup> A. Hitler was reassured by the fact that I. Antonescu had accepted to receive a German military mission, whose main purpose was to defend the Ploiești petroliferous area

<sup>2</sup> *Ibidem*, p. 19.

<sup>3</sup> Willingly or not, this confusion still persists: Romania did not fall in the category of the states occupied by any of the powers of the Axis, concretely by Germany (cf. Gh. Buzatu, *Din istoria secretă a celui de-al doilea război mondial*, I, p. 328 and the following; chapter 15 – "Statutul internațional al României între 1939 și 1940). Mention should be made here, in connection with the subject in discussion, Joachim von Ribbentrop's letter addressed on July 20, 1944 to Field Marshal Wilhelm Keitel, the commander of the W.: "To treat Romania as an occupied territory, as various German fora occasionally tend to do, is, naturally, not possible (author's bold)" (*ibidem*, p. 332).

<sup>4</sup> See Marshal Ion Antonescu, *Un ABC al anticomunismului românesc*, I, edition of Gh. Buzatu, Iași, Editura Moldova, 1992, *passim*; Ioan Scurtu, C. Hlihor, *Complot împotriva României, 1939-1947*, București, Editura Academiei de Înalte Studii Militare, 1994, p. 32 and the following; Alexandru Dutu, Mihai Retegan, eds., *Armata Română în al doilea război mondial*, I, *Eliberarea Basarabiei și a părții de nord a Bucovinei (22 iunie-26 iulie 1941)*, București, Editura Militară, 1996, p. 138 and the following.

<sup>5</sup> Cf. Andreas Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, p. 275.

<sup>6</sup> Recording that on December 7, 1941, at twelve o'clock, the state of war "between small Romania and the immense power" occurred, the Marshal wrote: "Great Britain has not known the tragedy and humiliations of foreign occupation for centuries. We have gone for two thousand years, not only in the course of time, but also during the same century, from battle to battle, from occupation to occupation, from tragedy to tragedy. Great Britain has been fighting for centuries for new conquests, we are fighting to defend ourselves" (apud Ion Țuța, *România la cumpăna istoriei. August '44*, București, Editura Științifică, 1991, p. 394).

<sup>7</sup> Despite all the supposition that Berlin did not notify Rome regarding the preparation for sending a military mission in Romania, we specify that, during his meeting with Mussolini and Ciano on September 19, 1940 in the Italian capital, Joachim von Ribbentrop mentioned that, at Bucharest's request, Berlin intended to send a few units; he also referred clearly to a common Italian-German action of supporting Romania, having in view the Russian danger and the "protection" of the petroliferous area (*ADAP 1918-1945*, Series D, Band XI/1, p. 97 and the following, doc. no. 73)). It seems that Ciano "forgot" to keep Mussolini up to date. Anyway, on October 8, 1940, when it had become known that a German military mission "I placed in the Romanian petroliferous regions", the same Ciano wrote in his *Journal* that Mussolini had told him that he was "very discontented" (cf. *The Ciano Diaries*, p. 299). Two days later, the Duke declared himself even "indignant at the occupation of Romania by the Germans", threatening to proceed identically: namely that Hitler would find out "from the newspapers" that Italy would occupy Greece (*ibidem*, p. 300). Which happened on October 28, 1940!

<sup>8</sup> Cf. Edwin Packer, "Fiasco italien en Grèce ou les déboires d'un dictateur", in *Historia-Magazine*, Paris, no. 13/1968, p. 341.

<sup>9</sup> See Margot Hegemann, "Einige Dokumente zur <<Deutschen Heeresmission in Rumänien>> (1940-1941)", in *Jahrbuch für Geschichte Osteuropas*, vol. 5, Berlin, 1961, p. 315.

<sup>10</sup> Andreas Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, pp. 133-134.

<sup>11</sup> As early as September 2, 1940, he transmitted to the German Ministry of Foreign Affairs that he would act in Bucharest so that the government would "renew its wish for the sending of a military mission" (apud Ion Ardeleanu, Vasile Arimia, Mircea Mușat, eds., *23 august 1944. Documente*, I, 1939-1940, București, Editura Științifică și Enciclopedică, 1984, p. 130, note 1).

<sup>12</sup> See I.E. Levit, *Uceastăie fașistskoi Rumîniî v agresii protiv SSSR, I, 1939-1942*, Chișinău, Știința, 1981, p. 109. The Anglo-Romanian relations deteriorated immediately after the modification of the course of Romania's foreign policy towards Germany. Attention was given to numerous issues regarding petroleum (sabotages in the Ploiești area, navigation on the Danube, the arresting of and instituting legal proceedings against some British citizens in September 1940, etc.) (see Valeriu Florin Dobrinescu, Lenuța Nicolescu, Gh. Nicolescu, *Relații militare româno-engleze. 1918-1947*, Pitești, Editura Cultura, 1998, pp. 62-69).

<sup>15</sup> In the meantime, on September 10, 1940, Hitler received General Sztojaj, the Hungarian Minister in Berlin, with whom he shared the reasons for which he had intervened so that "what had been left of the Romanian state should not collapse;" he explained that Germany was fighting for victory, because, in case of failure, all the territorial revisions would become null; this purpose required the security of economy, and, in that context, there acted "two factors of vital interest for Germany...: the Swedish iron and the Romanian oil" (see Andreas Hillgruber, ed., *Les entretiens secrets de Hitler*, pp. 207-208; *ADAP 1918-1945*, Series D 1937-1945, Band XI/1, *Die Kriegsjahre*, VII, 1, *September 1940 bis 13. November 1940*, Bonn, 1964, p. 44 (doc. no. 41).

<sup>16</sup> Cf. Margot Hegemann, *Einige Dokumente...*, pp. 322-325, doc. no. 9 (the note of the meeting).

<sup>17</sup> *Ibidem*, p. 324.

<sup>18</sup> *Ibidem*, p. 326 (doc. no. 11, from September 18, 1940); *ADAP 1918-1945*, Series D, Band XI/1, pp. 108-110 (doc. no. 75).

<sup>19</sup> Margot Hegemann, *Einige Dokumente...*, pp. 328-329 (doc. no. 13); Andreas Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, pp. 134-135.

<sup>20</sup> *Ibidem*, Margot Hegemann, *Einige Dokumente...*, pp. 328-329 (doc. no. 13); Andreas Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, pp. 134-135.

<sup>21</sup> *Ibidem*, p. 124.

<sup>22</sup> Receiving Count Ciano in Obersalzberg on August 28, 1940, Hitler told him that a material element of "primary importance for leading the war" was the supply of Germany and Italy with petroleum; the Reich could dispense with the Romanian oil but, however, losing it would entail "an aggravation of the leading of the war and a great restriction of the normal consumption of the economy" (cf. Andreas Hillgruber, ed., *Les entretiens secrets de Hitler*, p. 201).

<sup>23</sup> Andreas Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, pp. 135-136.

<sup>24</sup> *Ibidem*.

<sup>25</sup> A.N.R., the Presidency of the Council of Ministers fund, file 456/1940, f. 25.

<sup>26</sup> *Ibidem*.

<sup>27</sup> Idem, file 325/1940, ff. 138-140.

<sup>28</sup> See Dan-Radu Vladim ed., *Evenimentele din ianuarie 1941 în arhivele germane și române*, București, Editura Majadahonda, 1998, p. 158 and the following (doc. no. 39-40). Already on October 1, 1940, the Ministry of Air and Navy informed General Ion Antonescu through note 3464 about the adequate measures for the ensuring of the transportation of the raw materials – a "serious problem" for the Axis – from Romania and Russia to Germany and Italy. For the transport of the oil products they recommended the Danube line, although the British had already taken extreme "violent and illicit" countermeasures (document presented by Colonel Ioan Damaschi at the international conference organized by *Revista de Istorie Militară*, Mangalia, September 14-15, 1998).

<sup>29</sup> Numerous documents, published and unpublished, regarding the internal and international context in which the Mission arrived in Romania, in Ion Ardeleanu and collaborators, eds., *23 August 1944...*, I, pp. 129-138.

<sup>30</sup> Cf. A.N.R., the Presidency of the Council of Ministers fund, file 523/1940, f. 7.

<sup>31</sup> *Ibidem*, f. 6.

<sup>32</sup> See *The New York Times* from October 2, 1940; idem, October 7, 1940, October 8, 1940; idem, October 9, 1940; idem, October 12, 1940; idem, October 13, 1940.

<sup>33</sup> A.N.R., The Presidency of the Council of Ministers fund, file 523/1940, f. 7.

<sup>34</sup> *Ibidem*, ff. 13-14.

<sup>35</sup> Cf. Great Britain, Public Record Office, London-Kew, *Weekly Political Intelligence Summary*, no. 49/September 11, 1940, pp. 10-12; idem, no. 50/September 18, 1940, pp. 11-12; idem, no. 51/September 25, 1940, pp. 13-14; idem, no. 52/October 2, 1940, pp. 11-12; idem, no. 53/October 9, 1940, p. 12.

<sup>36</sup> Idem, no. 49/1940, p. 11.

<sup>37</sup> *Ibidem*.

<sup>38</sup> Idem, no. 51/1940, p. 13.

<sup>39</sup> Idem, no. 53/October 9, 1940, p. 12.

<sup>40</sup> *Ibidem*, See also PRO, War Office 201/1625 (The chronology of the events in Romania, 1940, 9 pages).

<sup>41</sup> See Marshal Ion Antonescu, *Epistolarul Infermului*, edition of Mihai Pelin, Bucharest, Editura Viitorul Românesc, 1993, p. 40 (Letter from December 4, 1940).

<sup>42</sup> *Ibidem*, p. 135.

<sup>43</sup> See Ilie Ceaușescu and collaborators, *România în anii celui de-al doilea război mondial*, I, București, Editura Militară, 1989, pp. 319-322. In the dummy of the academic treatise *Istoria României*, vol. VI (București, Editura Academiei, 1968) it was asserted: "<<The Military Mission>> behaved like a true occupation army in a defeated country (p. 645).

<sup>44</sup> Cf. Gh. Buzatu, *Din istoria secretă a războiului mondial*, I, p. 328 and the following (see above, in the note); Ion Șuța, *România la cumpăna istoriei...*, p. 99 and the following. The well known American historian Keith Hitchins also wrote: "To save appearances, they (the forces of the Mission – Gh. B.) were destined to participate in the instruction and reorganization of the Romanian army. The German officials expected them, however, to fulfill their 'real' missions, namely to protect the Romanian oil fields against the attack of a third power and to prepare both the German forces, as well as the Romanian ones for the war with the Soviet Union, were it to occur..." (*România. 1866-1947*,

București, Editura Humanitas, 1996, p. 488). Mihail Sturdza, the Minister for Foreign Affairs in the Legionary-Antonescu government in 1940, was in the best position to specify the international statute of Romania during the world war: "There was never an occupation of Romania" (cf. *The Suicide of Europe*, p. 173). Another contemporary, General Platon Chirnoagă, wrote after the war in his position of a historian: "They (the units of the Mission – Gh. B.) were not occupation troops, but were on Romania's territory with the same title and mission that the American troops have been for so many years in Europe and in other parts of the world: safety from Russia (Chirnoagă's italics)" (*Istoria politică și militară a războiului României contra Rusiei sovietice. 22 iunie 1941-23 august 1941*, third edition, Iași, 1997, p. 66).

<sup>43</sup> Cf. Paul D. Quinlan, *Clash over Romania. British and American Policies towards Romania: 1938-1947*, Los Angeles, A.R.A., 1977, pp. 66-67.

<sup>44</sup> See Great Britain, PRO, FO – 371/24 996, *passim*.

<sup>45</sup> Paul D. Quinlan, *Clash over Romania...*, p. 65.

<sup>46</sup> Cf. Stephen Fishcer-Galati and collaborators, eds., *Romania between East and West. Historical Essays in Memory of Constantin C. Giurescu*, Boulder/New York, 1982, pp. 372-373.

<sup>47</sup> Apus Elisabeth Barker, *British Policy in South-East Europe in the Second World War*, London, Macmillan, 1976, p. 76; V.F. Dobrinescu, Ion Pătroi, *Anglia și România între anii 1939-1947*, București, Editura Didactică și Pedagogică, 1992, p. 101. The British historian Maurice Pearton concluded however that, after the arrival of the German troops, "Romania remained a sovereign state (author's italics)" (*Oil and the Romanian State*, quoted edition, p. 226).

<sup>48</sup> Idem, FO – 371/24 993 (October 8, 1940); David Britton Funderburk, *Politica Marii Britanii față de România. 1938-1940*, București, Editura Științifică și Enciclopedică, 1983, pp. 162-163. The recommendation of the Foreign Office succeeded the arrest of and the instituting of legal proceedings against certain British citizens who worked in the oil industry, on September 25, 1940, an issue that affected the diplomatic relations between Bucharest and London. Lord Halifax, the head of the Foreign Office, threatened then with the "breaking of the diplomatic relations" (cf. V.F. Dobrinescu, Ion Pătroi, *Anglia și România...*, pp. 95-96).

<sup>49</sup> Maurice Pearton, *Oil and the Romanian State*, pp. 225-226.

<sup>50</sup> Cf. Eliza Campus, *Din politica externă a României. 1913-1947*, București, Editura Politică, 1980, p. 558.

<sup>51</sup> Ion Ardeleanu and collaborators, eds., *23 august 1944...*, I, p. 336 (doc. no. 249).

<sup>52</sup> *Ibidem*, p. 337 (doc. no. 251).

<sup>53</sup> Cf. V.F. Dobrinescu, *Emigrația română din lumea anglo-saxonă*, Iași, Institutul European, 1993, p. 95. The Committee was followed by two other formations with pretensions of "cabinet in exile". *Romanian Democratic Committee and Free Romanian Movement (ibidem)*, pp. 98-99).

<sup>54</sup> *Ibidem*, pp. 93-94.

<sup>55</sup> Cf. Ion Țuța, *România la cumpăna istoriei*, pp. 393-394.

<sup>56</sup> A.N.R., the Presidency of the Council of Ministers, file 325/1940, f. 149.

<sup>57</sup> Cf. Andreas Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, p. 136.

<sup>58</sup> Ion Ardeleanu and collaborators, eds., *23 august 1944...*, I, pp. 129-130 (doc. no. 98). At the same time, von Ribbentrop contacted the Soviet Ambassador in Berlin (*ibidem*). The next day, the German Minister for Foreign Affairs sent a memorandum to the diplomatic representations of the Reich abroad (except for Moscow) regarding to the "official interpretation" of the sending of troops to Romania (*ibidem*, pp. 135-137, doc. no. 102): at the request of the I. Antonescu government and for "the reorganization of the Romanian army on the basis of the German war experience." For the information of the diplomats, the memorandum pointed out that "determining" (sic!) were "the great German-Italian interest in and undisturbed Romanian oil production and the danger of British sabotage attempts" (*ibidem*).

<sup>59</sup> *Ibidem*, pp. 137-138 (doc. no. 103).

<sup>60</sup> *ADAP 1918-1945*, Series D, Band XI/1, p. 470 (doc. no. 328).

<sup>61</sup> *Ibidem*, pp. 237-238 (doc. no. 169). Mention should be made that, having under their attention the prospect of breaking the diplomatic relations with Romania, the British Legation in Bucharest established "measures for the preparation of the sabotages and of the political resistance" (V.F. Dobrinescu, *Emigrația română...*, p. 84). About the British sabotage network in Romania in 1939-1940: George Beza, *Misiune de război. Al II-lea război mondial*, București, Editura Niculescu, 1994, pp. 30-33.

<sup>62</sup> Ion Ardeleanu and collaborators, eds., *23 august 1944...*, I, pp. 134-135 (doc. no. 101).

<sup>63</sup> *ADAP 1918-1945*, Series D, Band XI/1, pp. 239-240 (doc. no. 171).

<sup>64</sup> About the German Military Mission in Romania: D. Șandru, I. Saizu, "Unele aspecte privind consecințele economice ale prezenței trupelor germane în România (1940-1944)", in *Anuarul Institutului de Istorie și Arheologie "A.D. Xenopol"*, Iași, t. IV/1967, p. 117 and the following.

<sup>65</sup> Ion Țuța, *România la cumpăna istoriei*, pp. 100-101. About the arrival and the purpose of the German Military Mission, details in Platon Chirnoagă, *Istoria politică și militară a războiului României...*, p. 65 and the following; A. Simion, *Regimul politic din România în perioada septembrie 1940-ianuarie 1941*, Cluj-Napoca, Editura Dacia, 1976, p. 121 and the following; Horia Brestoiu, *Impact la paralela 45°. Incursiune în culisele bătăliei pentru petrolul românesc*, Iași, Editura Junimea, 1986, p. 283 and the following; James Dugan, Carroll Stewart, *Ploiesti. The great*



- Ground-Air Battle of 1 August 1943*, New York, Random House, 1962, p. 24 and the following; John Sweetman, *Ploiesti Oil Strike*, New York, Ballantine Books Inc., 1974, p. 33 and the following.
- <sup>66</sup> A. Simion, *Regimul politic din România în perioada septembrie 1940-ianuarie 1941*, pp. 128-129.
- <sup>67</sup> See James Dugan, Carrol Stewart, *Ploiesti...*, *passim*; Raymond Cartier, *La Seconde Guerre mondiale*, II, Paris, Paris-Match, 1966, p. 100.
- <sup>68</sup> Percy Ernst Schramm, Hans-Adolf Jacobsen, Andreas Hillgruber, Walter Hubatsch, and Donald S. Detwiler.
- <sup>69</sup> See *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab)*, vol. I-IV, Frankfurt am Main, Gracfe Verlag für Wehrwesen, 1961-1965, *passim*; republished in eight volumes, München, 1982 (in the Collection of the Library "Dr. Faust Brădescu" of the Center for European History and Civilization of the Iasi Branch of the Romanian Academy).
- <sup>70</sup> Cf. Constantin Chiper, "Orașul Ploiești – obiectivul strategic al coalițiilor beligerante în cel de-al doilea război mondial", in Ilie Manole, ed., *Societate și Armată în Europa secolului XX*, București, 1995, p. 137.
- <sup>71</sup> Eddy Bauer, ed., *The History of World War II*, Leicester, Galley Press, 1984, *passim*.
- <sup>72</sup> See the minute dictated by Mihaï Antonescu regarding the meetings at Vinița, in Jean Ancel, ed., *Documents Concerning the Fate of Romanian Jewry during the Holocaust*, IX, New York, 1986, p. 458 (doc. no. 176).
- <sup>73</sup> *Ibidem*, p. 447.
- <sup>74</sup> *Ibidem*.
- <sup>75</sup> *Ibidem*, p. 457. See also the German minute of the meeting, in Andreas Hillgruber, Hrsgb., *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, II, quoted edition, p. 129 (doc. no. 13).
- <sup>76</sup> See below operation "Halpro".
- <sup>77</sup> Constantin Chiper, *Orașul Ploiești – obiectivul strategic...*, p. 317.
- <sup>78</sup> Vasile Berheciui, "Sistemul de apărare antiaeriană din zona strategică Valea Prahovei în anii 1943-1944", in Ilie Manole, ed., *Societate și Armată...*, p. 133 and the following.
- <sup>79</sup> *Ibidem*, pp. 133-134.
- <sup>80</sup> Cf. James Dugan, Carrol Stewart, *Ploiesti...*, p. 25.
- <sup>81</sup> See Gh. Buzatu and collaborators, *Din istoria unei zile*, Iași, 1979, p. 105 and the following.
- <sup>82</sup> A.N.R., the Presidency of the Council of Ministers fund, file 2106/1944, f. 58 ("V.B." from August 5, 1943).
- <sup>83</sup> According to Leon Wolff, Ploiești represented for the Allies "the No. 1 priority objective in the entire Europe of the Axis" (cf. *Low Level Mission*, Ploiești New York, Arno Press, 1972, p. 190). See also Constantin Chiper, "Orașul Ploiești – obiectivul strategic...", in Ilie Manole, ed., *Societate și Armată...*, pp. 136-140; Vasile Berheciui, "Sistemul de apărare antiaeriană din zona strategică Valea Prahovei în anii 1943-1944", in *Societate și Armată...*, pp. 133-136; Ilija Rotaru, "Bombardamentul de la 1 august 1943: victorie sau înfrângere?", in *Societate și Armată...*, pp. 140-143; Gheroghe Boblea, "Acțiunile trupelor de jandarmi pentru salvarea avutului cetățenilor și stingerea incendiilor produse de bombardamentele americane (1943-1944)", in *Societate și Armată...*, pp. 144-145; Aurel David, Șerban Pavelescu, "Organizarea apărării antiaeriene în zona petroliferă Valea Prahovei în perioada 1942-1944", in *Societate și Armată...*, pp. 146-148; Ion Armată, "Impactul psihologic al bombardamentelor americane din 1943-1944 asupra autorităților și opiniei publice din România", in *Societate și Armată...*, pp. 149-150; Aurel Pentelescu, "Colonelul american Crowne în România: Apărarea a.a. – 'Rezultate cu totul excepționale'" in *Societate și Armată...*, pp. 150-153.
- <sup>84</sup> Apud James Dugan, Carrol Stewart, *Ploiesti...*, p. 3; Alesandru Duțu, Florin Constantin, "Raidul american asupra Ploieștiului din 1 august 1943. Mărturie inedită", in *Revista Istorică*, no. 7-8/1991, p. 412.
- <sup>85</sup> James Dugan, Carrol Stewart, *Ploiesti...*, p. 33.
- <sup>86</sup> Horia Brestoiu, *Impact la paralela 45*, p. 292.
- <sup>87</sup> Cf. Ioan Basgan, *Petrolul și gazele naturale în România*, p. 3.
- <sup>88</sup> *Ibidem*.
- <sup>89</sup> Cf. L. Mrazec, *Problema petrolului în România față de problema mondială din 1915*, București, 1940, pp. 10-11.
- <sup>90</sup> Ioan Basgan, *Petrolul și gazele naturale în România*, p. 100.
- <sup>91</sup> Idem, *Principiile politicii economice în legislația petroliferă din România*, (I). *Problema apei în Dobrogea* (II), București, Imprimeria C.F.R., f.a. [probably 1944], p. 6.
- <sup>92</sup> Ștefan Chicoș, *Economia națională în serviciul războiului*, București, 1943, 116 p.
- <sup>93</sup> Cf. Ion G. Răincescu, *Priviri retrospective în politica energiei*, București, 1943, p. 166.
- <sup>94</sup> Cf. Gh. N. Leon, *Economie politică economică*, București, p. 1943.
- <sup>95</sup> See *La Nationalisation de la vie économique*, București, Tip. "Dacia Traiană", 1942. A scientific study dedicated to the issue is owed, among others, to a famous professor from the University Institute of Superior International Studies in Geneva – Michael A. Heilperin, *Le Nationalisme Économique*, Paris, Payot, 1963. According to the author, economic nationalism represents "an ensemble of national policies that regulate the relations between a country and the rest of the world. The policies to which this term applies are very old, the term itself being of recent origin." (p. 16). The author studied economic nationalism throughout the centuries (p. 47 and the following), specifying that it intensified after 1918, in all the states, primarily in the "young" ones towards the interests of Great Britain, the United States, etc. (p. 66). The possibility of the triumph of economic nationalism would constitute an "error" (p. 11).
- <sup>96</sup> Gh.N. Leon, *Economie politică*
- <sup>97</sup> *Ibidem*, p. 259 and the following.

<sup>98</sup> Idem, *La Nationalism...*, p. 14.

<sup>99</sup> *Ibidem*, pp. 16-23.

<sup>100</sup> First edition – București, Editura Cugetarea – George Delafraș, 1942; second edition, București, Editura Athena, 1997 (Edition – Leonard Oprea; introductory critical study – Dan Pavel).

<sup>101</sup> Mihail Manoilescu, *Rostul și destinul burgheziei românești*, second edition, p. 337.

<sup>102</sup> *Ibidem*, p. 333.

<sup>103</sup> See Anastase N. Hâciu, *Evreii în Țările Românești*, Editura Cartea Românească, 1943, pp. 321-519 (with references to the period 1918-1940, but with conclusions updated for the respective period, pp. 626-631).

<sup>104</sup> See Dan Pavel's considerations in the quoted introductory study (apud Mihail Manoilescu, *Rostul și destinul burgheziei românești*, pp. 47-49). In the above mentioned academic treatise of *Romanian History*, VI, the author insisted on the "class essence" of the so-called Romanianization, which coincided with the infeudation of Romania to the Nazi Reich, accompanied, from the "military-fascist dictatorship" of Ion Antonescu, by the "intensification of the terror in the interior and the unleashing of a powerful wave of chauvinism that also spread in the economic area" (p. 655).

<sup>105</sup> Apud Mihail Manoilescu, *Rostul și destinul burgheziei românești*, p. 48.

<sup>106</sup> Dr. I. Cengher, *Problema capitalului străin în România legionară*, București, Tiparul Românesc, 1941, p. 4.

<sup>107</sup> *Ibidem*.

<sup>108</sup> See Constant Georgescu, *Românizarea economiei naționale*, București, Tip. "Dacia Traiană" (excerpt from *Buletinul Academiei de Științe Morale și Politice*, 1941-1942); Iosif Maior, *Problema românizării economiei naționale*, București, Editura Lumina Românească [1940].

<sup>109</sup> Constant Georgescu, *Românizarea...*, p. 3.

<sup>110</sup> *Ibidem*, pp. 4-5.

<sup>111</sup> These were: I – 1800-1829; II – 1829-1859; III – 1859-1887; IV – 1887-1914; V – 1914-1927; VI – 1927-1938; VII – 1938-1942.

<sup>112</sup> Constant Georgescu, *Românizarea...*, p. 34.

<sup>113</sup> *Ibidem*, p. 286.

<sup>114</sup> See *Enciclopedia României*, III, București, 1939, pp. 275-286 (with the bibliography of the issue).

<sup>115</sup> *Ibidem*, p. 286.

<sup>116</sup> See Mihail Manoilescu, *Rostul și destinul burgheziei românești*, p. 331.

<sup>117</sup> The author observed the failure of the Romanianization of the economy by the Romanian bourgeoisie, the result being mediocre.

<sup>118</sup> *Ibidem*. In the annex of his work, M. Manoilescu examined the technique of the Romanianization of the economy (*ibidem*, pp. 333-335). In the first years after the world war of 1939-1945, the issue of the Romanian and the foreign capital was studied, out of scientific or propagandistic reasons (cf. Lucian Griogrovici, *Considerațiuni asupra capitalismului românesc*, București, Tip "Presa" D. Andreescu, 1946; T. Savin, *Capitalul străin în România*, București, Editura Eminescu, 1947; Aurel Vijoli, *Cercetări asupra capitalului financiar în țara noastră*, București, 1949; Ion Totu, *Vintilă Brătianu*, București, Editura Clujana, 1946; idem, *Iuliu Maniu*, București, Editura Clujana, 1946; Petre Ghiță, *Ionel Brătianu*, București, Editura Clujana, 1946).

<sup>119</sup> See E. Severin, *Jevoare actuale de energie*, București, Editura Cartea Românească, 1943, p. 15 and the following; Mihail N. Constantinescu, *Producerea și folosirea energiei în România. Dezvoltarea lor rațională*, București, 1942, pp. 12-13; idem, *Importanța europeană a petrolului românesc*, București, Imprimeria C.F.R. – Filaret, 1943, *passim*.

<sup>120</sup> Cf. Axente Sever Banciu, *Importanța mondială a materiilor prime*, București, Editura Universul, 1942, pp. 51-75. The author mentioned that, in the last decades, petroleum "revolutioned the entire industry and economy of the world and contributed to the profound change of the war tactic" (*ibidem*, p. 51). After the world conflict, Axente Sever Banciu published "Materiile prime în ultimul război", in *Almanahul economic 1947*, București, Editura Cartea Românească, 1947, pp. 237-242.

<sup>121</sup> Axente Sever Banciu, *Importanța mondială a materiilor prime*, p. 7 and the following.

<sup>122</sup> *Ibidem*, p. 17.

<sup>123</sup> Ioan A. Roceric (*Lupta pentru înlocuirea materiilor prime coloniale cu surrogate și materii sintetice*, București, Editura Cartea Românească, 1940) considered raw materials to be "the oxigen of the economic and political life of the states, and if in normal times their absence is felt only in a painful way, it can become a catastrophe in case of war, for the state that is placed under the impossibility to obtain supplies or to replace the raw materials that it needs with similar ones" (p. 3). The unequal distribution of raw materials represented the "main cause" of the imperialist tendencies that caused the armed conflicts" (*ibidem*). About the role of petroleum in this context (pp. 26-28), and about the war in progress (March 1940): "... It is only the result of the nations that are rising and wish to assert themselves on their own. They rise against the nations with a dominant economic situation" (p.33).

<sup>124</sup> Axente Sever Banciu, *Importanța mondială a materiilor prime*, p. 18.

<sup>125</sup> Idem, *Războiul imperialismelor*, București, Editura Universul, 1943, p. 8.

<sup>126</sup> Investigated in this order (*ibidem*, pp. 17-120). See, also, P. Dedulescu, *Factorul economic ca determinant al războiului și al păcii*, f. 1, 1925; A. Soreanu, C.J. Ciorogaru, *Civilizație și potențial de război*, București, Imprimeria

Națională, 1935; Captain Constantin V. Marcu, *Apărarea națională din punct de vedere economico-financiar*, București, 1938.

<sup>127</sup> Axente Sever Banciu, *Războiul imperialismelor*, p. 8. Cf. also Idem, *Aspectul economic al războiului actual*, București, Editura Universul, *passim*.

<sup>128</sup> Cf. G.I. Brătianu, *Roumanie et Hongrie*, pp. 10-11.

<sup>129</sup> See I.G. Rarinceanu, "Politică petrolului", in *Enciclopedia României*, III, pp. 204-210; Theodor Ficșinescu, Tudor Dobrescu, "Petrolul", in idem, III, pp. 617-650; Paul Gr.I. Dragomir, "Economia energetică", in idem, III, pp. 591-617.

<sup>130</sup> București, Institutul de Cercetări Economice, 1944.

<sup>131</sup> See Anton Zischka, *Războiul petrolului*; idem, *Știința distruge monopolurile*, Henry Peyret, *Lupta pentru alimentele vitale*, București, Editura Contemporană, 1943 (later, the same author published *La bataille des trusts*, Paris, P.U.F., 1954, with rich references to the international history of petroleum).

<sup>132</sup> Cf. Maurice Pearton, *Oil and the Romanian State*, p. 238.

<sup>133</sup> See "Punctul de vedere unitar al industriei petroliere în proiectul noii legiferări miniere", in *M.P.R.*, no. 8/1939, pp. 481-482; *ibidem*, p. 517; idem, no. 15/1939, p. 1033.

<sup>134</sup> Idem, no. 18/1939, p. 1219; idem, no. 217/1939, p. 1391. *AIPR* had already put forward its own draft (cf. V. Patriciu, "Ideile conducătoare și inovațiile cuprinse în anteproiectul de lege a minelor întocmit de 'Asociația Industriașilor de Petrol din România'", in idem, no. 14/1939, pp. 924-935).

<sup>135</sup> Idem, no. 2/1940, p. 97; idem, no. 5/1940, p. 271; idem, no. 6/1940, p. 355; idem, no. 9/1940, p. 531.

<sup>136</sup> Idem, no. 11/1940, p. 639; idem, no. 7/1941, p. 329; idem, no. 8/1941, p. 369.

<sup>137</sup> See Nic.E. Ionescu, "Modificări aduse până în prezent legii minelor din 24 martie 1937", in *M.P.R.*, no. 5/1941, pp. 213-217; "Modificări...", II, in idem, no. 6/1941, pp. 255-259. Cf. also C. Hamangiu, *Codul general al României. Legi uzuale*, vol. XXX/III, 1942, București Editura Monitorul Oficial [1942], p. 2487, note 1 (modifications brought to the mining law from March 24, 1937).

<sup>138</sup> *M.P.R.*, no. 1/1941, pp. 29-30; idem, no. 14/1941, pp. 623-625; idem, nos. 16-17/1941, pp. 749-752.

<sup>139</sup> Cf. *M.P.R.*, no. 1/1941, pp. 29-30; idem, no. 14/1941, pp. 623-625; idem, nos. 16-17/1941, pp. 749-752.

<sup>140</sup> Cf. "Expunerea domnului secretar general Preda...", in *M.P.R.*, no. 15/1941, pp. 663-664.

<sup>141</sup> A.N.R., the Ministry of the Oil Industry fund, file 1/1942, *passim*.

<sup>142</sup> Idem, file 9/1943, ff. 9-10. As far as the attitude of the *decision factors* in Bucharest regarding the economic issues, we should mention first of all the opinions of Ion Antonescu expressed in the cabinet meetings, in the directives sent to his collaborators, as well as in the declarations and acknowledgements made in the preparatory stage of the "trial" from May 1946. We would like to point out that Antonescu specified that, during his detention at the Monastery of Bistrița (July-August 1940) or during his first contacts with the Nazi leaders in Berlin (November 1940), he formulated and explained his "governing plan" which, from an economic stand point, it had in view among others: "1. I will not alter the fund of the Romanian resources; 2. I will Romanianize the economic life of the Romanian state. Therefore, I will not alter the fund of the Romanian resources. This includes everything, coal, petroleum, methane gas. The second principle: I will Romanianize the economic life of the Romanian state. But, driving out the Jewish and the foreign capital, we are not able to fully occupy [their places], because we do not have the necessary capital and technicians... This void... [...] I hold at the disposal of Germany, with the condition that it respects the principle according to which I have the possibility to be the leader of any economic action. I dictate in the economic life of the Romanian state, therefore in each compartment, as well as the ensemble of some production compartments; I must have fifty plus one percent, in order to have the leadership..." (apud Marian Ștefan, in *Magazin Istoric*, no. 9/1988, pp. 14-15). Confronting these directives with the realities of the 1940-1944 regime, we notice that the Marshal proved consistent with his formulations put forward at the beginning of his rule.

<sup>143</sup> Cf. A. Simion, *Preliminarii politico-diplomatice ale revoluției române din august 1944*, Cluj-Napoca, Editura Dacia, 1979, pp. 156-158; D. Șandru, I. Saizu, "Cu privire la acapararea petrolului românesc de către Germania hitleristă (1940-1944)", in *Anuarul Institutului de Istorie și Arheologie "A.D. Xenopol"*, Iași

<sup>144</sup> *Documents on German Foreign Policy 1918-1945*, series D, XIII, *The War Years. June 23, 1941 - December 11, 1941*, London, Her Majesty's Stationery Office, 1964, p. 844 (doc. no. 505, shorthand record Paul Otto Schmidt of the conversation from November 26, 1941).

<sup>145</sup> Jean Ancel, ed., *Documents Concerning the Fate of Romanian Jewry during the Holocaust*, IX, New York, The Beate Klarsfeld Foundation, 1986, p. 333 (doc. no. 120).

<sup>146</sup> Maurice Pearton, *Oil and the Romanian State*, pp. 238-239.

<sup>147</sup> A. Simion, *Preliminarii politico-diplomatice...*, p. 158.

<sup>148</sup> Maurice Pearton, *Oil and the Romanian State...*, p. 139.

<sup>149</sup> See the integral text studied by us, in C. Hamangiu, *Codul general al României. Legi uzuale*, vol. XXX/III, 1942, București, Editura Monitorul Oficial [1942], pp. 2486-2553.

<sup>150</sup> The text contained 293 articles, disposed in several compartments (titles): general dispositions (I, articles 1-5), prospecting (II, 6-11), explorations (III, 12-60), mining regions (IV, 61-90), exploitations (V, 01-119), the exploitation of the oil fields (VI, 120-165), gas fields (VII, 166-178), amalgamations (VIII, 179-191), transportation, processing and marketing of the gasses, the crude oil and its derivatives (IX, 192-214), the National Institute of Petroleum (X, 215-231), various dispositions (XI, 232-293).

- <sup>151</sup> A. Simion, *Preliminarii politico-diplomatice...*, p. 159.
- <sup>152</sup> C. Hamangiu, *Codul general al României...*, XXXIII, 1942, p. 2547. Commentaries on these provisions, in Maurice Pearton, *Oil and the Romanian State*, pp. 241-242.
- <sup>153</sup> A. Simion, *Preliminarii politico-diplomatice...*, p. 159.
- <sup>154</sup> D. Șandru, I. Saizu, *op. cit.*, p. 17.
- <sup>155</sup> Maurice Pearton, *Oil and the Romanian State*, pp. 237-238.
- <sup>156</sup> *Ibidem*, p. 243.
- <sup>157</sup> *M.P.R.*, nos. IX-X/1945m, p. 297.
- <sup>158</sup> Andreas Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, p. 289 (annex II, table 3).
- <sup>159</sup> Cf. Victor Axenciuc, *Evoluția economică a României. Cercetări statistico-istorice 1859-2947*, I, *Industria*, p. 291 (table 273).
- <sup>160</sup> *Ibidem*, p. 275 (table 250).
- <sup>161</sup> Cf. D. Șandru, I. Saizu, *op. cit.*, p. 17 (table).
- <sup>162</sup> Cf. Andreas Hillgruber, *Hitler. Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, p. 290 (table no. 4).
- <sup>163</sup> *Ibidem*, p. 291 (table no. 6).
- <sup>164</sup> *Ibidem* (table no. 5).
- <sup>165</sup> For all contingencies, the figures were confronted with those communicated in the German edition (cf. Andreas Hillgruber, *Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumanischen Beziehungen, 1938-1944*, second edition, Wiesbaden, Franz Steiner Verlag GmbH, 1965, pp. 249-250).
- <sup>166</sup> *Ibidem*, pp. 250-251 (table no. 7). See also the Romanian edition: idem, *Hitler. Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, pp. 291-292 (table no. 7).
- <sup>167</sup> See Andreas Hillgruber, *Hitler. Regele Carol și Mareșalul Antonescu, passim*; Vasile Arimia and collaborators, eds., *Antonescu-Hitler*, I-II, *passim*. According to the Romanian historian Viorel Roman, Romanian petroleum played "a central role" in the East-European plans of A. Hitler (cf. *România în Spanningfeld der Grossmächte*, II, 1878-1944, Offenbach, Dr. Dieter Falk Verlag, 1989, p. 154).
- <sup>168</sup> *Antonescu-Hitler*, I, p. 23.
- <sup>169</sup> Cf. A. Simion, *Regimul politic din România în perioada septembrie 1940-ianuarie 1941*, p. 121 and the following.
- <sup>170</sup> See *ADAP 1918-1945*, Series D, Band XI/2, *Die Kriegsjahre*, IV/2, 13. November 1940 bis 31. Januar 1941, Bonn, 1964, pp. 548-554 (doc. no. 380); *Antonescu-Hitler*, I, pp. 24-33 (doc. no. 3).
- <sup>171</sup> Prince Michael Sturdza, *The Suicide of Europe. The Memoirs of...*, pp. 175-182 (see also the Romanian edition: *România și sfârșitul Europei. Amintiri din țara pierdută*, Alba Iulia – Paris, Editura Fronde, 1994); Andreas Hillgruber, *Hitler. Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, p. 150.
- <sup>172</sup> *Antonescu-Hitler*, I, p. 24.
- <sup>173</sup> *Ibidem*, pp. 24-26.
- <sup>174</sup> *Ibidem*, p. 25.
- <sup>175</sup> *Ibidem*; *ADAP 1918-1945*, Series D, Band XI/2, p. 549.
- <sup>176</sup> *Antonescu-Hitler*, I, p. 31.
- <sup>177</sup> *Ibidem*.
- <sup>178</sup> *Ibidem*, p. 36 (doc. no. 4, the German synthesis of the Hitler-Antonescu conversation). The same document, in the original, in *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945*, Band XI/2, p. 554 and the following (doc. no. 381); Andreas Hillgruber, ed., *Les entretiens secrets de Hitler*, p. 354 and the following (doc. no. 48).
- <sup>179</sup> Cf. *Antonescu-Hitler*, I, p. 35.
- <sup>180</sup> *Ibidem*, pp. 38-39.
- <sup>181</sup> *Ibidem*, p. 39.
- <sup>182</sup> *Ibidem*, p. 41.
- <sup>183</sup> *Ibidem*.
- <sup>184</sup> *Ibidem*, p. 42.
- <sup>185</sup> *Ibidem*.
- <sup>186</sup> Cf. A. Simion, *Regimul politic din România în perioada septembrie 1940-ianuarie 1941*, p. 156 and the following.
- <sup>187</sup> *Antonescu-Hitler*, I, p. 44.
- <sup>188</sup> See *ADAP 1918-1945*, Band XI/2, p. 569-572 (doc. no. 387).
- <sup>189</sup> *Ibidem*, pp. 572-576 (doc. no. 388); *Antonescu-Hitler*, I, pp. 45-51 (doc. no. 5).
- <sup>190</sup> *ADAP 1918-1945*, Band XI/2, p. 576-577 (doc. no. 389); *Antonescu-Hitler*, I, pp. 52-53 (doc. no. 6).
- <sup>191</sup> *Ibidem*, p. 53.
- <sup>192</sup> A.N.R., the Presidency of the Council of Ministers fund, file 325/1940, f. 123.
- <sup>193</sup> *Antonescu-Hitler*, I, pp. 53-62 (doc. no. 7); Marcel-Dumitru Ciucă and collaborators, eds., *Stenogramele ședințelor Consiliului de Miniștri. Guvernarea Ion Antonescu*, I, septembrie-decembrie 1940, București, 1997, pp. 493-523 (doc. no. 25).
- <sup>194</sup> *Ibidem*, p. 495.
- <sup>195</sup> Cf. Andreas Hillgruber, *Hitler. Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, p. 151.

- <sup>196</sup> Gheorghe Barbul, *Memorial Antonescu. Al treilea om al Axei*, the edition of V.F. Florin Dobrinescu, Iași, Institutul European, 1992, p. 26.
- <sup>197</sup> Mihail Sturdza, *România și sfârșitul Europei*, p. 195 and the following. Reference to the discussions at the chancellery of the Reich regarding the oil fields (*ibidem*, p. 196).
- <sup>198</sup> Gh. Barbul claims that Hitler declared: "No frontier of the continent is final [...] Even the borders of the Reich are only provisional..." (Gh. Barbul, *op. cit.*, p. 24).
- <sup>199</sup> *Ibidem*.
- <sup>200</sup> *Ibidem*, p. 193.
- <sup>201</sup> A. Simion, *Regimul politic din România...*, pp. 156-165; Andreas Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, pp. 197-198. The issues were studied thoroughly by I. Chiper in his paper presented at the international symposium organized by *Revista de Istorie Militară* in Mangalia, September 14-15, 1998 (cf. *Problema petrolului în cadrul raporturilor germano-române. 1940-1944*). The author of the paper placed at our disposal certain documents discovered in the funds of the Federal Archives in Germany (Bundesarchiv Koblenz, Rumänien 2/14157) regarding the integration of Romania in the "great economic space" of the Nazi Reich in the period October 1940-December 1942, the ten-year plan of economic collaboration from December 4, 1940 (*ibidem*, ff. 63-64), the German-Romanian agreement from October 1, 1940 relative to the exchange and the payment of oil products, the evolution of the prices between 1940 and 1942, the bilateral credit agreement from December 4, 1940.
- <sup>202</sup> A. Simion, *Regimul politic din România...*, pp. 159-160.
- <sup>203</sup> *Ibidem*, pp. 163-164.
- <sup>204</sup> *Ibidem*, pp. 161-163; D. Șandru, I. Saizu, *Cu privire la acapararea petrolului românesc...*, p. 10 and the following; Maurice Pearton, *Oil and the Romanian State*, quoted edition, p. 227 and the following. According to the British historian, the agreement of December 4, 1940 was equal with a plan "for the reorganization of the entire economy of Romania under German auspices" (*ibidem*, p. 228).
- <sup>205</sup> *Ibidem*, p. 229.
- <sup>206</sup> About these companies, see *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945*, Series E: 1941-1945, Band II, 1. März bis 15. Juni 1942, Göttingen, Vandenhoeck und Ruprecht, 1972, pp. 467-468, doc. no. 273.
- <sup>207</sup> Branch of *ataafsche Petroleum Matschappij* (Shell), where a Dutch was placed in charged, who was however devoted to the Reich – Rost van Tonningen (A. Simion, *Regimul politic din România...*, p. 162; Maurice Pearton, *Oil and the Romanian State*, p. 230).
- <sup>208</sup> *Ibidem*, pp. 229-230.
- <sup>209</sup> *Ibidem*, p. 236.
- <sup>210</sup> D. Șandru, I. Saizu, *op. cit.*, pp. 12-13.
- <sup>211</sup> The company, founded on the basis of the instructions of Hermann Göring from November 1940, had the role of taking over the companies belonging to the enemy or neutral countries occupied by the Third Reich. It had a capital of 80 000 000 DM, guaranteed by the German state, by the large banks, and by various German oil companies (Maurice Pearton, *Oil and the Romanian State*, p. 231). In Romania, the interests of the company were going to be directed, beginning with August 1941, by *Kontinentale Öl G.m.b.H.* from Berlin (*ibidem*, p. 232). According to an understanding from March 1941, *Kontinentale Öl A.G.* received 50% of the shares in *Astra Română* (cf. Andreas Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, pp. 194-195).
- <sup>212</sup> See James Dugan, Carroll Stewart, *Ploesti...*, p. 25; D. Șandru, I. Saizu, *op. cit.*, pp. 10-12 (with interesting details based on unpublished documents from the Romanian archives).
- <sup>213</sup> Andreas Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, p. 195.
- <sup>214</sup> Maurice Pearton, *Oil and the Romanian State*, p. 232 and the following; D. Șandru, I. Saizu, *op. cit.*, *passim*; A. Simion, *Preliminarii politico-diplomatice...*, pp. 148-150.
- <sup>215</sup> Maurice Pearton, *Oil and the Romanian State*, pp. 232-237. Which, as the British historian remarked, did not exclude the German-Romanian rivalry in the field (*ibidem*, pp. 237-238).
- <sup>216</sup> Cf. *M.P.R.*, nos. XI-XII/1945; Victor Axenciuc, *Evoluția economică a României...*, I, p. 286 (table no. 265).
- <sup>217</sup> This capital constituted the first contribution of the U.S.S.R. to the establishing of the company "Sovrom-petrol" of 1945-1954.
- <sup>218</sup> Cf. Radu-Dan Vlad, ed., *Evenimentele din ianuarie 1941...*, *passim*.
- <sup>219</sup> See *ADAP 1918-1945*, Series D: 1937-1945, Band XI/2, pp. 905/911 (doc. no. 652); Andreas Hillgruber, ed., *Les entretiens secrets de Hitler*, pp. 432-441 (doc. no. 59); *Antonescu-Hitler*, I, pp. 65-74 (doc. no. 9).
- <sup>220</sup> *Ibidem*, pp. 79-82 (doc. no. 11).
- <sup>221</sup> *Ibidem*, pp. 71-72.
- <sup>222</sup> *Ibidem*, p. 72.
- <sup>223</sup> In fact, at the end – according to the German minute – the Führer declared himself "convinced that Antonescu was the only capable man to guide Romania's destinies" (*ibidem*, p. 74).
- <sup>224</sup> *Ibidem*, pp. 75-79 (doc. no. 10).
- <sup>225</sup> *Ibidem*, p. 75.
- <sup>226</sup> *Ibidem*, p. 76.
- <sup>227</sup> *Ibidem*, p. 77.

<sup>228</sup> The Nazi diplomat, friend of Adolph Hitler, pointed out at the time what were the German-Romanian "vital common interests": "The mutual exchange of products: Germany, Romania's petroleum and cereals; and Romania, Germany's machines and equipments; the common work against Bolshevism, the common enemy of both countries" (Radu-Dan Vlad, *Evenimentele din ianuarie 1941...*, pp. 132-133, doc. no. 28).

<sup>229</sup> On the same day, Antonescu met separately with Joachim von Ribbentrop, but the minute of the meeting was not printed.

<sup>230</sup> See *Documents on German Foreign Policy 1918-1945*, Series D 1937-1945, XII, *The War Years. February 1-June 22, 1941*, London, Her Majesty's Stationary Office, 1962, pp. 996-1006 (doc. no. 614); Andreas Hillgruber, ed., *Les entretiens secrets de Hitler*, pp. 590-603 (doc. no. 81, Schmidt's minute); *Antonescu-Hitler*, I, pp. 93-105 (doc. no. 15). In the face of the war prepared against the U.S.S.R., the Romanian leader declared that the Romanian people tied its fate to that of the Reich, because Romania and Germany had to face "a common danger", and the two nations "complement each other economically and politically" (*ibidem*, p. 93). Antonescu added that, from an economic stand point, he had done "everything possible" to facilitate the fighting of the war for the Reich, a fact illustrated by the agreement from December 4, 1940 (*ibidem*, pp. 94-95). Later, General Antonescu expressed – through Mihai Antonescu – his dissatisfaction with the discussions with Joachim von Ribbentrop (*Documents on German Foreign Policy 1918-1945*, Series D, XII, p. 1025, doc. no. 626).

<sup>231</sup> *Antonescu-Hitler*, I, pp. 89-92 (doc. no. 14).

<sup>232</sup> *Ibidem*, p. 92.

<sup>233</sup> *Ibidem*, p. 87 (doc. no. 13); *DGFP 1918-1945*, Series D, XII, p. 864 (doc. no. 544, W. Keitel's directive 44780/41).

<sup>234</sup> Prior to the meeting scheduled with Ion Antonescu, Hermann Göring had declared, in February 1941, that he had designed a "continental company" for the protection of Germany's oil interests (the future *Kontinentale Öl A.G.*) and, also, that he would discuss the aspects of the petroleum question with the Romanian Premier, for which reason he expressed his wish that his guest come accompanied by specialists in the field (A.N.R., the collection *Microfilme S.U.A.*, roll 8, frames 89446-89452).

<sup>235</sup> *Ibidem*, pp. 221-227 (doc. no. 126, Schmidt's minute on the meeting from March 5, 1941).

<sup>236</sup> *Ibidem*, p. 221.

<sup>237</sup> *Ibidem*, p. 222.

<sup>238</sup> *Ibidem*, pp. 226-227.

<sup>239</sup> *Ibidem*, pp. 1047-1049 (doc. no. 644).

<sup>240</sup> *Ibidem*, p. 1048; *Antonescu-Hitler*, I, p. 108 (doc. no. 16).

<sup>241</sup> *Ibidem*, p. 109.

<sup>242</sup> Unpublished information regarding the preoccupations of the High Command of the Wehrmacht for the ensuring and the transportation of Romanian petroleum to Germany with a view to the war with the U.S.S.R., in A.N.R., roll 500, *passim*.

<sup>243</sup> See especially Andreas Hillgruber, *Hitler. Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, p. 193 and the following (Chapter "Relațiile economice Germano-Române, în special livrările de petrol").

<sup>244</sup> *Documents on German Foreign Policy 1918-1945*, Series D 1937-1945, XIII, *The War Years. June 23, 1941 – December 11, 1941*, London, Her Majesty's Stationary Office, 1964, pp. 225-227 (doc. no. 159); *Antonescu-Hitler*, I, pp. 115-117 (doc. no. 21).

<sup>245</sup> *Ibidem*, pp. 117-119 (doc. no. 22); *Documents on German Foreign Policy 1918-1945*, Series D, XIII, pp. 266-267 (doc. no. 167).

<sup>246</sup> In the capital of Romania, the situation of the oil industry was examined and presented in detail in the so-called "Internal Bulletins" (with limited circulation) published by the "Association of the Oil Industrialists in Romania", years I-II/1941-1942 (A.N.R., the fund of the Ministry of the Oil Industry, file 14/1942, the bulletins 1-8/January-November 1942).

<sup>247</sup> Numerous documents that attest to this reality are published (integrally or fragmentarily) in the Annexes of the present volume.

<sup>248</sup> See Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, pp. 197-213 (doc. no. 85 from September 17, 1941 – Raport asupra avantajilor acordate Germaniei prin Acordurile comerciale și de plăți de la începutul războiului, septembrie 1939 și până astăzi). Oibly from the export of oil products, because of the difference in prices, Romania registered in two years losses in a value of 90 million marks/5.4 billion lei at the day's exchange rate (*ibidem*, pp. 198-199).

<sup>249</sup> *Ibidem*, p. 216 and the following (the note of the M. Antonescu-H. Neubacher conversation, September 22, 1941); *ibidem*, p. 238 and the following (the note of the M. Antonescu-Carl Clodius conversation, October 17, 1941); *ibidem*, p. 249 and the following (the note of the M. Antonescu-Manfred von Killinger conversation, in the presence of councillor Steltzer, November 10, 1941); *ibidem*, p. 251 (the note of the M. Antonescu-H. Neubacher conversation, November 15, 1941).

<sup>250</sup> *Ibidem*, p. 249.

<sup>251</sup> *Ibidem*, p. 253.

<sup>252</sup> Cf. A. Simion, *Preliminarii politico-diplomatice...*, p. 154 and the following.

<sup>253</sup> Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, pp. 257-266 (doc. no. 101, note dictated by Mihai Antonescu about the reception at the Reich's Reichsmarshal); *Documents on German Foreign Policy 1918-1945*, Series D, XIII, p. 844 and the

- following (doc. no. 505, German minute of the Mihai Antonescu-Hermann Göring meeting); *Antonescu-Hitler*, I, pp. 132-140 (doc. no. 30, Mihai Antonescu's minute).
- <sup>224</sup> *Documents on German Foreign Policy 1918-1945*, Series D, XIII, pp. 870-876 (doc. no. 513, the German minute of the meeting); Jean Ancel, ed., *Documents...*, pp. 269-276 (doc. no. 104, note dictated by Mihai Antonescu); *Antonescu-Hitler*, I, pp. 140-147 (doc. no. 31, Mihai Antonescu's minute).
- <sup>225</sup> *Documents on German Foreign Policy 1918-1945*, Series D, XIII, pp. 891-894 (doc. no. 519, the German minute of the meeting); Andreas Hillgruber, ed., *Les entretiens secrets de Hitler*, p. 676 and the following (doc. no. 94, the German minute); Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, pp. 277-285 (doc. no. 105, the note dictated by Mihai Antonescu regarding his conversation with the Führer Adolph Hitler); *Antonescu-Hitler*, I, pp. 147-153 (doc. no. 32, Mihai Antonescu's minute).
- <sup>226</sup> Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, pp. 286-300 (doc. no. 106, the note dictated by Mihai Antonescu).
- <sup>227</sup> *Ibidem*, p. 293.
- <sup>228</sup> Jean Ancel, ed., *Documents...*, p. 272.
- <sup>229</sup> *Ibidem*, p. 270; *Antonescu-Hitler*, I, p. 142.
- <sup>230</sup> *Ibidem*, p. 141.
- <sup>231</sup> *Ibidem*, p. 152.
- <sup>232</sup> *Ibidem*.
- <sup>233</sup> *Ibidem*.
- <sup>234</sup> Cf. Reichhard Rurup, ed., *Voinea Ghermanii protiv Svetskogo Soiuza 1941-1945*, Berlin, Argon, 1992, pp. 77-78 (Hitler presents to Göring the limit of Antonescu's pretentions in the East).
- <sup>235</sup> Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, pp. 257-258; *Antonescu-Hitler*, I, pp. 133-134.
- <sup>236</sup> *Ibidem*, p. 134.
- <sup>237</sup> *Ibidem*, p. 139.
- <sup>238</sup> *Documents on German Foreign Policy 1918-1945*, Series D, XIII, p. 844.
- <sup>239</sup> *Ibidem*.
- <sup>240</sup> On May 6, 1942, the Reichsmarshal addressed Ion Antonescu personally with requests regarding fuels (Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, p. 398).
- <sup>241</sup> Cf. Iosif Constantin Drăgan, ed., *Antonescu. Mareşalul României și războaiele de reîntregire*, III, Cannaregio/Veneția, Nagard, 1989, pp. 259-262 (message from May 2, 1942, doc. no. 81). Compare with the message from June 28, 1944 (A.N.R., the fund of the Ministry of the Oil Industry, file 1/1942, f. 26). Addressing the Romanian leader, Keitel most often consulted with von Ribbentrop, whom he informed in October 1942 about "the great importance of the deliveries of Romanian oil for the fighting of the war" (idem, the collection *Microfilme S.U.A.*, roll 607, frames 1796472-1796473).
- <sup>242</sup> See Annexes, doc. no. 47.
- <sup>243</sup> A.N.R., the collection *Microfilme S.U.A.*, roll 39, frame 1 796 405.
- <sup>244</sup> Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, p. 337 (doc. no. 123). Similar measures, in Berlin or in Bucharest, were taken by: Clodius on January 17 or May 5, 1942 (*ibidem*, pp. 333, 394-395; *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945*, Series E: 1941-1945, Band I, 12. Dezember 1941 bis 28. Februar 1942, Göttingen, Vandenhoeck und Ruprecht, 1969, pp. 258-260, doc. no. 144, report no. 144 from January 18, 1942 for Ribbentrop; *ibidem*, pp. 392-393, doc. no. 217, secret report signed by Wiehl from February 9, 1942); Neubacher on March 10 and April 15, 1942 (*ibidem*, pp. 389, 390-391); Neumann on May 15, 1942 (*ibidem*, pp. 396-397); General Reinecke (Iosif Constantin Drăgan, ed., *Antonescu...*, III, pp. 253-255), but especially the same Manfred von Killinger (*ibidem, passim; ADAP 1918-1945*, Series E, Band I, pp. 7-10, doc. no. 7, telegram no. 4 202 from December 13, 1941 regarding the discussions with Mihai Antonescu relative to the economic issues; *ibidem*, pp. 142-144, doc. no. 79, report from January 1, 1942). Von Killinger, in his actions, was most often instructed by Joachim von Ribbentrop (cf. *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945*, Series E, Band I, pp. 127-128, doc. no. 68, telegram no. 1 338 from December 30, 1941; *ibidem*, pp. 480-482, doc. no. 255, February 18, 1942).
- <sup>245</sup> *ADAP 1918-1945*, Series E, Band I, pp. 171-172 (doc. no. 93, telegram no. 41).
- <sup>246</sup> *Ibidem*, pp. 182-184 (doc. no. 98, telegram no. 63 from January 6, 1942).
- <sup>247</sup> A.N.R., the collection *Microfilme S.U.A.*, roll 9, frames 182486-182488, 182497-182498.
- <sup>248</sup> Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, p. 332.
- <sup>249</sup> *Antonescu-Hitler*, I, pp. 119-120, (doc. no. 23, the letter from August 14, 1941); *ibidem*, pp. 130-131 (doc. no. 28, the letter from October 5, 1941). See also the answers of Marshal Antonescu (*ibidem*, pp. 121-122, 122-124, 131-132).
- <sup>250</sup> *Ibidem*, pp. 154-158 (doc. no. 33); *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945*, Series E, Band I, pp. 113-116 (doc. no. 63).
- <sup>251</sup> In German: "Endlich bitte ich Sie nochmals, Marschall Antonescu, alles zu tun, um unserer gemeinsamen Kriegführung das zur Verfügung zu stellen, was Rumänien am meisten beisteuern kann: Öl und Benzin" (*ibidem*, p. 116); *Antonescu-Hitler*, I, pp. 154-158 (doc. no. 33).
- <sup>252</sup> *Ibidem*, p. 163 (doc. no. 37).
- <sup>253</sup> *Ibidem*, p. 162.
- <sup>254</sup> See Andrea Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareşalul Antonescu*, p. 199.

- <sup>285</sup> See Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, pp. 342-344 (doc. no. 127, *Observațiunii asupra acordurilor economice încheiate cu Germania la 17 ianuarie 1942*, București, February 4, 1942).
- <sup>286</sup> See Schmidt's minutes, in Andreas Hillgruber, Hrsgb., *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, II, Frankfurt am Main, Bernard und Graef Verlag für Wehrwesen, 1970, pp. 44-57 (doc. no. 2); *ibidem*, pp. 57-61 (doc. no. 3); *ADAP 1918-1945*, Series E, Band I, pp. 443-456 (doc. nos. 244-245); *Antonescu-Hitler*, I, pp. 185-188 (doc. no. 41, excerpts from the minute of the second conversation); *ibidem*, pp. 179-184 (doc. no. 40, the summary of the conversations dictated by Ion Antonescu to Colonel Radu Davidescu, the head of the Military Cabinet); Iosif Constantin Drăgan, ed., *Antonescu...*, III, pp. 249-252 (doc. no. 75, Davidescu's minute).
- <sup>287</sup> *Antonescu-Hitler*, I, p. 184.
- <sup>288</sup> *ADAP 1918-1945*, Series E, Band I, p. 452 (Schmidt's minute).
- <sup>289</sup> Cf. A. Simion, *Preliminarii politico-diplomatice...*, pp. 174-177.
- <sup>290</sup> The document was drawn up by Mihai Antonescu (*Antonescu-Hitler*, II, p. 21).
- <sup>291</sup> *Antonescu-Hitler*, I, pp. 166-177 (doc. no. 39).
- <sup>292</sup> *Ibidem*, pp. 167-168.
- <sup>293</sup> *Ibidem*, p. 167; Jean Ancel, ed., *Documents...*, p. 345 and the following.
- <sup>294</sup> Cf. Adolph Hitler, *Directives de guerre*, the edition of Walther Hubatsch and H.R. Trevor-Roper, Paris, Arthaud, 1965, p. 143 and the following (doc. no. 41, War directive no. 41 of A. Hitler, April 5, 1942).
- <sup>295</sup> Cf. Gh. Buzatu, *Din istoria secret*
- <sup>296</sup> See *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945*, Series E: 1941-1945, Band II, doc. nos. 39, 91, 95, 97; *ADAP 1918-1945*, Series E: 1941-1945, Band III, 16. Juni bis 30. September 1942, Göttingen, Vandenhoeck und Ruprecht, 1974, doc. nos. 18, 19, 36, 47, 85.
- <sup>297</sup> *Ibidem*, II, doc. nos., 110, 192, 495.
- <sup>298</sup> Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, pp. 398-399 (doc. no. 148).
- <sup>299</sup> *Ibidem*, p. 398. Which did not stop the Marshal, however, from also presenting to Göring unacceptable situations: the restriction to the limit of the internal consumption of oil products, the extreme directing of the exports towards Germany and Italy (237 000 tons of crude oil of 264 900 tons per/month), prices under the international level (between October 1, 1940 and May 1, 1942, Romania exported to Germany 3 965 550 tons of oil products, losing in consequence 15 billion lei), the stabilization of the prices for the exported oil products, in comparison to the increase up to 218% of the prices of the armament delivered to Romania, etc. (*ibidem*, pp. 399-400).
- <sup>300</sup> Iosif Constantin Drăgan, ed., *Antonescu...*, III, pp. 267-268. On October 29, 1942, Keitel addressed Ion Antonescu again, insisting on the acceleration of the black oil deliveries (A.N.R., the collection *Microfilme S.U.A.*, roll 39, frame 1 796 405).
- <sup>301</sup> Iosif Constantin Drăgan, ed., *Antonescu...*, II, Cannaregio/Veneția, Nagard, 1988, pp. 231-281 (doc. no. 23).
- <sup>302</sup> Cf. Cornel I. Scafeș and collaborators, *Armata Română 1918-1945*, București, Editura R.A.I., 1996, p. 49 and the following.
- <sup>303</sup> Cf. Andreas Hillgruber, *Hitler, Regele Carol și Mareșalul Antonescu*, p. 188.
- <sup>304</sup> See Iosif Constantin Drăgan, ed., *Antonescu...*, III, pp. 293-294 (doc. no. 113, the telegram of Ion Antonescu to Colonel Ion Gheorghe, the Romanian Military Attaché in Berlin, November 22, 1942, 23:20 hours); *Antonescu-Hitler*, I, p. 193 (doc. no. 45, the telegram from November 23, 1942, as answer to the one from the day before, pp. 190-191, doc. no. 43).
- <sup>305</sup> Iosif Constantin Drăgan, ed., *Antonescu...*, III, pp. 317-324; *Antonescu-Hitler*, I, pp. 199-210 (doc. no. 49, letterl from December 9, 1942); *ibidem*, pp. 211-214 (doc. no. 50, von Manstein's answer, December 15, 1942).
- <sup>306</sup> See Schmidt's minutes regarding the Hitler-Antonescu meetings from January 10, 1943 (Andreas Hillgruber, Hrsgb., *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, II, pp. 197-203 (doc. no. 26); *ibidem*, pp. 202-208 (doc. no. 27). Other information, in A. Simion, *Preliminarii politico-diplomatice...*, pp. 237-252.
- <sup>307</sup> See Mihai Antonescu's Declaration at the government meeting of January 18, 1943 (*Antonescu-Hitler*, II, pp. 20-57, doc., no. 53).
- <sup>308</sup> The document was signed by Mihai Antonescu and Joachim von Ribbentrop (see the Protocol signed on January 11, 1943, in the Annexes of this volume – doc. no. 49, apud Iosif Constantin Drăgan, ed., *Antonescu...*, III, pp. 363-364, doc. no. 153).
- <sup>309</sup> *Antonescu-Hitler*, II, p. 30.
- <sup>310</sup> Cf. *ibidem*, pp. 27-28.
- <sup>311</sup> Two versions are known: *Antonescu-Hitler*, II, pp. 9-20 (doc. no. 52); Iosif Constantin Drăgan, ed., *Antonescu...*, pp. 340-347 (doc. no. 1400. See also another memorandum, also dated January 9, 1943 (apud Jean Ancel, ed., *Documents...*, pp. 531-538, doc. no. 195).
- <sup>312</sup> *Antonescu-Hitler*, II, p. 29.
- <sup>313</sup> *Ibidem*, p. 10.
- <sup>314</sup> *Ibidem*.
- <sup>315</sup> *Ibidem*, pp. 11-13.
- <sup>316</sup> *Ibidem*. See the text in the Annexes of this volume (doc. 48).
- <sup>317</sup> *Antonescu-Hitler*, II, p. 29.



<sup>318</sup> *Ibidem*, p. 53.

<sup>319</sup> A. Simion, *Preliminarii politico-diplomatice...*, p. 253.

<sup>320</sup> Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, p. 557 (doc. no. 205).

<sup>321</sup> *Ibidem*.

<sup>322</sup> Cf. Gh. Barbul, *Memorial Antonescu*, pp. 97-98; A. Simion, *Preliminarii politico-diplomatice...*, p. 271 and the following; Gh. Buzatu, A. Simion, "Preliminarii diplomatice ale actului de la 23 august 1944", in *Actul de la 23 august 1944 în context internațional. Studii și documente*, coordinator Gh. Buzatu, București, Editura Științifică și Enciclopedică, 1984, pp. 220-221.

<sup>323</sup> Cf. General Ion Gheorghe, *Un dictator nefericit: Mareșalul Antonescu (Calea României spre statul satelit)*, edition of Stela Neagoe, București, Editura Machiavelli, 1996, pp. 267-268.

<sup>324</sup> Gh. Barbul, *Memorial Antonescu*, p. 98.

<sup>325</sup> They also discussed "Juliu Maniu's file", rejected by Marshal Antonescu for the well founded reason that he did not want to turn him into a "martyr" by arresting him (A. Simion, *Preliminarii politico-diplomatice...*, p. 284).

<sup>326</sup> See Schmidt's minutes of the meetings from April 12, 1943 (Andreas Hillgruber, Hrsgb., *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, II, pp. 214-227, doc. no. 29; *Antonescu-Hitler*, II, pp. 63-75, doc. no. 59) and April 13, 1943 (Andreas Hillgruber, Hrsgb., *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, II, pp. 228-233, doc. no. 30; *Antonescu-Hitler*, II, pp. 78-83, doc. no. 60).

<sup>327</sup> Gh. Buzatu, A. Simion, *Preliminarii diplomatice...*, p. 223.

<sup>328</sup> *Antonescu-Hitler*, II, pp. 84-91 (doc. no. 61). See, in Annexes, doc. no. 50.

<sup>329</sup> See *Antonescu-Hitler*, II, pp. 106-119 (doc. no. 63, September 1943 – memorandum sent by Ion Antonescu to the Führer, with references to the Romanian oil deliveries to the Reich after 1940 and the role of the Ploiești area in the imposing of the Vienna dictate by Hitler, pp. 107-108); *ibidem*, pp. 122-128 (doc. no. 66, November 15, 1943 – the letter addressed by the Marshal to Hitler, with reference to the fact that Romania had exported to Germany "immense quantities of oil, which threatened not only the production, but also the Romanian reserves", p. 124) and Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, pp. 625-629 (doc. no. 227); Iosif Constantin Drăgan, ed., *Antonescu...*, III, pp. 373-381 (doc. no. 163-164, original and variant). See also Hitler's answer from December 15, 1943 to Antonescu's letter from the previous month (apud *Antonescu-Hitler*, II, 129-134, doc. no. 67).

<sup>330</sup> Apud Iosif Constantin Drăgan, ed., *Antonescu...*, III, pp. 363-364 (doc. no. 153); Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, pp. 594-595 (doc. no. 218).

<sup>331</sup> *Ibidem*, pp. 576-579 (doc. no. 215, the confidential report from July 8 of Minister Ion Gheorghe to Mihai Antonescu).

<sup>332</sup> The stenogram of the meeting, in Jean Ancel, ed., *Documents...*, IX, pp. 580-588 (doc. no. 216).

<sup>333</sup> *Ibidem*, p. 582.

<sup>334</sup> *Ibidem*.

<sup>335</sup> *Ibidem*, p. 584.

<sup>336</sup> *Ibidem*, pp. 596-601 (doc. no. 219).

<sup>337</sup> *Ibidem*, p. 597.

<sup>338</sup> *Ibidem*, p. 598.

<sup>339</sup> *Ibidem*, pp. 615-616 (doc. no. 223, note of the meeting dictated by Mihai Antonescu).

<sup>340</sup> *Ibidem*, p. 616.

<sup>341</sup> *Ibidem*, pp. 620-621 (doc. no. 225 – Note on the evolution of the import and export prices in the Romanian-German economic relations).

<sup>342</sup> We are referring to the meetings from September 2 and 3, 1943 (apud Andreas Hillgruber, Hrsgb., *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, II, pp. 301-311, 311-314, doc. no. 38-39); February 26 and 27, 1944 (*ibidem*, pp. 348-354, 355-359, 360-363, doc. nos. 44-46); March 23 and 24, 1944 (*ibidem*, pp. 389-397, 398-406, doc. nos. 50-51, Schmidt's minutes; see also the notes dictated by the Marshal to Colonel Radu Davidescu – *Antonescu-Hitler*, II, pp. 143-149, doc. no. 71) and August 5, 1944 (apud Andreas Hillgruber, Hrsgb., *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, II, pp. 481-484, 484-501, doc. nos. 63-64; *Antonescu-Hitler*, II, pp. 176-194, doc. no. 84 – Schmidt's minutes; *Antonescu-Hitler*, II, pp. 166-176, doc. no. 83 – note dictated by Ion Antonescu; *ibidem*, pp. 195-204, the account of General Titus Gârbea).

<sup>343</sup> Various information of the greatest interest for these years, in A.N.R., the collection *Microfilme S.U.A.*, rolls 33, 607, 611, *passim*. A Berlin report from July 5, 1944 analyzed the situation of the oil industry in the entire south-east of Europe, and regarding Romania it registered in an alarmed tone the decrease of the exports from 269 200 tons (March 1944) to 92 000 (June 1944) (idem, roll 607, frames 1792745-1792746).

<sup>344</sup> See Gh. Buzatu, *România și trusturile internaționale de petrol până la 1929*, p. 13.

<sup>345</sup> *Antonescu-Hitler*, II, p. 135.

<sup>346</sup> See, for example, the data examined in the government's meeting from June 16, 1944, under the presidency of Mihai Antonescu (A.N.R., the fund of the Presidency of the Council of Ministers, file 79/1944, ff. 1-28). Earlier, in the cabinet meeting from May 15, 1944, Mihai Antonescu, commenting the financial disaster predicted by Gheron Netta, the Minister for Finance, specified in his turn that, if the existing situation lasts for six more months, "we will tumble,

overturning the whole village and the entire wealth of the people" (apud V. Liveanu and collaborators, *Din cronica unor zile istorice*, București, Editura Academiei, 1971, p. 26).

<sup>347</sup> Apud Alina Tudor, Șerban Pavelescu, "Mareșalul Antonescu: Alte interogatorii", in *Magazin Istoric*, no. 10/1997, pp. 29-30; Teodor Mavrodin, *Mareșalul Antonescu întemnițat la Moscova*, Pitești, Editura Carminis, 1998, pp. 180-182.

<sup>348</sup> *Ibidem*.

<sup>349</sup> Ion Șuța, *România la cumpăna istoriei*, p. 175 and the following.

<sup>350</sup> Cf. A. Șimion, *Preliminarii politico-diplomatice...*, *passim*.

<sup>351</sup> See Marcel-Dumitru Ciucă, ed., *Procesul Mareșalului Antonescu. Documente*, I, București, Editura Saeculum I. O./Editura Europa Nova, 1995, p. 63 and the following (Bill of Indictment no. 1 from April 29, 1946, read in the public session of the "People's Court" on May 6, 1946).

<sup>352</sup> We point out that, exactly at the same time, the government in Bucharest and the organizers of the "trial of the great national treason" witnessed the real exhaustion of the country by the occupant power – the U.S.S.R.!

<sup>353</sup> *Procesul Mareșalului Antonescu. Documente*, I, p. 90.

<sup>354</sup> *Ibidem*, p. 201.

<sup>355</sup> *Ibidem*.

<sup>356</sup> Apud Gh. Buzatu, *România cu și fără Antonescu*, Iași, Editura Moldova, 1991, p. 335.

<sup>357</sup> See *Procesul Mareșalului antonescu. Documente*, I, p. 188 and the following.

<sup>358</sup> *Ibidem*, p. 115.

<sup>359</sup> See especially Ioan Dan, "*Procesul*" *Mareșalului Ion Antonescu*, București, Editura Tempus, 1993, pp. 171-183.

<sup>360</sup> *Procesul Mareșalului Antonescu. Documente*, I, p. 188 and the following.

<sup>361</sup> Cf. Mircea Vulcănescu, *Ultimul cuvânt*, the edition of Marin Diaconu, București, Editura Humanitas, 1992, p. 63; idem, "Ultimul cuvânt", the edition of Virgil Jerunca, in *Ethos*, Paris, no. 4/1983, p. 20 and the following.

<sup>362</sup> *Ibidem*, p. 50; idem, *Ultimul cuvânt*, the edition of Marin Diaconu, pp. 67-68.

<sup>363</sup> *Ibidem*, the Humanitas edition, pp. 69-71.

<sup>364</sup> *Ibidem*, pp. 70-71.

<sup>365</sup> Apud *Evenimentul zilei*, București, December 8, 1997, p. 3.

<sup>366</sup> *Ibidem*; Daniel Pavel, "Banca Națională a României deține 60 tone de aur nazist", in *Național*, București, December 5, 1997, p. 3; *Adevărul*, București, December 3, 1997, p. 20. The subsequent evolution of the gold stock at the National Romanian Bank: 53.1 tons of gold in 1953; 111 tons of gold in 1969; 64.6 tons of gold in 1972; 1118.7 tons of gold in 1983; 42.4 tons of gold in 1987 and, in 1997, 93.4 tons of gold.

<sup>367</sup> Cf. Gh. Buzatu, *România cu și fără Antonescu*, p. 335.

<sup>368</sup> See, in this sense, Costin C. Kirișescu, *Sistemul bănesc al leului și precursorii lui*, II, București, Editura Enciclopedică, 1997, pp. 503-531; D. Șandru, A. Karetchi, I. Saizu, "Dificultăți în 'colaborarea' româno-germană (1940-1944)", in *Anuarul Institutului de Istorie și Arheologie "A.D. Xenopol"*, Iași, vol. XXIII/1986; Gh. Buzatu, I. Saizu, "Apariția și dezvoltarea contradicțiilor dintre regimul antonescian și Germania hitleristă", in Gh. Buzatu and collaborators, eds., *România în istoria universală*, III/1, Iași, 1988; I. Saizu, "Ion Antonescu despre relațiile economice româno-germane (1940-1944)", in Mihai Timofteț, ed., *Concepte și metodologii în studiul relațiilor internaționale*, II, Iași, Antheros, 1998.

<sup>369</sup> See *Rezultatele "colaborării" economice cu Germania și ale participării noastre la războiul hitlerist*, București, 1945 (special references to the industry of petroleum, pp. 9-11).

## La question macédonienne et les rapports politiques entre la Yougoslavie et la Grèce au lendemain de la deuxième guerre mondiale d'après une documentation française (1944-1947)

*Florin Fugaru*

Le jugement des agents diplomatiques français sur la question des Balkans au début de 1945 est que les Balkans s'organisent en grande entité slave appelée à étouffer la Roumanie et à restreindre le rôle de la Grèce. Depuis 1944 on a soulevé avec acuité la question d'une Macédoine autonome affiliée à la Fédération yougoslave et dont la capitale devrait nécessairement un jour ou l'autre être Salonique. L'opinion générale est que le projet macédonien de 1945 affaiblissait la Grèce en renforçant le contrôle slave dans la péninsule.

"Macédoine" est un vieux nom qui évoque les royaumes de Philippe et d'Alexandre dans l'antiquité. La Macédoine historique, c'est l'ensemble des plaines et des vallées descendant vers le golfe de Salonique, avec plusieurs grands lacs, deux fleuves, le Vardar et la Struma, et autour les plus hauts sommets de Balkans : l'Olympe (grec) au sud, le Pirin (bulgare) à l'est et les montagnes albanaises à l'ouest. Tous ce pays a appartenu à l'Empire Ottoman jusqu'en 1912, puis, à l'issue des guerres balkaniques, il a été partagé entre trois Etats : le Nord ("Macédoine du Vardar") à la Serbie, le Sud ("Macédoine égéenne") à la Grèce et un petit morceau à l'est (la vallée de la Struma ou "Macédoine du Pirin") à la Bulgarie. C'est donc la partie du Nord, échue à la Yougoslavie, qui a formé en 1945 la "République de Macédoine".

Leurs dialectes sont intermédiaires entre serbo-croate et bulgare, mais beaucoup plus proches de la seconde de ces langues.

Tito a considéré les macédoines comme une nationalité séparée et a fait de la Macédoine une des républiques fédérées de la Yougoslavie.

Le régime titiste préconisa l'emploi d'une langue macédonienne, créée sur la base des dialectes locaux, et dotée (en cyrillique bien entendu) d'une orthographe très différente de celle du bulgare et plus proche par ses principes de celle du serbe.

La notion de "nation macédonienne" ne fut pas acceptée par l'opinion bulgare. Pour la Bulgarie, les Macédoiens ne sont que des Bulgares et que la création de la République de Macédoine n'était qu'une manipulation yougoslave. Mais, en 1945 les dirigeants de Sofia manifestent compréhension à l'égard du projet macédonien élaboré par le régime titiste.

À l'est, la Macédoine continue au-delà de la frontière, en territoire bulgare : dans la vallée de la Struma, au pied des montagnes du Pirin, on parle des dialectes macédoiens. Entre les années 1945-1946, les communistes bulgares y avaient exercé une forte pression sur les habitants de se déclarer comme étant de nationalité "macédonienne" et non plus de nationalité bulgare.

Au sud, la Macédoine continue en Grèce, dans cette vaste province qu'on appelle la "Macédoine égéenne". La population y est grecque en majorité, mais il y a aussi des slaves dans tout la partie nord : la frontière politique, datant de 1912, a été tracée nettement plus au nord que la frontière linguistique. Les dialectes slaves étaient parlés jusqu'aux bords de la mer Egée et aux portes de Salonique, ou dans les régions d'Édessa (Voden) ou Florina (Lerin).

Cette région était et elle est aujourd'hui fortement hellénisée. D'abord parce qu'il y avait là aussi de nombreux turcs, qui ont été expulsés conformément au traité de Lausanne de 1923 et remplacés par des grecs d'Asie

Mineure ; ensuite parce que la Grèce a toujours eu une politique centraliste, visant à l'assimilation et n'admettant l'enseignement qu'en grec. Il faut remarquer que la Grèce n'a jamais reconnu l'existence d'une nation macédonienne et encore moins celle d'une minorité macédonienne sur son territoire.

Comment les agents diplomatiques français ont-ils interprété la question macédonienne pendant les années 1944-1947?

Par une dépêche en date du 14 décembre 1944<sup>1</sup>, le Chargé d'Affaire Français auprès du Gouvernement Royal de Yougoslavie note que les événements qui se déroulent en Grèce permettent de mesurer tout l'importance que peut prendre, dans un proche avenir, la question macédonienne, tant au point de vue spécifiquement balkanique qu'en ce qui concerne la lutte des influences en Méditerranée Orientale. On note que la libération complète de la Macédoine yougoslave et de la Serbie, apporte dans la question un élément nouveau en permettant à l'Etat Macédonien de prendre figure et surtout de manifester activement son existence :

"L'Etat Macédonien, on le sait, est un des six Etats qui, d'après le programme du Mouvement Nationale de Tito doivent composer la Nouvelle Yougoslavie Fédérale. Cet Etat apparaît même comme la pièce maîtresse du système. Tito, en tous cas, lui a sacrifié toutes les autres considérations, à commencer par les sentiments les plus profondément enracinés du peuple serbe car plus encore que l'importance donnée à la Croatie dans la fédération future, la création d'un Etat Macédonien séparé provoque l'hostilité des serbes"<sup>2</sup>, souligne le Chargé d'Affaires de France.

On note que cet Etat, en effet, ne peut être, pour la plus grande part, formé qu'aux dépens de la Serbie elle-même, qui se trouvera de cette façon réduite à peu près aux dimensions qu'elle avait avant les guerres balkaniques. Le Nord de la Macédoine s'est toujours appelé "Vicille Serbie", c'est là que se trouve la plaine de Kosovo, les lieux saints du patriotisme serbe, où se déroula la fameuse bataille, enfin pour la Macédoine, les serbes ont fait, en moins de 40 ans, quatre guerres sanglantes.

Mais, d'après le Chargé d'Affaires de France, d'autres considérations d'ordre plus général ont prévalu :

1. Si forte que puisse être la répugnance des Serbes, la création d'une unité macédonienne apparaît en 1945 comme la condition première et essentielle, d'un rapprochement entre la Yougoslavie et la Bulgarie, en attendant que les régimes politiques des deux pays soient suffisamment accordés pour constituer une unité de fait.

2. La Macédoine était, de toutes les régions yougoslaves, celle où le communisme avait la position plus forte. Les populations opprimées depuis des siècles par les turcs, puis par leurs différents "libérateurs" ont été aisément gagnées par l'idéologie communiste et elles peuvent trouver dans l'organisation et la discipline du parti, les meilleures chances d'arriver à quelque unité. On note que Tito trouvera dans cette région un appui certain et précieux.

On montre qu'il y a tout lieu de penser que l'influence communiste est également prédominante dans les partis bulgares et grecs de la Macédoine.

3. On considère que l'Etat Macédonien doit, au moins pour l'instant, rester dans les limites de la Macédoine yougoslave et avoir pour capitale Skoplje, mais pour les macédoniens, leurs pays englobe également des territoires bulgares et grecs et ils considèrent que la véritable capitale est Salonique.

On souligne que d'après l'accord intervenu entre Tito et les Bulgares, la partie bulgare de la Macédoine pourrait être, si la population en manifeste le désir, réunie à l'Etat Macédonien.

Par une dépêche en date du 4 décembre 1945<sup>3</sup>, le Consul de France, Chargé du Consulat de France à Salonique, Gérard Raoul-Duval, montre la situation sur les frontières de la Macédoine Occidentale pendant l'automne de 1945.

Le Consul de France à Salonique fait part au Département de certains mouvements de troupes aux frontières de la Macédoine Occidentale.

On note que cette activité qui coïncidait avec la période électorale tant en Yougoslavie

qu'en Bulgarie s'est réduite en décembre 1945.

La présence à cette époque le long de la frontière grecque entre le lac Prespa et la Bulgarie de deux divisions albanaises correspondait semble-t-il à deux ordres de préoccupations : 1) ils s'agissait d'un part de réprimer l'agitation pendant la période électorale des groupes de partisans hostiles au Maréchal Tito et assez nombreux dans cette région ; 2) d'autre part, on désirait éviter que ces mêmes éléments ne franchissent en grand nombre la frontière grecque devant l'évolution de la situation politique.

On note que cette concentration de troupes a pris fin en décembre 1945 puisqu'il ne resterait plus que trois divisions yougoslaves réparties entre la région de Monastir et la frontière bulgare. On signale d'autre part que, parmi les réfugiés ayant passé clandestinement la frontière dans la région de Florina, se trouverait un certain nombre de déserteurs ayant appartenu aux deux divisions albanaises.

On note pour décembre 1945 que le calme semble régner sur tout le long des frontières de la Grèce du Nord :

"L'attitude adoptée sur le plan militaire par les voisins de la Grèce le long de ses frontières septentrionales ne paraît donc pas aujourd'hui de nature à justifier ici de particulières inquiétudes"<sup>4</sup>, note le Consul de France à Salonique.

Par une dépêche en date du 7 juin 1946<sup>5</sup>, signée Gérard Duval, Chargé du Consulat Général de France à Salonique sur un voyage effectué en Macédoine Occidentale du Nord, on montre que l'atmosphère est comme toujours dans cette zone frontière très tendue.

On note que depuis l'arrivée au pouvoir du gouvernement monarchiste en Grèce, l'action des autonomistes et communistes macédoniens a certainement reçu de l'extérieur une aide plus importante.

L'organisation N.O.F. (Front de Libération Populaire) dont le siège se trouve à Skoplje, en territoire yougoslave, a intensifié en 1946 son action par l'envoi clandestin d'armes et de capitaux.

On montre qu'un certain nombre de sections du régiment autonomiste macédonien

qui se trouve en bordure de la frontière yougoslave, sont venues renforcer les bandes qui tiennent les montagnes de la Macédoine Occidentale et les ont appuyées dans des attaques systématiquement dirigées contre les postes de gendarmerie.

"Il m'a été indiqué de très bonne source, remarque Duval, que le directeur de la UNRRA yougoslave dont les tendances communistes ne font aucune doute, fermerait volontiers les yeux sur l'utilisation des camions de la UNRRA pour ces transports de personnel et de matériel. Il semble cependant que si N.O.F. se sert comme thème de propagande auprès des slavophones de l'idée d'une Macédoine autonome, le Gouvernement yougoslave qui contrôle cette organisation, envisage plutôt l'incorporation de la Macédoine hellénique dans la République Fédérée yougoslave"<sup>6</sup>, considère Duval.

On note que les autorités locales grecques nouvellement établis et appartenant toutes au parti monarchiste font volontiers état de cette situation et ont tendance à en exagérer la gravité pour justifier les mesures de rigueur prises par le Gouvernement contre communistes et slavophones.

Par une autre dépêche en date du 26 septembre 1946<sup>7</sup>, Gérard Raoul - Duval, Consul de France, Chargé du Consulat Général de France à Salonique montre qu'il existe surtout en Macédoine Centrale et Orientale des éléments de trouble qu'il est possible de caractériser successivement.

La première caractéristique est une conséquence de la guerre internationale et de la guerre civile aboutissant à la constitution, plus particulièrement en macédoine Orientale, de bandes irrégulières dont la composition est extrêmement variée. Ces éléments trouvent un foyer d'action politique aux frontières yougoslaves dans les régions de Florina et de Kastoria, alors que le long de la frontière bulgare se produit seulement l'infiltration de bandits se bornant à des séjours de très courte durée en territoire grec d'où ils rapportent le produit de pillage surtout en cheptel.

On note qu'autour de centres grecs comme Florina et Kastoria, se trouvent dans la montagne un grand nombre de villages

slavophones peuplés d'éléments bulgares et serbes installés dans ces régions à la suite des échanges de populations d'avant-guerre. Bien qu'ayant opté pour la nationalité grecque, leur attitude au moment de l'occupation ennemie fut certainement favorable à l'envahisseur. Il faut cependant tenir compte de la politique systématique des bulgares qui en ménageant ces centres, ravageaient tous les villages grecs des alentours. Il en résulte que lors de la libération du territoire, ces localités slavophones ont été l'objet de représailles sévères de la part des nationalistes grecs. En conséquence, une partie de leurs habitants s'est disséminée dans la montagne. Ceux-ci se sont joints à des groupes composés d'anciens Ellasistes.

On note que la perméabilité de postes – frontières due à l'insuffisance des effectifs de l'armée grecque, permet l'infiltration d'agents politiques provenant surtout de groupes classistes réfugiés en territoire yougoslave à proximité de la frontière.

Il convient cependant de noter que ces infiltrations politiques ne se produisent qu'en Macédoine Occidentale alors que la situation en Macédoine Centrale, Orientale et en Thrace est beaucoup plus calme.

D'autres difficultés naissent dans beaucoup de villages du Nord de la Grèce du fait de l'activité des éléments d'extrême droite ayant subi le contrecoup de la réaction élassiste et communiste durant la guerre civile. Ces éléments qui continuent en 1946 à résider dans les villages se sont organisés clandestinement et semblaient bénéficier d'une certaine indulgence de la part des autorités locales. Ils se livraient souvent à des actes de représailles à l'encontre de ceux qu'ils considéraient être leurs ennemis politiques, représailles souvent injustifiées et qui constituaient une nouvelle cause d'instabilité. Les destructions causées par la guerre engendrent de sérieuses difficultés économiques auxquelles viennent s'ajouter les conséquences d'une récolte désastreuse. Il en résulte une migration vers la montagne d'individus poussés par la misère et facilement utilisables par les partisans. Enfin, il faut ajouter à tout cela les éléments spécifiques à la nature de la population de ce pays : le goût de l'aventure et de la guérilla.

Il faut constater que toutes les dépêches de Duval font état de la situation d'instabilité politique en Macédoine Centrale et Orientale, en considérant en même temps que les autorités yougoslaves contribuent par un appui plus au moins camouflé envers les groupes élassistes, à entretenir un état de tension au Nord de la Grèce.

Une autre question mise en discussion par les dirigeants communistes yougoslave et bulgares pendant 1945-1947 c'était la question du rattachement à la Macédoine yougoslave du territoire dit "Macédoine du Pirine".

Par une dépêche en date du 14 janvier 1947<sup>8</sup>, Jaques Emile Paris, Ministre de France en Bulgarie, note que la question du rattachement à la Macédoine yougoslave du territoire dit "Macédoine du Pirine" continue de préoccuper l'opinion bulgare.

On note que le 12 décembre 1946, un député bulgare de l'opposition, Boris Tchandjev, a déposé à l'Assemblée Nationale Bulgare une demande d'interpellation "sur les mesures que le gouvernement bulgare se proposait de prendre pour mettre fin à la propagande tendant à séparer de la Bulgarie le territoire purement bulgare de la Macédoine du Pirine pour l'annexer à la République Fédérative Yougoslave."

On souligne que devant cette question précise, le gouvernement bulgare s'est dérobé. Le 17 décembre 1946, l'Assemblée Nationale Bulgare votait l'ajournement "sine die" de la réponse qui devait être donnée à l'interpellation déposé par Tchandjev.

A l'occasion du recensement général de la population bulgare effectué le 31 décembre 1946, de nouvelles protestations se sont élevées.

Le journal agrarien d'opposition signalait que dans la région de Gorna Djoumaya, les communistes bulgares avaient exercé une forte pression sur les habitants pour les amener à s'inscrire sur les listes de recrutement comme étant de nationalité "macédonienne". Des menaces d'expulsion auraient été proférées contre ceux qui se déclaraient de nationalité bulgare.

On note que l'attitude visiblement embarrassée du Gouvernement bulgare

contribue à renforcer l'opinion que les communistes bulgares ont pris déjà des engagements envers la Yougoslavie pour la cession de la Macédoine du Pirine.

En ce qui concerne les relations politiques entre la Yougoslavie et la Grèce, François Puaux, Chargé d'Affaires de France en Grèce note le 11 juillet 1945<sup>9</sup> que les relations gréco-yougoslaves n'ont cessé de s'aggraver depuis la libération des Balkans et spécialement depuis la guerre civile grecque, à la suite de laquelle de nombreux insurgés ont trouvé refuge en territoire yougoslave.

On note que d'après les dires du Chargé d'Affaires yougoslave à Athènes (Krulj), le peuple macédonien existe comme tel avec sa langue, ses usages et son droit à l'autonomie. La Macédoine doit être considérée comme un tout, non pas en fonction du peuplement de certaines parties du territoire, mais du droit historique du peuple macédonien d'exiger l'intégrité de ses frontières historiques.

François Puaux remarque que Belgrade admet que le secteur grec de la Macédoine est peuplé d'hellènes jusqu'à concurrence de 90% et que, dans ces conditions, il n'apparaît pas opportun de soulever le problème international de son rattachement à la Macédoine autonome, membre de la Fédération des Slaves du Sud.

Le Chargé d'Affaires de France en Grèce, François Puaux note que Belgrade semble intéressé en 1945, autant pour des motifs politiques que pour des raisons économiques à la reprise d'un trafic par le port de Salonique.

On fait remarquer que la Yougoslavie a demandé que lui soit attribuée une nouvelle zone franche dans le port, celle dont elle avait l'usage depuis 1923, ne possédant plus de moyens de levage. On souligne que le Gouvernement grec n'a pas répondu à cette demande.

François Puaux note que le Chargé d'Affaires Yougoslaves en Grèce lui a confié en 1945 qu'un ministre yougoslave avait été désigné pour Athènes, Tchankar, ancien Ministre à Ottawa, rallié à Tito dans le courant de l'hiver 1944, mais que le Gouvernement yougoslave ne désirait pas qu'il rejoigne son poste "avant la situation soit éclaircie" et pour

ne pas avoir l'air de reconnaître le régime actuel, qu'il accuse ouvertement d'être antidémocratique.

De leur côté, les grecs ont demandé l'agrément pour Skéféris, ancien directeur politique du Ministère lorsqu'il était installé au Caie, mais n'ont encore aucune réponse de Belgrade : "Il est naturellement difficile de deviner si le Gouvernement de Belgrade agit entièrement sur instructions de Moscou, bien que le synchronisme de son action avec celle de la Bulgarie donne l'impression d'une campagne concertée"<sup>10</sup>, souligne Puaux.

Par une dépêche en date du 15 septembre 1945<sup>11</sup>, Sabliere, Chargé d'Affaires de France en Grèce note que les émissions de la Radio de Belgrade se sont montrées extrêmement violentes à l'égard du Gouvernement grec.

Elles l'ont accusé d'abord d'être déloyal dans l'établissement des listes électorales et de ne songer qu'à faire le jeu de la réaction. Puis, à l'occasion des grèves qui ont éclaté en Grèce, elles ont été jusqu'à le taxer de "gouvernement fasciste", ne cherchant que dans la force le moyen de rétablir l'ordre et ordonnant, en fait, à la police de tirer sur les grévistes, ce qui, d'après elles, aurait produit à Athènes 17 morts dont 9 femmes.

Les émissions yougoslaves ont déclaré que la frontière méridionale de Yougoslavie subissait d'incessantes attaques des bandes armées grecques, qui pillaient les villages dans lesquels elles entraient et y enlevaient "les jeunes gens démocrates". D'après Radio Belgrade, des forces yougoslaves aident les victimes de ces raids et les populations que la peur fait fuir dans les forêts et les montagnes.

Par une dépêche en date du 18 mars 1946<sup>12</sup>, Vaux Saint Cyr, Ambassadeur de France en Grèce note un incident gréco-yougoslave qui a eu lieu le 15 mars 1946.

Le 15 mars 1946 une cérémonie devait avoir lieu à la frontière et en territoire yougoslave pour fêter la réception d'envois de l'UNRRA en Yougoslavie qui passaient par le territoire grec.

Les journalistes grecs et étrangers que l'UNRRA avait convoqués pour assister à cette cérémonie ont eu la surprise d'être expulsés semble-t-il, assez vivement, de la

position de la territoire yougoslave où ils venaient de pénétrer. Ils avaient eu le temps de constater que le poste frontière local était décoré de tous les drapeaux alliés sauf le drapeau grec.

On note que ce léger incident a été vivement commenté par la presse grecque de droite et du centre droit.

Les tensions gréco - yougoslaves augmentent en 1946 d'une telle manière que le Gouvernement yougoslave a rappelé son ministre à Athènes.

Par un télégramme en date du 23 août 1946<sup>13</sup>, sans signature, on note que le Gouvernement yougoslave a rappelé son ministre à Athènes, y laissant un Chargé d'Affaires.

Le Ministre yougoslave à Athènes, Tchankar a motivé son départ par : 1) les attaques de la presse grecque contre le Gouvernement yougoslave, notamment par un article que Dalipis, Gouverneur Général de Macédoine, a publié dans un journal grec en 1946 ; 2) par les dommages causés intentionnellement au vapeur yougoslave "Roi Alexandre".

Au mois de septembre 1946 s'est consumé un incident aéronautique à la frontière gréco - yougoslave qui a aggravé davantage les relations réciproques qui étaient déjà très tendues.

Par un télégramme provenant d'Athènes, le 7 septembre 1946<sup>14</sup>, sans signature, on souligne qu'une note publiée par l'Etat - Major Général de l'Armée Grecque et celui de l'Aviation, a fait connaître le 6 septembre 1946 qu'un avion militaire grec volant à basse altitude le long de la frontière, a été atteint par l'artillerie yougoslave et a du atterrir en territoire yougoslave. L'avion ne portait pas d'appareil photographique.

Par une dépêche du 28 septembre 1946<sup>15</sup> sur l'atterrissage forcé en territoire yougoslave d'un avion grec, Vaux Saint Cyr, Ambassadeur de France en Grèce considère qu'on peut sans doute reprocher à l'aviation grecque d'avoir laissé ses appareils travailler trop près de la frontière. Mais il ne faut pas oublier qu'il s'agissait de poursuivre des bandes qui avaient pris refuge dans le massif

du Paikon, à l'Ouest de la Vallée du Vardar. Le point de rendez-vous fixé par le commandant de l'escadrille était Mayadag, petite bourgade qui se trouve justement dans cette vallée, à courte distance de l'agglomération yougoslave de Ghevghelija et dans une situation géographique fort semblable : "Dans de telles conditions, une erreur de point paraît son seulement plausible mais même excusable"<sup>16</sup>, considère l'Ambassadeur de France à Athènes.

Du reste, on note que le Gouvernement Grec s'est montré très conciliant chaque fois qu'il est arrivé à des avions yougoslaves de violer la frontière hellénique. On souligne que ce cas s'est reproduit sept fois entre le 4 et le 19 septembre 1946. Le feu ne fut ouvert sur aucun de ces appareils. Et quand un avion militaire yougoslave se posa à Salonique le 30 mai 1946, les autorités helléniques, comme le rappelle la note verbale grecque, se sont empressées d'avertir le consul de Yougoslavie, puis ont ordonné à très bref délai la restitution de l'avion et la mise en liberté de l'équipage.

Par une note verbale en date du 10 septembre 1946 de la Légation de la République Fédérative Yougoslave en Grèce pour le Ministère des Affaires Etrangères hellénique<sup>17</sup>, la Légation Yougoslave souligne que plusieurs fois du côté de territoire hellénique survolent la frontière yougoslave des avions de combat ayant pour but la reconnaissance de la zone frontière yougoslave. Ainsi, le 6 septembre 1946, à 5 h 50 minutes, un avion de combat type "Spitfire" a survolé la frontière yougoslave près de Ghevghelija et a foncé profondément dans le territoire yougoslave.

A son retour, l'avion en question fut obligé par la défense anti-aérienne de la frontière yougoslave d'atterrir sur le territoire yougoslave.

La note de la Légation Yougoslave montre que l'avion était armé de quatre mitrailleuses et en outre, il possédait des photos - mitrailleuses pour filmer. Le pilote se nommait Tangalakis Georges ; sur lui on a trouvé des cartes en langue serbe de Skoplje, Stumica et Ghevghelija. Tout cela démontre,



dit la note, que le pilote en question avait comme charge fixe la reconnaissance de la zone frontière yougoslave. L'avion était obligé d'atterrir à six heures précises et exactement à sept heures et 45 minutes, deux avions de la frontière hellénique ont survolé le territoire yougoslave, un "Spitfire" et un avion bimoteur monoplane, d'un type non déterminé.

Le "Spitfire" a piqué sur l'endroit où se trouvait l'avion qui a fait l'atterrissage forcé et a tiré sur lui 105 rafales.

On note que le pilote de l'avion qui a fait un atterrissage forcé n'est pas blessé et sera tenu pour enquête.

Par une note verbale du Ministre des Affaires Etrangères Grec<sup>18</sup>, on montre que l'avion en question, au cours de sa mission de reconnaissance au dessus du Mont Paikon, région qui sert de refuge à des bandes d'anarchiques, activement persécutées par les forces à la disposition de l'Etat, se trompant de direction, a traversé la frontière et a survolé le territoire yougoslave à très basse altitude au-dessus de la région de Stojakov. C'est alors que la défense anti-aérienne yougoslave a ouvert le feu sur l'avion qui fut atteint à son réservoir d'huile.

On note que :

1. Le pilote a averti par un message radiotélégraphique sa base qu'à la suite du dommage subi par son avion, il était en train de le faire atterrir. Ce message, note le Ministère Grec, laissait comprendre que le pilote, au moment de l'atterrissage, se croyait être en territoire hellénique.

2. Le Commandant de l'escadrille, à laquelle le dit avion appartenait, a, de sa propre initiative, envoyé deux avions du même type à sa recherche. Des sanctions seront prises contre cet officier, note le Ministère Grec.

3. Le pilote de l'avion, le Sous - Lieutenant Tangalakis, est un officier qui s'est distingué pendant la guerre, spécialement en des missions entreprises en faveur des forces de résistance yougoslave. On note qu'au cours d'une de ces missions, il a été même blessé, ce qui lui valut une dépêche de félicitations de la part du Maréchal Tito. Cet officier, n'avait pas la moindre intention de violer le territoire

yougoslave, considère le Ministre des Affaires Etrangères de Grèce. On souligne que l'avion ne possédait pas de photo - mitrailleuse et en ce qui concerne la carte géographique trouvée à bord, l'Etat - Major de l'Aviation Royale fait observer qu'elle est anglaise, imprimée en septembre 1944 et formée de deux pièces dont l'une, celle de Djerdjevija, indique la frontière, et une partie du territoire yougoslave où figure Strumica, mais non Skoplje. Cette carte, sur laquelle était tracé en crayon rouge l'itinéraire que devait suivre l'avion au dessus du territoire grec, pourrait être utilisée comme pièce à l'appui de l'innocence du pilote.

4. Aucun avion grec n'a jamais été autorisé à passer la frontière yougoslave.

Par un télégramme provenant d'Athènes, on montre, le 17 octobre 1946<sup>19</sup> que la commission d'enquête désignée par les Gouvernements grec et yougoslave pour statuer le cas de l'avion militaire grec abattu par les yougoslaves a conclu que l'aviateur grec avait atterri à la suite de circonstances fortuites, indépendantes de sa volonté.

Il faut remarquer qu'une autre note de protestation a été rédigée par le Gouvernement yougoslave au mois du novembre 1946 et adressée au Gouvernement Grec.

La nouvelle note de protestation se réfère à une autre escarmouche de frontière qui a eu lieu le 20 novembre 1946 quand deux avions militaires grecs ont survolé le territoire yougoslave au dessus de la région de Djerdjevija, dans le secteur de Krš - Uma - Karalija - Marko - Iezero - Kojuk.

Les passages des avions militaires grecs dans le territoire yougoslave ont persisté pendant tout la journée de 20 novembre quand ils ont pénétré le territoire yougoslave jusqu'à 5 km de profondeur.

A l'occasion d'un tel passage, les avions grecs ont mitraillé un piquet yougoslave.

La note de protestation montre que des autres avions grecs ont traversé la frontière yougoslave pendant la journée du 21 novembre 1946 en pénétrant le territoire yougoslave au Sud de Djerdjelija, dans le secteur Porta-Mala, Rupa-Kuma.

À la fin de 1946, les relations gréco - yougoslaves sont très tendues, d'une part à

cause de ses incidents aéronautiques et d'autre part par suite de la question macédonienne. Les dirigeants yougoslaves ont donné un appui efficace aux bandes d'anarchiques qui déployaient une activité soutenue dans le Nord de la Grèce.

Par un télégramme en date du 18 septembre 1946<sup>20</sup> on note que des bandits auraient été pris en Macédoine grecque portant des armes russes ; ils auraient déclaré que leur quartier général était à Orgaldi en Yougoslavie. Où y se trouverait un camp où seraient entraînés les jeunes recrues.

On note que nul n'ignore l'appui donné par les yougoslaves à ces bandes qui sont à la fois chargées de soulever la Macédoine et d'amener dans le reste de la Grèce une sorte de guerre civile, propice à toutes les interventions.

Par un autre télégramme en date du 26 septembre 1946<sup>21</sup> on montre que les autorités militaires grecques ont réuni une documentation importante (ordres de service, interrogatoires des prisonniers, insignes recueillies sur les cadavres, etc.) qui prouve que les bandes qui soulèvent le Nord du pays sont instruites et armées en Yougoslavie ou en Albanie.

"Pour le moment, ces documents ne seront pas divulgués, le Gouvernement [Grec] ne compte s'en servir qu'en cas de nécessité sur le plan international."<sup>22</sup>

Par une note en date du 12 novembre 1946<sup>23</sup> sur l'activité de bandes armées dans le Nord de la Grèce, on montre que des partisans de l'Elas réfugiés en territoire yougoslave traversent régulièrement la frontière puis reviennent de temps à autre au repos. Ils sont équipés avec du matériel allemand :

"On ne peut préciser avec l'exactitude souhaitable la mesure dans laquelle le Gouvernement de Belgrade serait le complice de ces activités. Sans doute peut-on remarquer que la recrudescence des combats en Macédoine coïncidait à peu près exactement avec le plébiscite grec et le retour du Roi Georges II à Athènes."<sup>24</sup>

On note que les concentrations de troupes en Macédoine yougoslave se sont développées, le Maréchal Tito cherchant à pratiquer vis-à-vis d'Athènes une guerre des nerfs.

Au début de 1947, les relations réciproques deviennent plus tendues quand le Gouvernement de Belgrade annonce le rappel de son attaché militaire à Athènes.

Par un télégramme en date du 22 janvier 1947<sup>25</sup>, on apprend que le Gouvernement yougoslave a annoncé le Gouvernement Grec du rappel de son attaché militaire à Athènes. Ce document demandait aussi le rappel de l'Attaché Militaire grec à Belgrade.

Jean Payart, l'Ambassadeur de France à Belgrade montre l'attitude des autorités yougoslaves à l'égard du Ministre de Grèce à Belgrade en 1947.

Par une dépêche en date du 12 mai 1947<sup>26</sup>, l'Ambassadeur de France note que seul de tous les chefs de mission accrédités à Belgrade (bulgare, albanais, roumain, hongrois compris), le Ministre de Grèce n'a été invité ni à la Revue organisée le 9 mai 1947 à l'occasion du deuxième anniversaire de la victoire, ni à la réception donnée le soir même par le Maréchal Tito à l'ancien palais royal. L'an dernier déjà il avait été tenu à l'écart.

On note que le pavillon grec figurait d'ailleurs au nombre des pavillons des Nations Unies qui décoraient lors de la Revue le fond de la place où était érigée la tribune du commandant en chef des troupes yougoslaves.

"En écartant le Ministre de Grèce des manifestations du 9 mai, tout en mettant à l'honneur le drapeau grec, les autorités yougoslaves ne pouvaient mettre avec plus d'éloquence l'accent sur la distinction qu'elles établissent entre le peuple grec et son gouvernement. Dans la mesure où la peuple grec est rallié ou est susceptible de se rallier aux principes de la démocratie selon le mode moscovite et peut ainsi contribuer à réaliser les aspirations du Kremlin, il a des titres à figurer parmi les peuples de Nations Unies"<sup>27</sup>, note l'Ambassadeur Payart.

On note que le pavillon roumain était absent, comme d'ailleurs le pavillon hongrois.

Payart montre que "le collègue roumain en a manifesté une surprise non dénuée d'inquiétude."<sup>28</sup>

Par une dépêche en date du 22 mai 1947<sup>29</sup>, Vaux Saint Cyr, Ambassadeur de France en Grèce note le départ de l'attaché militaire grec

à Belgrade accusé par les autorités yougoslaves de s'être mêlé dans la politique intérieure de leur pays.

Par une dépêche en date du 10 juin 1947<sup>30</sup>, Jean Payart, l'Ambassadeur de France à Belgrade montre que quelques jours après le rappel à Athènes du Lt. Colonel Diamantopoulos, Attaché militaire grec, s'est ouvert à Belgrade le procès intenté contre le "réseau d'espionnage" accusé d'avoir travaillé à son profit. La découverte de ce réseau avait été annoncée par la presse du 19 mai 1947. Le premier des accusés est le propriétaire d'un salon de thé, la "Crémérie Belge". Celui-ci, Nicolas Beloyanis, ressortissant grec, est accusé d'avoir reçu pour instructions du colonel Diamantopoulos de recueillir des renseignements sur les unités de l'armée yougoslaves stationnées en Macédoine et sur les réfugiés grecs. Pour obtenir ces indications, on note que le propriétaire de la

"Crémérie Belge" se serait adressé aux quatre autres accusés. Interrogé par le tribunal, Beloyanis a déclaré que les accusés, Bochkovitch (yougoslave) et Zafriadis étaient venus lui proposer, à l'intention de l'attaché militaire, des renseignements sur les partisans et réfugiés grecs.

Payart considère que le nouveau procès d'espionnage témoigne de l'audace avec laquelle le Gouvernement yougoslave ne se craint pas de mettre en cause les Légations étrangères. Le Gouvernement Yougoslave, remarque Payart, veut isoler les représentations diplomatiques de tous contacts avec la population.

"Dans le cas particulier du procès du réseau Diamantopoulos le but visé est plus particulièrement de discréditer davantage encore la Légation de Grèce et le Gouvernement monarcho-fasciste."<sup>28</sup>, note Payart.<sup>31</sup>

#### NOTES :

<sup>1</sup> Le Chargé d'Affaires auprès du Gouvernement Royal de Yougoslavie, par une dépêche sur "L'Etat Macédonien", adressée à Georges Bidault, le 14 décembre 1944 ; Z.Europe 1944-1949. Yougoslavie. Macédoine (01.09.1944 - 31.12.1946), dossier 31, MAE Quai d'Orsay

<sup>2</sup> *Ibidem*.

<sup>3</sup> Gérard Raoul Duval, Consul de France, Chargé du Consulat de France à Salonique, par une dépêche intitulée "Situation sur les frontières de la Macédoine Occidentale", adressée à Georges Bidault, le 4 décembre 1945 ; Z.Europe 1944-1949. Yougoslavie. Macédoine (01.09.1944 - 31.12.1946), dossier 31, MAE Quai d'Orsay

<sup>4</sup> *Ibidem*.

<sup>5</sup> *Idem*, par une dépêche intitulée "Voyage effectué en Macédoine Occidentale du Nord" (région Florina - Castoria), adressée à Georges Bidault, le 7 juin 1946 ; Z.Europe 1944-1949. Yougoslavie. Macédoine (01.09.1944 - 31.12.1946), dossier 31, MAE Quai d'Orsay

<sup>6</sup> *Ibidem*.

<sup>7</sup> *Idem*, par une dépêche intitulée "Situation intérieure en Macédoine", adressée à Georges Bidault, le 26 septembre 1946 ; Z.Europe 1944-1949. Yougoslavie. Macédoine (01.09.1944 - 31.12.1946), dossier 31, MAE Quai d'Orsay

<sup>8</sup> Jaques Emile Paris, Ministre de France en Bulgarie, par une dépêche intitulée "Macédoine du Pirine", le 14 janvier 1947 ; Z.Europe 1944-1949. Yougoslavie. Macédoine (01.01.1947 - 31.12.1947), dossier 32, MAE Quai d'Orsay

<sup>9</sup> François Puaux, Chargé d'Affaires de France en Grèce, par une dépêche intitulée "Rapports gréco-yougoslaves", adressée à Georges Bidault, le 11 juillet 1945 ; Z.Europe. 1944-1949. Grèce. URSS - Grèce - Yougoslavie (25 août 1944 - 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>10</sup> *Ibidem*.

<sup>11</sup> Sablière, Chargé d'Affaires de France en Grèce, par une dépêche intitulée "Attaques de Radio Belgrade contre le Gouvernement grec", adressée à Georges Bidault, n° 132, le 15 septembre 1945 ; Z.Europe. 1944 - 1949. Grèce. URSS - Grèce - Yougoslavie (25 août 1944 - 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>12</sup> Vaux Saint Cyr, Ambassadeur de France en Grèce, par une dépêche intitulée "Incident gréco-yougoslave", adressée à Georges Bidault, Ministre des Affaires Etrangères, le 18 mars 1946 ; Z.Europe. 1944-1949. Grèce. URSS - Grèce - Yougoslavie (25 août 1944 - 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>13</sup> Télégramme n° 616, Athènes, le 23 août 1946 ; Z.Europe. 1944-1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>14</sup> Télégramme n° 658, sans signature, Athènes, le 7 septembre 1946 ; Z.Europe. 1944-1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>15</sup> Vaux Saint Cyr, Ambassadeur de France en Grèce, par une dépêche intitulée "Avion grec ayant fait un atterrissage forcé en territoire yougoslave le 6 septembre 1946", adressée à Georges Bidault, Ministre des Affaires Etrangères, le 28 septembre 1946 ; Z.Europe. 1944-1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>16</sup> *Ibidem.*

<sup>17</sup> La Légation de la République Fédérative Populaire de Yougoslavie en Grèce, Note verbale n° 361 (en copie), pour le Ministère des Affaires Etrangères Hellénique, le 10 septembre 1946 ; Z.Europe. 1944 – 1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>18</sup> Le Ministère grec des Affaires Etrangères, Note verbale n° 361 (en copie), pour la Légation de la République Fédérative Populaire de Yougoslavie, n° 26442, page 41-43 ; Z.Europe. 1944-1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>19</sup> Vaux Saint Cyr, Ambassadeur de France en Grèce, télégramme à l'arrivé, n° 738 ; Z.Europe. 1944 – 1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>20</sup> Télégramme à l'arrivé, n° 688, Athènes, le 18 septembre 1946 ; Z.Europe. 1944 – 1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>21</sup> Télégramme à l'arrivé, signée S.S., n° 702-703, Athènes, le 26 septembre 1946 ; Z.Europe. 1944-1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>22</sup> *Ibidem.*

<sup>23</sup> Le Ministre des Affaires Etrangères, par une note intitulée "A.s. activité de bandes armées dans le Nord de la Grèce", adressée au Général Juin, Chef d'Etat – Major de la Défense Nationale, le 12 novembre 1946 ; Z.Europe. 1944 – 1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>24</sup> *Ibidem.*

<sup>25</sup> Télégramme à l'arrivé, n° 54, Athènes, le 22 janvier 1947 ; Z.Europe. 1944-1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>26</sup> Jean Payart, l'Ambassadeur de France en Yougoslavie, par une dépêche intitulée "Attitude des autorités yougoslaves à l'égard du Ministre de Grèce", adressée à Georges Bidault, le 12 mai 1947 ; Z.Europe. 1944-1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>27</sup> *Ibidem.*

<sup>28</sup> *Ibidem.*

<sup>29</sup> Vaux Saint Cyr, Ambassadeur de France en Grèce, par une dépêche intitulée "Départ de l'attaché militaire grec de Belgrade", adressée à Georges Bidault, Ministre des Affaires Etrangères, le 22 mai 1947 ; Z.Europe. 1944 – 1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>30</sup> Jean Payart, l'Ambassadeur de France en Yougoslavie, par une dépêche intitulée "Nouveau procès d'espionnage", adressée à Georges Bidault, le 12 mai 1947 ; Z.Europe. 1944-1949. Grèce. URSS – Grèce – Yougoslavie (25 août 1944 – 30 juin 1949), dossier 68, MAE Quai d'Orsay

<sup>31</sup> *Ibidem.*

## The London Conference of Foreign Ministers (September-October 1945) and the Peace Treaties with Germany's Former Allies

(I)

Alin Matei

The London session of the Council of Foreign Ministers in September 1945 can be catalogued as a landmark of the origins of the cold war but, surprisingly, it has not received the attentions it deserved. While historians repeatedly acknowledged its role as a symbol of the rapid degradation in inter-Allied relations, it was very often dismissed as a secondary development; its details were neglected or, even worse, were distorted to fit different sets of interpretations about "atomic diplomacy", Soviet reactive policies, etc.

The CFM as an institution was largely born out of American fears and visions about and of the post-war world. The Council was the best possible compromise between the different sets of pressures which influenced the decision to create it. It was meant to become a Great-Power forum which was supposed to take the burden of peacemaking off the shoulders of the UN. Moreover, the State Department wanted to avoid repeating what it saw as the fundamental flaws of the Versailles Peace: the unwanted inclusion of medium and small Powers, the prolonged negotiations, the involvement of the Heads of State. The U.S. officials were also interested in applying the lessons of the inter-Allied negotiations during the last war: the partial failure of the European Advisory Commission for lack of political weight, difficulties in negotiating with anyone other than Stalin or Molotov. Equally, the Council was an opportunity for high-level personal diplomacy.

In the end, however, the Council was crushed under the weight of the peacemaking agenda as the three main Allies entered the post-war period unable to agree unambiguously upon several basic principles

which were to govern their *post-bellum* behaviour. Yalta and Potsdam were exercises in ambiguity and even what should have been a straightforward act – the foundation of the Council of Foreign Ministers – was marred by hurried negotiations, major differences, and an ever-present willingness to paper over those misunderstandings, even when they were poised to generate more trouble later. Thus for example the procedural stalemate which provided the formal explanation of the London Conference's failure was really the result of a fifteen minutes meeting in Potsdam between Molotov, Byrnes, and Eden on 20 July 1945 during which the Anglo-American representatives failed to grasp the differences between the negotiations of the past few days and the written agreement which resulted from the lightning meeting.<sup>1</sup>

Since the Potsdam Conference did not set clear limits for the Council's agenda and the peacemaking process had much larger implications for the configuration of the post-war world, the negotiation of the peace treaties became intertwined with issues which brought into the discussion the very nature of the relationship between Soviet Russia and the West: the future of Eastern Europe could not be separated from the problem of the Allied control in Japan, the so-called "Anglo-Soviet cold war" in Turkey and Iran,<sup>2</sup> the British attempts to organise a Western European system or the issue of atomic energy. Furthermore, as it was bound to happen, difficulties in one peace treaty bore upon all others, leaving British officials, for example, to wonder whether Soviet demands in North Africa were genuine or whether they were tactical responses to the Western activism in Romania and Bulgaria.

The failure in London was the corollary of Roosevelt's equivocal legacy for inter-Allied relations as symbolized by the Yalta Declaration on Liberated Europe. Despite the still persistent image, Roosevelt did not entertain illusions about Soviet behaviour in Eastern Europe, but he hoped that a continued show of goodwill would in the end moderate that behaviour. In addition, Roosevelt had a much more nuanced view on spheres of influence than he led the Soviets or his own officials to believe.<sup>3</sup> Although Roosevelt's prestige and authority would have given him more space to manoeuvre after May 1945, later debates about what Roosevelt would have done had he lived were almost entirely futile since the Truman administration acted in a completely different context: victory in Europe was past while Soviet conduct in Poland and Romania or towards Turkey raised questions about the future.

Initially, the negotiation of the peace treaties and the carrying out of the Yalta Declaration were approached separately, but the American refusal to extend diplomatic recognition to the new regimes in Bulgaria, Hungary, and Romania blurred any previous distinctions.<sup>4</sup> The failure at Potsdam to do more than simply acknowledge the divergences regarding the representative character of the governments in question and the status of the Allied Control Commissions meant that the CFM was now forced to deal with them. Additionally, the Soviet refusal to discuss the political crisis in Romania, a "liberated territory" transferred to the Council the entire debate concerning the reorganization of the Allied Control Commissions, as well as their agenda. As a consequence, the Council became, at least during its London session a substitute for the projected Emergency High Commission for Liberated Europe,<sup>5</sup> a development resented by the Soviets who feared a potentially hostile majority in the Council, an unwelcome prospect as it could entangle Soviet strategy in Eastern Europe.

The central dilemma for the Anglo-Americans was how to preserve the cooperation with the Soviets while redefining its terms. They had already tried it at Potsdam,

but the risk of complete failure had been unacceptably high. The Soviets had a somewhat similar dilemma since the creation of a belt of "friendly" states raised several questions. How were relations with the ex-allies to be managed so that the Soviet objectives in Eastern Europe would be recognized as legitimate and would not lead, at least in the short term, to a complete collapse of the Grand Alliance? Secondly, how was Soviet control going to be imposed so as to prevent potential civil conflicts which would have made very dangerous even a very limited Western intervention?<sup>6</sup> Preserving at least the semblance of cooperation with the Anglo-Americans would be essential if the right answers were to be found. Implicitly, the peace treaties offered themselves a large part of these answers: they would have legitimized both Soviet objectives and the instruments used to fulfil them (pro-Soviet governments, reparations, military presence). Achieving diplomatic recognition for the Romanian, Bulgarian and Hungarian governments represented the nucleus of the Soviet agenda for London, but this was far from being the sole aim; Stalin wanted also to pursue the goal of a Soviet presence in North Africa, to get the largest possible share of the Italian reparations, to support Yugoslav territorial demands, to accelerate the repatriation of Soviet citizens.

One of the most persistent hurdles on the way towards a compromise in Eastern Europe was the Soviet leadership's inability to grasp the significance of Eastern Europe for inter-Allied relations. During the private meetings Molotov had with Byrnes in London the Soviet Foreign Minister repeatedly proclaimed his conviction that a hidden agenda was behind the Anglo-American attempts to force Groza's resignation. There is much to the argument that all these were firstly part of the negotiating tactics used by the astute Soviet minister, but we can also ask ourselves if the Soviet leadership really understood the impact Russian policies in Eastern Europe had on the survival of the Grand Alliance.

In effect the Eastern European objectives of the two camps were irreconcilable in two cases: if the Anglo-Saxons aimed at recreating

the *cordon sanitaire* on the Western borders of the Soviet Union or if the latter intended to bolshevize the region.<sup>7</sup> The compromise solution – a Soviet open sphere of influence – could offer but an extremely fragile basis for negotiation, especially if we take into account the traditional enmity between Russia/Soviet Union and its Western neighbours, the latter's political configuration<sup>8</sup> as well as the nature of the Stalinist system itself. The mixture of ideological isolationism and drive towards international recognition of its Great Power status, of "ideological purity" and territorial expansion (it didn't matter if the final objective was achieving security or exporting revolution – the two were complementary, not mutually exclusive) meant that an autonomous Eastern Europe was not really a choice for Russia. The Soviet Union strove to establish a "geo-ideological" security zone in Eastern Europe.<sup>9</sup> Furthermore, during a period of economic prostration and American atomic monopoly, the concept of an open sphere was bound to be nonsensical for the Soviets. Thus, lacking economic power on a scale comparable to that of the United States and being patently unable to offer an appealing ideological model, the Soviet Union could not afford such an "enlightened" sphere of influence.<sup>10</sup>

As for the Western readiness to accept the creation of an open Soviet sphere, it has been recurrently signalled both by Churchill and Roosevelt, although this acceptance was conditioned by Soviet tactfulness in establishing and strengthening it.<sup>11</sup> Soviet brutality in Poland, Romania, and Bulgaria not only made inter-Allied relations more difficult to manage, but bode future trouble as the question of Soviet real intentions regained its urgency. To put it succinctly, a completely subservient Eastern Europe could be very well a security belt, but it could also very easily become a springboard for future aggression.

Both the American and British officials acknowledged their own inability to exert direct influence on developments in regions close to the Soviet border. They could not challenge Soviet authority in Eastern Europe; they could only attempt to modify the nature

of that authority.<sup>12</sup> From this point of view, American policy was very consistent throughout most of 1945 as the intention to discuss in London the issue of the Romanian and Bulgarian governments was simply a continuation of the proposals for tripartite responsibility in liberated territories. Refusing to grant diplomatic recognition to the Soviet-backed governments in Bucharest and Sofia meant using diplomatic instruments in order to modify Soviet behaviour and set certain acceptable limits, to "dilute" what threatened to become a hermetically closed sphere of influence.

At the same time Anglo-American strategy and arguments were never taken to their logical conclusion, beyond requesting the reorganization of East European governments and free elections.<sup>13</sup> Was such an open sphere compatible with the medium and long-term preservation of Soviet influence in the region? What would happen if these elections were won not necessarily by anti-Soviet forces, but by political parties traditionally favourable to the West? The only way out of this conundrum would have been the guarantee that these pro-Western forces would maintain a friendly attitude towards the Soviet Union. It was not impossible since any realist would have understood that the balance of power in Eastern Europe had shifted dramatically in favour of the USSR, but it was unlikely to govern the polarized political climate. To allow an autonomous political evolution would have meant to risk relegating the Communist parties to the background and implicitly lose the only trustable guarantee. These fundamental questions remained unanswered and, in some cases, they were never asked in the first place.<sup>14</sup>

An open Soviet sphere of influence would have required a fundamental change of the Soviet system itself. Lacking this, Soviet Union's central aim in most liberated territories was the establishment of absolute control.<sup>15</sup> The paranoiac suspicion and the tendency to see behind any Western action the same absolute cynicism that was its own defining characteristic prevented the Soviet leadership from reaching a compromise on

this issue.<sup>16</sup> Soviet behaviour in areas it controlled directly could only be a replica of its political culture and environment.

Things were not made easier by the absence of any wartime agreement regarding the limits and nature of the Soviet sphere of influence, each of the two sides feeling free to construe the vague informal arrangements.<sup>17</sup> The latter had to meet simultaneously the demands of Western domestic politics and the requirements of Grand Alliance politics and meet they did but the result was that the American public opinion expected free elections in Eastern Europe while the Soviets believed they had a free hand.<sup>18</sup> The burden of this ambiguity was to prove fatal once the common enemy was no longer.

On the other hand, Soviet policies, if they were meant to ensure continued cooperation with the Allies, could hardly be more inopportune as they were not merely

### Atomic Diplomacy?

Revisionist historian<sup>20</sup> stated again and again that the CFM London session in September-October 1945 was no less than an attempt to permeate the Soviet sphere with the help of American atomic monopoly. In reality, although far less dramatic, the main diplomatic weapon used in London was simply the refusal to grant recognition to the Romanian and Bulgarian governments and the implicit refusal to sign peace treaties. From this point of view American actions were consistent with the attitudes of the pre-atomic age.

This does not mean that the atom bomb did not play a role in overrating the effectiveness of the American strategy in London (although one would have to doubt if there ever was such a strategy in London) and in making Soviet policy even more unyielding. The very existence of the revolutionary weapon probably had a greater impact on Soviet behaviour; the American diplomatic aggressiveness was considered the direct result. Molotov's refusal to grant even the slightest concession can be interpreted as part of a preventive attack intended to counterbalance the diplomatic consequences

conceived to counter any interference in its own sphere of influence, even at the price of destroying any appearance of cooperation, but to dispute the dominant position the other Great Powers enjoyed in regions they thought vital for their security. Even if the reasons were arguably defensive or tactic, the British and Americans were bound to see them as indications of a pattern already revealed in Eastern Europe.

For many Westerners the very creation of the CFM signalled the Soviets' willingness to continue collaborating with Britain and the United States. But since the new organization was "condemned" to address the question of the Romanian, Bulgarian and Hungarian governments' representativeness, the Council was responsible for redefining the fundamentals of the Grand Alliance. Thus the viability of the new international order was going to be put to the test for the first time.<sup>19</sup>

of the bomb. Therefore Stalin decided to greet the American atomic monopoly with a mixture of arrogance and derision<sup>21</sup> and the London Conference offered the ideal environment. Molotov's behaviour was described as "reverse atomic psychology": the Soviet Foreign Minister repeatedly ridiculed the significance of the atomic bomb, even stating while supposedly inebriate "We have it [the atomic bomb]". Otherwise Soviet officials failed to manifest publicly any concern for the American atomic monopoly, refrained from identifying it as a threat to Soviet security and did not denounce the US for pursuing an "atomic diplomacy".<sup>22</sup>

Nonetheless, with or without atomic weapons, denying recognition to the three East European governments put American policy on a direct collision course with the Soviets especially so if we agree that one of Stalin's central objectives was to provide diplomatic protection to the still frail communist or pro-communist regimes in the area.<sup>23</sup> The Secretary of State could not envisage using the threat of nuclear war, but could hope to use the prospect of an



international system for the control of atomic energy – or the lack of it<sup>24</sup> – to extract concessions on the peace arrangements in Europe. Byrnes applied both strategies throughout the last months of 1945.

The decision to use the A-bomb against Japan was overwhelmingly a military decision. Byrnes' opinions about the diplomatic advantages of the new weapon – not at all unnatural since he was leading the American diplomatic apparatus – were not debated within the administration before Hiroshima and Nagasaki.<sup>25</sup> An announcement to the world regarding Washington's intention to establish an international regime for the control of atomic energy was simply an impossibility given the brief interval between the first atomic explosions and the London CFM session as it would have entailed preliminary discussions with the British, and, more importantly, securing a favourable consensus both within the administration and the Congress. This however should not obscure the fact that at the beginning of September there were important members of the administration who warned against delaying an atomic agreement as it would have a devastating effect on current American-Soviet relations.

Since Stalin saw the A-bomb as upsetting the military-diplomatic balance, any American display of doggedness in London was bound to be interpreted as "atomic diplomacy". His initial reaction to Truman's announcement in Potsdam showed this much.<sup>26</sup> Whether or not Byrnes had an atomic bomb "in the pocket", Soviet behaviour during the London session would be the same.

Furthermore, some historians displayed the tendency to approach the behaviour of the American delegation in London in a rather reductionist manner, all in an attempt to give credibility to the concept of an "atomic diplomacy". But, as this article will try to demonstrate, American policy evolved significantly both between the climax of the political crisis in Bulgaria and Romania and the beginning of the London session and throughout the Conference. During the last days of the meeting the States Secretary did

everything possible to avoid a failure, even at the price of completely reversing his initial stance.

In conclusion, "atomic diplomacy" seems too powerful a phrase.<sup>27</sup> At the same time there is no doubt that the two atomic blasts represented a crucial part of the background because the very existence of the new weapon (an inescapable reality) seemed to offer an implicit advantage to those who possessed its secret, while the Soviets were determined not to budge for fear that any concession would create the impression that the impact of the American atomic monopoly was felt even within the walls of the Kremlin.<sup>28</sup>

The first CFM session began on 11 September 1945 and ended in total stalemate on the October 2<sup>nd</sup>. The main delegations were led by some of the central characters of the era. In what was, at least for the American Secretary of States, an exercise in personal diplomacy, their different personalities could not but play a crucial role, as did their positioning in the domestic power structure: Byrnes, the consummate practitioner of the art of compromise, the could-have-been president who had to reconcile with the role of could-be universal peacemaker, hostile to the State Department bureaucracy and having a complicated relationship with president Truman;<sup>29</sup> Bevin, the anticommunist trade-unionist, defender of British imperial interests, hot-tempered and sometimes liable to fall into Molotov's traps; the Soviet Foreign Minister, imperturbable, almost inhuman in his ability to hide any emotion, absolutely loyal to his leader but a target nonetheless for his master's efforts to reassert his authority. Unfortunately for them, Byrnes, Bevin and Bidault did not fully understand that Stalin's control in foreign affairs was total or that Molotov was by no means an autonomous actor. Even when Stalin rejected at the end of September Truman's and Attlee's appeals for a more conciliatory stance, the general impression was that the Soviet leader was in fact the prisoner of his Foreign Minister's inflexibility.

The preparatory activity began in Washington and London immediately after the end of the Potsdam meeting and revealed the

existence of a certain amount of optimism on both sides of the Atlantic. This state of mind was certainly misplaced since a great part of the success in Potsdam was due to the possibility of deferring of some of the thorny issues to the Council of Foreign Ministers. This optimism was far from being unanimous. As the French ambassador observed, some British officials had concluded after the Berlin Conference that the "negotiations have been extremely unwieldy and the solutions to many of the problems will have to be reached by the Conference of the Foreign Ministers, the creation of which was the most visible success of the meeting, if not the only one".<sup>30</sup> However, the Foreign Office hoped, for example, to reach an agreement on the general lines of the treaty with Italy after a few meetings,<sup>31</sup> while the State Department devoted great energy to organizing the work of the special deputies of the Foreign Ministers, expecting evidently that the latter were going to reach a compromise fairly easily. During the trip to London, Byrnes told a journalist that it would take three weeks at most to reason the Soviets out.<sup>32</sup> On 8 September 1945, during a meeting with the Soviet chargé d'affaires, Novikov, Dean Acheson, recently appointed Undersecretary of State, stated that Byrnes hoped to be back in Washington after two or three weeks, while the Soviet diplomat preferred to be more cautious. Given the outcome of the wartime inter-Allied negotiations it is probable that Stalin and Molotov were themselves fairly confident.<sup>33</sup>

Anglo-American optimism may seem excessive in retrospect, but the London Conference was to prove in many ways a new experience. They had to face up to the post-war realities and had to deal with an increasingly uncompromising Soviet position at a time when they felt they had gone as far as they could to reach a compromise. The American upbeat attitude was at least partly responsible for the US failure to reach a preliminary understanding with the British. The other reason was the effort to avoid the common charges emanating from the Congress for subordinating US policy to

British interest and the routine Soviet accusations of ganging-up. Nonetheless, throughout the conference the appearance of unity was maintained thanks to the constant British attempts to bring the two foreign policies into line as an antidote to the rising tensions between Great Britain and Russia.<sup>34</sup> Exploitation of the failure to present a common Anglo-American front represents the most satisfactory explanation for the all-out Soviet offensive against British interests in the Mediterranean. Anglo-American disunity could be exposed if only the Americans' refusal to support British imperial interests could be brought to the surface.

Obviously, from Whitehall's point of view the main point of interest on the agenda was the peace treaty with Italy. While many British officials believed that nothing could come of any efforts to counter Soviet policy in the Balkans, in Italy no effort was to be spared in order to avoid the situation developing on the same pattern. Any Soviet involvement in Italian affairs was unwelcome even if this meant giving up having any say in Bulgaria, Hungary or Romania. At least this is what general Alexander, Allied commander of the Mediterranean theatre thought.<sup>35</sup> Such a *quid pro quo* was highly unlikely. After the Bulgarian political crisis had reached its climax at the end of August with the postponement of the elections, Bevin was determined to break the vicious circle which made any Soviet concessions in Italy on Western compliance in Eastern Europe. A separate peace treaty with Italy offered one possible answer.<sup>36</sup> This apparent determination underlines one of the fundamental ambiguities of the British policy in Europe in the aftermath of the Second World War because Bevin's reaction lends itself to a twofold interpretation, although the practical consequences were essentially the same: either as acquiescence of Europe's division or as a rejection of spheres of influence coupled with an admission that Eastern Europe was beyond Britain's reach. Countless contemporary British documents contain implicit references to the spheres of responsibility in Europe. Nevertheless, a

substantial ambiguity survived as there was a fundamental contradiction between the messages that the Foreign Office exchanged with British representatives in Romania, Hungary and Bulgaria and British diplomats' activism on the one hand and the tendency to pursue a "quiet diplomacy" in the area on the other hand.

Two main causes account for this lack of precision: firstly, the certainty the policy of Soviet exclusion from Italy was inherently weakened by pursuing an active policy in the Balkans; secondly, the perceived need to follow the American lead in Eastern Europe. Even if the effectiveness of the American policies was considered doubtful and there were risks involved, British officials saw even greater risks in proceeding independently.

The peace treaties with Germany's ex-satellites had the potential to undermine the post-war relations between the three Great Powers. The requirements of alliance politics had temporarily silenced the disagreements regarding Eastern Europe and, after all, "the Balkan states played a relatively small role in inter-Allied relations for the greater part of the war".<sup>37</sup> The Potsdam decision to give priority to the peace treaties with Italy and Germany's ex-satellites dramatically reversed the situation and placed the Balkan states at the centre of the first post-war test of inter-Allied relations.

The US perseverance – entirely predictable given the talks in Potsdam – in refusing diplomatic recognition to the ex-enemy governments gained renewed significance as the political conditions deteriorated, especially in Romania and Bulgaria. While in the case of the former the Potsdam Conference encouraged the opposition parties and the King in their belief that the Anglo-Americans were going to support a change of government, in Bulgaria things were bound to come to a head with the approach and then postponement of the elections scheduled for August 24. The postponement of the Bulgarian vote and the American role in the onset of the Romanian constitutional crisis are vital in any attempt to understand US policy during the London Conference.

Somewhat dissatisfied by his government's passivity and given the improbability of Western actions to prevent fraudulent elections taking place in Bulgaria, Harriman wrote back to Washington on 9 September 1945 that the United States should at least follow the British example and pass to the press relevant information to the press. "I think this is the least we can do."<sup>38</sup>

Things were not however as grim as the British and American ambassadors saw them from Moscow. On the previous day British Foreign Secretary Bevin asked Balfour, the chargé d'affaires in Washington, to convey to the State Department Britain's intention to intervene in the Bulgarian political crisis and to ask for American support. Current electoral law in Bulgaria was unacceptable and the resulting government could not be recognized. All these should be stated very clearly and publicly, thought Bevin. In spite of this British attitude was far from unequivocal. The Foreign Secretary emphasized that refusing to recognize the Bulgarian government "as representative" did not and should not affect *de facto* relations. The latter operated in the realm of practical considerations.<sup>39</sup>

Although encouraging, the rejoinder from Washington showed that the State Department intended to follow a parallel line. Balfour found out the next day during a meeting with Dunn, Byrnes' future deputy in the Council of Foreign Ministers, that the Americans envisaged sending a protest note themselves, even if the general situation in Bulgaria and not the flaws of the electoral legislation provided the main argument for refusing to recognize the government thus elected. While Dunn's memo to Byrnes after the meeting simply recommended action before the elections, Balfour's version of the conversation offered an explanation for the American choice: avoiding references to the non-democratic electoral legislation left the door open for a subsequent recognition of the government.<sup>40</sup> The State Department did not want to take step which could have hindered a compromise.

During the two days that followed Byrnes took the decision to communicate to the

authorities in Sofia that the United States was unable to recognize the government which would have resulted from the elections and the American representatives acted accordingly on 13 August. The aim however was not only to warn Sofia of post-electoral difficulties, but also to achieve an immediate influence on the course of the political struggle in Bulgaria. The major divergences between Moscow and Washington could not be more flagrant when on 14 August general Biriusev, the president of the Allied Control Commission, notified the Bulgarian government of the Soviet decision to renew diplomatic relations.<sup>41</sup> In this way the Soviets were positioning themselves for the London Conference, and, more urgently, they tried to counter the impact of the American note on the government of the Fatherland Front.

The prompt reaction in Washington caught the Foreign Office off-balance, but, given Bevin's preoccupation to ensure a coordinated Anglo-American policy in Eastern Europe, the response was equally swift. On 20 August Bevin criticized vehemently the situation in Bulgaria and a note to Sofia announcing London's decision to deny recognition to any government resulted from the elections followed immediately.

One must not discount the importance of pressures coming from the periphery, from the British diplomats in Bulgaria. Houston-Boswall, the British political representative in Sofia, was able to portray the situation in terms of a conflict between democracy and totalitarianism which was about to reach a decisive stage. Consequently, a determined Western reaction could be equally decisive. Houston-Boswall was arguably right when he stated that the crisis in Bulgaria represented a unique opportunity. The Soviets could counter the political stalemate and the Western pressures only through a forceful and plainly visible intervention, but "it is a well-known fiction (to which the Russians adhere very pertinaciously) that the USSR, which operates by fifth-column methods through local Communists, never interferes with the internal affairs of another country".<sup>42</sup>

The British efforts to align the two countries' policies were met with indifference at the State Department. Balfour's official demarche on 9 August received an official reply on 20 August, in fact a public statement already two days old.<sup>43</sup>

US actions throughout the following weeks and the constant lack of preliminary consultations led to an increasingly tensed relationship between Bevin and Byrnes which would reach its low point in Moscow in December 1945. When, on 24 August, Bevin warned Byrnes that "the time has come to decide whether or not to acquiesce in this block of [East European] countries remaining indefinitely in the Soviet sphere of influence" and that it was vital to find the right instruments to achieve such objectives, his irritation was apparent:

"There is a danger that uncoordinated methods of handling this very delicate and important problem may lead to the two Governments failing to combine their policies to the greatest advantage. As an example in point, the United States Government took a separate initiative in Roumania against the Groza Government. In Bulgaria, although a joint policy was in essentials agreed upon, the United States political representative acted somewhat in advance of His Majesty's Government in regard to the coming elections. It seems clear that in challenging, as the American and British Governments have done, the predominant position which the Soviet Government was built up for itself in these two countries, the two Governments are embarking upon a course which will call for the most careful navigation."<sup>44</sup>

The intention at the top of the Foreign Office to set clear objectives, find appropriate instruments and establish how far the Anglo-Americans were able or willing to go in confronting the Russians was reasonable enough, but the absence of a reply from Washington was more than anything else a consequence of the fact that Byrnes did not have the answers and was not really exerting

himself to find any. How far were the Western Allies supposed to go was an issue that Byrnes was forced to confront that very day. Faced with Barnes' desperate pleas for action and before receiving news about the Bulgarian government's decision to postpone the elections, the State Secretary informed him that the "[State] Department is not making representations to Moscow nor can it support your action."<sup>45</sup>

Faced with this apparently coherent Anglo-American front, dealing with a political crisis which prevented them from maintaining even the appearance of democratic practices, aware that such a concession was only temporary and could be of tactical utility, the Soviets accepted, to the surprise of the Bulgarian Communists, to postpone the elections, hoping thereby to undermine the Western refusal to extend diplomatic recognition to the Romanian, Bulgarian, and Hungarian governments.<sup>46</sup> Soviet objectives revealed themselves throughout the conversations: the setback was in reality a minor one; the real important issue was preserving the structure of the government in Sofia. Acknowledging the fundamental weakness of the Western position in Bulgaria, Stalin observed that the Bulgarian opposition had to be allowed to manifest itself if this was the price to pay in order to avoid a breakdown in inter-Allied relations.<sup>47</sup> At the same time, Bulgaria provided an important lesson for the Soviet leaders as to the negative impact a convergence between Western pressures and domestic political crisis could have.

Arguably more important was the Anglo-American analysis of the Soviet decision as it was vital in moulding the Western policies during the London session of the CFM. Reactions in Washington and London were substantially different. The Foreign Office admitted that the postponement of the Bulgarian elections was "more than we had expected", but warned that it was only a small step forward. One of the possible results could be elections "held in a few weeks' time with the simple difference that the irregularities are more effectively camouflaged."<sup>48</sup> It was without a doubt a setback for the Soviet Union

and the Bulgarian communists, but it was equally obvious that the Soviet policy was essentially unaltered.<sup>49</sup>

On 30 August the State Department delivered its own evaluation of the temporary outcome of the Bulgarian crisis. Barnes could find out that despite British reticence officials in Washington "feel that the moral effect of postponement not only in Bulgaria but also throughout the Balkans will contribute greatly to development of events in that [democratic] direction and we are consequently anxious that no subsequent steps be taken which might detract from that victory".<sup>50</sup> Thus officials in Washington, including state Secretary Byrnes, expected this "victory" to have a regional impact and overestimated the importance of Western actions in forcing a Soviet concession. This largely explains American firmness during the first days of the London Conference. At the same time, Byrnes' message to Barnes on 24 August revealed already how far the United States was willing to go in confronting the Soviets. Choosing the "victory" in Bulgaria as a probable precedent for subsequent evolution of Romania, Hungary or Bulgaria, Byrnes disregarded the fact that the complete stalemate in Romania could very well play the same role. Accordingly, the "temporary setback" for the Soviets in Bulgaria became in the weeks that followed the foundation for the US policy towards the defeated states in Eastern Europe.

In a sense the American analysis was correct. If the combination between external pressures and domestic crisis was the most effective instrument the Western Powers had at their disposal then the negotiations for the peace treaties offered the ideal environment to exert those pressures. Both the merits and limits of such a policy were clearly visible: the rapid conclusion of the peace treaties was a sensitive issue for the Soviets and denying them to the pro-Soviet governments in Sofia, Bucharest - or Budapest - could encourage opposition forces. But if this was in all probability the right moment since the domestic political crisis in Bulgaria and Romania created a window of Soviet vulnerability - and it was more fictitious than

real —, this did not justify choosing the Bulgarian case as a pattern for the future while ignoring Soviet success in blocking any change in Romania.

Moreover, the success in Bulgaria made a success in Romania even less likely. As one British official argued at the beginning of September, just before the start of the CFM in London, the postponement of the Bulgarian elections provided the most unfavourable background to the negotiations in London since the Soviets could not allow their momentary failure in Bulgaria to set an example for other states in the area and especially in Romania where their security interests were vital.<sup>51</sup> Five days before the London Conference, Clark Kerr, the British ambassador in Moscow wrote to Bevin that the extraordinary American power explained Stalin's relative moderation in Bulgaria and Romania during the past few weeks, but warned his Minister that the Russians "do not intend to let the Balkan situation to get out of hand."<sup>52</sup>

This reading of the events was reinforced by the generalized British scepticism regarding the real significance of the "victory" in Bulgaria. The different political configuration in Romania would have prevented the Soviets from making similar concessions as their position and that of the Romanian Communist Party would have been unacceptably weakened.

The case of Romania is perhaps more telling. The American diplomats played a crucial role in the outbreak of the constitutional crisis caused by Prime Minister Groza's refusal to resign in August 1945. Even before that Romania had played an increasingly important role in Soviet-American relations and, after Potsdam, it largely replaced Poland as a test case for Soviet intentions in Europe.<sup>53</sup>

The political crisis in Romania was in many ways a microcosm of American policy in Eastern Europe, of the conflict between the American global strategy built on the principle of US-Soviet cooperation and American policies in areas where Soviet behaviour ran directly counter to this strategy. More than anything else however, it was a test for the

discrepancy between declared American aims and means available to achieve them. In Romania too the tensions had reached unprecedented levels. The monarchy was highly popular and had the potential to play a critical role, the traditional parties were still powerful while the relations between the Communists and their fellow-travellers (mainly Social-Democrats) worsened. A defeat for the Romanian Communists — Groza's resignation — so soon after the postponement of the elections in Bulgaria would have created an inadmissible situation from the point of view of Soviet interests in Eastern Europe.

All these made even more important the question of how far the American initiatives should go. Immediately after the Potsdam Conference, the State Secretary was warned by the political representative in Romania, Melbourne, that the Romanians believed the interval up to the London Conference to be crucial. In the same message the American diplomat confirmed that the King would take no initiative if Anglo-American support was not forthcoming.<sup>54</sup> At that time, the instructions issued by the State Department on 21 June 1945 continued to govern the the political representative's actions.<sup>55</sup> It meant among other things forgoing the political crisis in Romania as an asset for the coming negotiations in Potsdam. The failure to reach a compromise changed the situation dramatically.

Byrnes wanted to bring again the situation in Romania to the fore of inter-Allied negotiations. A renewed political crisis would have allowed him to link two essentially separate issues — the peace treaty and the domestic crisis in Romania — and to overcome the expected Soviet refusal to discussing the fate of the government in Bucharest. Nonetheless the State Secretary was not impervious to one vital factor: their close association with the Western powers represented for the time being a source of vulnerability for the Romanian opposition parties. These conflicting pressures led to vacillations and a new set of ambiguous instructions for Melbourne:<sup>56</sup> the outbreak of a crisis was to be encouraged but the American

involvement had to remain inconspicuous. Groza's firm refusal to resign and the staunch Soviet support rapidly exposed the limits of the American initiative and, on 25 August, when the crisis was reaching its climax Byrnes asked Melbourne to avoid any contacts with Romanian leaders.<sup>57</sup> Byrnes was therefore fully aware that any degree of identification between the opposition in Romania and the Western Powers could only force the Soviets to identify themselves with the fate of the Romanian Communists. The confrontation developed quickly into a domestic and international stalemate. Washington's repeated attempts to call upon the Yalta Declaration on Liberated Europe failed, but in a sense Byrnes knew he did not have to worry: the Soviets would not be able to avoid the Romanian issue during the London Conference.

Throughout this whole period British policy in South-East Europe was built on a paradox: the initiative was being relinquished to the Americans while at the same time Britain was trying to guide American activism. Bevin was certainly mindful that the two Western Powers – and especially Britain – could not have viable separate policies in Eastern Europe. Britain's was the end corollary of a plurality of influences and one of the most powerful was without a doubt the American attitude. Things were nonetheless more complicated. The decision to follow the American lead in Bulgaria, Romania and Hungary did not end the debate within the British government as to the ultimate Russian objectives in those countries. The ever-present ambiguity towards the Soviet Union continued unabated.

If one tried to define Whitehall's frame of mind on this specific issue using a single word, it would have to be "scepticism". Scepticism about the Soviet desire to cooperate, scepticism about the possibility of pursuing a substantive Anglo-American policy in Eastern Europe, and scepticism about the approach the State Department had chosen. The revival of the Yalta Declaration seemed to the Foreign Office to be a lost cause and could do more harm than good since any such

attempt would only expose Western impotence in the area.<sup>58</sup> As we have already shown, while the State Department tended to emphasize the significance of the "Bulgarian victory" and its value as a precedent, the Foreign Office officials believed that the Soviets could not allow it to become a precedent. They were also more acutely aware of the immediate consequence such Western initiatives could have for the democratic opposition forces. Bevin explained his own scepticism in a telegram to Le Rougetel, the British political representative in Romania, on 18 August 1945:

"I have been reluctant to authorise you to give any advice or encouragement to the King and the opposition party leaders because we should be quite unable to protect them from the consequences of an attempt, constitutional or otherwise, to overthrow the present Government. Even though the Americans are now intervening vigorously in Romanian internal affairs we still cannot assume this responsibility."<sup>59</sup>

Conflicting signals coming from British diplomatic representatives in the region and from the Americans increased the uncertainty. The fact that before the Potsdam Conference the preferred strategy for the British had been the rapid conclusion of peace treaties – the exact opposite of the American option – did not help very much. British officials hoped that once the treaties were signed the Soviet troops would withdraw and the countries in question would regain a reasonable degree of autonomy.<sup>60</sup> How the Soviets could be determined to accept peace treaties which undermined their interests in the long run they did not say.

The Foreign Office had been baffled to find out that the Americans were pursuing a policy it saw as ineffective and even dangerous. Delaying the peace treaties could only push the regimes in question on the road towards totalitarianism. The decision to pursue an independent line at Potsdam was confirmed by Halifax, the ambassador in Washington, a day before the start of the

Conference when he wrote to Eden that the State Department had not even considered the possibility of failing in their diplomatic offensive.<sup>61</sup> Despite this Anglo-American differences were never allowed to come to the surface and in the end the British independence of thought did not manifest itself throughout the Conference.

As we have already stated, the Americans were right to insist that the peace treaties offered a one of a kind opportunity to exert pressure on the three regimes, even if they overestimated their effectiveness. At the same time, the sceptics in the Foreign Office were also right to insist that the Soviet sphere could not be opened if the Anglo-American insisted on using an instrument – the conclusion of the peace treaties and implicitly the diplomatic recognition of the three governments – which the Soviets planned to employ in order to “legalize”, to legitimize their own sphere of influence. The American strategy set the two sides on a collision course.

The experience in Potsdam and in the following weeks eroded swiftly Britain’s willingness to follow an independent line on the issue of the peace treaties. Under the new administration they quickly became just another brick at the foundations of a reinforced Anglo-American relationship. The consistency displayed by the Americans during the Conference on the question of the peace treaties, Stalin’s deceiving moderation in accepting the right of his partners to question the democratic credentials of the three East-European governments<sup>62</sup>, Churchill’s unwillingness to pursue a policy which would have placed Britain and Russia on one side and the United States on the other, the immense number of issues where American support was considered crucial, the coming negotiations for an American loan, all played a part in the reversal of the British policy. Bevin wrote to the ambassador in Moscow on 20 August the extending diplomatic recognition to the Romanian, Bulgarian and Hungarian governments was out of the question as the three regimes were considered unrepresentative.<sup>63</sup> Three days later he said as much in the House of Commons.<sup>64</sup>

This alignment process – as we have already suggested – was not simply about adopting a specific American policy. It was an attempt to make Western demarches in Eastern Europe more effective, to guide as much as possible the American initiatives and at least to avoid American unilateralism in a region where any violent Soviet reaction would affect primarily British interests.<sup>65</sup> It was also an attempt to make Britain a relevant partner for the United States.<sup>66</sup> Although they were crucial, all these tactical considerations tell only part of the story. British officials were far from being immune to the argument that something had to be done to stop the slide to the far left of the three regimes and, more importantly, that something had to be done to prevent the Soviets from using these states as a springboard for further subversion and expansion. The attempt to avoid “disunity” with Washington and the fear that British activism in Eastern Europe could bring Moscow’s retaliation in Eastern Mediterranean and the Middle East account for a large part of this pervasive ambiguity. In the particular case of Romania – Bevin thought – the initiative had to be ceded to the Americans because they were at the roots of the current crisis.<sup>67</sup>

Gaining a certain degree of control over American policy in South-Eastern Europe was however difficult in more ways than one. Bevin’s call for a clarification of Anglo-American policy could only be overambitious. The short debate is spurred inside the Foreign Office outlined the existence of two schools of thought: on the one hand the advocates of a long-term policy based on the principle of Great Power non-interference in the region. Left by themselves, the East European states would in the long run renew their cultural and economic ties with the West while a regional policy of economic integration could prevent their becoming dependent on the USSR.<sup>68</sup> On the other hand there were the “realists” who believed than any attempt to pursue a proactive policy in Eastern Europe could only arouse suspicions in Moscow, hampered an Anglo-Soviet understanding on issues of greater interest to Great Britain, and did not



stood any chance because the two Western Allies would not and could not use the threat of force. One of the proponents of this latter group was Thomas Brimelow, one of the Foreign Office's Soviet experts. His memo prepared for the London Conference argued that Britain could not afford an anti-Soviet policy in Eastern Europe because it could not afford a hostile Soviet policy in other regions of the world. Furthermore, Eastern Europe has already become *de facto* a Soviet sphere of interest. However, interestingly enough, Brimelow thought that the peace treaties were the last opportunity not to dispute Soviet control, but to influence the way it was exerted.<sup>69</sup> The peace treaties and the peacemaking process were indeed the last opportunity to preserve at least some of the British positions there.<sup>70</sup>

The final version of the brief destined for the British delegation at the CFM papered over these disagreements. While the central aim – preserving the independence of the three countries – was clear enough, the ambiguity over the conclusion of the peace treaties persisted. The brief acknowledged that the three governments could not be recognized but at the same time “we should seek to abolish existing Allied control because in practice ‘Allied’ means ‘Russian’”.<sup>71</sup>

Finally, the complexity that characterized the British policy towards Germany's former allies in Eastern Europe was not emphasized enough. Starting with different estimates of Soviet intentions, of Russia's willingness to continue to cooperate, and of Eastern Europe's importance for Great Britain, British officials reached sometimes conflicting conclusions. In the absence of a consensus, the American attitude as well as the belief that Britain could not afford an independent policy in the area became the determining factors. The potentially damaging consequences of following what appeared to be a tough American policy were recognized, but the alternative was considered unacceptable, especially if it implied adopting the Soviet view – the immediate conclusion of the peace treaties – and opposing ‘The Americans’. Otherwise, Bevin was much

more inclined to find a compromise because he was convinced the Soviets could not be persuaded to change the course.<sup>72</sup>

British efforts to coordinate the two policies and to find out more about the American attitude in East-European affairs continued until the last day before the London Conference, even after Secretary Byrnes boarded a ship on his way to Britain. There was a question whose answer Bevin and his subordinates desperately sought: what would happen if – as it was very likely – Molotov unshakably refused to withdraw the Soviet support for the Groza government? On 8 September, Balfour, the British chargé d'affaires in Washington asked Freeman Matthews, one of the top State Department officials, that very question. Matthews preferred however to remind him that “publicity is the only weapon”. Though Balfour probably found the answer disappointing, it said a lot: beyond a public confrontation, beyond a diplomatic battle fought before the eyes of the world there was nothing the West could do. Matthews seemed convinced that the threat of publicity, combined with the political difficulties they were encountering in Romania, would be enough to force the Kremlin to give up on Groza.<sup>73</sup> London's attempt to formulate a common policy for the CFM ended in failure.<sup>74</sup> Byrnes did not want to restrict his own freedom of manoeuvre. If he didn't find it necessary to keep his Department or his President informed, he certainly wouldn't provide the British with information.

For France the CFM membership in itself was a victory and a step towards regaining the Great Power status. But, as the French leadership understood immediately, the CFM was both a way out of isolation and a way into the emerging Anglo-American-Soviet conflict.<sup>75</sup> Relations with the Soviets had been disappointing despite the formal treaty that bound the two sides. France ran the risk of finding herself without a continental ally, but supporting Soviet Russia on issues like Trieste or the East European governments would have been a “*choix bien aventureux*”. At the same

time France seemed unable to "find any understanding for its point of view" in Washington, while the Anglo-French relationship was marred by the tensions in the Middle East and the disagreements surrounding the conclusion of an alliance.<sup>76</sup> Moreover, French rights and interests did not seem to have been taken into account: France was excluded from the negotiations surrounding the East European treaties and, immensely important, the Council had already been authorized to prepare the draft of a peace treaty with Germany, a treaty which would be signed when Germany had a proper government, a clear indication that the three Great Allies supported German unity at least in principle.<sup>77</sup> France was still haunted by the ghosts of 1919: the likelihood of Anglo-Saxon isolationism, the absence of a "reverse" alliance and, of course, the rebirth of German power. The Quai d'Orsay was deeply divided about the way forward as were General de Gaulle and his Foreign Minister Bidault. The prospects were not all bleak. As Bidault wrote

after the first meeting on 11 September "tensions between the Three might help us".<sup>78</sup>

Germany loomed large on the French peacemaking agenda, but Eastern Europe could not be neglected entirely. Nonetheless, French contemporary documents are written more from the perspective of an observer and less from that of a participant traditionally active in the region. Officials hesitated between "maintaining our traditional democratic line" and extreme caution because the non-recognition of the three governments benefited only the Soviets, but seemed convinced that the conflict over the principles of democratic government in Romania and Bulgaria was in reality "the old eastern Question" reinvented.<sup>79</sup> Thus, French diplomacy tended to explain the coming confrontation in quite traditional terms, resembling those used by the British. Consequently, de Gaulle and the Quai d'Orsay chose the policy Bevin and the Foreign Office would have had it not been for the American influence: peace treaties concluded as soon as possible.

### Setting the procedures and the agenda

The first session of the CFM can be roughly divided in two parts. From 11 to 22 September the controversies between Molotov and Bevin on the future of the Italian colonies and the private arguments between Molotov and Byrnes dominated the evolution of the Conference at the public level, while the arguments surrounding the recognition of the Romanian government almost monopolised the private meetings between Byrnes and Molotov. From 22 September to the end of the session this disagreements erupted in the public meetings. The Soviets orchestrated a very elaborate diplomatic counteroffensive using the procedural question to paralyze the Council and attempting to widen the agenda of the Conference to make Byrnes' position even more difficult. The last ten days witnessed the development of several compromise proposals which were generally neglected by the historians and which amounted to a complete reversal of the Secretary of State's previous policy.

The first meeting on 11 September discussed both the procedure and the agenda of the Conference. The procedural decisions would become in two weeks' time a bone of contention and finally the formal explanation for the collapse of the Conference. Bevin proposed and Byrnes and Molotov accepted that while only the signatories of the armistices had the right to vote the five members could attend all meetings. After a brief discussion the proposal was adopted.<sup>80</sup> Bevin saw the proposal as an interpretation of the Potsdam terms of reference, but, as the French minutes show, both Byrnes and Molotov saw it as a departure from those terms. The former went even further and demanded equal voting rights for all the five Powers.<sup>81</sup>

The conversations regarding the agenda witnessed the failure to draw a distinction between the Finnish treaty and the other East European peace treaties. More significantly, Byrnes and Molotov rejected British attempts to introduce "the political situation in

Romania” on the agenda. But if Molotov did not want to discuss it at all, Byrnes believed – in the words of the French minute – that it could be “attached to the draft for the peace treaty with Romania”. American intentions were already clear. If the Soviets wanted a peace treaty they would have to discuss the political crisis in Romania. Reverting to the old Yalta tactics, Molotov asked unsuccessfully that the political situation in Greece be also introduced on the agenda.<sup>82</sup>

After two days of bickering about participation of the smaller Powers, about the absence of Greece or Japan from the agenda, Bidault observed realistically that the “prospects are not bright”:

“*Monsieur* Molotov is *monsieur* Molotov. M. Bevin is vehement and seems to be looking for a fight. M. Byrnes, visibly aware of the power he represents and usually very skilful, falls prey to endless statements and reignites arguments already closed.”<sup>83</sup>

#### NOTES:

<sup>1</sup> \*\*\*FRUS Potsdam II, pp. 102, 108, 158.

<sup>2</sup> For the outbreak of the Cold War in the Middle East see Bruce Robert Kuniholm, *The Origins of the Cold War in the Near East. Great Power Conflict and Diplomacy in Iran, Turkey and Greece*, Princeton, Princeton University Press, 1980; Wm. Roger Louis, *The British Empire in the Middle East 1945-1951. Arab Nationalism, the United States and Postwar Imperialism*, Oxford, Clarendon Press, 1988, pp. 51-103; Fraser J. Harbutt, *The Iron Curtain. Churchill, America, and the Origins of the Cold War*, New York & Oxford, Oxford University Press, 1986, pp. 117-151; John Kent, *British Imperial Strategy and the Origins of the Cold War, 1944-1948*, Leicester, Leicester University Press, 1993; Natalia I. Yegorova, *The „Iranian Crisis” of 1945-1946. A View from the Russian Archives*, CWIHP, Working Paper No. 15, May 1996; Louise L’Estrange Fawcett, *Iran and the Cold War. The Azerbaijan Crisis of 1946*, Cambridge, Cambridge U.P., 1992; Mustafa Sitki Bilgin, Steven Morewood, *Turkey’s Reliance on Britain. British Political and Military Support for Turkey Against Soviet Demands, 1943-1947*, „Middle Eastern Studies”, vol. 40, no. 2/2004, pp. 24-57; Suleiman Seydi, *Making a Cold War in the Near East. Turkey and the Origins of the Cold War, 1945-1947*, „Diplomacy & Statecraft”, vol. 17/2006, pp. 113-141; Eduard Mark, *The War Scare of 1946 and Its Consequences*, „Diplomatic History”, vol. 21, nr. 3, pp. 383-415.

<sup>3</sup> Thomas M. Campbell, George C. Herring (ed.), *The Diaries of Edward R. Stettinius, Jr. 1943 – 1946*, New York, New Viewpoints, 1975, p. 214. For a concise discussion of the ambiguous Rooseveltian policy on spheres of influence see Thomas G. Paterson, *On Every Front. The Making and the Unmaking of the Cold War*, New York, W. W. Norton & Co., 1992, pp. 41-55. For a different vision, which underlines American opposition to spheres of influence, with all its nuances, see Arthur Schlesinger Jr., *Origins of the Cold War*, „Foreign Affairs”, vol. 46, nr. 1/1967, pp. 36-40.

<sup>4</sup> \*\*\*FRUS. Potsdam I, pp. 183-184.

<sup>5</sup> \*\*\*FRUS. Malta and Jalta, pp. 97-105.

<sup>6</sup> The questions were asked by Alfred J. Rieber in *Stalin as a Foreign-Policy Maker: Avoiding War, 1927-1953*, p.152, in Sarah Davies, James Harris (ed.), *Stalin. A New History*, Cambridge, Cambridge University Press, 2005, pp. 140-159.

<sup>7</sup> The archives have not yet provided a clear answer to the question of Soviet intention to communize the region and, given the structure of the decision-making process in Soviet Russia, they are unlikely to do so. It has already been pointed out that one of the main characteristics of this process was the constant covering up of the reasons behind the decisions. In 1923, the Politburo issued an order to the People’s Commissariats forbidding them to issue a written justification in case they put forward a proposal. All that was needed was the confidential agreement of the Central Committee’s Secretariat. Moreover, the crucial decisions were almost always made by a select group of people; their discussions were never put down in writing and were implemented via verbal directives. (Irina V. Pavlova, *The Strength and Weakness of Stalin’s Power*, pp. 35-36, in Niels Erik Rosenfeldt, Bent Jensen, Erik Kulavig (eds.), *Mechanisms of Power in the Soviet Union*, Houndmills, Macmillan Press, 2000, pp. 23-40.)

<sup>8</sup> By that I mean in most cases both extremely weak Communist parties and the lack of powerful political forces which would have been willing and able to support the cooperation with the Soviet Union, assuming that this was ever possible.

<sup>9</sup> The phrase was used Geoffrey Roberts, *Ideology, Calculation and Improvisation: Spheres of Influence and Soviet Foreign Policy, 1939-1945*, p. 673, "Review of International Studies", vol. 25/1999, pp. 655-673. Roberts doesn't believe that the Soviets intended to bolshevize the region, even though his arguments are largely contradictory. He clearly states that people's democracy regimes were seen as a transitory stage. As for the final aim, the author is much less clear.

<sup>10</sup> The same argument was partly made by Geir Lundestad, *The United States and Europe. From „Empire“ by Invitation to Transatlantic Drift*, Oxford, Oxford University Press, 2003, p. 27. See also Mark Kramer, *The Soviet Union and Eastern Europe: Spheres of Influence*, pp. 109-114, in Ngaire Woods (ed.): *Explaining International Relations since 1945*, Oxford, Oxford University Press, 1996, pp. 98-126. To cite only one example, during the first postwar decade, Soviet Union extracted in various ways 12-15 billion dollars worth of goods and services from Eastern Europe, a sum equivalent to the assistance the United States provided, albeit interestedly, to the states of Western Europe.

<sup>11</sup> William Taubman, *How Much of the Cold War Was Inevitable?*, p. 191, in Francesca Gori, Silvio Ponce, *The Soviet Union and Europe in the Cold War, 1945-1953*, London, MacMillan, 1996, pp. 191-194; Thomas G. Paterson: *op. cit.*, p. 60.

<sup>12</sup> Peter Calvocoressi, *World Politics, 1945-2000*, London, Pearson Education, 2001, p.296.

<sup>13</sup> Melvyn P. Leffler, *A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Stanford, Stanford University Press, 1992, p. 50.

<sup>14</sup> If the answer to these questions is hard to find in American or British contemporary documents, the ever-present scepticism regarding the Eastern European societies' ability to sustain democratic regimes is not. Sometimes this scepticism was real, but very often it represented a way out of the moral dilemmas posed by the coming to power of new authoritarian regimes in the region. At the same time, there were members of the Anglo-American diplomatic and intelligence services (especially those posted in the countries in question) who seriously doubted the possibility of electing a government which could be simultaneously democratic and pro-Soviet. (Elizabeth W. Hazard, *Cold War Crucible: United States Foreign Policy and the Conflict in Romania, 1943-1953*, New York, Columbia University Press, 1996, pp. 131-132; Geir Lundestad, *The American Non-Policy towards Eastern Europe, 1943-1947. Universalism in an Area Not of Essential Interest to the United States*, Oslo, Universitetsforlaget, 1975, p. 242)

<sup>15</sup> Robert C. Tucker, *The Soviet Political Mind: Studies in Stalinism and Post-Stalin Change*, New York, Frederick A. Praeger, 1963, pp. 167-169.

<sup>16</sup> John Lewis Gaddis, *We Know Now. Rethinking Cold War History*, Oxford, Clarendon Press, 1998, p. 25.

<sup>17</sup> Vojtech Mastny, *Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years*, New York & Oxford, Oxford University Press, 1996, p.20.

<sup>18</sup> John Lewis Gaddis, *The United States and the Origins of the Cold War, 1941-1947*, New York, Columbia University Press, 1993, p.173; idem, *Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy*, New York & Oxford, Oxford University Press, 1982, pp. 12-17.

<sup>19</sup> Bruno Arcidiacono, *Les Balkans et les origines de la guerre froide: grandes puissances et „facteur local“*, in "Relations internationales", nr. 104/2000, pp. 413-432.

<sup>20</sup> The classic example is, of course, that of Gar Alperovitz, *Atomic Diplomacy. Hiroshima and Potsdam. The Use of the Atomic Bomb and the American Confrontation with the Soviet Union*, London, Secker & Warburg, 1966, p.216. For a devastating critic of this book see James Maddox: *Atomic Diplomacy. A Study in Creative Writing*, „The Journal of American History“, vol. 59, no. 4/1973, pp. 925-934. Several American revisionist and post-revisionist historians took a step further his arguments and refined them. Gregg Herken, *The Winning Weapon: The Atomic Weapon in the Cold War, 1945-1950*, New York, 1982, is one of the most telling cases. While his work is in most cases well documented and the impact of the atom bomb on American domestic politics is excellent, his treatment of the London Conference is disputable. The chronology of the Conference is distorted as is the evolution of the negotiations, Byrnes' attempts at compromise are ignored, while the atom bomb is ubiquitous – as most historian seem to believe – by its very absence. Robert Messer, another example, in *The End of an Alliance: James F. Byrnes, Roosevelt, Truman, and the Origins of the Cold War*, Chapel Hill, University of North Carolina Press, 1982, earmarks 21 pages for the London Conference, but 10 of them deal exclusively with the atom bomb. The few jokes Byrnes made about the bomb during the few social events which were meant to enlighten the atmosphere of an otherwise very tense Conference in a city still recovering from the German bombardments can more easily be interpreted as signs of frustration at the lack of progress and not as hardly disguised threats.

<sup>21</sup> Vladislav Zubok, Constantine Pleshakov, *Inside Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev*, Cambridge Mass., Harvard University Press, 1996, p. 43.

<sup>22</sup> Robert L. Messer, *op. cit.*, pp. 128-129; Barton J. Bernstein, *Roosevelt, Truman, and the Atomic Bomb: A Reinterpretation*, „Political Science Quarterly“, vol. 90, nr. 1/1975, pp. 64-65.

<sup>23</sup> Alfred J. Rieber, *op. cit.*, p. 154.

<sup>24</sup> \*\*\*FRUS 1945 II, pp. 55-56.

<sup>25</sup> J. Samuel Walker, *Prompt and Utter Destruction. Truman and the Use of Atomic Bombs against Japan*, Chapel Hill, University of North Carolina Press, 1997, p. 64. For the historiographical debate surrounding the use of atomic weapons against Japan see J. Samuel Walker, *Historiographical Essay. Recent Literature on Truman's Atomic Bomb Decision. The Search for the Middle Ground*, "Diplomatic History", vol. 29, nr. 2/2005, pp. 311-334; Barton J. Bernstein, *The Atomic Bombings Reconsidered*, "Foreign Affairs", vol. 74, nr. 1/1995.

<sup>26</sup> Simon Sebag Montefiore, *Stalin. The Court of the Red Tsar*, London, Phoenix, 2004, p. 510.

<sup>27</sup> For the impact of the atomic bomb on inter-Allied relations in general see David Holloway, *The Atomic Bomb and the End of the Grand Alliance*, in Ann Lane, Howard Temperley (ed.), *The Rise and the Fall of the Grand Alliance. 1941-1945*, London, MacMillan, 1995. See also McGeorge Bundy, *Danger and Survival*, New York, Random House, 1988, pp. 88-89, 136-145, 650-651; Thomas F. Hammond, *The Great Debate over the Origins of the Cold War*, pp. 17-19, in Thomas F. Hammond (ed.), *Witnesses to the Origins of the Cold War*, Seattle, University of Washington Press, 1986; Robert H. Ferrell, *Harry S. Truman and the Cold War Revisionists*, Columbia MO, University of Missouri Press, pp. 37-44.

<sup>28</sup> Barton J. Bernstein, *The Quest for Security: American Foreign Policy and International Control of Atomic Energy, 1942-1946*, "The Journal of American History", Vol. 60, No. 4/1974, p. 1015; John Lewis Gaddis, *The United States and the Origins of the Cold War, 1941-1947*, New York, Columbia University Press, 1993, p. 264.

<sup>29</sup> For contemporary opinions on James F. Byrnes see the 1974 interview with Mark Ethridge, the journalist the Secretary of States sent in Eastern Europe in 1945, in <http://www.trumanlibrary.org/oralhist/ethridge.htm>, p. 12 and the 1972 interview with Theodor Achilles, one of the junior members of the American delegation in London, <http://www.trumanlibrary.org/oralhist/achilles.htm#3>, pp. 4-5; *The First Big Test*, in "The Time", 17 September 1945, <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,854443,00.html>. Byrnes' behaviour was sometimes described as that of a "president for foreign policy" (Wesley M. Bagby, *America's International Relations since World War I*, New York, Oxford University Press, 1999, p. 138) or as lacking experience in foreign affairs almost as much as president Truman while being a proponent of personal diplomacy (Randall Bennett Woods, *A Changing of the Guard: Anglo-American Relations, 1941-1946*, Chapel Hill, University of North Carolina Press, 1990, pp. 285-286). He both envied and despised Truman, he was entirely ignorant with regard to communism and hed behind him a "career of compromise". (Hugh Thomas, *Armed Truce. The Beginnings of the Cold War, 1945-1946*, New York, Athencum, 1987, pp. 132-133) On the other hand, Byrnes enjoyed Truman's complete confidence while in London (G. Herken, *op. cit.*, p. 53). For a discussion of his policies see also Robert L. Messer: *op.cit.* pp. 125-127, and Edward S. Mihalkanin (ed.), *American Statesmen: Secretaries of State from John Jay to Colin Powell*, Westport, Greenwood Press, 2004, pp. 88-98

<sup>30</sup> \*\*\*Documents Diplomatiques Français. 1945. Tome II (1er Juillet - 31 Decembre), Paris, Imprimerie Nationale, 2000, p. 219. (\*\*\*)DDF 1945 II)

<sup>31</sup> \*\*\*Documents on British Policy Overseas. Conferences and Conversations 1945, Series I. Volume 2. London, Her Majesty's Stationery Office, 1986, p. 3. Documents on Anglo-Soviet relations during this era can also be found in Graham Ross (ed.), *The Foreign Office and the Kremlin. British Documents on Anglo-Soviet Relations, 1941-1945*, Cambridge, Cambridge University Press, 1984, pp. 210-281.

<sup>32</sup> Terry Anderson, *The United States. Great Britain and the Cold War, 1944-1947*, Columbia & London, Columbia University Press, 1981, p. 90, James F. Byrnes, *Speaking Frankly*, London & Toronto, William Heinemann Ltd., 1947., p. 97.

<sup>33</sup> \*\*\*\*\*Foreign Relations of United States. 1945. Volume II. General. Political and Economic Matters, Washington, United States Government Printing Office, 1967, (\*\*\*)FRUS 1945 II), pp. 101 note 10, 110-111; Vladimir Pechatnov, "The Allies are Pressing You to Break Your Will..." *Foreign Policy Correspondence between Stalin and Molotov and Other Politburo Members. September 1945 - December 1946*, Working Paper No. 26, CWIHP, WWICS, Washington, September 1999, p. 2.

<sup>34</sup> Eduard Mark, *October or Thermidor? Interpretations of Stalinism and the Perception of Soviet Foreign Policy in the United States, 1927-1947*, "The American Historical Review", vol. 94, nr. 4/1989, p. 952, for Byrnes' refusal to consult beforehand with the British.

<sup>35</sup> \*\*\*DBPO 12, p. 8.

<sup>36</sup> Ibidem, p. 17. However, the senior officials of the Foreign Office did not seem to concur.

<sup>37</sup> Elisabeth Barker: *British Policy in South-East Europe in the Second World War*, London, MacMillan, 1974, p. 126; Mark Ethridge, C.E. Black: *Negotiating on the Balkans, 1945-1947*, p. 175, in Raymond Dennett, Joseph E. Johnson: *Negotiating with the Russians*, Boston, World Peace Foundation, 1951, pp. 175.

<sup>38</sup> Harriman to Byrnes, 9 August 1945, \*\*\*FRUS 1945 IV, p. 281.

<sup>39</sup> Bevin to Balfour, 8 August 1945, PRO F.O. R12893/21/7.

<sup>40</sup> Balfour to Bevin, 9 August 1945, PRO F.O. R13399/21/7; Dunn to Byrnes, 9 August 1945, \*\*\* *FRUS 1945 II*, p. 281.

<sup>41</sup> \*\*\* *FRUS 1945 IV*, pp. 286-287. For Byrnes' instructions and the note the American representative in Sofia, Barnes, sent to the Bulgarian government see *Ibidem*, pp. 283-285.

<sup>42</sup> Houstoun-Boswall to Bevin, 17 August 1945, PRO F.O. R13863/21/7. See also Houstoun-Boswall to Cadogan, 16 August 1945, PRO F.O. R14453/723/7, and Cadogan to Houstoun-Boswall, September 1945, PRO F.O. R14453/723/7 for possible

<sup>43</sup> \*\*\* *FRUS 1945 IV*, pp. 295, 297.

<sup>44</sup> \*\*\* *FRUS 1945 II*, p. 102.

<sup>45</sup> \*\*\* *FRUS 1945 IV*, pp. 308-309. By action Byrnes meant in fact the conditions set by the Anglo-American representatives during a meeting with General Biriusev and which would have enabled the two governments to recognize the results of the elections.

<sup>46</sup> For the last-minute efforts to reach a compromise in Bulgaria see \*\*\* *FRUS 1945 IV*, pp. 301-308, \*\*\* *DBPO I 6*, pp. 32-35, especially the exhausting nightly meeting between the Anglo-American representatives and General Biriusev on 23-24 August 1945.

<sup>47</sup> Geoffrey Roberts, *Stalin's Wars. From World War to Cold War, 1939-1953*, New Haven, Yale University Press, 2006, p. 297.

<sup>48</sup> Bevin to Houstoun-Boswall, 25 August 1945, PRO F.O. R14239/21/7

<sup>49</sup> Clark Kerr to Bevin, 30 August 1945, PRO F.O. R14361/21/7. Vyshinsky had told the British Ambassador that "our [British] appreciation fo political situation in Bulgaria and of electoral campaign is totally at variance with incontrovertible facts at the disposal of the Soviet Government".

<sup>50</sup> Byrnes to Barnes, 30 August 1945, \*\*\* *FRUS 1945 IV*, pp. 316-317. Italics are ours. Barnes' reply, although more guarded, betrayed almost the same sense of optimism Răspunsul lui Barnes, sosit peste trei zile, deși mai temperat, trăda și el același optimism întrucât își manifesta speranța că „această oportunitate extraordinară” va putea fi exploatată „în interesul principiilor pentru care am luptat în două războaie mondiale.” (*Ibidem*, p. 318)

<sup>51</sup> Frank Roberts to Bevin, 9 September 1945, PRO F.O. R15270/28/37.

<sup>52</sup> \*\*\* *DBPO I 6*, pp. 64-65.

<sup>53</sup> Geir Lundestad, *The American Non-Policy towards Eastern Europe, 1943-1947. Universalism in an Area Not of Essential Interest to the United States*, Oslo, Universitetsforlaget, 1975, pp. 107, 110.

<sup>54</sup> \*\*\* *FRUS 1945 V*, pp. 562-564. The British shared his opinion Foreign Office to Istanbul, 8 August 1945, PRO F.O. R13142/28/37: „King Michael has always adhered to view he would not take any step to change the government without knowledge and approval of US Government and ourselves.”

<sup>55</sup> \*\*\* *FRUS 1945 V*, p. 560: „Department would not wish its view that Groza Govt does not meet definition of broadly representative interim regime contained in Crimea Declaration and that manner of its installation was inconsistent with the Declaration to be taken as encouragement of local efforts to overthrow the regime by force during armistice period when ultimate responsibility for maintenance of order rests, by agreement of principal Allied Govts, with Soviet High Command in Rumania and while we are still seeking to reach agreement with the Russians on a common Allied policy on the Rumanian political situation.” The use of constitutional means to force the resignation of Groza's government was therefore not excluded, but the State Department acknowledged that the Soviets had the ability to counter any challenge to the government they supported.

<sup>56</sup> See footnote 16. For the complete version of Byrnes' message see \*\*\* *FRUS 1945 V*, pp. 565-566: During a conversation with his British colleague Melbourne commented that, no matter how vague, communications of that nature could not fail to influence the actions of the Romanian opposition. (Le Rougetel to Bevin, 14 August 1945, PRO F.O. R13705/28/37).

<sup>57</sup> *Ibidem*, p. 594.

<sup>58</sup> \*\*\* *DBPO. Potsdam*, pp. 110-111

<sup>59</sup> Bevin to Le Rougetel, 18 August 1945, PRO F.O. R13745/28/37. The belief that the Soviets would not make any concessions in Romania was not the only explanation for the more cautious policy in Romania. British greater interest – as manifested during the negotiations leading to the percentage agreement in October 1944 – for Bulgaria was natural given its proximity to Greece and Turkey.

<sup>60</sup> \*\*\* *DBPO Potsdam*, pp. 81-82, 152

<sup>61</sup> *Ibidem*, pp. 111, 153, 288-289.

<sup>62</sup> \*\*\* *FRUS. Potsdam II*, p. 1492.

<sup>63</sup> \*\*\* *DBPO I 6*, pp. 19-20.

<sup>64</sup> Archives du Ministère des Affaires Étrangères du Royaume de la Belgique (AMAERB), Dossier 10958 BIS, 2e trimestre, Le Baron de Cartier de Marchienne to Paul Henri-Spaak, 23 August 1945, p. 2.

<sup>65</sup> \*\*\* *DBPO I 2*, pp. 16-17.

<sup>66</sup> \*\*\* *DBPO I 6*, pp. 65-67.

<sup>67</sup> \*\*\*DBPO I 6, p. 23, footnote II: from 22 to 24 August numerous telegrams were exchanged between London and Washington: the State Department, while assuming some of the responsibility for the crisis blamed Melbourne who was considered largely responsible. At the same time the American officials tried to convince the Foreign Office to pursue a more active policy in Romania.

<sup>68</sup> \*\*\*DBPO I 2, pp. 46-48.

<sup>69</sup> Ibidem, pp. 37-38. The line of demarcation he drawn between the refusal to grant diplomatic recognition to the regimes in question and a vigorous Anglo-American policy in Eastern Europe is largely artificial because the Soviets could only such a refusal as an active intervention in the politics of the region. See also \*\*\*DBPO I 6, pp. 46-47, 59, for Brimelow's analysis regarding Russia's ability to intervene in Western Europe and the probability of them using Greece again to deflect any criticisms against their own policy in Romania, Bulgaria or Hungary.

<sup>70</sup> Elisabeth Barker, *Britain in a Divided Europe (1945-1970)*, London, Weidenfeld & Nicolson, 1971, pp. 47-48.

<sup>71</sup> \*\*\*DBPO I 2, pp. 110-114.

<sup>72</sup> A. Bullock, *op.cit.*, p. 131.

<sup>73</sup> Balfour to Foreign Office, 8 September 1945, PRO F.O./R15238/28/37.

<sup>74</sup> A. Bullock, *op.cit.*, p.129; H. Thomas, *op.cit.*, p. 191.

<sup>75</sup> \*\*\*DDF 1945 II, pp. 1, 32-33, 50-51, 53.

<sup>76</sup> Ibidem, pp. 51-52, 219, 391, 406; \*\*\*FRUS 1945 IV, pp. 709-716; Yann Lamézac, *Les efforts britanniques en vue de restaurer la France à son rang de Grande Puissance à la fin de la seconde guerre mondiale*, „European Review of History”, vol. 8, nr. 2/2001, pp. 224-231; A. Bullock, *op.cit.*, p. 145. Improving relations with Great Britain seemed to Bidault at least the only solution. As he told Bevin immediately after arriving in London the German question was rather secondary in importance and was simply a “convenient myth” which could provide a solid foundation for the Anglo-French relationship. (Ibidem, p. 447)

<sup>77</sup> Ibidem, p. 205.

<sup>78</sup> Ibidem, p. 454.

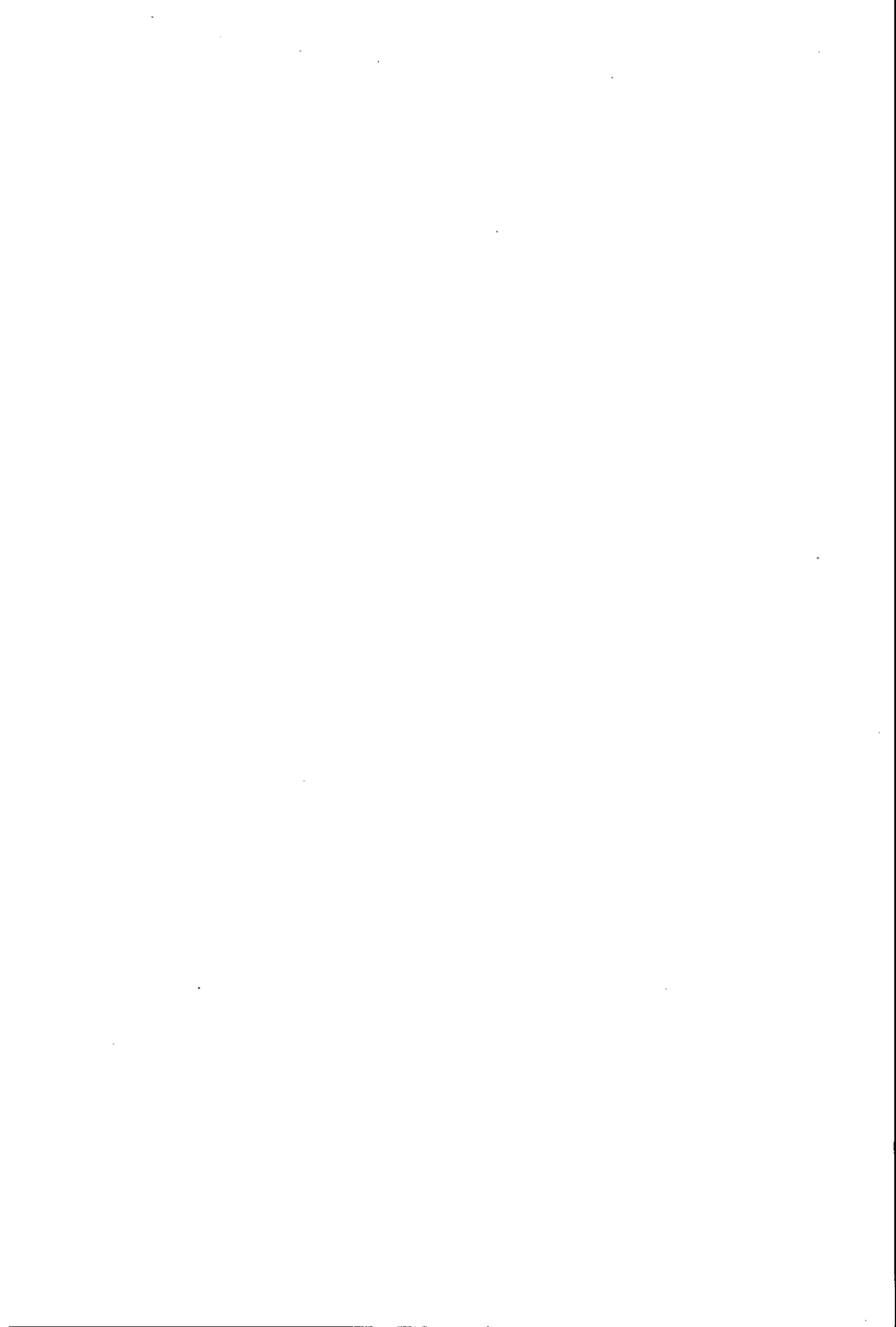
<sup>79</sup> Ibidem, p. 375.

<sup>80</sup> \*\*\*DBPO I 2, pp. 102-103. The procedural decision was hotly debated during the latter part of the Conference. While it is clear that the decision deviated from the Potsdam terms of reference, the same terms of reference allowed the Council to adapt its procedures (\*\*\*FRUS Potsdam II, p. 1479). Thus Bevin's proposal had some legal basis. On the other hand, even British officials later recognized that it has been a hasty decision. For a critical analysis of the proposal see \*\*\*DBPO I 2, pp. 497-498.

<sup>81</sup> \*\*\*Documents Diplomatiques Français, 1945. Annexes (11 septembre – 2 octobre), Paris, Imprimerie Nationale, 1996, p. 3 (\*\*\*DDF 1945 Annexes).

<sup>82</sup> \*\*\*DBPO I 2, p. 107.

<sup>83</sup> \*\*\*DDF 1945 II, p. 454.





## La France et l'Europe de l'Est, 1945-1949 : entre méfiance et renouveau

*Émilie Robin Hivert*

**A**nnie Guénard a décrit les attentes multiples des pays d'Europe de l'Est à l'égard de la France quand la guerre prend fin<sup>1</sup>. La trahison de Munich et la collaboration vichyste ont été partiellement lavées par la Résistance et la place de la France parmi les grands vainqueurs de la guerre. Mais une profonde méfiance subsiste. On parle très vite de renouveler les traités d'alliance des années 1930, mais les négociations sont difficiles. Parallèlement, il y a une réelle demande de contacts, autant pour restaurer de vieux courants culturels et économiques que

pour échapper à l'influence trop exclusive de l'URSS. Une certaine proximité politique et idéologique — gouvernements de coalition avec les communistes, réformisme social qui touche l'ensemble des courants de pensée — alimente l'espoir en une « Europe nouvelle » fondée sur l'action commune des partis socialistes et progressistes. Mais qu'il s'agisse de traités d'alliance, de relations culturelles, d'échanges économiques, de projets politiques, un nouveau facteur est désormais incontournable : l'URSS, puissance dominante.

### 1945 : les jalons d'une politique française en Europe de l'Est

Dans sa politique de reconquête internationale, la France se trouve confrontée à une stratégie délibérée de l'URSS pour orienter les pays d'Europe orientale vers le modèle soviétique. On a souvent décrit la tactique qui progressivement attribue les postes clés aux

communistes et à leurs alliés. Surtout, dans le domaine idéologique et culturel — celui sur lequel la France est susceptible d'agir —, l'URSS a réactivé depuis la guerre le thème panslave<sup>2</sup>.

#### *Influence soviétique et panslavisme*

Dès août 1941, le parti communiste soviétique crée un Comité panslave pour mettre la fraternité slave au service de la lutte contre le fascisme allemand. Milovan Djilas, en visite à Moscou en 1944, ne mâche pas ses mots envers ce Comité qui vivote<sup>3</sup>. Mais l'objectif soviétique est en fait d'utiliser l'héritage culturel et civilisationnel oriental, pour capter les aspirations à l'unité : le panslavisme est une forme acceptable d'internationalisme pour les milieux non marxistes, et une façon de les rallier aux gouvernements pro-soviétiques. Djilas en était parfaitement conscient, décrivant le mouvement comme une « forme transitoire destinée à se rallier à la Russie communiste ou, tout au moins, à paralyser les tendances

antisoviétiques du panslavisme »<sup>4</sup>. Dernier aspect, et non des moindres, les communistes se servent du panslavisme pour expliquer leurs liens avec Moscou. Comme l'analyse un ambassadeur français en 1945-1947, « pour un gouvernement qui ne s'avouait pas encore communiste, il constituait une justification commode des liens de plus en plus étroits qu'on voulait établir entre la Pologne et l'Union soviétique »<sup>5</sup>.

Le discours sur l'unité masque cependant ces arrière-pensées et se met au service des mots d'ordre de reconstruction et de coopération internationale, auxquels sont sensibles certains Occidentaux. à Prague, Maurice Dejean décrit ainsi l'« atmosphère de romantisme slave dans laquelle se construit la

Tchécoslovaquie nouvelle », un « courant qui pousse les hommes de ce pays, de quelque milieu et de quelque parti qu'ils soient, à prendre avec fierté et chaque jour plus nettement conscience des affinités ethniques, linguistiques et culturelles qui les unissent aux autres Slaves »<sup>6</sup>.

D'autre part, le panslavisme ne se limite pas à proclamer une forme d'unité spirituelle

Presque chaque Français avec lequel j'ai eu une entrevue me demande ce qu'est la politique slave. Je réponds : il faut que vous compreniez ceci, la Russie est aujourd'hui au centre de l'Europe. Nous sommes les voisins de l'URSS, nous le resterons, nous avons beaucoup voulu l'être. S'il en eût été ainsi auparavant, les événements de 1938 se seraient déroulés d'une toute autre manière. Et c'est pourquoi nous faisons une politique slave.<sup>7</sup>

Le discours romantique est mis au service du réalisme politique, et sous cet angle il ne faut pas négliger l'élément intégrateur que représente l'idée slave en 1945. Si le troisième congrès du Comité panslave a lieu en mars 1945 en Bulgarie, c'est apparemment sur l'insistance de Sofia : pour l'unique État slave

### *La France renoue les liens*

Face à la conquête militaire, politique et spirituelle que l'URSS est en train d'achever en Europe de l'Est, y a-t-il encore une place pour la France ? En mars 1945, Christian Fouchet, délégué français auprès du

des peuples. Depuis 1941, le comité panslave axe en fait son discours sur le danger allemand et la nécessité d'une union des peuples de l'Est qui en ont été les victimes. La création d'une unité politique entre l'URSS et les États est-européens est la condition pour prévenir tout danger de guerre en Europe. En 1946, Beneš exprime la même idée lors d'une réunion du Comité slave de Prague :

qui s'est allié à l'Allemagne, organiser le congrès est un moyen de revenir dans le cercle des nations<sup>8</sup>. Le panslavisme joue ici le rôle d'intégration que les congrès socialistes internationaux ont eu pour les socialistes allemands.

gouvernement de Lublin, fait le bilan d'une mission qui a duré deux mois. Il est très pessimiste sur l'influence que la France peut espérer conserver en Pologne :

Elle ne peut, à l'heure actuelle, faire en Pologne une politique anti-soviétique sans s'exposer à l'annihilation immédiate par l'autorité occupante de toute influence française; elle ne peut, d'autre part, sembler approuver la politique russe sans s'aliéner irrémédiablement les masses polonaises. Si douloureux que ce soit, il lui faut se contenter de maintenir en Pologne son influence spirituelle et culturelle. Pour cela, il faut qu'elle soit présente le plus vite possible en Pologne avec de très grands moyens en personnel de qualité et en argent, pour pouvoir être partout, agir partout et dans tous les domaines de l'esprit et sauver l'âme polonaise. Garder la Pologne à l'Occident vaut bien quelques milliards.<sup>9</sup>

Ce ton très direct contraste avec les formules plus enveloppées de la correspondance diplomatique traditionnelle. Mais il montre bien l'ampleur du basculement qui a eu lieu en l'espace de quelques années. Józef Laptos a décrit cet état d'esprit polonais au sortir de la guerre, qui rend possible l'installation du régime communiste : « le sentiment, voire la conviction que la

civilisation européenne dans sa version occidentale avait flanché à la fin des années 1930 », et « l'inéluctabilité de ce nouvel ordre et de l'incarnation de l'Histoire qu'il représentait »<sup>10</sup>. Pour Christian Fouchet, la France ne peut pas inverser ce mouvement, mais elle a l'obligation morale de le tempérer. Politiquement, elle ne peut plus espérer influencer les décisions fondamentales du

gouvernement polonais. Par contre, elle doit rester dans la partie en reconnaissant *de jure* le nouveau gouvernement : il est plus avantageux « de jouer une carte, si modeste soit-elle, que de ne pas prendre part à la partie... »<sup>11</sup>. Ce sera chose faite le 29 juin 1945.

En juillet, le nouveau représentant français en Pologne, Roger Garreau, prend le contre-pied de son prédécesseur : « jamais les circonstances

n'ont été plus favorables au raffermissement de notre influence politique et spirituelle dans ce pays »<sup>12</sup>. Entre ces deux extrêmes, le Quai d'Orsay adopte une position globalement conforme aux vues de Fouchet. On prend acte du recul politique, on décide de tenir compte des réalités nouvelles, mais on table sur l'action culturelle pour qui prouvera aux Polonais qu'ils ne sont pas seuls face à l'URSS :

Si nous ne pouvons pas d'une manière immédiate, les aider très efficacement, nous pouvons cependant leur être utiles en pratiquant chez eux une politique de présence. [...] Dans le domaine notamment des relations intellectuelles, nous jouissons d'une situation privilégiée. Mais il sera nécessaire de tenir le plus grand compte de l'état d'esprit actuel des dirigeants polonais et d'adapter notre propagande culturelle à cette mentalité nouvelle. C'est, en tout cas, en étant sur place, en observant ce qui se passera dans le pays, que nous pourrons aider le plus sûrement nos amis polonais à se défendre contre une trop grande emprise de l'URSS qu'ils redoutent.<sup>13</sup>

La France entreprend donc de restaurer ses positions en Europe de l'Est. Dans le domaine économique, la reprise est lente, autant à cause des destructions, des pénuries, que des difficultés de transport. Comme le dit ironiquement Georges Bidault en mars 1946 devant les députés de la Commission des Affaires étrangères, « on fait actuellement plus de traités de commerce que de commerce », avec peu de résultats. Ces traités ont cependant deux objectifs : à court terme, se procurer les biens dont on a le plus besoin ; à long terme, « préparer la reprise de relations économiques plus normales »<sup>14</sup>.

On n'est donc pas, contrairement à certaines visions rétrospectives, dans la logique de coupure économique de l'Europe qui prévaudra pendant la guerre froide. Les atteintes au commerce intra-européen sont

dans un premier temps la conséquence des mesures prises dans les pays d'Europe orientale, à laquelle vient se surimposer la tension entre les blocs ; l'exemple de la Tchécoslovaquie l'illustre bien. En octobre 1945, Prague procède à une première série de nationalisations. Or, ceux-ci lèsent particulièrement les intérêts britanniques : la Grande-Bretagne représentait à elle seule 20% des investissements étrangers dans la partie tchèque<sup>15</sup>. Ce litige ne fera que s'aggraver, avec les nationalisations complètes en 1948 et l'héritage des dettes d'avant-guerre. En attendant, les accords commerciaux se multiplient entre la France et l'Europe de l'Est : avec la Tchécoslovaquie en octobre 1945 puis en juillet 1946, avec l'URSS en décembre 1945, avec la Roumanie en juillet 1946, avec la Hongrie en octobre 1946, etc.

### Les relations culturelles, entre politique nationale et réseaux privés

Les relations culturelles entre la France et l'Europe de l'Est font l'objet d'études de plus en plus nombreuses<sup>16</sup>. Notre but ici n'est pas d'en décrire le contenu et les actions, mais de mettre en valeur l'imbrication des réseaux, politiques ou privés, qui cherchent à promouvoir ce rapprochement.

Les relations culturelles extérieures sont suivies par la direction générale des relations

culturelles au Quai d'Orsay, alors confiée à Louis Joxe. De sa compétence relèvent les institutions françaises à l'étranger (instituts culturels et lycées français, missions religieuses également), mais aussi les aspects matériels de la diffusion de la culture. Des accords culturels bilatéraux encadrent les échanges de lecteurs en université, les tournées théâtrales, etc. Lors des auditions par

les commissions des Affaires étrangères des deux assemblées, des reproches précis sont régulièrement adressés au Quai d'Orsay : prix élevés des livres, gros retards dans les livraisons de journaux français en Pologne, absence d'une librairie française à Prague<sup>17</sup>.

Face à ce qui est décrit comme de la frilosité, les associations d'amitié (« Amitié franco-polonaise », France-URSS, etc.) mettent au contraire en scène l'intérêt mutuel des peuples pour leurs réalisations culturelles. Il ne faudrait pas croire que ces mouvements liés au PCF soient les seules associations fondées pour promouvoir un rapprochement entre la France et les pays d'Europe orientale. Par exemple, pour les relations avec la Pologne, il existe, en mai 1945 : l'association France-Pologne (fondée en 1919 et présidée par Jacques Charpentier); les Amis de la Pologne (également fondée dans l'entre-deux-guerres et présidée par Louis Marin); les Amis de la démocratie en Pologne, à vocation plus intellectuelle; l'Association catholique franco-polonaise; et enfin l'Amitié franco-polonaise (présidée par Frédéric Joliot-Curie), fondée « dans l'esprit de la lutte anti-fasciste et de la défense des libertés démocratiques », c'est-à-dire proche du PCF<sup>18</sup>.

La place des associations d'amitié dans le dispositif soviétique d'influence a également été mis en valeur<sup>19</sup>. On sait comment, progressivement, seules les associations disposant d'un soutien politique dans le pays homologue réussissent à entretenir un courant d'échange. Les autres, à partir de 1947-1948, ne pourront que soutenir les exilés<sup>20</sup>. Ce glissement finit par donner aux réseaux communistes l'exclusivité des contacts avec

l'Europe de l'Est, au service d'une vision précise des relations entre États.

Quelle est cette vision? Dans son manifeste constitutif, France-URSS se donne trois buts politiques : « une alliance franco-soviétique s'impose géographiquement pour régler le problème allemand en Europe »; « une collaboration économique entre la France et l'URSS est la base essentielle de la renaissance de notre pays »; s'y ajoute « l'énorme dette de reconnaissance que nous avons contractée envers l'Union soviétique dont les héroïques sacrifices ont sauvé la civilisation et aidé puissamment à la libération de la France ». La « base d'activités » proposée est donc la suivante : « Il doit être clair, pour chaque Français patriote, que l'intérêt national exige le rapprochement franco-soviétique »<sup>21</sup>. C'est le discours qui prévaudra pendant toute l'après-guerre : l'alliance franco-soviétique sera le fondement de la paix en Europe contre tout danger allemand, choisir l'alliance avec l'URSS est un acte patriotique qui assure la sécurité de la France.

En 1944, la nouvelle association veut devenir une organisation de masse (on parle d'une « association de centaines de milliers de membres »), qui rassemble au-delà des partisans du système soviétique : « Tous ceux-là, (amis ou simplement curieux) doivent pouvoir adhérer à "France-URSS" et y rencontrer un climat fervent d'unanimité nationale et de tolérance réciproque ». Au lieu d'une organisation rigide avec carte, timbre, réunions obligatoires, « qui pouvait donner une impression d'embrigadement », il y aura une carte annuelle bon marché. Le public visé est également différent :

Dorénavant, l'effort principal de « France-URSS » visera à toucher les milieux intellectuels (littéraires, scientifiques, artistiques, juridiques, etc...). Il va sans dire que les milieux populaires ne seront pas tenus éloignés pour cela et continueront à trouver leur place dans notre association.<sup>22</sup>

Autrement dit, France-URSS est conçue comme un mouvement de masse, transversal et non catégoriel, pour fédérer l'opinion publique autour des thèses du PCF. Ce caractère transversal peut se lire d'une autre manière : l'association est un pivot dans la nébuleuse des associations progressistes qui gravitent autour du PCF. On sait que leur indépendance formelle est maintenue : les figures de premier plan sont rarement des

responsables communistes en vue. En revanche, la suprématie du parti est assuré par l'intermédiaire de militants plus discrets qui assurent une liaison effective et contrôlent, en réalité, l'activité de l'association. De plus, certaines personnalités en vue participent simultanément aux activités de plusieurs associations bilatérales, ce qui contribue à assurer l'unité de vue.

Peut-on dire pour autant que France-URSS et les associations homologues ne sont que le simple relais consentant d'une influence qui s'exercerait à sens unique? Ce serait méconnaître la complexité de l'univers intellectuel d'après-guerre. Vers les associations bilatérales convergent des élites intellectuelles de l'entre-deux-guerres, très engagées alors dans les relations avec l'Est de l'Europe et fascinées par le monde nouveau qui s'y édifie désormais. Ce sont par exemple les enseignants de l'Institut d'Études Slaves : André Mazon, professeur au Collège de France et co-directeur de la *Revue d'études slaves*, est membre du Comité directeur de France-URSS et de France-Tchécoslovaquie. Parmi ces intellectuels qui réactivent des réseaux d'avant la guerre, on peut encore citer le mathématicien Jacques Hadamard qui s'engagera dans le Mouvement de la Paix, ou le professeur de médecine Henri Laugier qui est membre de France-Roumanie<sup>23</sup>.

Pour comprendre ce rôle des scientifiques, il faut aussi tenir compte des idéaux scientifiques et modernistes qui prévalent alors dans les idéologies de gauche. Annie Guénard a montré que dans les années 1930, les activités des instituts culturels français en Europe de l'Est avait évolué, à la fois en réponse à l'offensive culturelle de l'Allemagne nazie, très orientée vers les sciences et techniques, et du fait des valeurs défendues par le Front populaire. Le public des instituts français évolue donc : aux élites sociales cultivées s'ajoutent désormais les « milieux économiques, techniques et scientifiques »<sup>24</sup>. Or, dans l'après-guerre, ces élites techniques joueront un rôle-clé dans la reconstruction des pays de l'Est. À leurs yeux, les relations culturelles seront le moyen d'un progrès scientifique et social : on veut rencontrer des médecins et des architectes, pas des conférenciers.

Enfin, les associations bilatérales ne sont pas marginales dans le paysage politique

français. Au printemps 1947, plusieurs groupes d'amitié avec l'Europe de l'Est sont fondés à l'Assemblée nationale. Cette chronologie tient à la longue transition institutionnelle qu'a connue la France : il n'y a pas d'assemblée stable avant les élections de novembre 1946. En mars, on crée un groupe franco-polonais<sup>25</sup>. Suivent un groupe franco-roumain<sup>26</sup> et un groupe franco-tchécoslovaque<sup>27</sup>. L'intersection entre ces groupes parlementaires et les associations bilatérales contrôlées par le PCF est importante : Vincent de Moro-Giafferi, président du groupe France-Pologne, est aussi dans le comité de rédaction de *Peuples Amis* (amitié franco-polonaise); Joseph Paul-Boncour préside alors l'association France-Roumanie dont Louis Marin est vice-président (outre qu'il préside la chambre de commerce franco-roumaine)<sup>28</sup>; jusqu'en 1948 Maurice Schumann est membre du Comité directeur de France-URSS<sup>29</sup>. Madeleine Braun et Robert Chambeiron sont des membres importants de France-Tchécoslovaquie, dont ils deviennent respectivement vice-président et secrétaire général en 1950, tandis que Jacques Augarde reste membre du Comité directeur<sup>30</sup>. La guerre froide coupera court à l'activité de ces groupes parlementaires et mettra fin à certaines « doubles appartenances ».

Entre 1945 et 1947, la politique culturelle française en Europe de l'Est, dépourvue de moyens financiers, « ne peut que se structurer autour de ses anciennes filières culturelles en Europe centrale et orientale »<sup>31</sup>. Les associations d'amitié jouent en conséquence un rôle précieux pour relayer l'action officielle. À l'époque, les liens avec le parti communiste ne sont pas un problème : cela correspond au paysage politique de la France d'après-guerre, comme à celui de l'Europe orientale.

### L'idée d'une alliance militaire avec l'Europe de l'Est

Le traité franco-soviétique du 10 décembre 1944, première alliance extérieure conclue par la France nouvelle, est un moment dans la conduite de la guerre et dans la préparation de l'après-guerre. Le traité

de Moscou devait en effet être une alliance de revers contre l'Allemagne et une garantie contre un retour de la puissance allemande. Il est aussi perçu comme le premier jalon du retour de la France en Europe orientale<sup>32</sup>.

l'Allemagne, il demande ce qu'on pense de la frontière Oder-Neisse<sup>41</sup>. Face à cela, les Polonais tiennent aux diplomates français un discours très habile, jouant sur la vanité française de grande puissance déchuë, jetant le soupçon sur la fiabilité anglo-saxonne, insinuant qu'un gouvernement stable est un gouvernement de coalition de gauche, et que l'avenir de la France est dans l'alliance des pays progressistes avec l'URSS et contre l'Allemagne<sup>42</sup>.

Ce « front des démocraties progressistes » est-il uni? L'année 1946 voit une hostilité très vive entre la Pologne et la Tchécoslovaquie, en particulier autour du partage de la Silésie. Dans

ce contexte, il semble bien que ce soient les négociations franco-polonaises qui poussent Prague à proposer une alliance à la France, pour prendre Varsovie de vitesse. Dès septembre 1942, un échange de lettres entre le gouvernement tchécoslovaque en exil et le CFLN avait déclaré nuls et non advenus les accords de Munich. Une déclaration commune, en août 1944, avait ensuite réaffirmé l'amitié entre les deux pays et la volonté de créer les bases d'une alliance durable. En août 1946, Prague remet un projet d'alliance à la France, dont la discussion commence après la signature des traités de paix avec les alliés de l'Allemagne en février 1947.

### *Les objectifs de Georges Bidault au printemps 1947*

Le contexte international est alors bien différent. Les événements s'enchaînent : signature du traité franco-britannique de Dunkerque, échec de la conférence de Moscou sur l'Allemagne, expulsion des ministres communistes des gouvernements italien et français. En Europe orientale, la convergence politique et l'association économique commencent à se transformer en alignement rigoureux sur le modèle soviétique. De leur côté, les États-Unis décident de s'engager durablement dans le renforcement de l'Occident, avec l'aide Marshall et bientôt les premiers contacts secrets sur une alliance militaire, en décembre. Dans le domaine idéologique, à la doctrine Truman en mars répond la doctrine Jdanov en septembre. Celle-ci généralise à l'ensemble des partis communistes le raidissement perceptible depuis l'année précédente en URSS.

La France cherche à retarder l'entrée en guerre froide et la coupure de l'Europe qui s'ensuivrait nécessairement. Au printemps 1947, Georges Bidault ouvre donc des négociations avec la Pologne et la

Tchécoslovaquie pour négocier des traités d'amitié : des liens politiques avec les deux États orientaux les plus tournés vers l'Occident pourra peut-être créer un « pont » européen à l'heure où le fossé se creuse entre les États-Unis et l'URSS<sup>43</sup>.

Le ministre français des Affaires étrangères souhaite en réalité constituer un double réseau d'alliances, l'un à l'Est, l'autre à l'Ouest. Il s'agit à la fois : de posséder un outil juridique permettant d'influencer les plus occidentaux des pays d'Europe de l'Est; de compenser dans une certaine mesure l'inefficacité croissante de l'ONU; de rassurer l'Est à l'égard de l'alliance franco-britannique; inversement de consolider la position occidentale à la conférence de Moscou. En fin de compte, il espère trouver une forme de « troisième voie » entre l'Est et l'Ouest au moment où la menace soviétique se précise alors que l'Europe ne peut pas encore table sur un engagement américain<sup>44</sup>. Pour Bidault, les négociations avec l'Est sont à comprendre dans le cadre d'une politique d'alliances plus large, pan-européenne, comme il l'explique en février 1947 :

Je suis disposé à considérer que l'ensemble des traités qui sont conclus ou en voie de conclusion par le gouvernement français doit être ouvert à l'accession d'autrui. Il ne s'agit pas de couper l'Europe ni le monde en deux; et c'est notre préoccupation majeure [...]. C'est ce que nous essaierons de faire, mais je pense que si le gouvernement belge ou hollandais, par exemple, ou tout autre, veulent accéder soit à un traité déjà conclu, soit eux-mêmes avoir un traité particulier avec nous, compte tenu de l'ensemble de nos engagements, en ayant soin de les

synchroniser de telle manière que nous ne nous trouvions pas engagés à faire des choses contradictoires avec des gens qui ne soient pas d'accord entre eux, ce sera un moyen excellent de construire un édifice de pactes que nous aurons ensuite à faire vivre par la politique de chaque jour.<sup>45</sup>

L'idée de pactes « à faire vivre par la politique de chaque jour » est importante : il ne s'agit pas de conclure de simples alliances défensives contre l'Allemagne, mais de poser les bases d'une coopération dans tous les domaines, de créer une forme d'intimité quotidienne notamment par des contacts économiques et culturels. Bien que Bidault

cherche ici à défendre les traités avec l'Est, ce sont surtout les grandes lignes de la coopération occidentale qu'il trace : l'« édifice de pactes » est une description avant l'heure du pacte de Bruxelles de 1948. Mais à l'heure où il prononce ces mots, il table encore sur les liens avec l'Europe de l'Est.

### *La négociation des traités dans le contexte de 1947*

La signature des traités de paix avec les anciens alliés de l'Allemagne, le 10 février 1947, est l'occasion de conversations bilatérales de Bidault avec ses homologues est-européens, Modzelewski et Masaryk. Le 13 février, on annonce que la France et la Pologne ont décidé de « réviser les termes » de l'alliance entre les deux pays<sup>46</sup>. Le lendemain, une déclaration franco-tchécoslovaque affirme que la France et la Tchécoslovaquie vont ouvrir des négociations en vue d'un traité d'alliance tourné contre l'Allemagne.

Les négociations sont menées sans hâte, basées sur le projet tchécoslovaque de l'été 1946, et un texte polonais remis le 30 mars 1947. Elles s'inscrivent d'une part dans la dynamique des relations purement bilatérales, avec leurs difficultés propres. Les choses se passent relativement bien avec la Tchécoslovaquie : fin mars 1947, un accord

culturel est signé à Paris<sup>47</sup>. En revanche, les relations commerciales et culturelles franco-polonaises rencontrent de multiples difficultés, « par incompetence ou mauvais vouloir » des administrations polonaises<sup>48</sup>. Le chantage est explicite : en juin, une note polonaise rappelle qu'on ne peut espérer aucun déblocage, notamment sur la question du charbon, tant que Varsovie n'aura pas eu de réponse au projet de traité remis en mars<sup>49</sup>. Paris estime au contraire qu'il faut assainir les relations commerciales et financières pour discuter sereinement d'une alliance.

Les négociations butent surtout sur la clause d'aide mutuelle contre l'Allemagne et contre tout État associé à l'Allemagne. Cette formulation, commune à tous les traités signés entre pays de l'Est, est défendue par tous les partis politiques orientaux, pour des raisons parfois opposées, comme Hubert Ripka le rappelle pour la Tchécoslovaquie :

Les communistes déclarèrent immédiatement que le contre-projet français était inacceptable. Les autres partis n'étaient pas non plus satisfaits. Nous désirions que l'engagement d'assistance mutuelle jouât également contre les alliés possibles de l'Allemagne. Nous pensions surtout à la Hongrie dont la politique dirigée par le communiste Rakosi n'était pas moins nationaliste que celle de l'amiral Horthy.<sup>50</sup>

Les tensions sont à l'époque assez fortes entre la Tchécoslovaquie et la Hongrie, notamment à cause du problème des minorités nationales<sup>51</sup>. Le traité avec la France est donc clairement un projet plus complexe qu'une

simple manœuvre téléguidée par Moscou. Le prestige national joue aussi son rôle. Par exemple, en avril 1947 la rumeur court à Varsovie que le pacte franco-tchécoslovaque va bientôt être signé. Vive émotion en Pologne :

### *Entre recherche de la sécurité et affirmation internationale*

Pourquoi la France envisage-t-elle de signer des alliances bilatérales avec des pays de l'Est? Au printemps 1945, Paris veut surtout préserver l'alliance franco-soviétique de décembre 1944, mais pense aussi à une alliance avec la Grande-Bretagne, et au « rôle traditionnel de la France comme protectrice des petites et moyennes puissances »<sup>33</sup>.

L'URSS et le PCF sont à l'époque très favorables à la conclusion d'une alliance formelle entre la France et des États de l'Est européen, désormais sous influence soviétique. En août 1945, Duclos déclare ainsi à un journal polonais que « l'alliance franco-polonaise sera un complément naturel du pacte soviétique »<sup>34</sup>. Les motivations soviétiques sont multiples : lier une France « progressiste » à l'URSS, tout comme on l'a fait avec la Tchécoslovaquie (décembre 1943), la Pologne et la Yougoslavie (avril 1945); et, en liant la France à l'Est, la détourner des projets de « bloc occidental » que l'on a vu

ressurgir pendant l'été 1945. Lors d'un entretien avec Staline, le 14 novembre 1945, Gomulka avait demandé si la Pologne pouvait conclure un pacte d'assistance mutuelle avec la France. La réponse fut positive, à condition qu'il « se conforme entièrement à l'esprit du pacte d'assistance mutuelle conclu entre la Pologne et l'URSS »<sup>35</sup>. Il s'agit notamment de la clause d'automaticité en cas d'agression allemande ou d'un tiers.

Les gouvernements orientaux ont également leurs propres objectifs. La Pologne recherche prioritairement une garantie pour la ligne Oder-Neisse : après l'accord polono-soviétique du 4 octobre 1945 qui en reconnaît le tracé, Varsovie cherche à Paris une garantie occidentale. On comprend mieux pourquoi, dès novembre 1945, un projet polonais est remis au chargé d'affaires français<sup>36</sup>. Cela dit, les Polonais se méfient quand les Français présentent l'alliance comme un pont Est-Ouest :

Cette perspective ne pouvait manquer d'inquiéter Varsovie car elle menait tout droit à la création d'un bloc de « pays moins importants entre l'Est et l'Ouest », dont la France aurait bien sûr été l'instigatrice, formule qui somme toute n'était pas très éloignée des alliances que la France avait conclues dans l'entre-deux-guerres avec certains pays d'Europe centrale et orientale.<sup>37</sup>

De son côté, la sous-direction d'Europe orientale du Quai d'Orsay est méfiante à l'égard des arrières-pensées de la grande puissance qui « patronne » l'offre polonaise. En encourageant une alliance franco-polonaise, est-ce que l'URSS ne chercherait pas en réalité à empêcher une alliance franco-britannique et un bloc occidental?<sup>38</sup> Il faut donc temporiser : on acceptera le principe d'une alliance bilatérale avec la Pologne, mais en subordonnant sa conclusion à « la pratique d'une amitié éprouvée », c'est-à-dire au règlement des litiges (dettes polonaises, indemnisation pour les nationalisations, reprise de relations économiques et culturelles, etc.).

À partir de février 1946, un projet polonais est discuté. Trois aller-retours sont nécessaires pour aboutir à un texte accepté par les deux parties, le 19 juin. Les points d'achoppement étaient prévisibles : garantie

de la frontière Oder-Neisse, engagement de la France à consulter la Pologne sur les questions allemandes, absence de référence à l'ONU. Pied à pied, on négocie une formulation qui n'engagera pas la France dans cette voie.

Les diplomates français sont en effet méfiants. À Londres, René Massigli affirme : « L'amitié polonaise, comme l'amitié italienne à laquelle elle ressemble à tant d'égards, n'est pas de celles auxquelles il convient de trop sacrifier »<sup>39</sup>. Surtout, elle n'apporte rien en termes de sécurité : « nous devrions nous fixer comme règle absolue de ne pratiquer la politique d'assurances mutuelles contre l'Allemagne qu'avec des pays aussi forts ou plus forts que nous », ou bien indispensables à la défense française comme la Belgique et les Pays-Bas<sup>40</sup>. À Moscou, Catroux rappelle que derrière ce traité, il y a un chantage réel : quand on questionne Molotov sur la Rhénanie pour



On estime en effet ici qu'un tel pacte ne devrait, à tout le moins, être conclu que lorsque le gouvernement français se sera mis d'accord avec le gouvernement polonais sur le texte de l'accord qui doit lier nos deux pays.<sup>52</sup>

On retrouve la même rivalité qu'en 1946, entre deux États pourtant liés depuis le 10 mars par un traité d'alliance. En réalité, la Pologne cherche elle aussi des assurances à l'Ouest. Cyrankiewicz, le président du Conseil polonais, déclare en avril 1947 à Pertinax que « le voisinage de l'URSS était pour la Pologne "à la fois une sauvegarde et une servitude" [souligné dans le texte] ». En 1944, le voisinage de l'URSS a évité à la Pologne une guerre civile comme en a connu l'Espagne. Mais c'est aussi une servitude : « Il ne faisait pas de doute que si les élections avaient été défavorables à l'Union soviétique lors du scrutin du 19 janvier les dirigeants du Kremlin n'auraient pas hésité à faire immédiatement intervenir l'Armée rouge en Pologne », affirme Cyrankiewicz. Bref, la Pologne voudrait réaliser une transformation socialiste du pays, mais sans « copier servilement » l'URSS<sup>53</sup>. L'alliance avec la France serait ainsi un moyen de préserver une voie nationale.

La campagne pour la conclusion d'alliances avec l'Europe de l'Est se déroule également dans l'opinion publique française. Dès le début de l'année 1947, avant même que les conversations officielles ne s'ouvrent, la presse pro-soviétique défend avec vigueur le

### *L'échec des négociations*

Pourtant, dès avril 1947, conséquence directe de la conférence de Moscou, Bidault ne souhaite plus ces alliances. Le 14 avril, il s'entretient avec Bevin, qui lui demande si la France compte continuer les négociations avec la Pologne et la Tchécoslovaquie. Bidault répond qu'il a été « essentiel », à un certain moment, pour des raisons de politique intérieure, de témoigner de l'intérêt envers ces alliances; ce n'est plus le cas (« That need has now passed »). De plus, Prague vient de signer un traité avec Sofia, et la France n'a pas envie de donner l'impression qu'elle s'aligne sur la Bulgarie. En ce qui concerne la Pologne, le

thème de l'alliance orientale. En janvier 1947, l'« amitié franco-polonaise », association proche du PCF, crée une nouvelle revue pour défendre les buts internationaux de la Pologne : reconnaissance de la ligne Oder-Neisse, contrôle international de la Ruhr, dénazification rigoureuse de l'Allemagne, intérêts communs de la Pologne et de la France face à la menace allemande, etc. *Peuples Amis* doit servir à relayer dans l'opinion publique les thèses que l'URSS défendra à la conférence de Moscou<sup>54</sup>.

Exactement au même moment, *Parallèle 50* défend l'idée d'une alliance de la France à l'Est. L'éditorial du 25 janvier 1947 explique que la consolidation des institutions françaises, avec l'élection présidentielle, doit aller de pair avec une politique qui consolide la position française en Europe : les liens avec la Pologne, la Tchécoslovaquie, la Yougoslavie sont ici essentiels. La conférence de Moscou sera « une occasion magnifique pour regagner la confiance qui a été mise à mal par la politique de Munich »<sup>55</sup>. On retrouve ici deux thèmes récurrents du discours oriental : pour redevenir une grande puissance, la France doit s'allier avec l'Europe orientale; pour recouvrer sa légitimité morale, elle doit marcher avec l'URSS.

traité serait pour plus « beaucoup plus tard » (« That would come much later »)<sup>56</sup>.

Les traités orientaux ont en fait été un élément important dans la réflexion de Bidault : la façon dont l'URSS veut les transformer en « système diplomatique anti-américain » le frappe et le mène à admettre que la guerre froide est une réalité. Les événements de 1947 (interdiction aux pays orientaux de participer au plan Marshall, création du Kominform et surtout grèves de l'automne 1947) confirmeront cette orientation<sup>57</sup>. Enfin, dernier élément, le PCF cesse de souhaiter l'alliance entre la France et

la Tchécoslovaquie à partir du moment où il est expulsé du gouvernement, le 5 mai<sup>58</sup>.

La négociation va cependant se poursuivre, à la fois par souci politique (tenter de conserver des liens Est-Ouest malgré le fossé croissant) et par logique de chancelleries (on n'interrompt pas sans raison une négociation en cours). De manière prévisible, les négociations d'alliance avec l'Est ont achoppé sur les points qui faisaient déjà litige en 1946 : l'identification de l'adversaire

(l'Allemagne, ou l'Allemagne et tout État s'y associant), l'identification de la menace (une menace d'agression allemande, ou les mesures pouvant contribuer à une agression), l'automatisme de l'alliance, la référence à l'ONU. Le compromis est de moins en moins possible à mesure que le fossé se creuse entre l'Est et l'Ouest. L'intérêt et l'ambiguïté de ces négociations résident justement dans ce glissement : à l'Est comme à l'Ouest, on agit en fonction de la situation internationale, mais aussi des préoccupations intérieures.

## Les contacts économiques dans la guerre froide : enjeux et discours

### *Le commerce Est-Ouest, un enjeu*

Le déclin progressif du commerce entre l'Est et l'Ouest de l'Europe à partir de 1948 est le résultat de plusieurs phénomènes qui se conjuguent : la modification des courants commerciaux pendant la guerre, l'effet des nationalisations dans les pays d'Europe orientale et leur faiblesse économique persistante. À cela s'ajoutent les politiques volontairement suivies à l'Ouest comme à l'Est, et qui se renforcent à mesure que la tension monte entre les blocs. Les contacts économiques entre les deux blocs, en effet, deviennent rapidement un enjeu politique : dans l'hypothèse d'un conflit ouvert à plus ou moins long terme, il ne faut pas renforcer le potentiel de l'adversaire (c'est le rôle du COCOM créé à l'instigation des États-Unis<sup>59</sup>). Inversement, le commerce crée une dépendance économique et favorise les influences étrangères : c'est pourquoi l'URSS oriente le commerce de ses satellites vers sa propre économie, tout en créant le Conseil d'assistance économique mutuelle pour donner l'apparence de l'égalité au pillage de l'Europe de l'Est par l'Union soviétique en reconstruction.

Autant le refus oriental de participer au Plan Marshall avait été un tournant majeur dans le domaine politique, autant, dans le domaine économique, les choses sont moins simples. Les négociations techniques suivent leur propre dynamique, même si la tension internationale fait rapidement sentir ses effets. À l'été 1947

en tout cas, l'ouverture de la conférence de Paris sans l'Europe de l'Est n'empêche pas la conclusion, fin juillet, d'un accord sur les relations commerciales entre la Tchécoslovaquie et la bizonne anglo-saxonne en Allemagne<sup>60</sup>. Prague vient de refuser de participer à la conférence sur le Plan Marshall, mais entend rester un État charnière entre les deux blocs en formation. D'autre part, l'accord avec la bizonne est l'étape manquante pour restaurer le commerce tchécoslovaque avec l'Allemagne : avant la guerre, la Tchécoslovaquie lui vendait 60% de sa production<sup>61</sup>. Au printemps 1948, Gregor, ministre tchécoslovaque du Commerce extérieur, parle de « tout mettre en œuvre pour développer ses échanges avec la zone dollar »<sup>62</sup>. De fait, en 1949 plus de la moitié du commerce extérieur tchécoslovaque se fait encore avec l'Occident<sup>63</sup>.

La tendance générale est cependant à une diminution spectaculaire du commerce entre les démocraties populaires et le monde occidental. Outre le problème des nationalisations et des dettes antérieures, le principal facteur est la politique économique et commerciale qu'impose l'URSS, dont le but est de rendre dépendants les pays de la sphère soviétique<sup>64</sup>. On connaît bien les moyens de cette politique : réparations, entreprises mixtes, accords de commerce. D'autre part, l'orientation de la production des démocraties populaires au service des besoins

soviétiques prive ces pays de surplus exportables vers l'Occident.

À mesure que le système stalinien se met en place à l'Est, les Occidentaux utilisent de plus en plus l'arme économique pour protester contre les mesures politiques prises à leur encontre : fermeture d'écoles et d'instituts culturels, emprisonnements d'Occidentaux, mesure de rétorsion contre les représentants diplomatiques. Le commerce français avec l'Europe de l'Est passe par la négociations d'accords annuels qui établissent des listes de biens importables ou exportables, et la quantité maximale échangeable. Chaque année, ces accords doivent être reconduits ou renégociés, ce qui impose un rythme dans l'ensemble indépendant du contexte politique. Par exemple, en août 1947, un accord commercial pour un an est signé entre la France et la Pologne : outre des produits agricoles et industriels (véhicules), la France exportera notamment 100000 tonnes de phosphates et 100000 tonnes de minerai de

fer, tandis que la Pologne exportera 1 million de tonnes de charbon<sup>65</sup>. De même la France signe un accord économique avec la Tchécoslovaquie en août 1948, avec la Pologne en décembre 1948, avec la Hongrie en décembre 1949.

Évidemment, les tensions politiques pèsent sur les négociations commerciales, qui sont un moyen de rétorsion. Le cas le plus célèbre est celui des négociations franco-soviétiques lancées en octobre 1947 pour remplacer l'accord commercial de décembre 1945. En représailles à l'affaire du camp de Beaugard, qui avait entraîné l'expulsion de la mission de rapatriement soviétique en France, accusée d'activités subversives, l'URSS refuse le 9 décembre les visas à la délégation<sup>66</sup>. On peut encore mentionner la grosse crise qui s'ouvre en novembre 1949 entre la France et la Pologne (affaire d'espionnage à laquelle le consulat français à Stettin aurait été mêlé) : les négociations ne reprendront pas avant l'hiver 1950-1951<sup>67</sup>.

### *Le commerce Est-Ouest, un slogan*

Le commerce Est-Ouest est malgré tout un thème important dans la propagande communiste. Les arguments relèvent à la fois du politique et de l'économique, de l'intérêt et de la peur, de la menace et de la séduction. En juin 1948, Robert Chambeiron, député progressiste des Vosges et membre de la Commission économique de l'Assemblée nationale, développe les arguments suivants. Le commerce avec l'Est est nécessaire, maintenant que les illusions sur l'aide Marshall se dissipe ; il est possible car il y a des marchés ; il est urgent car l'Allemagne n'a pas encore reconquis des marchés dont elle occupait 40% avant la guerre ; il est sûr car la planification crée des débouchés certains<sup>68</sup>. Ce discours évidemment passe sous silence les difficultés concrètes que rencontrent les démocraties occidentales dans leurs négociations avec les démocraties populaires.

Une campagne habile et intense s'ouvre ainsi en 1948 dans la presse liées aux réseaux communistes, comme *Peuples Amis, France-*

*URSS*, etc. Donnons-en un exemple. En octobre 1948, John Platt-Mills, député travailliste et membre actif de l'association Grande-Bretagne-URSS, publie un article sur les possibilités commerciales de la Tchécoslovaquie. Fait inhabituel : l'article est accompagné d'une carte d'Europe où des traits relient Prague aux grandes capitales européennes, avec des lacunes intéressantes (Berlin, Rome, Copenhague, Budapest, l'Espagne), qui correspondent aux anciens ennemis ou à ceux qui ont collaboré avec l'Allemagne nazie. Sur cette carte, aucun rideau de fer n'est perceptible<sup>69</sup>. Sur la même page, un autre article lançant un « cri d'alarme » contre le retour commercial de l'Allemagne<sup>70</sup> : on joue à la fois sur l'intérêt économique et la peur de la concurrence, avec un sous-entendu historique discret.

Pour les milieux pro-occidentaux également, la question du commerce Est-Ouest est avant tout politique. La position

française sur les indemnités relève en partie d'une approche légaliste : les rapports entre États sont réglés par une série de principes internationaux, et ceux-ci doivent aussi prévaloir dans les rapports avec le bloc de l'Est qui cherche à se prévaloir d'une nouvelle « légalité socialiste ». C'est aussi une approche morale : l'intérêt économique ne

justifie pas tous les renoncements. Cela étant, il est nécessaire de maintenir un courant commercial minimal. Dès la création de la RDA, par exemple, on admet qu'il ne faut pas gêner le commerce avec le nouvel État, à condition qu'il se fasse par le truchement d'organismes techniques et sous couvert de la mission soviétique de contrôle :

Étant donnée la nécessité de favoriser les échanges entre les deux parties de l'Europe, il n'y a pas lieu de faire obstacle aux contacts commerciaux indispensables entre les pays occidentaux et l'État allemand de zone orientale. Ces contacts devront, cependant, être pris selon une procédure propre à n'impliquer aucune reconnaissance *de facto* ou *de jure* de la « République démocratique allemande ». <sup>71</sup>

Les hommes politiques français nourrissent eux aussi des arrières-pensées politiques. Pour certains, les contacts économiques permettent de placer des pions pour l'avenir, quand une détente libérera les échanges; de plus, ils participent d'une politique de puissance et de présence internationale. Ceci ressort très clairement d'un débat entre sénateurs de la Commission des Affaires étrangères en février 1951. On discute alors des relations entre la France et la Yougoslavie et de la reconduction de l'aide occidentale. Léo Hamon plaide pour le maintien de la contribution française, qui prouve que la France accepte d'entretenir des relations normales avec un pays socialiste, et donc qu'une coexistence pacifique est possible. René Coty demande s'il est utile que la France donne 6 milliards de francs, alors que les échanges économiques sont faibles; il

vaudrait mieux suivre l'exemple de la Belgique, qui malgré un commerce fructueux avec la Yougoslavie avant-guerre s'est retirée du groupe des bailleurs. Léo Hamon a alors une réponse où l'on reconnaît le gaulliste: « il est indispensable que nous restions l'un des trois grands et non le premier des petits » <sup>72</sup>.

Cette réplique est importante à retenir : Léo Hamon fait partie de ce groupe de parlementaires gaullistes que leur opposition à la CED conduira à un rapprochement avec le parti communiste. Ces contacts, doublés d'un intérêt précoce pour l'Europe de l'Est, en feront à partir de 1955 un promoteur du rapprochement avec l'URSS au nom du réalisme, de la détente et de l'équilibre des puissances. En attendant, ce sont les associations communistes qui ont l'exclusivité des contacts avec l'Europe de l'Est.

### **Les associations bilatérales dans la guerre froide**

Le discours communiste sur la solidarité entre peuples s'appuie sur un réseau d'associations bilatérales. Progressivement, à mesure que les contacts avec le bloc

soviétique s'amenuisent, les associations tendent à devenir le seul lien non étatique entre les pays.

#### ***Une domination absolue des communistes?***

On a tendance, quand on évoque ces associations d'amitié Est-Ouest, à les décrire comme de simples émanations du parti communiste, suivant mécaniquement la ligne

du PCF qui l'impose par le truchement de ses représentants. C'est partiellement vrai mais, même après le déclenchement de la guerre froide, les choses sont plus complexes.

Par exemple, durant l'hiver 1950-1951, un désaccord sérieux s'élève au sein du Comité directeur de l'amitié franco-polonaise concernant la validité de la frontière Oder-Neisse, que la RDA et la Pologne viennent de reconnaître et de délimiter. Henri Roser, un pasteur protestant, désapprouve en octobre la position officielle de l'association<sup>73</sup>. En février 1951, le Comité directeur se réunit pour en débattre; Roser est absent<sup>74</sup>. Les entrefilets parus dans la revue de l'association ne donnent pas davantage de détails, et l'on ne sait pas en quoi consiste le désaccord. On se doute que la session de février 1951 est une condamnation en bonne et dûe forme des positions de Roser, dont l'article regrette qu'il ne soit pas venu s'expliquer. Tout de même, il est intéressant de constater que le voile habituellement jeté sur le fonctionnement interne des associations communistes a été levé sur cet incident précis. Par ailleurs, Roser restera membre du Comité directeur durant toutes les années 1950.

De leur côté, les publications internes révèlent de réelles crises. C'est le cas de

Le 1<sup>er</sup> septembre 1948, le speaker de Paris invitait les auditeurs de Tchécoslovaquie à appeler les numéros libres du Ministère de l'Information à Prague, numéros qu'il a répétés deux fois, afin que les auditeurs les retiennent. Le sens de cette manœuvre était évident. On l'appelle en langage clair : invitation au sabotage.<sup>75</sup>

Comme Hirsh « ne nie pas », le député progressiste conclut que ces propos sont incompatibles avec l'appartenance au Comité directeur de France-Tchécoslovaquie. Bochet, Faucher et Hirsch démissionnent de l'association, et avec ceux qui les ont suivi fondent en décembre l'Amitié franco-tchécoslovaque avec les milieux émigrés tchécoslovaques<sup>76</sup>.

L'hiver 1949-1950 est également le moment d'une crise majeure autour de la Yougoslavie de Tito, dont l'enjeu est la liberté des mouvements progressistes français à l'égard du communisme<sup>77</sup>. À l'automne 1949, plusieurs intellectuels se rendent en Yougoslavie. C'est le cas de Jean Cassou, et d'une délégation d'*Esprit* comprenant Jean Baboulène, Henri Quéffelec et Jean-Marie

l'association France-Tchécoslovaquie à la fin de l'année 1949. Lors de l'assemblée générale du 30 octobre 1949, un rapport très critique du secrétaire général, Lucien Bochet, met le feu aux poudres. Soutenu par le président de l'association, le général Faucher, il critique une résolution adoptée en octobre 1948. Selon ce texte, l'association agirait désormais en collaboration avec le gouvernement tchécoslovaque : autrement dit, elle s'engageait à soutenir les positions du gouvernement issu du coup de Prague. Madeleine Braun (députée communiste et vice-présidente de l'association), soutenue par Alfred Fichelle (secrétaire général de l'Institut d'études slaves), contre-attaque : le secrétariat général a souvent été maladroit, ce qui a compromis les relations avec l'association homologue. Robert Chambeiron intervient ensuite pour critiquer les émissions de radio à destination de la Tchécoslovaquie supervisée par Hirsch. Son but est de démontrer que Hirsch est en réalité un « adversaire » des autorités tchécoslovaques :

Domenach. Sans fermer les yeux sur le caractère dictatorial du régime, ils affirment que les accusations anti-titistes sont fausses. Cassou défend en particulier le caractère socialiste de la Yougoslavie. En conséquence, il est démis de ses fonctions de président du Conseil national des écrivains. Lui et Domenach sont également exclus du Mouvement de la Paix en février 1950<sup>78</sup>. Ajoutons que Jean Cassou était membre du Comité directeur de France-Tchécoslovaquie, et assiste à l'assemblée générale que nous avons décrite. Il n'en dit rien dans ses mémoires, mais consacre quatre pages à opposer « associations pour la libération et associations pour la domination », ce qui ne laisse aucun doute sur son choix de l'automne 1949<sup>79</sup>.

La chronologie de ces crises est intéressante : dans la plupart des associations d'amitié Est-Ouest, le tournant de la guerre froide n'est véritablement pris qu'en 1949. Il pourrait s'agir d'une stratégie d'épuration commanditée par Moscou : après avoir affermi sa main-mise sur l'Europe orientale par les campagnes « anti-cosmopolites » et avoir créé un front commun au nom de la défense de la paix (le Kominform adopte officiellement ce concept en novembre 1949), l'Union soviétique parachèverait l'entreprise en éliminant des organisations occidentales les

éléments les plus douteux. Mais on peut aussi considérer qu'il a fallu un certain temps aux progressistes occidentaux pour prendre la mesure de la guerre froide. Après l'espoir incarné par Wrocław puis Pleyel, la désillusion aurait saisi les milieux favorables à l'entente avec l'Est. Leur tentative de reprendre la main sur les associations d'amitié, en réaction notamment aux procès politiques en Bulgarie et en Hongrie et aux révélations sur le Goulag, se serait soldée par l'échec et l'expulsion.

### *Quelle France pour quelle Europe de l'Est?*

Les associations pro-communistes, progressivement épurées, s'arrogent peu à peu un monopole sur les contacts avec les pays de l'Est, à cause du système des invitations. Quel est leur discours? Premièrement, elles affirment que la France a sa place en Europe de l'Est. Les revues insistent sur la demande orientale, le prestige de la langue française, l'insuffisance des moyens développés. *Parallèle 50* revient régulièrement sur l'importance du français en Europe de l'Est, décrivant son prestige « extraordinaire » du français en Hongrie, sa diffusion en Pologne, y compris chez les mineurs, l'intérêt pour l'histoire française en URSS, le

« rayonnement culturel » français en Bulgarie<sup>80</sup>. Quant aux revues bilatérales (*Peuples Amis, France-URSS, France-Roumanie, France-Hongrie*), c'est leur fonction même de rendre compte des manifestations culturelles dans l'un et l'autre pays et de démontrer que l'amitié entre les peuples est une réalité vivante.

Ces attentes ne sont cependant pas inconditionnelles : la France doit faire la preuve de son progressisme, et surtout de son engagement anti-allemand. Louis Martin-Chauffier le montre bien dans un article écrit à l'issue d'une tournée en Europe de l'Est :

Les Hongrois voudraient que notre langue et notre littérature remplacent l'influence allemande traditionnelle. Chez les Tchèques, l'amitié pour la France se nuance de l'immense déception de Munich. On sent planer une crainte : « Il ne faudrait pas que ce soient les mêmes qui reviennent au pouvoir en France... » En Moravie et en Slovaquie, on sait moins le français qu'en Bohême, mais la France bénéficie de la haine et de l'horreur de l'Allemand.<sup>81</sup>

Comme nous avons déjà eu l'occasion de le dire, les arguments s'entremêlent : à la demande culturelle répondent les possibilités économiques, et les deux forment le socle d'une coopération étroite pour la sécurité européenne, c'est-à-dire la sécurité contre l'Allemagne. Mais au-delà des questions stratégiques, si la France doit entretenir des relations avec l'Europe de l'Est, c'est que l'avenir s'y trouve désormais.

Yves Farge tient des propos révélateurs quand il évoque ce « rideau de fer dont on se sert pour tracer la ligne de partage des intérêts et des pensées et qui, si on en abuse, est bien capable d'isoler la France du monde qui pense et qui croit à la vie »<sup>82</sup>. « Le monde qui pense », par opposition à celui qui ressasse, est aussi celui qui « croit à la vie » au lieu de parier sur la guerre et la destruction. Comme l'explique un article de *Parallèle 50* en avril 1949, l'Europe est plus qu'un continent : c'est

une entité civilisationnelle et culturelle, que l'Est incarne désormais. Il doit la défendre, ce qui légitime les mesures de rétorsion contre les instituts culturels occidentaux liés aux services secrets<sup>83</sup>. La mission sociale de la culture justifie que les pays de l'Est fasse un choix dans les productions culturelles

occidentales : ils s'intéressent à ce qui les aide à construire leur propre modèle culturel<sup>84</sup>.

La France est donc invitée à rejoindre le projet humaniste qui traverse l'histoire européenne et trouve son achèvement dans la construction du socialisme. André Bonnard, professeur de langue et littérature grecques à l'Université de Lausanne, explique au printemps 1949 cette filiation :

L'humanisme grec... l'humanisme occidental n'ont jamais été le bien de tous. Ils n'existaient en quelque sorte que par délégation, pour une élite qui montait la garde autour de la culture. Les esclaves antiques, les coolies et les nègres ont connu les coups de leurs maîtres, et leur armes, non leur culture. Pour la première fois — depuis l'apparition du christianisme, qui l'avait entrevu — le problème de la participation de tous les hommes à un trésor commun et, dans le cas donné, au vaste trésor de la civilisation est posé avec franchise, avec rigueur : et c'est l'humanisme soviétique qui le pose.<sup>85</sup>

Les associations bilatérales entreprennent ainsi, à partir de 1949, de démontrer que le véritable humanisme est en train de s'élaborer en Europe de l'Est, là où chacun a accès à la culture et au beau, sans qu'il soit réservé à l'élite sociale au pouvoir<sup>86</sup>. On sait à quel point tout ceci relève d'une propagande

intentionnelle et mensongère. En retour, le discours de la France ne sera reçu que dans la mesure où il étaye le discours officiel. En quelques années, la guerre froide transforme donc radicalement leurs relations de la France avec l'Europe de l'Est, ne laissant subsister que des liens fragiles et étroitement contrôlés.

#### NOTES :

<sup>1</sup> Guénard, Annie, « Les attentes de l'Est européen : sincérités et ambiguïtés observées », in Du Réau, Élisabeth (dir.), *Europe des élites? Europe des peuples? La construction de l'espace européen, 1945-1960*, Paris, Presses de la Sorbonne Nouvelle, 1998, p. 151-161.

<sup>2</sup> Pour des synthèses claires sur le rôle du panslavisme en Europe orientale au XIX<sup>e</sup> siècle voir, dans le volume édité par Gérard Beauprêtre (*L'Europe centrale. Réalité, mythe, enjeu, XVIII<sup>e</sup>-XX<sup>e</sup> siècle*, Éditions de l'Université de Varsovie, 1991), les contributions suivantes : Kuk, Leszek, « Le "slavisme polonais" et le "panslavisme russe" au XIX<sup>e</sup> siècle. à la recherche d'une formule nouvelle de l'Europe orientale », p. 307-317; et Skowronek, Jerzy, « Panslavisme, slavophilie et reconstruction politique de l'Europe centrale au XIX<sup>e</sup> siècle », p. 319-328. Voir également Horel, Catherine, « L'Europe danubienne, nostalgie ou idée d'avenir? », in Girault, René, et Bossuat, Gérard (dir.), *Europe brisée, Europe retrouvée*, Paris, Publications de la Sorbonne, 1994, p. 13-37.

<sup>3</sup> Djilas, Milovan, *Conversations avec Staline*, Paris, Gallimard, 1971, p. 59.

<sup>4</sup> *Ibid.*

<sup>5</sup> Archives du ministère français des Affaires étrangères (ci-après MAEF), série Europe 1944-1960, sous-série Pologne, vol. 162, fol. 111; dépêche de Baelen, *Survivance du panslavisme*, Varsovie, 3 mai 1950, no. 337/EU.

<sup>6</sup> *Ibid.*, sous-série Généralités, vol. 29, fol. 132-136; dépêche de Dejean, *Le néo-slavisme*, Prague, 12 juillet 1946, no. 1004.

<sup>7</sup> *Ibid.*, fol. 119-120; télégramme de Dejean, Prague, 8 avril 1946, no. 551.

<sup>8</sup> *Ibid.*, fol. 1-24; projet de note, *L'URSS et le monde slave*, sans date [vraisemblablement juillet 1945].

<sup>9</sup> *Ibid.*, sous-série Pologne, vol. 59, fol. 46-53; télégramme surchiffré de Fouchet, Lublin, 3 mars 1945, no. 18.

<sup>10</sup> Laptos, Józef, « Le "rideau de fer", bastion ou gouffre? Échafauder un bastion antioccidental en Pologne communiste après 1945 », in Cœuré, Sophie, et Dullin, Sabine (dir.), *Frontières du communisme*, Paris, La Découverte, coll. « echerche », 2007, p. 216-231.

<sup>11</sup> Fouchet, Christian, *Au service du général de Gaulle. Londres 1940. Varsovie 1945. Alger 1962. mai 1968*, Paris, Plon, 1971, p. 75.

Sur les négociations de l'après-guerre : Borodziej, Włodzimierz, « Polen und Frankreich 1945-1947. Versuch zur Belebung einer alten Allianz », *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1988, vol. 36, no. 1, p. 79-111, et Laforest, Christophe, « Arrières-pensées et illusions. Les tentatives de renouvellement de l'alliance franco-polonaise, 1945-1947 », *Revue des études slaves*, Paris, vol. 71, no. 2, 1999, p. 263-278. Sur les relations franco-tchécoslovaques, voir par exemple Marès, Antoine, « Franco-Czechoslovak Relations from 1944 to 1948 or the Munich Syndrom », in Varsori, Antonio, et Calandri, Elena (dir.), *The failure of peace in Europe. 1943-1948*, Basingstoke, Palgrave, Cold War History Series, 2002, p. 104-122. Cet article met particulièrement en valeur la place de la menace allemande dans la perception tchécoslovaque des alliances avec la France et l'URSS. En français, voir par exemple Lacaze, Yvon, « Les rapports franco-tchécoslovaques de la libération au "coup de Prague", février 1948 », *Revue d'histoire diplomatique*, no. 1998/1, p. 3-35. Voir également Fejtő, François, « Un pont qui n'a pu être construit: le projet de traité franco-tchécoslovaque », *Politique étrangère*, 1976, no. 1, p. 5-11, et Sallé, Isabelle, « Les relations politiques et diplomatiques entre Paris et Prague (juin 1947-1948) », in Du Réau, Élisabeth (dir.), *Regards croisés et coopération en Europe au XX<sup>e</sup> siècle*, Paris, Presses de la Sorbonne Nouvelle, 1996, p. 103-115.

<sup>33</sup> Soutou, Georges-Henri, « La France et la création de l'ONU, 1944-1946 », *8e Conférence internationale des éditeurs de Documents diplomatiques. Des États et de l'ONU*, Berne, Peter Lang, 2008.

<sup>34</sup> MAEF, Europe 1944-1960, Pologne, vol. 59, fol. 93-94.

<sup>35</sup> Werblan, Andrzej, « The conversation between Władysław Gomułka and Josef Stalin on 14 November 1945 », *CWIPH Bulletin*, hiver 1998, no. 11, p. 139.

<sup>36</sup> MAEF, Europe 1944-1960, Pologne, vol. 59, fol. 121; télégramme de Beausse, Varsovie, 2 novembre 1945, no. 113.

<sup>37</sup> Laforest, Christophe, « Arrières-pensées et illusions. Les tentatives de renouvellement de l'alliance franco-polonaise, 1945-1947 », *Revue des études slaves*, Paris, vol. 71, no. 2, 1999, p. 226.

<sup>38</sup> MAEF, Europe 1944-1960, Pologne, vol. 59, fol. 127-130; note de H. Roux (sous-direction d'Europe orientale) pour le Ministre, *D'un projet de pacte franco-polonais*, 26 novembre 1945.

<sup>39</sup> *Ibid.*, fol. 239-243; dépêche très secrète de Massigli, *Projet de déclaration franco-polonaise*, Londres, 17 mai 1946, no. 1613.

<sup>40</sup> *Ibid.*

<sup>41</sup> *Ibid.*, fol. 255; télégramme secret de Catroux, Moscou, 24 mai 1946, no. 1183/85.

<sup>42</sup> Voir par exemple les propos du président du Conseil polonais, Osóbka-Morawski, en septembre 1946 (MAEF, Europe 1944-1960, Pologne, vol. 60, fol. 71-73; télégramme secret de Garreau, Varsovie, 17 septembre 1946, no. 1405).

<sup>43</sup> Soutou, Georges-Henri, « Georges Bidault et la construction européenne, 1944-1954 », in Bernstein, Serge, Mayeur, Jean-Marie, et Milza, Pierre (dir.), *Le MRP et la construction européenne*, Bruxelles, Complexe, 1993, p. 200.

<sup>44</sup> Soutou, Georges-Henri, « Les dirigeants français et l'entrée en guerre froide : un processus de décision hésitant (1944-1950) », *Le Trimestre du monde*, 3<sup>e</sup> trimestre 1993, p. 141.

<sup>45</sup> Archives du Sénat, 25S1 (Commission des Affaires Étrangères, 1947), fol. 59-60; séance du 26 février 1947.

<sup>46</sup> Une convention culturelle est signée le 19 février, et le communiqué commun sur le renouvellement de l'alliance est publié le 20 février.

<sup>47</sup> *Parallèle 50*, no. 35, 29 mars 1947, p. 1.

<sup>48</sup> MAEF, Europe 1944-1960, Pologne, vol. 60, fol. 185-189; télégramme secret sans signature, Varsovie, 12 mai 1947, no. 1012/28.

<sup>49</sup> *Ibid.*, vol. 60, fol. 222; télégramme réservé non signé, Varsovie, 9 juin 1947, no. 1205.

<sup>50</sup> Ripka, Hubert, *Le coup de Prague. Une révolution préfabriquée*, Paris, Plon, 1949, p. 77-78.

<sup>51</sup> En mai 1947, après deux mois de difficiles pour mettre en œuvre celui de février 1946 sur l'échanges de populations. Ce n'est pas avant le mois de septembre 1947 que les deux pays décident d'établir des relations diplomatiques normales, dans un contexte international désormais changé.

<sup>52</sup> MAEF, Europe 1944-1960, Pologne, vol. 60, fol. 173; télégramme réservé de Beausse, Varsovie, 23 avril 1947, no. 867/68.

<sup>53</sup> *Ibid.*, vol. 63, fol. 214-215; télégramme réservé de Beausse, Varsovie, 11 avril 1947, no. 763/68.

<sup>54</sup> Le no. 2, paru en avril 1947, rassemble des articles au titre explicite : « Nous ne demandons pas vengeance, mais seulement justice », par Édouard Herriot (sous-titre: « Sécurité, sécurité encore, sécurité toujours... »); « L'Allemagne et l'éternel Retour [pangermaniste] » par Edgar Morin; « L'Oder frontière stratégique de la Pologne »; « Le rôle des Provinces de l'Ouest dans l'économie et la reconstruction polonaises ».

<sup>55</sup> *Parallèle 50*, no. 31, 25 janvier 1947; « Alliances souhaitables », p. 1 et 8.

<sup>56</sup> PRO, FO 371, 65969, no. N4765/1947; note de Pierson Dixon, *French Treaties with Poland and Czechoslovakia*, 14 avril 1947.

<sup>57</sup> Soutou, « Les dirigeants français et l'entrée en guerre froide... », *op cit.*, p. 142.

<sup>58</sup> Bartosek, Karel, *L'aveu des archives*, Paris, Le Seuil, 1996, p. 98.



- <sup>12</sup> MAEF, Europe 1944-1960, Pologne, vol. 59, fol. 84-85; télégramme [par courrier] de Garreau, Varsovie, 5 juillet 1945, sans numéro. Thierry Wolton ne ménage pas Roger Garreau, en qui il voit l'un des « plus farouches partisans d'une alliance avec l'URSS » et un « Français bavard et fier de montrer qu'il est dans le secret des dieux » (Wolton, Thierry, *La France sous influence*, Paris, Grasset, 1993, p. 43, 40). Les Britanniques avaient également une vision très négative de Garreau, selon eux « aveuglement pro-polonais » (Public Record Office, Kew, ci-après PRO : FO 371, 71601 (1948), no. N2536; « Franco-Polish relations », note manuscrite de Hancock).
- <sup>13</sup> MAEF, Europe 1944-1960, Pologne, vol. 59, fol. 88-89; Direction Générale Politique, *Note sur les relations franco-polonaises* (confidentiel), 14 août 1945.
- <sup>14</sup> Archives nationales, Paris (ci-après CARAN), C 15286, Commission des Affaires économiques, 1945-1946; séance du 27 mars 1946, p. 2-3.
- <sup>15</sup> Ministère belge des affaires extérieures (ci-après MBE), Dossier no. 10.972 bis, 1945-1947, Tchécoslovaquie; rapport de Jaspar, *Participation du capital étranger dans l'industrie tchécoslovaque*, Prague, 4 mars 1946, no. 737/103/213.
- <sup>16</sup> Outre les ouvrages mentionnés plus haut, voir les contributions rassemblées dans Sirinelli, Jean-François, et Soutou, Georges-Henri (dir.), *Culture et guerre froide*, Paris, PUPS, 2008, 316 p. On attend aussi la parution du colloque de mai 2006 (BNF), « Les relations culturelles internationales au XX<sup>e</sup> siècle ». Également : Macher, Anicko, « La diplomatie culturelle entre la France et la Hongrie de 1945 à 1949, vue de Hongrie », in Roche, François (dir.), *La culture dans les relations internationales*, École Française de Rome, 2002, p. 251-262; *Relations internationales*, automne 2003, no. 115, dossier « Diplomatie et transferts culturels au XX<sup>e</sup> siècle »; Guénard, Annie, « De la reconstruction à l'éviction. Entre 1944 et 1949, une politique culturelle française en Europe centrale et orientale confrontée à l'organisation du Bloc communiste », *Matériaux pour l'histoire de notre temps*, 1994, no. 36, p. 21-27.
- <sup>17</sup> CARAN, C 15332, Commission des Affaires étrangères, 1947-1948; séance du 21 mai 1947, p. 11-12.
- <sup>18</sup> CARAN, 317 AP, carton 140 - « Louis Marin président de la société franco-polonaise "Les amis de la Pologne" ». Également MAEF, Europe 1944-1960, Pologne, vol. 59, fol. 32-35, 59.
- <sup>19</sup> Voir les analyses de Gomart, Thomas, *Double détente. Les relations franco-soviétiques de 1958 à 1964*, Paris, Publications de la Sorbonne, 2003, p. 101-121, et Rey, Marie-Pierre, *La tentation du rapprochement. France et URSS à l'heure de la détente (1964-1974)*, Paris, Publications de la Sorbonne, 1991, p. 299-304.
- <sup>20</sup> Voir par exemple Laptos, Józef, « La situation et le rôle de l'émigration politique polonaise en France à l'époque de la guerre froide (1944-1956) », in Michel, Bernard, et Laptos, Józef (dir.), *Les relations entre la France et la Pologne au XX<sup>e</sup> siècle*, Cracovie, Eventus, 2002, p. 181-204; et Marès, Antoine, « Témoignages d'exilés et de réfugiés politiques d'Europe Centrale en France après 1945 », *Matériaux pour l'histoire de notre temps*, automne 1996, no. 44, p. 48-54.
- <sup>21</sup> *France-URSS. Bulletin intérieur réservé aux secrétaires des Comités départementaux et locaux*, no. 1, octobre 1944, p. 1.
- <sup>22</sup> *Ibid.*
- <sup>23</sup> Marès, Antoine, *Paris « capitale culturelle » de l'Europe centrale? Les échanges intellectuels entre la France et les pays de l'Europe médiane, 1918-1939*, Paris, Institut d'Études Slaves, 1997, p. 33-34.
- <sup>24</sup> Guénard, Annie, « Les instituts français en Europe centrale et orientale dans les années 30 », in Delaperrière, Maria, et Marès, Antoine (dir.), *Paris « capitale culturelle » de l'Europe centrale? Les échanges intellectuels entre la France et les pays de l'Europe médiane, 1918-1939*, Paris, Institut d'Études Slaves, 1997, p. 57.
- <sup>25</sup> Membres du Bureau : Vincent de Moro-Giafferi (RGR), président, Marcel Cachin (PCF), Jean-Paul Palewski et Marc Scherer (MRP). Source : *Peuples Amis. Revue de l'amitié franco-polonaise*, no. 2, avril 1947, p. 48.
- <sup>26</sup> Bureau : Joseph Paul-Boncour, Marcel Cachin, Louis Marin, Maurice Schumann. Source : CARAN, 317 AP, carton 144.
- <sup>27</sup> Bureau : Madeleine Braun (PCF), Raymond Laurent (MRP), Jean Bouhey (SFIO), André Barbier (indépendant), Pierre Mendès France (rassemblement des gauches), Jacques Augarde (MRP), Robert Chambeiron (républicains résistants). Source : *Parallèle 50*, no. 45, 7 juin 1947, p. 1.
- <sup>28</sup> CARAN, 317 AP, carton 145.
- <sup>29</sup> *France-URSS. Bulletin intérieur réservé aux secrétaires des Comités départementaux et locaux*, no. 10, 15 mai 1946, p. 4; *France-URSS*, janvier 1948, no. 29, p. 15.
- <sup>30</sup> Source : Association France-Tchécoslovaquie, *Bulletin mensuel de liaison*, no. 20, mai-juin 1950.
- <sup>31</sup> Liviu Pavelescu, Serban, « Entre méfiance et confiance. Les relations franco-roumaines dans les premières décennies de la guerre froide », *Revue historique des Armées*, no. 244, 3<sup>e</sup> trimestre 2006, p. 98-107; p. 100.
- <sup>32</sup> Les relations diplomatiques entre la France et les pays d'Europe de l'Est en 1945-1949 ont fait l'objet de plusieurs études. Dans son ouvrage sur Bidault, Jean-Rémy Beziat détaille les multiples contacts qui accompagnent les négociations diplomatiques (Beziat, *Georges Bidault et la politique étrangère de la France*, Paris, L'Harmattan, 2007, p. 266-268). Pour une vision d'ensemble sur les relations franco-polonaises : Jarosz, Dariusz, et Pasztor, Maria, *Conflits brûlants de la Guerre froide. Les relations franco-polonaises de 1945 à 1954*, Paris, Lavauzelle, 2005, 384 p.

- <sup>59</sup> Sur le COCOM (*Coordinating Committee for Multilateral Export Control*, comité de coordination pour le contrôle multilatéral des exportations) créé en janvier 1950, la synthèse la plus récente est due à Frank M. Cain: *Economic Statecraft During the Cold War*, Londres, Routledge, 2006, 240 p. Voir également Boel, Bent, « La France, les États-Unis et la politique occidentale d'embargo, 1948-1954 », *Revue d'histoire diplomatique*, 2001/1, p. 33-58; Cain, Frank M., « Exporting the Cold War: British Responses to the USA's Establishment of COCOM, 1947-51 », *Journal of Contemporary History*, juillet 1994, vol. 29, no. 3, p. 501-522; Jackson, Ian, « 'Rival Desirabilities': Britain, East-West Trade and the Cold War, 1948-1951 », *European History Quarterly*, 2001, no. 31, p. 265-287; Jackson, Ian, « Waging the Economic Cold War: Britain and CoCom, 1948-54 », in Hopkins, Michael F., Kandiah, Michael D., et Staerck, Gilian (dir.), *Cold War Britain, 1945-1964. New Perspectives*, Basingstoke, Palgrave Macmillan, 2003, p. 41-54.
- <sup>60</sup> MAEF, Europe 1944-1960, Tchécoslovaquie, vol. 66, fol. 136; télégramme de Dejean, Prague, 2 août 1947, no. 665/69.
- <sup>61</sup> *Ibid.*, fol. 90; télégramme de Dejean, Prague, 27 janvier 1946, no. 11/DEF.
- <sup>62</sup> *Ibid.*, fol. 170; télégramme de Dejean, Prague, 12 avril 1948, no. 441/42.
- <sup>63</sup> *Ibid.*, Tchécoslovaquie, vol. 127, fol. 28-32; note de la sous-direction d'Europe orientale, *Tchécoslovaquie 1951*, Paris, 17 avril 1951.
- <sup>64</sup> Soulet, Jean-François, *L'Empire stalinien. L'URSS et les pays de l'Est depuis 1945*, Paris, Le Livre de Poche, 2000, p. 60 *sqq.*
- <sup>65</sup> *Ibid.*, Pologne, vol. 58, fol. 28-40; *Accord entre la France et la Pologne sur les échanges de marchandises*, 23 août 1947.
- <sup>66</sup> MAEF, Secrétariat Général, « Dossiers », vol. 16, « relations franco-soviétiques », fol. 48-49b; note de la direction des affaires économiques et financières [GC], *Négociations économiques franco-soviétiques*, Paris, 10 décembre 1947.
- <sup>67</sup> Voir l'étude détaillée de cette affaire dans Jarosz et Pasztor, *Conflits brûlants de la Guerre froide*, *op. cit.*, p. 185-264.
- <sup>68</sup> *Parallèle 50*, 10 juin 1948, no. 98; Jean Baumier, « Les relations commerciales avec l'Europe de l'Est doivent être resserrées », p. 1 et 2.
- <sup>69</sup> *Parallèle 50*, 15 octobre 1948, no. 108; John Platt-Mills, « Le commerce entre l'Est et l'Ouest de l'Europe est-il possible? », p. 2.
- <sup>70</sup> *Ibid.*; Jean Baumier, « Un cri d'alarme. La Bizone à la conquête des marchés », p. 2.
- <sup>71</sup> MAEF, Europe 1944-1960, Allemagne, vol. 679, fol. 134; télégramme prioritaire au départ pour Londres (no. 6612/13), Paris, 7 décembre 1949.
- <sup>72</sup> Archives du Sénat, 1957 (Commission des Affaires étrangères), 7, 1951, fol. 563-564.
- <sup>73</sup> *Peuples amis*, octobre 1950, no. 30, p. 23.
- <sup>74</sup> *Ibid.*, mars 1951, no. 34, p. 22.
- <sup>75</sup> Association France-Tchécoslovaquie, *Bulletin mensuel de liaison*, no. 16, novembre 1949.
- <sup>76</sup> *Ibid.*, no. 18, février 1950.
- <sup>77</sup> Le Cour Grandmaison, « Le Mouvement de la paix pendant la guerre froide: le cas français (1948-1952) », *Communisme*, 1988, no. 18-19, p. 125.
- <sup>78</sup> Winock, Michel, *Histoire politique de la revue Esprit. 1930-1950*, Paris, Le Seuil, coll. « L'Univers historique », 1975, p. 286-288.
- <sup>79</sup> Cassou, Jean, *Une vie pour la liberté*, Paris, Laffont, 1981, p. 271-274.
- <sup>80</sup> *Parallèle 50*: no. 136, 29 avril 1949; V. Saulnier, « Quand l'Abbé Boulier nous parle des démocraties populaires », p. 6; no. 232, 1<sup>er</sup> mars 1951, no. 232; 8 mars 1951, no. 233; 15 mars 1951, no. 234; 3 janvier 1952, no. 276, D.B. Mitov, « Le rayonnement français en Bulgarie », p. 5.
- <sup>81</sup> *Parallèle 50*, 21 janvier 1949, no. 122; Louis Martin-Chauffier, « Les rapports avec l'Est sont nécessaires à la Paix et à l'Universalité de la Culture », p. 1.
- <sup>82</sup> *Parallèle 50*, 15 octobre 1948, no. 108; Yves Farge, « La paix sur terre », p. 1.
- <sup>83</sup> *Parallèle 50*, 17 mars 1950, no. 182; Miroslav Galuska, Miroslav, « Le British Council, instrument d'une politique impérialiste », p. 3. *France-Hongrie*, mars-avril 1951, no. 6-7; Alfred-Paul Lentin, « Une campagne de mensonges et une poignée de vérités », p. 48.
- <sup>84</sup> C'est la conclusion de l'ouvrage de Robert Chambeiron et Madeleine Braun à l'issue de leur voyage en Tchécoslovaquie (*Tchécoslovaquie. carrefour de l'Europe*, Paris, Éditions sociales, 1950, 208 p.).
- <sup>85</sup> *France-URSS*, février 1949, no. 42; André Bonnard, « De la Grèce antique à la civilisation soviétique en passant par la renaissance. Vers un humanisme nouveau », p. 17.
- <sup>86</sup> *Parallèle 50*, 14 juin 1951, no. 247; Albert-Paul Lentin, « Triomphe de l'humanisme », p. 8.

## La Turquie et le plan Marshall

Jacques Thobie

C'est sans doute les conditions particulières de l'accès de la Turquie au plan Marshall qui expliquent les inquiétudes et les plaintes répétées du gouvernement turc devant la part modeste qu'il leur sera allouée; Ankara considère cette situation comme une injustice par rapport aux sommes accordées et à l'aide fournie, dans ce même cadre, aux pays de l'Europe occidentale.

Les Américains ne manquent pas de faire remarquer que cette aide est destinée au relèvement économique des pays européens dévastés ou épuisés par le conflit mondial, dans lequel la Turquie ne fut pas partie prenante. Pourtant, dans le cadre de la naissance de la guerre froide, et à la suite du désistement de la Grande-Bretagne en faveur

des Américains pour la protection de la Grèce et de la Turquie<sup>1</sup>, ce dernier pays reçoit, dès l'été 1947, 100 millions de dollars au titre de l'aide militaire décidée par le président Truman<sup>2</sup>. Les Turcs étant reconnus comme les défenseurs de la cause de la liberté et de la démocratie, de la sécurité américaine même, la classe politique et la presse d'Ankara, qui nourrissaient quelques appréhensions à l'approche de la Conférence de Moscou<sup>3</sup> se laissent aller à l'euphorie et sont bien décidés à saisir l'opportunité qui semble s'offrir de bénéficier, dans les meilleures conditions, de tout type d'aide américaine, et notamment du plan Marshall. En réalité, Ankara devra batailler pour se faire une petite place dans le dispositif d'aide économique et financière américaine à l'Europe d'après-guerre.

### I. LES ÉTAPES

Sur le plan de l'aide économique, le plan Marshall n'arrive pas, pour la Turquie dans terre en friche. Dès la fin de 1945, l'Import-Export Bank avait accordé à la Turquie un prêt de 3 millions de dollars pour la construction d'aérodromes, et en juillet 1946, elle avait dégagé 25 millions de dollars au crédit de la Turquie notamment pour l'achat de locomotives et d'équipements portuaires; cette même banque accordait enfin, en novembre 1947, 8 millions de dollars de crédit pour l'armement de navires de commerce<sup>4</sup>. Si l'on ajoute deux autres prêts de l'Office de Liquidation et de la Commission Maritime américains<sup>5</sup>, c'est près de 50 millions de dollars qui avaient été ainsi prêtés, au moment où se met en place l'aide Marshall. Cette préoccupation turque dans la quête de crédits américains s'accompagne de réflexions sur la

manière de les obtenir et, à cet égard, Ankara observe particulièrement ce qui se passe à Paris: «Ce qui intéressait les Turcs, ce n'était pas l'emploi que nous faisons de nos crédits américains, écrit l'ambassadeur de France, c'était le procédé par lequel nous les avons obtenus. Ils voyaient dans le Plan Monnet une formule d'une efficacité éprouvée pour ouvrir la porte de la caverne aux trésors; ils s'étaient mis au travail pour se l'approprier à leur tour<sup>6</sup>».

On ne peut pas dire que les efforts turcs furent immédiatement pris en compte par Washington. Le 15 janvier 1948, Ankara prenait connaissance, avec le plus grand déplaisir, du rapport présenté au Congrès par le Département d'État sur les besoins des divers pays européens: à la Turquie était réservé le rôle de fournisseur de produits alimentaires, les États-Unis lui accordant

simplement une priorité pour la fourniture de machines agricoles et de moyens de transport, à condition qu'elle en paie la facture. L'émotion est telle, chez les dirigeants et dans la presse, que le président İnönü reçoit le 16 janvier, à 22 heures, l'ambassadeur Wilson pour lui faire part de sa «profonde déception» de voir ainsi la Turquie écartée en fait de l'aide Marshall, alors que la Grèce est appelée à en bénéficier largement<sup>7</sup>.

Dans un but d'apaisement, l'Administration américaine accorde, pour avril-juillet 1948, un crédit de 10 millions de dollars, invite la Turquie à siéger au comité exécutif de l'OECE à partir d'avril 1948<sup>8</sup>; tout en attendant de plus substantielles décisions et «après avoir examiné chaque mot à la loupe pour s'assurer qu'il ne s'y cachait aucune survivance de l'esprit capitulaire<sup>9</sup>», les Turcs signent avec les Américains, le 4 juillet 1948, l'« accord bilatéral de coopération économique », prélude au plan Marshall<sup>10</sup>. Les 10 millions de dollars, inutilisés immédiatement, sont intégrés aux crédits Marshall de 49 millions de dollars alloués à la Turquie pour l'année fiscale juillet 1948-juin 1949. Encore faut-il noter qu'il s'agit, non point d'un don, mais d'un prêt. C'est que la partie n'est pas pour autant gagnée par les Turcs. En effet, l'Administration américaine développe une argumentation en trois points qu'on peut ainsi résumer : la Turquie n'a pas besoin de dons, car elle s'est enrichie pendant la guerre, à la fin de laquelle elle s'est trouvée avec un stock d'or de plus de 200 millions de dollars; les besoins de la Turquie ne sont pas évalués de manière assez précise et circonstanciée; la Turquie bénéficie de sommes importantes au titre de l'aide militaire<sup>11</sup>.

Le gouvernement turc va s'efforcer de répondre aux arguments américains. Dans le tableau de la situation financière de la Turquie qu'il brosse, en janvier 1948, le ministre des Finances, Halit Namzi Kesmir indique qu'en 1946 la Turquie disposait d'une réserve d'or évaluée à 241.276.000 de dollars et d'une réserve de devises convertibles de 10.517.000 dollars; les disponibilités actuelles de la Turquie sont de 145.823.000 dollars en or et devises fortes, soit une chute de 42%. Après

avoir précisé les obligations de la Turquie, le ministre estime que son pays «n'a pas les moyens de payer en dollars les fournitures qui lui seront attribuées pour les quinze prochains mois<sup>12</sup>». Situation d'autant plus critique que la réapparition, en 1947 d'une balance commerciale déficitaire, risque bien, selon les experts, de se perpétuer<sup>13</sup>. Et en effet, ce persistant déficit commercial, qui va à l'encontre même des objectifs du plan Marshall, devra bien être pris en compte par Washington, et le directeur général au Trésor a raison de dire que « c'est une nécessité inéluctable pour l'Amérique d'aider la Turquie<sup>14</sup> ». Mais ce n'est que l'année suivante que l'allocation Marshall comportera pour la première fois, un pourcentage important de dons.

Au deuxième argument, la Turquie répond par un sérieux effort de clarification.

Reprenant la nomenclature même du plan Marshall, les responsables turcs ont fait savoir, dès le début de 1948, que la Turquie ne désire ni de biens de consommation ni de biens d'équipement (qu'elle estime pouvoir se procurer sur ses propres ressources ou par l'intermédiaire d'un emprunt auprès de la BIRD), mais de biens intermédiaires, comme des machines agricoles, des moyens de communication et de l'outillage en général<sup>14</sup>. Des projets beaucoup plus détaillés sont élaborés sous le contrôle de Nurullah Esat Sümer, ministre d'État chargé du plan Marshall, et en étroite collaboration de Henry Wiens, adjoint du président du plan Marshall pour la Turquie, Russell Dorr. Ces projets chiffrés, acceptés par Washington au printemps 1949, ont trait à la mécanisation de l'agriculture, à la modernisation des centres miniers et au développement du réseau routier<sup>15</sup>.

Le ministre turc ne se montre pas pour autant pleinement satisfait: non seulement il estime les crédits américains insuffisants, mais il prône, comme son parti, la thèse de la priorité des crédits à accorder à l'industrie, contre la thèse américaine de la priorité à l'agriculture et aux routes. Finalement R. Dorr obtient le départ de N. Sümer, qui démissionne au mois de juin 1949 et est remplacé par le ministre du

Commerce Cemal Barlas; celui-ci restera à la gestion de l'aide Marshall jusqu'aux élections générales de mai 1950.

Nul doute que l'adoption du multipartisme et la victoire des Démocrates aux élections de mai 1950 ne renforcent les bonnes dispositions des Américains envers les Turcs. Du reste, R. Dorr ne cache pas sa satisfaction : « Le président de la République İsmet İnönü, le président du Conseil Semseddin Günaltay et son adjoint Nihat Erim, qui ont témoigné d'une grande impartialité en appliquant la loi électorale, ont acquis des droits au respect du monde démocratique pour la façon dont ils ont dirigé la Turquie dans la voie démocratique<sup>16</sup> ». Il continuera à collaborer comme par le passé pour le plan Marshall, d'autant qu'il connaît Celal Bayar « homme capable et franc<sup>16</sup> ».

C'est une des raisons pour lesquelles la baisse progressive des sommes globales allouées au titre du plan Marshall a moins touché la Turquie, en 1950-51, qu'on ne le craignait à Ankara. Cela n'empêche pas certaines divergences entre le gouvernement démocrate et la mission américaine dans la répartition de certains matériels. Ainsi, en mars 1951, R. Dorr parvenait à signer un accord sur une répartition, jugée équitable, de tracteurs américains livrés à la Turquie, avec Nihat Egriboz, ministre de l'Agriculture. En réalité, cet arrangement visait à diminuer la quote-part trop avantageuse prévue précédemment pour les riches producteurs de coton des régions d'Adana et d'Izmir. Or, ces grands propriétaires sont précisément les principaux soutiens d'Adnan Menderes et de son équipe. Estimant que N. Egriboz avait indûment donné son aval à ce qu'il jugeait être une immixtion injustifiée de la mission américaine dans les affaires intérieures turques, le chef du gouvernement exigea la démission de son ministre. R. Dorr fit le gros dos<sup>17</sup>. De plus, le ministère d'État chargé du plan Marshall fut supprimé et ses attributions transférées au ministère des Affaires étrangères<sup>18</sup>.

Le troisième argument nous ramène à une des constantes de la politique extérieure d'Ankara vis-à-vis des États-Unis jusqu'en 1989-90 : la Turquie est la plus directement exposée au danger soviétique, et à ce titre, elle

doit bénéficier d'une aide particulière. Obéissant visiblement à un mot d'ordre, la presse turque développe la thèse selon laquelle « on ne peut maintenir une armée sur pied de guerre sans l'appuyer sur une économie saine<sup>19</sup> ». Sans doute les Américains fournissent-ils une aide militaire importante, mais à quoi pourront bien servir les 500.000 tonnes de matériel de guerre fourni, sans une réelle amélioration de l'environnement économique, et notamment des communications<sup>20</sup>? D'un autre côté, l'aide militaire ne peut être utilisée à son plein rendement que par l'imposition de charges sur les ressources économiques et en main d'œuvre du pays. Le président Truman ne reconnaît-il pas, en mars 1949, dans son rapport au Congrès, que l'armée turque dans son entraînement « a fait des progrès marqués<sup>21</sup> ». Les États-Unis doivent en tirer les conséquences pour leur aide économique à la Turquie.

Tout compte fait, comment apprécier l'aide obtenue par la Turquie dans le cadre du plan Marshall (voir tableaux 1 et 2)? Si l'on en juge d'après les conditions de départ, on constate qu'un relatif rattrapage a été tenté dans les trois dernières années du plan, mais dans un période où les chiffres absolus de l'aide étaient en grande diminution. La Turquie n'était nullement dans les priorités américaines pour l'aide proprement économique. Avec 2,55% des allocations Marshall, la Turquie se situe assez loin derrière la Grèce et le couple Belgique-Luxembourg. Néanmoins les 350 millions de dollars obtenus représentent une manne non négligeable, même si le pourcentage des dons (58,69 %) marque la véritable différence avec les grands bénéficiaires (de 100% pour la Grèce à 73,23 % pour la Grande-Bretagne). Il n'empêche que, sur place, le sentiment prévaut que la Turquie a été brimée: c'est ce que dit le ministre turc des Affaires étrangères, Kôpülü, et plusieurs de ses amis politiques, à une délégation de huit sénateurs américains de passage à Ankara en juillet 1951; il leur est répondu que le plan Marshall est destiné aux pays détruits par la guerre et que la Turquie devrait se féliciter des sommes néanmoins obtenues<sup>22</sup>. Il est probable qu'aucun des deux partenaires n'est vraiment dupe<sup>23</sup>.

## II. LES SECTEURS

Dès le début, les experts américains avaient conclu qu'il convenait, pour la Turquie, «de développer, pour commencer, son hygiène, son agriculture et l'extraction des matières premières. Tantôt par la persuasion, tantôt en employant des moyens plus énergiques ils sont parvenus à leurs fins<sup>24</sup>», écrit l'ambassadeur de France à Ankara. Le bilan de l'aide Marshall à la Turquie, tel qu'il est résumé par le tableau n°3 confirme cette assertion et la complète dans certains autres secteurs.

C'est en effet, le secteur agricole qui a été le plus favorisé. Sur un total de 202 millions de LT de contre-valeur, l'agriculture en a absorbé 76 millions; de plus elle prend une bonne part de l'assistance technique et des 32 millions des fonds des entreprises privées; enfin, les industries du coton et du froid, qui la concernent sont les seules auxquelles les statistiques précisent l'attribution de crédits: si bien qu'il est raisonnable de penser que le secteur agricole a bénéficié de la moitié de la contre-valeur des crédits Marshall.

Quelques chiffres suffiront à montrer l'efficacité de l'aide mais aussi le chemin restant à parcourir: le parc de tracteurs estimé, en 1950, à 3.000 unités, est passé à 10.000 à la fin de 1950 et à 15.000, chiffre encore modeste, en 1952; sans compter l'acquisition de 25.000 machines agricoles diverses. L'utilisation de ce matériel, l'augmentation de fournitures d'engrais et l'activité de techniciens spécialisés, expliquent pour une large part l'envolée des rendements: en 1951, la récolte de blé a augmenté de 70% par rapport à 1945-47, celle de coton a presque triple et celle de la betterave à sucre doublé; les industries du froid ont fait aussi de sensibles progrès<sup>25</sup>.

La culture du tabac a pu conserver un bon niveau à la suite d'une décision américaine favorable à la Turquie. En effet, Ankara avait vu avec inquiétude les tabacs turcs évincés du marché de la zone américaine d'occupation en Allemagne, au profit des tabacs américains<sup>26</sup>. À la suite d'une vigoureuse intervention

turque, Washington promit d'y penser et, dès 1949, grâce au financement de l'E.C.A., l'Allemagne a été en mesure d'acheter pour 11.000.000 de dollars de tabacs turcs, rouvrant ainsi la voie à un trafic traditionnel<sup>27</sup>.

C'est ensuite dans le domaine des industries d'extraction que la collaboration turco-américaine a donné de bons résultats. Ce secteur a absorbé environ 51.000.000 de LT de contre-valeur gérées pour l'essentiel par l'Éti Bank, organisme d'État spécialisé. Il s'agit d'un vaste programme de modernisation des mines: charbon à Zonguldak, Tumbilek, Degirmisaz, Soma et Celtek, cuivre à Ergani et Murgul, chrome à Guleman et Sori, fer à Divrigi, plomb aurifère à Bolkaradag-Keban, antimoine à Turhal. Ainsi, à Zonguldak, on améliore le port existant et l'on commence la construction d'un nouveau port, on entame l'électro-mécanisation des mines d'Eregli, on perce de nouveaux puits et galeries, on construit des lavoirs modernes. Un effort particulier est porté sur les mines de lignite occidentales, notamment à Soma, érigée en mine modèle. Dans les mines de chrome, on met en exploitation de nouveaux gisements, et le ministère de l'Économie, l'Éti Bank et l'Institut de Recherches Minières ont donné leur plein accord pour encourager l'accroissement de la production de chrome par les firmes privées<sup>28</sup>. Partout la production s'élève: entre 1947 et 1951, elle s'est accrue de 118% pour le cuivre, 80% pour le minerai de fer, 57% pour le chrome et 25% pour le charbon<sup>29</sup>.

Les crédits Marshall ont également permis la modernisation de quelques autres secteurs industriels: c'est ainsi qu'une particulière attention est portée aux fonderies et aciéries de Karabük, et aux cimenteries de Zeytinburnu, Darica et Izmir. A Erzurum ont été créées des fabriques de conserves de viande, à Istanbul des laboratoires de produits pharmaceutiques et des filatures. Les graisses végétales sont maintenant travaillées en Cukurova (Adana).

Pour alimenter ces nouveaux centres industriels, un vaste plan de développement des sources d'énergie électrique est en cours de réalisation: mise en place de lignes à haute tension, telle celle qui relie, dès 1952, Catalagzi aux rives du Bosphore, construction de barrages, comme celui de Sariyer sur la Sakarya qui mobilise des milliers d'ouvriers<sup>30</sup>.

Enfin, un soin tout particulier a été apporté à l'amélioration et à l'extension des moyens de communications. Pour les routes, l'aide Marshall (une contre-valeur d'environ 38 millions de LT) n'est qu'un supplément qui vient s'ajouter à l'importante aide américaine apportée en ce domaine au titre des fournitures militaires: il s'agit de doter la Turquie d'un réseau routier véritablement national et permanent par la réfection ou la création de plus de 6.000 kilomètres de routes ouvertes à la circulation des voitures et des camions lourds. Les liaisons ferrées se sont accélérées grâce à la mise en service d'automotrices Diesel. Enfin l'achat à l'étranger d'appareils et de bateaux modernes a permis la multiplication des services aériens et maritimes<sup>30</sup>.

Il est difficile de chiffrer l'assistance technique, mais la transmission du savoir-faire, indispensable pour que tout pays aidé puisse prendre en main ses propres affaires et devenir éventuellement un partenaire fiable, est menée avec détermination par les Américains. Au titre des crédits Marshall, cette assistance se fait d'abord par le personnel permanent de l'Administration de Coopération Européenne (E.C.A.) en Turquie, dont le chef de mission R. H. Dorr<sup>31</sup>, son adjoint Mc Junkins et le chef de la section du programme H. Wiens, ainsi que des spécialistes notamment en minéral, en charbon, en agriculture, en finances. S'y ajoutent des experts que l'E.C.A. fait venir en Turquie pour étudier et donner un rapport et à l'E.C.A. et au gouvernement turc sur de nombreuses questions qui vont des réserves en minerais stratégiques et de la production métallurgique, aux problèmes des pâturages et des possibilités touristiques<sup>32</sup>. Les crédits Marshall financent également les frais de

séjour des techniciens qui vont compléter leur formation aux États-Unis<sup>33</sup>. En outre, en dehors du plan Marshall, un fonds spécial d'«assistance technique» permet à une soixantaine de spécialistes américains de travailler pour le compte du gouvernement turc.

Donnons enfin, à titre de point de repère, deux indicateurs globaux concernant les années de fonctionnement de l'aide Marshall, et permettant de mesurer, mais aussi de relativiser les progrès accomplis par l'économie turque entre 1948 et 1952. Pendant ces cinq ans le volume total des biens et services produits en Turquie a progressé de 41% et le PNB par habitant a crû de 28%. Les performances du commerce extérieur sont impressionnantes, les exportations turques ayant augmenté de 84% et les importations de 102%; il y a pourtant un revers à la médaille, l'approfondissement du déficit commercial, le taux de couverture glissant de 71% à 65%<sup>34</sup>. Bien entendu, l'aide Marshall n'est point l'unique source de cette incontestable croissance de l'économie de la Turquie: et l'effort proprement turc, tant en investissement qu'en main-d'œuvre, reste primordial. D'autre part, l'industrialisation de la Turquie n'en est encore qu'au démarrage et beaucoup reste à faire<sup>35</sup>. Faut-il estimer, avec l'ambassadeur de France à Ankara que, grâce à l'action américaine, «la Turquie, déjà évoluée politiquement, s'introduit économiquement dans la société des nations modernes<sup>36</sup>»? Sans doute. Mais l'aide Marshall s'inscrit dans deux tendances durables, qu'elle a peut-être contribué à accentuer, de l'économie turque: le déficit de la balance des paiements, due essentiellement au déficit commercial et à l'inflation. Ces évolutions vont à l'encontre des objectifs premiers de l'aide économique américaine à l'Europe. Et la transformation de l'aide Marshall en un «Programme de Sécurité Mutuelle<sup>37</sup>», plus axé désormais vers une aide militaire, laisse la Turquie aux prises avec de sérieux problèmes financiers qu'elle doit affronter dans le cadre de l'O.E.C.E. et de l'U.E.P., où la France joue un rôle actif.

### III. LA FRANCE ET L'AIDE MARSHALL À LA TURQUIE

Le gouvernement français ne peut qu'approuver l'accès de la Turquie à l'aide Marshall, mais à condition que celle-ci reste modérée. Ainsi, en août 1948, l'ambassadeur de Turquie à Paris, Menemencoglu, vient se plaindre auprès du directeur général des Affaires économiques, financières et techniques du Quai d'Orsay, de la modicité de la somme obtenue par la Turquie pour 1948-1949. Avec un brin de mauvaise foi, ce haut fonctionnaire fait remarquer à l'ambassadeur que 49 millions de dollars c'est déjà beau, puisque la somme originelle prévue était de 39 millions (il oublie que les 10 millions de différence représentent des crédits ouverts mais non encore utilisés). Dans la note à son ministre R. Schuman, après avoir précisé qu'il n'avait visiblement pas convaincu l'ambassadeur, il conseille «de ne pas rompre l'accord européen dans ce domaine<sup>38</sup>». L'affaire est entendue, la France n'interviendra pas pour un accroissement de la part turque.

D'autre part, il n'est pas sans intérêt de remarquer qu'un nombre considérable de lettres et de télégrammes de l'ambassade de France à Ankara sont consacrés à la «pénétration américaine en Turquie». Pas la moindre visite d'un officier, ou d'un fonctionnaire américains, pas la moindre escale d'un navire de guerre américain, qui ne soient signalées et commentées. On s'étonne de l'ampleur des missions militaires et économiques américaines, soit à demeure dans la capitale, soit itinérantes aux quatre coins du pays. Car la question reste bien, en effet, pour la France, de savoir comment espérer s'insérer dans des mailles aussi serrées, ou à tout le moins préserver l'avenir.

Le tableau, à cet égard, n'est guère encourageant. Commentant le programme turc d'achats de matériels au titre de la première année de l'aide Marshall, une note au ministre des Affaires étrangères souligne que la Turquie achète pratiquement tout aux États-Unis: 100% du matériel de transport, 97,1% du matériel agricole, 99% des autres

équipements; c'est la question des machines agricoles qui paraît la plus scandaleuse à l'auteur du document<sup>39</sup>. Et aucune commande ne sera faite ailleurs tant que ce premier crédit ne sera pas épuisé. L'année suivante, le délégué français chargé, par le groupe de travail de l'O.C.D.E., d'examiner le programme turc à long terme, ne manque pas d'attirer l'attention des Turcs sur cette question; Ankara promet d'acheter du matériel agricole à d'autres partenaires<sup>40</sup>. En réalité il n'en fait rien et continue d'acheter la totalité de ses tracteurs aux États-Unis.

Un espoir se fait jour du côté français, à l'automne 1949, à l'occasion d'une demande de prêt d'Ankara auprès de la Banque Mondiale. Celle-ci envoie alors en Turquie une délégation présidée par George Mason, chef du service des emprunts, mais où se trouve un Français, de Farges, spécialiste des questions hydro-électriques. Le projet turc comprend, entre autres, un programme d'irrigation et d'équipement hydro-électrique de la région du Seyhan. Las! Quand il s'agit de passer aux actes, on commence par envoyer en stage aux États-Unis tous les ingénieurs turcs sélectionnés, y compris les spécialistes en hydro-électricité<sup>41</sup>.

Commentant, en juillet 1951, le départ aux États-Unis de vingt ingénieurs turcs de la Sümerbank, dans le cadre de l'assistance technique du plan Marshall, l'ambassadeur J. Lescuyer précise que, par ailleurs, plusieurs spécialistes américains sont attendus dans le cadre d'un programme de modernisation des chemins de fer, et de travaux publics: «Tous les projets de grands travaux sont élaborés par des firmes américaines». L'ambassadeur n'a pourtant pas manqué de diffuser dans les divers services officiels turcs la documentation que le Département lui a adressée sur les possibilités françaises en ce domaine. «Malheureusement, cette diffusion, ainsi que nos démarches personnelles, n'ont pas permis, jusqu'à ce jour, d'établir un plan de collaboration avec les autorités turques. Celles-ci ont tendance à s'orienter vers les



solutions les moins onéreuses pour leur budget, et à donner la préférence à la technique qui ne lui coûte rien». Petite consolation, la valeur des techniciens français semble reconnue, puisqu'un «nombre appréciable d'étudiants ou de stagiaires turcs vont se perfectionner en France<sup>42</sup>».

En attendant des jours meilleurs, la France cherche à préparer l'avenir en veillant à prendre toujours la position la plus bienveillante possible à l'égard des problèmes financiers de la Turquie, tant à l'O.E.C.E. qu'à l'Union Européenne des Paiements (U.E.P.). Pourtant, il s'agit d'un exercice qui deviendra de plus en plus acrobatique.

En octobre 1951, lors de l'établissement de la deuxième liste commune de libération des échanges, la délégation turque a compté les figures sèches au nombre des produits qu'elle désirait voir figurer sur cette liste. La délégation française, afin de sauvegarder les intérêts des producteurs d'Afrique du Nord, s'est opposée à cette mesure, mais elle a accordé des compensations à la Turquie, sur le plan bilatéral, qui ont satisfait Ankara<sup>43</sup>.

En février 1952, la France a dû suspendre la libération de ses échanges et réduire ses importations en provenance des pays membres de l'O.E.C.E. Pourtant, afin de tenir compte de la situation particulièrement difficile de certains pays débiteurs de l'U.E.P., elle n'a prévu dans ses programmes d'importation aucune réduction de ses achats à ces pays, au nombre desquels se trouve la Turquie<sup>44</sup>.

Les graves difficultés de la Turquie, à l'automne 1952, permettent de bien illustrer la position de la France vis-à-vis de ce pays. Le 11 août 1952, la Turquie demande au Conseil de l'O.E.C.E. un moratoire ou des crédits spéciaux, l'état de ses réserves en or et en dollars ne lui permettant pas de régler son déficit du mois de juillet dans l'U.E.P. La Federal Reserve Bank de New-York accorde alors un prêt de 30 millions de dollars, épargnant ainsi à Ankara un refus de l'O.E.C.E.

Pourtant, dès le 13 août, la Turquie demande de nouveau à l'O.E.C.E. un crédit spécial de 30 millions de dollars pour août et

septembre. Le Comité de direction de l'U.E.P. émet un avis défavorable, des crédits à court terme ne pouvant être utilisés à couvrir des déficits permanents. Ankara refuse dans un premier temps la suggestion américaine de l'envoi en Turquie d'une mission de l'O.E.C.E. qu'il n'a nullement l'intention d'inviter. Pourtant au milieu de septembre, Ankara doit se plier à cette obligation, sans ignorer que les conclusions seront sévères : la Turquie est accusée de ne pas prendre de mesures efficaces contre une inflation qui nourrit le déficit de la balance des paiements courants. L'O.E.C.E. propose seulement 17 millions de dollars en attendant des explications plus convaincantes. La délégation turque refuse et insiste : la R.F.A., traditionnellement créditrice, l'Autriche, les pays scandinaves, l'Irlande, la Grèce et le Portugal se rangent aux côtés de la Turquie; la France, la Grande-Bretagne, l'Italie et le Benelux défendent les thèses du Comité de direction<sup>45</sup>. En réalité, la Suisse, appuyée par la France, suggère un compromis<sup>46</sup>, finalement adopté le 16 octobre, tandis qu'un mois plus tard, jugeant satisfaisantes les explications turques, l'U.E.P. sauve de nouveau la mise à la Turquie en accordant un nouveau crédit<sup>47</sup>. Lorsque, deux ans plus tard, la situation de la Turquie se sera encore aggravée, Paris, tout en soutenant le raidissement de l'O.E.C.E., se demande jusqu'à quand il faudra tenir compte «de la situation spéciale de ce pays et des raisons d'ordre politique qui s'opposent à la condamnation formelle d'un membre important du pacte Atlantique<sup>48</sup>». C'est qu'en effet, ce genre de bricolage financier ne peut durer qu'un temps.

Faudrait-il donc voir, dans cette situation d'accumulation de la dette extérieure turque, un effet pervers à long terme de l'aide Marshall, quelque peu entretenu par Ankara, vue la situation géostratégique particulière de la Turquie? En tout cas, la situation s'aggravera. dès la fin des années 1950, pour prendre un tour catastrophique après le premier, puis le second chocs pétroliers: alors sera mis en place, en 1979, dans le cadre de l'O.C.D.E., successeur de l'O.E.C.E., le

Consortium d'aide à la Turquie, qui mettra sur pied un rééchelonnement de la dette turque, sans qu'on puisse dire encore que la partie est définitivement gagnée pour Ankara.

Il ne faudrait pas pour autant ne voir que les effets négatifs de l'aide Marshall. Il faut au contraire insister sur deux conséquences utiles: d'abord cette aide a contribué à renforcer un dynamisme économique qui n'a cessé de se perpétuer et, si les conséquences

immédiates n'ont pas été favorables à l'abandon de l'étatisme, à plus long terme elle a sans doute préparé certains esprits au passage du pays à l'économie de marché. D'autre part, au sein de l'O.E.C.E., la Turquie a appris à travailler avec les pays européens, favorisant ainsi l'approche par la Turquie du futur Marché commun<sup>49</sup>, sans que, dans ce secteur, les résultats aient encore été à la mesure des espérances.

Tableau I

## Aide des États-Unis à la Turquie (juillet 1948 – juin 1952)

(Millions de dollars)

Année fiscale États-Unis	Total Turquie	% Total aide Marshall	Direct	Indirect*	Don	Prêt	Conditionnel
1948-1949 .....	49	0,83	49	-	1,2	38	9,8
1949-1950 .....	132,5	3,7	58,5	74	90	35	7,5
1950-1951 .....	100	4,1	45	55	45	55	-
1951-1952 .....	70	7,4	22,5	47,5	70	-	-
<b>Total aide Marshall</b>	<b>351,5</b>	<b>2,54</b>	<b>175</b>	<b>176,5</b>	<b>206,2</b>	<b>128</b>	<b>17,3</b>
Assistance technique	2,5	-	2,5	-	1,5	1	-
Quota** .....	30	-	30	-	-	30	-
<b>Total .....</b>	<b>384</b>	<b>207,5</b>	<b>-</b>	<b>207,7</b>	<b>159</b>	<b>17,3</b>	
Aide militaire							
1947-1952 .....	587						
<b>Total général .....</b>	<b>971</b>						

\* Par l'intermédiaire de l'Europe.  
 \*\* Crédit utilisé par la Turquie dans le cadre de l'U.E.P. à partir du capital fourni par les Américains.

Source : Mission économique américaine à Ankara (dépêches d'Ankara à AE Paris, les 11.1. et 27.3.1952).

Tableau II

## Allocations aux pays bénéficiaires du Plan Marshall (avril 1948 – décembre 1952)

(Millions de dollars)

Pays et leurs territoires d'outre-mer	Dons		Prêts	Aide conditionnelle	Total	
	Valeurs	%			Valeurs	%
<b>Total général .....</b>	<b>10.991</b>	<b>72,58</b>	<b>1.305</b>	<b>1.516</b>	<b>13.812</b>	<b>100</b>
Grand-Bretagne .....	2.507	73,21	385	531	3.421	24,80
France .....	2.511	91,21	191	61	2.753	19,94
Italie .....	1.328	87,89	96	87	1.511	10,94
R.F.A. ....	1.153	83,01	17	219	1.389	10,06
Pay-Bas .....	880	81,61	167	37	1.078	7,81
Autriche .....	697	99,29	-	5	702	5,09
Grèce .....	690	100	-	-	690	5,00
Belgique-Luxemburg	41	7,39	68	446	555	4,02
Turquie .....	206	58,69	128	17	351	2,55

Source (en dehors de la Turquie) : A. Piètre, Monnaie et économie internationale du XIXe siècle à nos jours, Ed. Cujas, 1966, p. 413.

Tableau III

Bureau du contrôleur, Agence de sécurité mutuelle  
Mission spéciale en Turquie (24 janvier 1952)  
Situation de 95 % de la contre-valeur libérée (en LT)

<b>1. Secteur public</b>	
Engagements financiers faits à cette date:	
Banque Agricole (1) .....	8.000.000
Banque Agricole (2) .....	7.339.097
Routes (1) .....	35.677.378
Routes (2) .....	1.320.000
Assistance technique .....	310.000
Eti Bank (mines) .....	30.169.000
Assistance technique .....	1.000.000
Etude de statistique agricole .....	1.000.000
Eti Bank (mines) .....	12.183.000
Recasement des réfugiés turcs de Bulgarie .....	30.000.000
Programme d'expansion agricole .....	24.300.000
Hopital d'Ankara et Ecole d'infirmières .....	1.000.000
<b>Total secteur public .....</b>	<b>152.298.475</b>
<b>2. Secteur privé</b>	
Engagements financiers faits à cette date :	
Ciment d'Istanbul .....	7.063.000
Usine à froid d'Istanbul .....	611.800
Ciment d'Izmir .....	5.600.000
Cotton Gin d'Izmir et graines d'huile .....	462.000
Cardage et filature du coton à Istanbul .....	1.812.000
Routes d'accès à Cemalti et mines de sel de Yavsan .....	403.500
Projet de cimenterie à Kartal .....	784.000
Fonds pour les entreprises privées .....	32.333.200
Projet pharmaceutique à Istanbul .....	1.334.000
<b>Total secteur privé .....</b>	<b>50.603.500</b>
<b>Total plan Marshal .....</b>	<b>202.901.975</b>
<b>3. Secteur spécial</b>	
Aide militaire .....	169.024.000
<b>Total 1 + 2 + 3 .....</b>	<b>371.925.975</b>

Source: Mission économique américaine en Turquie: Ankara à Paris, le 30.1.1952.

**NOTES :**

<sup>1</sup> Note britannique du 24 février 1947 au général Marshall. Secrétaire d'État du gouvernement des États-Unis.

<sup>2</sup> Discours du président Truman du 12 mars 1947. Des signes avant-coureurs avaient montré l'intérêt particulier que les États-Unis attachaient à la Turquie lorsque le 2 novembre 1945, Washington manifestait sa volonté de participer aux discussions éventuelles sur la révision des accords de Montreux, et lorsque, le 5 avril 1945, les États-Unis envoyaient à Istanbul leur plus puissant bâtiment de guerre, le Missouri.

<sup>3</sup> AEP EU-EUR Turquie 19. G. Maugras, ambassadeur à Ankara. à G. Bidault, ministre AE Paris, le 16.3.1947. Ce papier repose essentiellement sur les Archives du ministère de Affaires étrangères à Paris (AEP), série Direction économique-coopération économique (DE-CE), dossiers 317, 318, 361, 379, et série États-Unis-Europe (EU-EUR), Turquie, dossiers 19, 20, 21 et 22, ainsi que sur les statistiques turques.

<sup>4</sup> Le journal *Istanbul*, 20.11.1 949.

<sup>5</sup> Au début de 1946, l'Office de Liquidation accorde à la Turquie un crédit de 8 millions de dollars pour l'achat d'équipements non militaires dans les surplus de l'armée américaine (camions, machines-outils, hangars, pièces détachées), et au début de 1947, la Commission Maritime accorde 5,575 millions de dollars pour l'achat de navires.

<sup>6</sup> EU-EUR Turquie 19. G. Maugras à G. Bidault, le 13.6.1947.

<sup>7</sup> *Id.* le 21.1.1948.

<sup>8</sup> Dans les discussions préliminaires à la mise en place de l'O.E.C.E., la Turquie, qui craint, sans doute à tort, un retour massif de Grecs, réduits au chômage par la guerre civile, fait les plus expresses réserves sur l'article 8 des statuts, qui demande aux membres de l'Organisation «de lever progressivement entre eux les obstacles au libre mouvement des personnes». Autres temps, autres points de vue... DE-CE Turquie A22 379, G. Maugras à G. Bidault, le 8.4.1948.

<sup>9</sup> *Id.* le 9.7.1948.

<sup>10</sup> La Grande Assemblée Nationale approuve le texte à l'unanimité le 8 juillet.

<sup>11</sup> Arguments présentés en maintes circonstances et notamment au cours d'une conférence de presse de Russell H. Dorr, chef de la mission de l'European Cooperation Administration (E.C.A.) pour la Turquie, sur la participation de ce pays à l'European Relief Program (E.R.P.).

<sup>12</sup> EU-EUR Turquie 19, annexe à une dépêche d'Ankara du 22.1.1948.

<sup>13</sup> Déficit d'autant plus fâcheux que les invisibles sont encore insignifiants.

<sup>14</sup> EU-EUR Turquie 19, annexe à une dépêche d'Ankara du 29.1.1948.

<sup>15</sup> DE-CE A22 379. J. Lescuyer à R. Schuman, le 5.4.1949. Conférence de presse de H. Wiens et le 2.5.1949. conférence de presse de R. H. Dorr.

<sup>16</sup> EU-EUR Turquie 21. J. Lescuyer à R. Schuman, le 20.5.1950.

<sup>17</sup> DE-CE A22 379. J. Tarbé de Saint-Hardouin à R. Schuman, le 13.5.1952.

<sup>18</sup> EU-EUR Turquie 21, J. Lescuyer à R. Schuman, le 1.4.1951.

<sup>19</sup> DE-CE A22 379. B. de la Sablière c.i. à R. Schuman, le 23.3.1949.

<sup>20</sup> EU-EUR Turquie 19. Larmailler consul de France à Iskenderun à G. Maugras ambassadeur à Ankara, le 25.2.1948.

<sup>21</sup> Texte du rapport du président Truman concernant la Turquie annexe à la dépêche citée note 19.

<sup>22</sup> EU-EUR Turquie 21. Ankara à Paris, le 19.7.1952. Sans doute agacé par les plaintes turques répétées, un sénateur demande ce que ferait la Turquie si l'Azerbaïdjan était attaquée par l'URSS. Le ministre turc, interloqué, répond que le gouvernement turc n'a jamais souscrit à aucune obligation de ce genre. C'est au tour des sénateurs de faire la tête!

<sup>23</sup> En mars 1952, le député Nihat Erim, ancien vice-président du Conseil, comparant les subsides reçus par les membres du Pacte Atlantique, faisait remarquer que la Turquie, pourtant la plus exposée à la menace soviétique, avait reçu une aide de beaucoup moins généreuse que celle accordée à la Belgique, à la France et à l'Italie. R. H. Dorr réplique dans le journal *Ulus* du 21 mars, en faisant remarquer que les 400 millions de dollars reçus par la Belgique ont en fait permis à d'autres pays européens d'acheter des produits belges. Quant aux dons et prêts consentis à la France, ils sont en rapport avec «équivalent de 10 divisions engagées en Indochine par la France qui défend ainsi, face au communisme, les positions des peuples libres dans l'Asie du Sud-Est». En ce qui concerne l'Italie, l'appui financier des États-Unis constituait le seul moyen de triompher des difficultés économique et sociales que ce pays rencontrait et qui faisait de lui un terrain d'élection pour la propagande communiste. «En apportant notre concours à la France et à l'Italie, conclut R. H. Dorr, c'est la cause du monde libre, dont fait partie la Turquie elle-même, que nous défendons». N. Erim réplique le 23 mars, en répétant que la Turquie est le maillon le plus faible économiquement et le plus exposé militairement, et qu'elle doit donc bénéficier d'une aide prioritaire des États-Unis. La controverse se poursuivra de nombreuses années. EU-EUR 21. J. Tarbé de Saint-Hardouin à R. Schuman, le 27.3.1952.

<sup>24</sup> *Id.* J. Lescuyer à R. Schuman, le 30.1.1952.

<sup>25</sup> DE-CE 379. J. Tarbé de Saint-Hardouin à R. Schuman, le 13.5.1952

<sup>26</sup> *Id.* G. Maugras à G. Bidault, le 9.7.1948

<sup>27</sup> *Id.* Déclaration à la presse de R. H. Dorr, le 16.3.1949. Avant la guerre, 40% de la production de tabac turc était absorbée par le marché allemand. L'ambassade des États-Unis à Ankara avait insisté pour que l'administration militaire américaine tînt compte des courants commerciaux existant avant la guerre entre la Turquie et l'Allemagne elle a obtenu satisfaction, du moins pour la zone américaine d'occupation.

<sup>28</sup> Dès février 1949, R. H. Dorr précise dans une conférence de presse «Contrairement à certains rapports, le gouvernement n'a pas essayé d'arrêter le développement du capital privé, mais au contraire il a pris des dispositions pour l'aider». DE-CE 379. de la Sablière à R. Schuman, le 23.3.1949.

<sup>29</sup> *Id.* J. Tarbé de Saint-Hardouin à R. Schuman, le 11.5.1952. Les statistiques données par l'E.C.A. en Turquie sont confirmées par les statistiques turques. Voir notamment *Türkiye İstatistik Yiligi* 1983, avec rétrospective 1923-1983.

- <sup>30</sup> EU-EUR 21. J. Lescuyer à R. Schuman, le 30.1.1952. Il semble, en revanche, que les demandes turques pour l'exploitation du pétrole de Raman Dag n'aient pas eu beaucoup d'écho.
- <sup>31</sup> L'ambassadeur de Saint-Hardouin note au moment du départ de R. H. Dorr, que celui-ci laissera derrière lui des regrets mérités: «Il est parvenu, au cours de sa mission à travailler avec les fonctionnaires, les ingénieurs, les hommes d'affaires turcs sans heurter de front leur susceptibilité ... Ses qualités d'organisation ... la souplesse de son caractère, joints à son charme personnel et aux manières qu'il doit à ses origines - il est d'une vieille famille de Boston - ont fait merveille ici ». R. H. Dorr est alors nommé délégué permanent des États-Unis au Conseil de l'Atlantique. DE-CE 379, dépêche du 13.5.1952.
- <sup>32</sup> *Istanbul*, le 20.11.1949. Les possibilités touristiques de la Turquie sont naturellement reconnues par les experts américains, et du reste l'art de l'accord bilatéral turco-américain est consacré au développement du tourisme. Ils estiment cependant qu'il faudrait d'abord supprimer les restrictions aux voyages et construire des hôtels. R. H. Dorr pense qu'il est bien que le gouvernement turc ait créé un département du Tourisme, mais la mise en place des infrastructures indispensables exige l'appel aux capitaux privés étrangers découragés jusqu'ici par la législation en vigueur. EU-EUR 21, J. Lescuyer à R. Schuman, le 8.9.1949. 33
- <sup>33</sup> *Id.* le 7.7.1951.
- <sup>34</sup> *Türkiye İstatistik Yilligi* 1983, Basbakanlık Devlet İstatistik Enstitüsü, pp. XXXIV et 355.
- <sup>35</sup> Voir „L'accession de la Turquie à la civilisation industrielle“, *Actes du colloque d'Istanbul*, 2-4 décembre 1985, publiés par J. Thobie et J. L. Bacqué-Grammont, Isis, Istanbul-Paris, 1987, 234 pages.
- <sup>36</sup> EU-EUR 21, J. Lescuyer à R. Schuman, le 30.1.1952.
- <sup>37</sup> À partir du 1<sup>er</sup> janvier 1952, une Administration de Sécurité Mutuelle (Mutual Security Administration) remplace l'E.C.A., mais le chef en demeure R. H. Dorr. *Id.*, le 11.1.1952.
- <sup>38</sup> DE-CE 379, Direction des Aff. Ec. Fin. et Techn., Note pour le ministre du 27.8.1948.
- <sup>39</sup> *Id.* Note du 23.10.1948.
- <sup>40</sup> *Id.* Ministre AE à Ambassade Ankara. le 7.11.1949.
- <sup>41</sup> Les autres membres de la délégation de la B.I.R.D. sont l'Américain Malmos, ingénieur des ports, et le Canadien Mc Aussch, membre de la F.A.O. chargé de la question des silos. En effet, le programme prévoit également la construction de silos dans différents centres et l'agrandissement des ports d'Istanbul, d'Izmir et de Mersin.
- <sup>42</sup> EU-EUR Turquie 21. J. Lescuyer à R. Schuman. le 7.7.1951. Il y a au moins un point sur lequel les compétiteurs étrangers en Turquie sont sur le même pied, c'est celui des investissements privés. La législation est ici parfaitement dissuasive. Si l'on excepte la Banque Ottomane et l'Union des Assurances Parisiennes, rescapées d'un autre âge, il n'y a aucun investissement direct français repérable du temps de l'aide Marshall. Du côté américain, il n'existe qu'un seul cas de collaboration importante entre capitaux privés américains et turcs, une fabrique d'ampoules à Istanbul, par la General Electric, la Is Bank et la firme Koç. Il faudra attendre la loi turque no. 6224, du 18 janvier 1954, pour voir le premier assouplissement de la législation destiné, en principe, à attirer les capitaux étrangers. Mais l'application restrictive de cette loi en annulera pratiquement les effets bénéfiques attendus. Les années 1980 apporteront des décisions plus efficaces de la Turquie dans cette direction. J. Thobie, "France et Turquie, les relations entre un ancien et un nouveau pays industriels depuis 1945", dans *L'accession de la Turquie à la civilisation industrielle*. op. cit., pp.155-184.
- <sup>43</sup> DE-CE 379. Note pour le président sur les rapports franco-turcs dans le cadre de l'O.E.C.E. le 9.3.1953.
- <sup>44</sup> DE-CE 379. Note pour le président sur les rapports franco-turcs dans le cadre de l'O.E.C.E. le 9.3.1953.
- <sup>45</sup> DE-CE A22 361. Ministre AE à Ambassade Ankara. le 27.10.1952.
- <sup>46</sup> Le montage est le suivant : le gouvernement turc versera à la Banque Centrale de Turquie à Ankara la moitié du déficit de septembre, soit 8.5 millions de dollars, l'autre moitié étant versée à l'U.E.P. à la date de valeur mois d'octobre, c'est-à-dire vers le milieu de novembre, conformément à la position du Comité de direction.
- <sup>47</sup> DE-CE 361. Ministre AE à Ambassade Ankara. le 24.11.1952.
- <sup>48</sup> *Id.* Note pour le Secrétaire d'État, situation de la Turquie à l'O.E.C.E., le 22.12.1954.
- <sup>49</sup> Voir "Turquie. Moyen-Orient, Communauté européenne" *Actes du colloque de Chantilly 15-17 septembre 1987*. L'Harmattan. 1989, 398 pages.



## Maurice Faure et les négociations des Traités de Rome

Robert Păiușan

Les tratatives qui ont précédé la conclusion des Traités de Rome de 1957 ont fait l'objet d'une riche littérature. L'article suivant se concentre sur le rôle du chef de la délégation française de négociateurs, le jeune homme politique Maurice Faure.

Le parti radical-socialiste, qui a dominé la vie politique française dans les premières quatre décennies du XXI<sup>ème</sup> siècle, se trouvait après la deuxième guerre mondiale dans une certaine perte de popularité. Le parti comptait dans ses rangs une multitude de personnalités, parmi lesquels Yvon Delbos, Henri Queuille, Maurice Bourgès-Maunoury, René Mayer, Gaston Monnerville, Pierre Mendès-France, Edgar Faure, Felix Gaillard, Maurice Faure, qui en dépit du score électoral modeste de leur parti sont restés des figures-clé de la vie publique.

Maurice Faure, né en 1922 dans une famille avec des sympathies politiques radicaux-socialistes, s'engage dans la Résistance pendant la guerre et entre après dans ce parti. Attiré par les sciences socio-juridiques, il achève ses études avec une maîtrise en histoire et un doctorat de droit. A partir de 1946, il travaille comme enseignant, mais participe aussi à la vie politique. En 1949, il est le chef de campagne du candidat Gaston Monnerville, élu sénateur du Lot; en revanche, celui-ci le recommande pour des postes ministériels de haut fonctionnaire (chef de cabinet, chargé de mission).

Avec l'appui de Monnerville, Faure est élu en juin 1951 député radical-socialiste dans le Lot et se distingue à l'Assemblée Nationale comme membre de la Commission des Affaires Etrangères. Aux débats sur la ratification du Traité sur la Communauté Européenne du

Charbon et de l'Acier (CECA), il soutient avec enthousiasme le projet, aux côtés de René Mayer et d'Yvon Delbos. "A partir de ce moment-là, déclara-t-il plus tard, je suis devenu de plus en plus européen"<sup>1</sup>.

À part des motivations politiques, Faure trouve aussi des raisons historiques pour défendre l'intégration (il utilisait le terme de *fédéralisation*) des pays européens. La prépondérance successive d'un pouvoir ou d'un autre en Europe dans les siècles précédents, les guerres menées pour consolider ou repousser cette prépondérance ont affaibli le continent, croyait-il; il faudra bâtir un monde nouveau, basé sur l'entente des pays européens<sup>2</sup>. Pour lui, le processus de construction européenne sera rapide et effectif et donnera lieu à une entité politique caractérisée par démocratisation et supranationalité.

Faure fait figure de fédéraliste aux côtés de Jean Monnet – il adhère, dès sa fondation en octobre 1955, au Comité d'action pour les États-Unis d'Europe dirigé par le dernier – ou de René Mayer et du socialiste Guy Mollet, avec lesquels il agit à l'Assemblée commune de la CECA.

Dans le gouvernement socialiste – radical socialiste investi en janvier 1956, la composante en faveur de l'unité européenne est particulièrement forte. Le président du Conseil, Guy Mollet et le ministre des Affaires Etrangères, Christian Pineau sont des européens convaincus. Maurice Faure est nommé secrétaire d'État au Affaires Etrangères et chargé des Affaires européennes; en cette qualité, il représentera la France aux négociations sur la Sarre/Saarland et sur le Marché commun.

Les négociations franco-allemandes envisageant le rattachement de la Sarre/Saarland à la R.F. d'Allemagne et les aspects connexes se sont déroulées entre mars et octobre 1956 au Luxembourg. Comme chef de la délégation française et participant direct jusqu'en juin 1956, Faure se trouvait en contact permanent avec son homologue allemand, le secrétaire d'État Walter Hallstein. Personnage convivial, Faure montra une diplomatie de détente entre les deux parties et proposa des arrangements pragmatiques sur toutes les questions en litige. Ainsi, il proposa d'annuler réciproquement les dettes et créances que les deux parties se devaient, et dont le montant exacte était très difficile à établir. La signature de l'accord de Luxembourg du 4 juin 1956 marque ainsi une réussite politique et personnelle pour le jeune secrétaire d'État français. Cette première expérience comme négociateur international, bien reçue dans les milieux diplomatiques, sera utile par la suite.

Comme on sait, les traités visant la construction européenne se poursuivaient entre les pays membres de la CECA, appelés les Six (la France, la R.F. d'Allemagne, l'Italie, la Belgique, les Pays-Bas et le Luxembourg), avec des résultats contradictoires. La relance des traités a été marquée par une première conférence internationale (où la délégation française a été dirigée par Félix Gaillard) à ce sujet et l'élaboration du Rapport Spaak, d'après le nom du ministre belge Paul-Henri Spaak.

Une deuxième étape se déroule avec les négociations de Val Duchesse entre juin 1956 et mars 1957. Sur l'agenda des participants se trouvaient deux thèmes distinctes, qui faisaient l'objet de négociation de deux traités différents: sur la mise en place d'un Marché commun, respectivement la collaboration dans le domaine de l'énergie atomique (l'Euratom)<sup>3</sup>.

La délégation française envoyée aux côtés du président Maurice Faure, le vice-président Robert Marjolin, haut fonctionnaire, le négociateur en chef Jacques Donnedieu de Vabres, le secrétaire général Jean François-Poncet, ambassadeur et les conseillers Georges Vedel, Jean-François Deniau et d'autres.

Au début des entretiens de cette deuxième étape, Faure ne savait pas exactement la position du gouvernement français par rapport aux priorités des négociations. Recevant des instructions de la part du premier ministre Mollet par l'intermédiaire d'Émile Noël, son directeur de cabinet, Faure fait preuve d'habileté diplomatique pour saisir les points faibles des autres parties. Il connaît d'ailleurs personnellement les négociateurs belge – Paul-Henri Spaak, allemand – l'ambassadeur Ophüls et luxembourgeois – Joseph Bech et utilise cet élément à sa faveur.

Pendant l'été de 1956, suivant les instructions, il ne prend aucun engagement envers le projet de Marché commun et se présente comme défenseur du projet concernant l'Euratom, sur lequel il trouve l'accord des délégations participantes.

Après des nouvelles discussions avec le gouvernement français et tenant compte de la position des autres parties, Faure communique en septembre 1956 l'intérêt de la France pour la mise en place d'un Marché commun entre les six pays participants, mais à plusieurs conditions.

À l'Assemblée Nationale, l'approche de Faure envers l'Euratom a été largement approuvée. Au contraire, son *oui conditionné* par rapport au projet de Marché commun a été rejeté par les députés conservateurs et communistes, qui favorisaient une formule plutôt de collaboration entre gouvernements nationaux. Aussi l'administration et les milieux d'affaires étaient réticents. Pour sauver son désir de participer au Marché commun, le gouvernement a adopté un set de conditions, comme la réalisation du processus d'intégration par étapes, l'extension des arrangements aux territoires d'outre-mer de la France (coloniaux et ex-coloniaux) et l'établissement d'une politique agricole commune.

Il revient à Faure de faire part aux autres délégations ces conditions. Paul Henri Spaak se souvenait, une dizaine d'années plus tard, de son intervention:

"Maurice Faure, dans une intervention religieusement écoutée, énuméra les questions préalables que le gouvernement français



désirait voir résoudre, en même temps que les garanties qu'il croyait pouvoir demander. La liste était longue et impressionnante. (...) Au fur et à mesure que Maurice Faure parlait, je voyais la figure des autres négociateurs se faire de plus en plus sévère"<sup>4</sup>.

Dans une formulation attentivement mesurée, Spaak indiquait que la position française était décevante, voir inacceptable pour les autres participants. Georges Vedel, membre de la délégation française, estimait que Faure était complètement isolé et les négociations se trouvaient dans une évidente impasse.

Les tractations se poursuivent quand-même, car la volonté de réussir devient plus grande après l'affaire de Suez et les événements d'Hongrie d'octobre-novembre 1956. L'opinion publique se montre dans ces circonstances plus attaché à l'idée d'union européenne. Faure participe à des discussions bilatérales avec les autres délégations, surtout celle allemande.

Les négociations entamées entre Faure et Hallstein pour harmoniser leurs positions respectives ont connu des moments d'affrontement. Le ministre Pineau, qui suivait les débats, estimait que les deux se donnaient la peine de réussir, mais pas à tout prix. Faisant référence à leur travail, il remarqua leur acharnement. En essence, les négociateurs allemands rejetaient l'association au traité des territoires d'outre mer et voulaient réduire l'anvergure de la politique agricole commune. Faure, note son collaborateur Vedel, savait les points sur lesquels il fallait faire des larges concessions et ceux sur lesquels il fallait se montrer intransigent. Agissant de cette manière, il a assuré la conclusion avec une entente des tractations avec la délégation allemande.

Mais il y avait encore beaucoup des difficultés à surmonter. Les plus grandes étaient avec le délégué belge Spaak, un négociateur de trop grande taille pour le secrétaire d'État français de 36 ans. Il propose alors à Spaak, et celui-là accepte, que la conférence poursuit ses travaux au niveau des secrétaires d'État, et que par conséquent le Secrétaire d'État belge le remplace. Avec le

nouveau délégué belge, Faure réalise une entente sur l'ensemble des questions dans seulement deux semaines. Il y avait aussi des avancées rapides dans les entretiens avec les autres chefs de délégation.

Avec la mise au point du texte définitif, le succès de la négociation se matérialise par la signature des Traités de Rome. Au nom de la France, les signatures sur les Traités appartiennent à Christian Pineau et Maurice Faure.

Faisant référence à Faure comme négociateur, l'ambassadeur Jean François-Poncet le définit comme un "homme de compromis, plutôt que de résistance", sa personnalité conviviale ayant "tourné le dos à la dureté habituelle des négociations". Pour un autre participant, Georges Vedel, Faure a déployé ses qualités pour comprendre la psychologie, les intérêts et besoins de ceux avec qui il négociait<sup>5</sup>.

Après la conclusion des Traités de Rome, Faure participe aux travaux du Comité intérimaire chargé de préparer la mise en place du Marché commun, prévue pour le premier janvier 1958. Il sera désigné comme représentant français dans les relations avec les autorités européennes.

En juillet 1957, Faure participe au débat de ratification à l'Assemblée Nationale. Il prend la parole et mis en évidence les avantages à long terme pour les citoyens, comme pour les entreprises françaises.

Avec la formation du gouvernement gaulliste et l'avènement de la Vème République, Faure quitte les postes ministériels, mais reste actif dans son engagement européen. L'application des premières politiques économiques des Six vers 1960 est pour lui un vrai tournant. "L'Europe des Six est encore à la croisée de deux chemins qui peuvent la mener, l'un à la simple cordialité, l'autre à l'unité. C'est l'unité qui avait été choisie à Rome en 1957, il reste à la réaliser"<sup>6</sup>.

Faure a suivi de près l'évolution du Marché commun dans les années et décennies suivantes, comme membre de l'Assemblée parlementaire européenne de 1959 à 1967 et de 1973 à 1979. Il était opposé au concept

gaulliste d'*Europe des patries*, estimant qu'il reprend en effet le concept ancien *L'Europe des nations*, qui a apporté vingt guerres et deux cents batailles dans les derniers cinq siècles. Quant au Marché commun, il se transformerait progressivement en une simple zone de libre-échange, sans une réelle intégration des partenaires<sup>7</sup>.

Vers la fin des années 1960 son action européenne devient plus discrète. Même s'il est présent dans la vie politique encore deux décennies, l'apogée de sa carrière reste liée aux "temps romantiques" qui ont précédés la mise en place du Marché commun.

#### NOTES:

<sup>1</sup> B. Riondel, *Itinéraire d'un fédéraliste: Maurice Faure*, in "Journal of European Integration History", 1997, vol. 3, no. 2, p. 70.

<sup>2</sup> *Ibidem*.

<sup>3</sup> Marie-Thérèse Bitsch, *Histoire de la construction européenne de 1945 à nos jours*, Bruxelles 1996, p. 81.

<sup>4</sup> P.H. Spaak, *Combats inachevés*, t. 2, Paris 1969, p. 92.

<sup>5</sup> B. Riondel, *op.cit.*, p. 77.

<sup>6</sup> *Ibidem*, p. 79.

<sup>7</sup> G. Trausch (ed.), *The European Integration from the Schuman-Plan to the Treaties of Rome. Projects and Initiatives, Disappointments and Failures*, Baden-Baden 1993, p. 229.

# The Balance of Powers at Global Level

Dumitru Mazilu, Ph.D\*

Frederick L. Schuman - professor of government science at William College, U.S.A., used to support the theory that *"the balance of powers is an important regulatory mechanism"* of the international system<sup>1</sup>, and Arthur Lee Burns appreciated that *"the most stable arrangement seems to be a world made up of five or an odd number of independent powers and approximately equal*

*in terms of the force they have"*, as these would not be easily dividable into two equal parts<sup>2</sup>. Hans J. Morgenthau considered that the balance of powers is an *"international social system"*, the same as the system of European states used to be in the XIX century, based on five great powers, *"main actors"* for the working of the system<sup>3</sup>.

## #1. The System of Balance of Powers - Evolution and Tendencies

The informed analysts in the field admit that one of the most appreciated researchers of the balance of powers in the international systems, field was Morton A. Kaplan, who issued six models of international, in which the following take place for the balance of powers: a. the actors prefer to increase their competition capacities, but world rather negotiate among themselves than get to war; b. the actors prefer to come to war than to miss a chance to increase their capacity of competition; c. the actors would rather stop fighting than getting to the elimination of another essential actor within the system; d. the actors are opposing to any coalition and any singular actor, which is threatening to get a prevailing position within the system; e. the actors strive to block other actors to agree with principles concerning the formation of some supranational organizations; f. the actors allow other actors - defeated or with

diminished powers - but appreciated as essential for the system, to go back into the game played by the system, as partners with an acceptable role<sup>4</sup>.

Analyzing the international system, that was in force after the Second World War, Kaplan noticed that it was based on the existence of *"two blocks of major actors - NATO and the Warsaw Treaty"*. Within each block, a national actor assumed the role of the leader<sup>5</sup>. At the same time one could notice the existence of some actors not belonging to any blocks (India for instance) or World level actors - The United Nations Organization<sup>6</sup>.

J. David Singer and Melvin Small launched the theory according to which *"the bigger the number of assumed obligations by the states within an alliance, the greater the war possibility within the system"*, and the closer a system is to the by-polarity model, the more do the perspectives of war increase<sup>7</sup>.

## #2. From Bipolar System To Unipolar System (The Unique Leader)

The cessation of the cold war and the assertion of the role that Mihail Gorbaciov and Ronald Regan had in this evolution of international life determined *"new judgments*

*and new conclusions regarding the present and the future of the World System"*.

*"The end of the cold war - Henry Kissinger would say - created what some observers*

\* Professor Dumitru MAZILU, Ph.D., is Ambassador, Member of International Diplomatic Academy.

called a <<one-pole world>> or <<a world belonging to only one super power>>. But the United States of America are not at all in a better position now to dictate one-sidedly the global agenda than they were in the beginning of the Cold War". According to former Secretary of State, "America is dominated to a much higher degree than 10 years ago, but, ironically, power itself has become more diffused", so that the possibility for America to use it to remodel the rest of the world "has actually diminished"<sup>8</sup>. The world community is sufficiently benevolent to cooperate for "maintaining the peace", that is to establishing the policy regarding "an undisputed agreement by any of the parts involved"<sup>9</sup>.

But important leaders have expressed their opinion about the outlook of the world after passing from the bi-polar system to the unipolar system of the unique leader. Even in 1985, Mihail Gorbaciov, when asked for the definition of USSR – America relationships said: "we cannot but live or perish together". And he also put under debate the change in attitude and mentality to shift from a war like attitude to a peaceful mentality<sup>10</sup>. In his speech in front of the General Assembly of the United Nations, in September 1993, William Jefferson Clinton appreciated that the role of "world leader of America implies the increase of democracy in the world". The American president mentioned that: "During the cold war, we have tried to restrict a threat to the survival of free institutions. Now we try to enlarge the circle of the nations that live under those free institutions"<sup>11</sup>.

The theories launched by the American president William Jefferson Clinton, have

been resumed by George W. Bush and by the representatives of the State Department even more vehemently after the terrorist attacks in September 11<sup>th</sup>, 2001. Thus in the speech in front of the General Assembly of The United Nations Organization, in September 2004, president Bush suggested the turning into life – within United Nations Organization - of a "fund of democracy that was supposed to lay the foundations in the world of the "democratic structures and regulations" and in his speech on the condition of the nation in front of the American Congress, in 2004 - reminding that America was world leader and that USA will never ask for permission to protect the safety of its own people. Replying the criticism regarding their interference in Iraq and Afghanistan, Bush said that "the number of partners America has is great" while that of the critic is small. "There is a difference between leading a coalition formed out of several states and accepting objections of a small number of them", affirmed George W. Bush in 2004.

Assuming the role of "unique world leader" after the Cold War, was subjected to some critical analyses made by some reputed researchers. For instance, Francis Fukuyama - one of the best political analysts of the global system, and most of all, of the role the United States play within this system - says that "the Bush Administration did not anticipate the negative reaction as to his exercise of <<illuminated hegemony>>. The apparition of a "unipolar world after the Cold War transformed the American hegemony in a source of concern even for the closest allies of the United States"<sup>12</sup>.

### #3. The Modified Balance of Civilizations

Samuel P. Huntington said that "after the Cold War the balance of powers between the civilizations has been changed: the influence of the West is in a relatively declining; the Asian Civilizations expand their economic, military and political force; the Islam demographically explodes, with devastating consequences for Muslim countries and for their neighbors; non-Western civilizations reiterate generally the value of their own cultures"<sup>13</sup>.

In the opinion of that known analyst, it is to be seen that "the countries are grouping around powerful states or the core of civilization to which are belonging, and the universal claim of the Western World is putting it more and more in a conflict relations with other civilizations, in particular with Islam and China"<sup>14</sup>.

The terrorist acts in September 11<sup>th</sup>, 2001 in U.S.A and March 11<sup>th</sup>, 2004 in Spain gave

new dimensions to world confrontation in which the religious confrontations have been given an important role. Acts and facts, as well as public declarations amplified the suspicions of the Muslim World. In this spirit, at the beginning of 2006, the publication in Denmark of caricatures of Prophet Mohamed generated waves of protests in the countries with mainly Muslim population.

On September 12<sup>th</sup>, 2006, in his speech held at Regensburg University, Germany, entitled "About Faith and Ration" in Christianity and Islamism, Pope Benedict XVI<sup>th</sup> cited the words of Byzantine Emperor Manoil II<sup>nd</sup>, the Paleolog, uttered in his discussion with a Muslim wise man: "Show me what elements of newity brought Mohammad – asked the Emperor the Muslim wise man – and you will find only means and inhuman things, like the imposing by sword the belief promoted by him."

The protest of the Muslim world faced an unprecedented development. Most Muslim leaders declared that the Pope should publicly apologize. They have reminded the Pope that the Catholic Church was responsible for all crusades and of deeds of Inquisitors, while "waves of blood were flowing". A couple of days after, the Pope's speech published by "The New York Times" underlined that "The world listens carefully the words of any Pope. And it is tragic and dangerous when, deliberately, or due to negligence, you propagate pain. The Pope must present profound and convincing apologies, proving that words could also heal."

There is no doubt, that peace and cooperation would prevail on global level if the leaders of the world will be ready to abandon all practices of confrontation and would promote the relationships based on cooperation<sup>15</sup>.

## NOTES

<sup>1</sup> Frederick L. Schuman, *International Politics*, 4<sup>th</sup> Edition, Mc.Graw – Hill Book Company, New York, 1969, p.273.

<sup>2</sup> Arthur Lee Burns, *From Balance to Deterrence: A Theoretical Analysis*, World Politics, IX, July 1957, p.505.

<sup>3</sup> Hans J. Morgenthau, *Politics among Nations*, 4<sup>th</sup> Edition, Alfred A. Knopf, New York, 1967, pp.165 și urm.

<sup>4</sup> Morton A. Kaplan, *System and Process in International Politics*, John Wiley and Sons, New York, 1962, pp.22-23.

<sup>5</sup> The United States and, respectively the Soviet Union.

<sup>6</sup> Morton A. Kaplan, *op.cit.*, pp. 45 și urm.

<sup>7</sup> J. David Singer, Melvin Small, *Alliance Aggregation and the Onset of War*, David Singer (Ed.): *Quantitative International Politics*, The Free Press, New York, 1968, pp. 248 a so on.

<sup>8</sup> Henry Kissinger, *Diplomacy*, 1994, p. 704.

<sup>9</sup> *Ibidem*.

<sup>10</sup> Mikhail Gorbachev, *An Interview with Gorbachev*, Time, 9 September 1985, p.23.

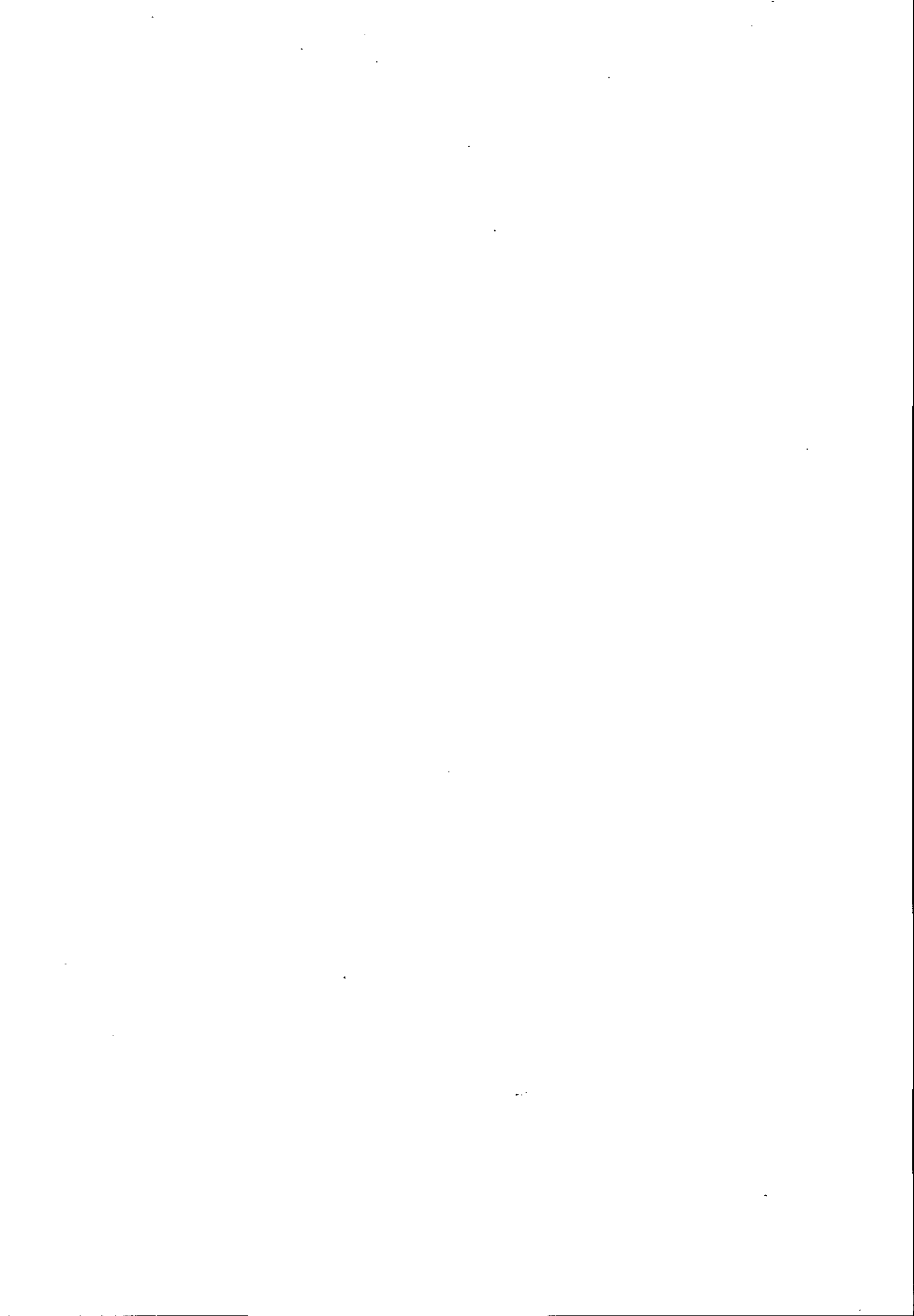
<sup>11</sup> William Jefferson Clinton, *Confronting the Challenges of a Broader World*, United Nations, New York, 27 September 1993.

<sup>12</sup> Francis Fukuyama, *America at the Crossroads Democracy, Power, and the neoconservative legacy – America la răscruce. Democrația, puterea și moștenirea neoconservatoare*, Editura Antet XX Press, 2006, pp. 14-15.

<sup>13</sup> Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, Simon & Shuster, 1997, p.27.

<sup>14</sup> *Ibidem*.

<sup>15</sup> See Dumitru Mazilu, *European Diplomacy*, Lumina Lex Publishing House, Bucharest, 2008, p. 7.



## BOOK REVIEW

**Lucian Giura, Maura Giralдина Giura, OTTO VON BISMARCK – ERSCHAFFER DES MODERNEN DEUTSCHLANDS**, TechnoMedia, Sibiu, 2003

Das im Jahre 2003 von Lucian Giura und Maura Giralдина Giura geschriebene Buch, „Otto von Bismarck – Erschaffer des heutigen Deutschlands“ beschreibt das Leben und die politische Karriere des ersten Reichskanzlers.

Das erste Kapitel „Internationale Lage Anfang des XIX. Jahrhunderts“ und das zweite Kapitel „Bismarck – der typisch preußisch Junker“, sprechen über Bismarcks Herkunft, Jugend und Bildung. Bismarck kam aus einer guten Familie: Sein Vater stammte aus einem Junkergeschlecht, und seine Mutter hatte bürgerliche Herkunft.

Bismarck besuchte Schulen, in die hohe Beamten ihre Kinder zu schicken pflegten, wie zum Beispiel das Berlinische Gymnasium zum Grauen Kloster, und studierte Jura an der Universität Göttingen (1832-1833). Sein Studium schloss er an der Universität von Berlin ab. Bismarck zeigte sich nicht von Jura begeistert; der bürokratische Alltag langweilte ihn, aber er war bei seinen Kollegen als ausgesprochen sprachbegabt bekannt.

Aus dem Kapitel drei, „Anfang der politischen und diplomatischen Karriere“ erfahren wir, wie Bismarck seine politische und diplomatische Laufbahn begann. Nach seinem Scheitern bei der Wahl in die preußische Nationalversammlung (1848) gewann Bismarck die Wahl für die zweite Kammer des preußischen Landtages. In dieser Zeit beschloss er, sich ganz der Politik zu widmen und zog mit seiner Familie nach Berlin.

Obwohl Bismarck keine diplomatische Ausbildung besaß, wurde er im August 1851 zum preußischen Gesandten beim Bundestag in Frankfurt ernannt. Bismarck handelte eigenständig und befand sich zeitweise sogar im Gegensatz zur Berliner Regierungspolitik. Im Januar 1859 wurde Bismarck nach Sankt Petersburg versetzt. In der neuen Funktion erweiterte er seine diplomatischen Kenntnisse und erfreute sich des Wohlwollens des russischen Hofes und des Kaiserpaares. Danach wurde Bismarck Gesandter in Paris: Zeit, die ihm als Wartestellung galt, denn er zielte auf höchste Ämter im preußischen Staat ab.

Bismarcks Karriere als „Eiserner Kanzler“ (1862-1871) und die „Gründung des zweiten Reiches“ sind im Kapitel vier beschrieben. Im Jahr 1862 wurde das Parlament aufgelöst und eine neue Regierung gebildet. Die neu gegründete Fortschrittspartei ging als Siegerin hervor. Bismarck hatte die Chance, von General Roon bemerkt zu werden und wurde nach Berlin zurückgerufen. König Wilhelm I. befand sich in Gefahr, abdanken zu müssen, fand aber in Bismarck den Retter für die schwierige politische Lage und ernannte ihn zum Ministerpräsidenten und Außenminister. Bismarck hatte dem König versprochen, sich für die Heeresreform ohne Abstriche einzusetzen und an der inneren Reform festzuhalten, notfalls auch gegen die Mehrheitsbeschlüsse des Abgeordnetenhauses.

Von Anfang an war Bismarck mit einem Verfassungskonflikt konfrontiert. Er überlebte diese politische Krise und dominierte klar die Auseinandersetzung mit den Liberalen. Er versuchte, die Opposition nicht mit Drohungen, sondern mit Ausgleichsbemühungen zu neutralisieren. Oft zitiert wurde die Aussage: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht [...] Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut“.

Im Kapitel fünf beschreiben die Autoren die Außenpolitik des zweiten Reiches, und zwar die drei Kriege mit Dänemark, Österreich und Frankreich.

Im Falle Dänemarks trat Bismarck als Verteidiger des bestehenden Völkerrechts auf und forderte von dem Nachbarland, wieder auf den Boden der Londoner Verträge von 1852

zurückzukehren. Österreich stellte sich an die Seite Preußens. Die übrigen deutschen Bundesstaaten wurden dadurch weiterhin marginalisiert. Für das erste Mal war der Bund von Preußen und Österreich in Frage gestellt worden. Aber nach dem Sieg Preußens an den Düppeler Schanzen im April 1864 wurde Dänemark besiegt und verzichtete auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein. Preußen war stärker als früher.

Gegen Österreich hatte Bismarck andere Interessen: Er stellte fest, dass die österreichische Politik eine Erweiterung der preußischen Macht nicht zuließ und dass ein Krieg mit Österreich den preußischen Verfassungskonflikt beenden konnte. Bismarck setzte den Akzent auf ein Bündnis mit der liberalen und nationalen Bewegung: das Ziel war die Schaffung eines kleindeutschen Staates. In der Gasteiner Konvention kam es im August 1865 zur Teilung: Holstein wurde österreichisch verwaltet, während Schleswig und Lauenburg zu Preußen kamen. So hatte Bismarck die Auseinandersetzung mit Österreich nur aufgeschoben, aber unternahm weiterhin alles, um Österreich zu isolieren und zu provozieren. Erstens brachte Bismarck erneut die Wahl eines direkt gewählten Parlamentes ins Spiel. Zweitens ließ Bismarck, nachdem Österreich die Entscheidung über die Zukunft Schleswig-Holsteins dem Bundestag übertrug, die preußische Armee in Holstein einmarschieren mit dem Argument, dies sei eine Verletzung der Gasteiner Konvention. Preußens Sieg in diesem „Bruderkrieg“ und das nachfolgende Ende des Verfassungskonflikts wurden von den Zeitgenossen als „Revolution von oben“ bezeichnet.

Für Frankreich hatte Bismarck andere Ziele: Im Falle eines Krieges musste Frankreich als Angreifer erscheinen. So konnte Preußen auf einen allgemeinen deutschen Nationalkrieg hoffen. Mit der Emser Depesche hatte Napoleon III. keine andere Wahl, als den Krieg zu erklären und erschien als Aggressor. In Deutschland war die öffentliche Meinung nun ganz auf Seiten Preußens, während Frankreich außenpolitisch völlig isoliert war.

Der Krieg mit Frankreich endete rasch: Infolge der Gefangennahme Napoleons III. bei der Schlacht von Sedan brach das Zweite Kaiserreich zusammen. Ein Friedensschluss ließ auf sich warten, weil Bismarck die Abtretung von Elsass-Lothringen zur Bedingung machte. Von nun an war die dauerhafte Schwächung Frankreichs Bismarcks zentrales außenpolitisches Ziel.

Der Krieg hatte die Gegner der deutschen Vereinigung auch in Süddeutschland in die Defensive gedrängt. Als erstes erklärten Baden und Hessen-Darmstadt ihren Beitritt zum Norddeutschen Bund. Württemberg und Bayern machten den Weg zur Gründung des Deutschen Reiches frei. Bismarck selbst verfasste den „Kaiserbrief“, mit dem Ludwig II. von Bayern Wilhelm I. um die Annahme der Kaiserkrone bat. Wilhelm I. befürchtete einen Bedeutungsverlust des preußischen Königtums, wurde aber von Bismarck überzeugt, den Titel anzunehmen. Nach Bismarcks Empfehlung kam es am 17. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles zur „Kaiserproklamation“, die die Gründung des Deutschen Reiches markierte. Wenige Tage später kapitulierte Paris. Bismarck hatte damit den Höhenpunkt seiner politischen Laufbahn erreicht. Er wurde in den Fürstenstand erhoben, und Wilhelm I. machte ihm den Sachsenwald zum Geschenk. Bismarck gehörte nunmehr zu den Großgrundbesitzern des Reiches und war einer der reichsten Männer in Deutschland.

Als Reichskanzler, Vorsitzender des Bundesrates, preußischer Ministerpräsident und Außenminister blieb Bismarck so der dominierende Politiker. Wilhelm klagte daher: „Es ist nicht leicht, unter solchem Kanzler Kaiser zu sein“.

Im Inneren übernahm das neue Reich die Verfassung des Norddeutschen Bundes. Für die Außenpolitik blieb Bismarcks Grundziel, Frankreich zu schwächen. Um dies zu erreichen, bemühte er sich um gute Beziehungen zu Österreich und zu Russland, ohne dabei eine Seite zu präferieren. Ergebnis dieser Strategie war das Dreikaiserabkommen von 1873. Es war schwierig, die neue Position des Deutschen Reiches auf Kosten Frankreichs zu festigen, wie die von Bismarck provozierte „Krieg-in-Sicht-Krise“ zeigte. Der Versuch, eine deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Frankreich durchzusetzen, scheiterte, und Bismarck zog den Schluss, dass für das Reich eine defensive Politik die einzige realistische Alternative sei. Bismarck entwickelte ein diplomatisches Konzept, das darauf abzielte, die Spannungen zwischen den Großmächten an die Peripherie zu verlagern, um so die Mitte Europas vor Kriegen zu bewahren. Zum ersten Mal zum Tragen kam dieses Konzept bei der Balkankrise zwischen 1875 und 1878, die mit dem Berliner Kongress endete, wobei sich Bismarck als



„ehrlicher Makler“ präsentierte. Zar Alexander II. machte Bismarck dafür verantwortlich, dass Russlands Erfolge eng begrenzt blieben. Dies führte dazu, dass Bismarck die Zusammenarbeit mit Österreich weiter forcierte. Dies wiederum mündete im Zweibundvertrag von 1879. Aus diesem Defensivbündnis gegenüber Russland wurde eine dauerhafte Allianz, die die Außenpolitik während des gesamten Kaiserreichs prägen sollte. Bismarck gelang es aber auch, die Spannungen zwischen Deutschland und Russland abzubauen und 1881 das Dreikaiserbündnis abzuschließen. Damit war eine enge Verbindung Russlands mit Frankreich zunächst verhindert worden. Das Bündnissystem wurde 1882 durch den Dreibund zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, sowie 1883 durch den Anschluss Rumäniens an den Zweibund ergänzt. Das Bismarcksche Bündnissystem sicherte eine zentrale Position des Deutschen Reiches in Europa und zeigte Bismarcks Genie.

Das sechste Kapitel „Bismarck und die Rumänen“ bietet interessante, ausführliche und neue Informationen für die Geschichte der bilateralen Beziehungen Preußen-Rumänien.

Vor 1866 war Bismarcks Interesse für Rumänien gering. Während des Krieges zwischen Österreich und Preußen beabsichtigte Bismarck, die rumänischen Fürstentümer, Moldau und Walachei, Österreich anzubieten, gegen die Bewahrung der Deutschen Konföderation von Preußen. 1866, als Karl I. von Hohenzollern-Sigmaringen die Kandidatur für den rumänischen Thron annahm, liefen Wilhelm I. von Preußen und Bismarck weder zuwider, noch waren sie einig.

1869 wollte die Regierung Ghica-Kogalniceanu einen Wechsel der Betitelung „Vereinigte Fürstentümer“ in Rumänien erreichen. Während Russland, Frankreich und, nach langem Zögern, das Osmanische Imperium, zustimmten, enthielt sich Bismarck einer Meinung.

Die „Erkältung“ der Beziehungen trat wegen der „Strousberg-Affäre“ ein. Es handelt sich um die Konzession der rumänischen Eisenbahn an die Gesellschaft von Henri Strousberg, der in Konkurs geraten war. Der rumänische Staat verweigerte den preußischen Staatsangehörigen die Zahlung der Zinsen, und Bismarck befand sich in der Lage, einem anderen Geschäftsmann die Konzession weiterzuleiten. Das Ergebnis war nicht nach Bismarcks Wunsch. In demselben Jahr, 1871, wollte Karl I. auf seinen Thron verzichten. Die rumänische Öffentlichkeit war stark gegen Preußen und pro Frankreich. Die Eisenbahn-Affäre wurde 1874 und 1880 wieder zur Sprache gebracht. 1872, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, ernannte Rumänien seinen ersten Gesandten nach Berlin, in der Person von Theodor Rosetti. Im Hinblick der Ausrufung von Rumäniens Unabhängigkeit wartete Bismarck das Ende des Krieges ab, der von dem „Balkan-Problem“ verursacht wurde. Als Präsident des Berliner Kongresses lehnte Bismarck jeden Versuch Rumäniens ab, seine Interessen zu verteidigen. Am Ende der Handlungen war Rumäniens Unabhängigkeit anerkannt unter der Voraussetzung einer Verfassungsänderung.

Für Rumäniens Ausrufung zum Königreich spielte Bismarck eine wesentliche Rolle, besonders, weil Rumänien dem Dreikaiserabkommen beitrug.

Bismarcks Politik zeigte, dass er den „Status Quo“ in den Balkanländern erhalten wollte. Dieses Ziel hat Bismarck auch durch Rumäniens Beitrag verwirklicht.

Das letzte Kapitel „Ende des Bismarck-Erbes“ befasst sich mit Bismarcks Entlassung. Die Krönung Wilhelms II. eröffnete ein neues Zeitalter der deutschen Außenpolitik. Wilhelm II. und Bismarck standen sich als zwei ungleiche Persönlichkeiten gegenüber. Bismarck hielt Wilhelm für unreif und wenig vorbereitet auf die Übernahme der Verantwortung. Für Wilhelm dagegen war Bismarck eine nicht mehr zeitgemäße Person. Wegen eines Konfliktes um die Sozialgesetze entzog Kaiser Wilhelm II. dem Kanzler die Unterstützung und erzwang Bismarcks voraussehbare Entlassung.

Bismarck etablierte sich als einer der ersten Berufspolitiker in Preußen und einer der ersten Politiker, der sich zur Realpolitik wendete. Im Lager der Konservativen galt er zunehmend als egoistischer Opportunist. Durch seine politische Tätigkeit bleibt Bismarck eine der größten politischen Figuren des XIX. Jahrhunderts.

Buchkommentierung: *Carmen Patricia Reneti*

---

*Tiparul s-a executat sub cda 2389/2009  
la Tipografia Editurii Universității din București*

---



ISSN 1454-2153



9 771454 215302